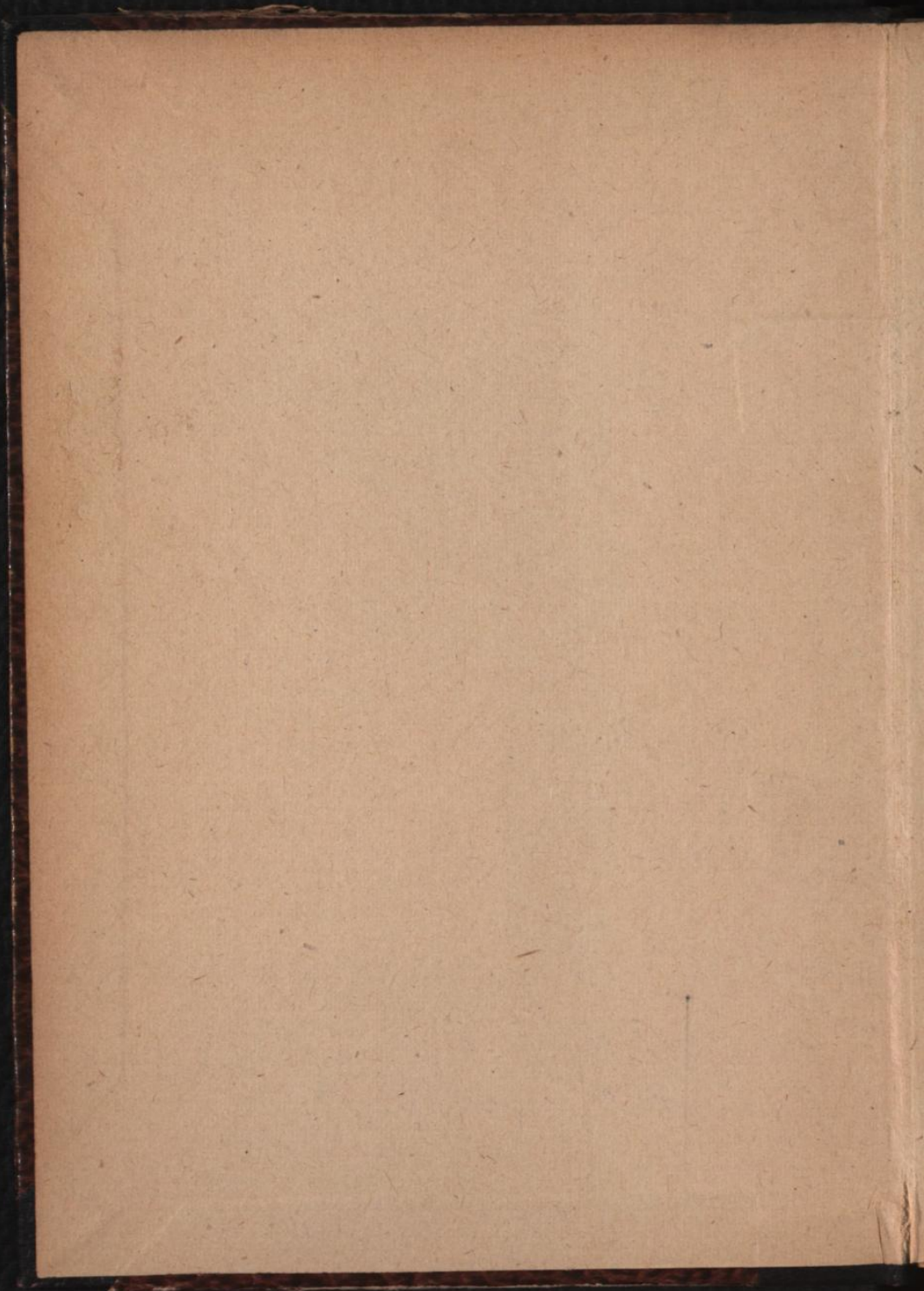


Wiener Stadt-Bibliothek.

66756 A



Das sozialdemokratische Programm

::: Eine gemeinverständliche :::
Erläuterung seiner Grundsätze

Von
Robert Danneberg

Zehnte Auflage

Preis Kr. 2.50 = Mk. 1.50

Wien 1919

Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co., VI, Gumpendorferstraße 18

66726

Thursday



Das sozialdemokratische Programm

::: Eine gemeinverständliche :::
Erläuterung seiner Grundätze

Von
Robert Danneberg



Wien

Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co., DI, Gumpendorferstraße 18

J. N.

99393



Vorwort zur ersten Auflage

Mehr als zwei Jahrzehnte sind verflossen, seitdem sich die österreichische Sozialdemokratie auf dem Parteitag zu Sainfeld ein Programm gegeben hat. Auf dem Wiener Parteitag, der im Herbst 1901 versammelt war, ist es geändert worden. Schon damals wurde beschlossen, eine leichtverständliche Erläuterung des Programms herauszugeben, dessen Gegenwartsforderungen in der Agitation des Tages besprochen werden, dessen prinzipieller Teil aber einer eingehenden Erörterung bedarf.

Der Beschluß des Parteitages ist bisher, obwohl er im Jahre 1903 bekräftigt wurde, nicht zur Durchführung gelangt. So besitzen wir in Oesterreich keine Erläuterung unseres Parteiprogramms, zumal auch die Broschüre des Genossen Ellenbogen, der das alte Sainfelder Programm zugrunde lag, vergriffen ist. Die reichsdeutsche Parteiliteratur hat uns reichen Ersatz geboten. Dennoch mag es nicht überflüssig scheinen, der Besprechung unseres Parteiprogramms ein eigenes Büchlein zu widmen.

Die rege Bildungsarbeit, die in unseren Organisationen allerorten geleistet wird, hat das Bedürfnis nach populären Parteischriften geweckt, die speziell die österreichischen Verhältnisse berücksichtigen.

So wird diese Schrift vielleicht manchem Genossen willkommen sein.

Sie ist aus Vorträgen hervorgegangen, die ich im Auftrage der „Zentralstelle für das Bildungswesen“ gehalten habe und die im Vorjahr in der „Volkstribüne“ veröffentlicht worden sind. Ich habe die Artikelserie einer gründlichen Umarbeitung unterzogen und hiebei auch die Neuerscheinungen der allerletzten Zeit berücksichtigt. So wurden für die Darstellung des „Kapitalismus auf der Höhe seiner Entwicklung“ bereits die 2. Auflage von Tiefmanns

Buch: „Kartelle und Trusts“ und Silberdings Werk: Das Finanzkapital“ benützt. Das Büchlein wird wohl auch dem weniger geschulten Arbeiter unschwer verständlich sein.

Möge es zur Verbreitung der sozialistischen Grundsätze beitragen und in manchem Proletarier, der die kargen Mußestunden zum Lernen benützen will, die Lust erwecken, tiefer in die Gedankenwelt des Sozialismus einzudringen. Die schwierigen Verhältnisse, in denen die österreichische Sozialdemokratie wirken muß, erheischen gebieterisch, daß sich der Begeisterung ihrer Kämpfer die Erkenntnis vermähle, daß auch in diesem sonderbaren Staate die Gesetze der kapitalistischen Entwicklung walten und die Saat des völkerbefreienden Sozialismus feimt — trotz alledem! Wir müssen nicht nur glauben, sondern auch erkennen lernen, daß auch hierzulande die Zukunft dem klassenbewußten Proletariat gehört.

Wien, im Juni 1910.

Robert Danneberg.

Vorwort zur dritten Auflage

In dreieinhalb Jahren sind 25.000 Exemplare dieses Buches verkauft worden. Es ist weitaus stärker verbreitet als irgendeine andere im österreichischen Parteiverlag erschienene größere Schrift. Es hat das Vortragswesen belebt und dient in den erfreulicherweise zahlreich ins Leben gerufenen Arbeiterschulen als Lehrbuch. Es hat auch in Deutschland Eingang gefunden und wird den Teilnehmern der von den Bildungsausschüssen veranstalteten Vorträge auch dort zur Anschaffung empfohlen. Eine Uebersetzung ist in Finnland herausgegeben worden, eine Uebersetzung ins Italienische wird gegenwärtig in Heften veröffentlicht. Der österreichische Arbeiter-Stenographenverein „Phonographia“, der die Faulmann-Stenographie lehrt, hat die Schrift als stenographisches Lesebuch herausgegeben.

Die neue Auflage ist stellenweise umgearbeitet und erweitert. Das Ziffernmaterial wurde ergänzt, zum Teil durch neue Angaben ersetzt. Als Belege für die wirtschaftliche Entwicklung der jüngsten Zeit wurden neue Beispiele herangezogen, Ereignisse bis zum Ende des Jahres 1913 sind berücksichtigt. Die Darstellung wurde an zahl-

reichen Stellen verbessert und ergänzt. Ueberflüssig scheinende Fremdwörter wurden ausgemerzt. In den einzelnen Kapiteln sind neben den Stellen aus dem österreichischen auch solche aus dem Erfurter Programm angeführt.

So ist das Buch erheblich stärker geworden. Um die Lesbarkeit zu erhöhen, erscheint diese Auflage in anderem Druck als die erste. Eine größere Ausdehnung des Umfanges erschien nicht zweckmäßig, sollte der Preis nicht zu stark erhöht werden und sollte die Schrift bleiben, was sie sein will: eine Einführung in die sozialistische Gedankenwelt.

Für die Bearbeitung wurden außer der sozialistischen Literatur auch bürgerliche Schriften, vor allem als Quellenmaterial, benützt. Die Ziffern stammen zumeist aus amtlichen statistischen Berichten und Fachzeitschriften. Würden sie der Partei- oder Gewerkschaftspresse entnommen, so fanden sie nur Verwendung, wenn eine verlässliche Quelle angegeben war. Beispiele aus der Wirtschaftsentwicklung sind zum Großteil der Arbeiterpresse entnommen. Der Leser findet in ihr eine Fundgrube von immer neuen Beweisen für die Richtigkeit der Grundsätze unseres Parteiprogramms. Es sei insbesondere auf die übersichtliche Darstellung wichtiger Vorkommnisse des internationalen Wirtschaftslebens und ihre sozialistische Beurteilung in der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ verwiesen. Eine Reihe empfehlenswerter Schriften, die dem Leser einen Fingerzeig für eingehenderes Studium geben, aber natürlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben will, ist im Anhang genannt.

Die österreichische Sozialdemokratie hat heute das erste Vierteljahrhundert ihrer Entwicklung abgeschlossen. Sie wird ihren großen Aufgaben nur gewachsen sein, wenn es ihr gelingt, in diesem morschen Staat mit seinen verworrenen Verhältnissen die Arbeiterklasse vor der Versumpfung zu bewahren und das Proletariat mit sozialistischem Geiste zu erfüllen. Möge es dieser Schrift gelingen, ihr Teil dazu beizutragen.

Wien, am 1. Jänner 1914.

Robert Danneberg.

Vorwort zur sechsten Auflage

Die letzte Auflage dieser Schrift ist im Jänner 1914 erschienen.

Die Entwicklung zum Weltkrieg und zur Weltrevolution, die in ihr geschildert ist, wurde zur Wirklichkeit. Das morsche Oesterreich, von dem das Vorwort zur dritten Auflage sprach, ist zusammengebrochen. In der Deutschen und Deutschösterreichischen Republik ist die Sozialdemokratie die stärkste Partei. Der Kampf um die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung ist jetzt ihre unmittelbare Aufgabe. Daß die im Kriege aus den Fugen geratene Welt nicht wieder kapitalistisch eingereicht werden kann und daß der Sozialismus kommen muß, steht heute außer Frage. Strittig ist nur, auf welchem Weg er am raschesten und am besten verwirklicht werden kann. Darüber gehen die Meinungen in der Arbeiterbewegung weit auseinander.

Die Grundsätze unseres Parteiprogramms bleiben aufrecht. Ihre Wichtigkeit wurde durch die Umwälzungen der letzten Jahre nur bekräftigt.

Diese Schrift geht unverändert zu den Lesern, so wie sie für die dritte Auflage vor dem Kriege bearbeitet worden ist. Sie hat in dieser Gestalt auch während des Krieges weite Verbreitung gefunden, und ist in den Schützengräben aller Fronten eifrig gelesen worden. Für eine neue Auflage soll später das Tatsachenmaterial der Kriegszeit zur Beweisführung verarbeitet werden.

Bis dahin mag das Buch in dieser Gestalt helfen, die Arbeiterklasse mit sozialistischem Geiste zu erfüllen und sie anzu-spornen, sich für die entscheidenden Kämpfe zu wappnen, an deren Anfang wir heute stehen.

Wien, am 16. Februar 1919.

Robert Danneberg.

Programme und Parteien

Wer einmal den Versuch machen wollte, die vielen Parteien, die Oesterreichs politische Arena bevölkern, um ihre Grundanschauungen über die heutigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zustände zu fragen, ihr Programm zu verlangen, wird nicht viel erfahren können. Gelegentlich einer Wahl stellen die Parteien bestimmte Forderungen zusammen, für die sie zu kämpfen versprechen und die sie hernach möglichst rasch in Vergessenheit geraten lassen; manche bringen es nicht einmal dazu, Gedanken über das Wesen unserer Wirtschaftsordnung und ihre Entwicklungstendenzen hat keine Partei in einer klaren Zusammenfassung, in einem Programm niedergelegt. Die Sozialdemokratie allein macht hier eine Ausnahme. Sie denkt nicht bloß an diese oder jene Forderung, die gerade dringend ist; sie hat erforscht, worin das Elend der Arbeiterklasse seine eigentlichen Ursachen hat, und das Wesen unserer heutigen Wirtschaftsordnung klargelegt. Sie allein hat ein wirkliches Programm, welches das Ergebnis vieljähriger wissenschaftlicher Forschungen in knappen Sätzen darlegt. Die anderen Parteien brauchen kein Programm. Sie sind bürgerliche Parteien, sie betrachten die Einrichtungen unserer Wirtschaftsordnung als etwas Selbstverständliches, an dem man nicht rütteln kann und soll. Ihre Anhänger sind ja — mögen sie ein Handelshaus oder eine Fabrik ihr Eigen nennen, mögen sie Renten, Maschinen oder fruchtbaren Boden besitzen — die Nutznießer dieser Wirtschaftsordnung. Wozu sollten sie sich darüber viel Gedanken machen? Wohl führen auch sie untereinander heftige Kämpfe, aber es ist nur ein Streit um das Maß des Anteils an der Herrschaft. Mag auch manche dieser Parteien mitunter mit der Sozialdemokratie politisch gemeinsame Sache machen, manche Forderung einer bürgerlichen Partei auch in unserem Programm enthalten sein: es trennt uns dennoch eine breite Kluft von allen. Sie wollen höchstens an einzelnen Einrichtungen unserer Wirtschaftsordnung Aenderungen vornehmen, wir wollen sie ganz beseitigen und streben eine neue an.

Wer sich eine so gewaltige Aufgabe stellt, muß Klarheit haben. Er muß die Ursachen der heutigen Zustände erkennen und den Gang der Entwicklung zu erforschen versuchen, um die richtigen Mittel anwenden zu können, die zur Erreichung des Zieles erforderlich sind. Unser Parteiprogramm gibt uns darüber Auskunft. Es muß sich freilich auf ein paar knappe Sätze beschränken, deren reicher Inhalt nicht ohne Erläuterung verständlich ist. Es muß aber jeder Sozialdemokrat trachten, sich damit vertraut zu machen, denn nach unserem Organisationsstatut gilt nur der als Parteimitglied, „der sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt“. Diese können natürlich in der Agitation des Tages nie in geordnetem Zusammenhang besprochen werden. Darum ist ihre eingehende Darlegung wohl angebracht. Sie wird im ganzen eine Antwort auf die Frage sein: Was will die Sozialdemokratie? Das österreichische Parteiprogramm beginnt:

„Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich erstrebt für das gesamte Volk ohne Unterschied der Nation, der Rasse und des Geschlechtes die Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit, der politischen Unterdrückung und der geistigen Verkümmernng. Die Ursache dieser unwürdigen Zustände liegt nicht in den einzelnen politischen Einrichtungen, sondern in der das Wesen des ganzen Gesellschaftszustandes bedingenden und beherrschenden Tatsache, daß die Arbeitsmittel in den Händen einzelner Besitzer monopolisiert sind.“

Mißtrauische Leute behaupten oft, die Sozialdemokraten seien Schwindler und Betrüger; andere, die nicht so böse gesinnt sind, halten uns für Utopisten, für Leute, die es ja recht gut meinen, die sich aber ein Ziel gesetzt haben, das nicht erreicht werden kann. „Arme und Reiche hat es immer gegeben.“ „So wie es heute ist, war es immer, und darum wird es auch immer so sein.“ Solche Redensarten hören wir von Unwissenden immer wieder. Manche meinen gar, der liebe Herrgott selbst habe die Welt so eingerichtet, wie sie ist, und es wäre eitel Torheit und Vermessenheit, wollten die Menschen versuchen, sie zu ändern.

Darum wollen wir zunächst zeigen, daß solche Zustände, wie wir sie heute haben, nicht von Anfang an waren, sondern daß sich auch die kapitalistische Wirtschaftsordnung, in der alle Arbeitsmittel in den Händen einzelner Besitzer vereinigt sind und die anderen Menschen sich diesen unterwerfen müssen, aus Zuständen heraus entwickelt hat, die von ihr wesentlich verschieden sind.

Aus vorkapitalistischer Zeit

In alter Zeit gehörten der Grund und Boden, die Ackerflur, die Weide und der Wald keinem einzelnen; sie waren Gemein-
eigentum des Volkes, das in Markgenossenschaften vereinigt
lebte. In jeder Markgenossenschaft wurde der Grund und Boden
immer von neuem unter die einzelnen Genossen verteilt. Je nach
seiner Beschaffenheit war er in Gewanne geteilt, und jeder Mark-
genosse erhielt in jedem Gewanne ein Stück Ackerflur. So herrschte
volle Gerechtigkeit. Die Versammlung der Genossen bestimmte die
Art der Verteilung der Flur, beschloß, wann gesät, gepflügt und
geerntet werden sollte. Ein Stück Land blieb unverteilt. Dort
weidete das Vieh. Aus dem Walde, der allen gemeinsam war, holten
sie das Holz; dorthin gingen sie auf die Jagd. Auch der Fischfang
war niemand vorbehalten, sondern das Recht aller Genossen. Erst
allmählich wurde die Hofstätte zu dauerndem Privateigen-
tum des einzelnen, später auch die Ackerflur. Wald und Wiese
blieben nach wie vor allen gemeinsam. In dieser Form haben sich
die Markgenossenschaften viele Jahrhunderte erhalten. Nahezu
völlig abgeschlossen von der übrigen Welt lebten dort die freien
Bauern. Was sie zum Leben benötigten, erarbeiteten sie selbst auf
dem Felde und in der Stube. Sie kannten das Geld kaum und
sie brauchten auch keines.

Neben den Bauern der Markgenossenschaften hat es freilich
auch große Grundbesitzer, geistliche und weltliche, gegeben.
Es waren Bischöfe, Klöster, Heerführer und hohe Beamte, deren
Dienste der Herrscher durch Schenkung von Grund und Boden
belohnte, der ihm in reichem Maße zur Verfügung stand. In die
Abhängigkeit von diesen Grundherren kamen nach und nach die
freien Bauern. Um den drückenden Lasten des Kriegsdienstes zu
entgehen, zu dessen Ableistung jeder freie Mann verpflichtet war,
gaben die Bauern ihre Freiheit auf und wurden Hörige eines

Grundherrn, der mit seinen Reifigen auf der Burg saß. Sie empfingen ihr Gut, das sie ihm gaben, in einer Art von erblicher Pacht zurück, und er übernahm für sie die Lasten des Kriegsdienstes und gewährte ihnen seinen Schutz. Dafür mußten sie ihm aber Dienste leisten. Bestimmte Tage im Jahr mußten sie auf seinem Felde arbeiten, sie säten und ernteten für ihn und spannen für ihn Flach. Von ihren eigenen Früchten trugen sie ihm den Zehnten hinauf auf die Burg. Dort ging's lustig zu. Turniere und Spiele, Jagden und andere Vergnügungen wechselten miteinander ab, die Bauern erarbeiteten ja Speise und Trank in Fülle und Fülle. Der Grundherr war zufrieden, wenn sie die Abgaben pünktlich brachten und ihre Dienste leisteten. Er verlangte nicht mehr, als er und die Seinen im Fronhof verzehren konnten. Seine Wagenwände bildeten, wie ein Schriftsteller sich treffend ausdrückt, die Grenzen der Ausbeutung des Bauern. Mag auch sein Appetit recht groß gewesen sein, ein Magen, sei es auch der eines Adligen, wird bald voll. Den Bauern ist es darum in jenen Zeiten trotz ihrer Hörigkeit nicht schlecht gegangen. Das Anwachsen der Städte, die viele Menschen anlockten, die starke Auswanderung nach dem Osten Deutschlands, der planmäßig besiedelt wurde, die starken Verluste an Menschen, welche die Kreuzzüge ins Morgenland verursachten — sie kosteten Europa sechs Millionen Menschen! — trugen viel zur Verbesserung der Verhältnisse der Bauern bei. So war also die Lage der Bauern trotz der Unsicherheit der Rechtsverhältnisse bis ins 14. Jahrhundert nicht schlecht.

Unterdessen waren auch schon die Städte aufgeblüht. Sie waren an Bischofsitzen und an günstig gelegenen Punkten, an denen zum Beispiel Straßen Flüsse erreichten, um Stapellager von Waren entstanden, die von Kaufleuten dorthin gebracht wurden, wo an bestimmten Tagen, so anläßlich von Kirchenfesten, viel Volk zusammenströmte. Zunächst blieb auch in diesen Orten, selbst wenn sie schon zum Schutz der Waren ummauert waren, die Landwirtschaft die vorwiegende Beschäftigung der Bewohner. Erst allmählich wurde das Handwerk bedeutsam und gab schließlich der Stadt das Gepräge. Die Handwerker, die früher als Hörige auf dem Fronhof eines Gutsherrn oder für eine Markgenossenschaft gearbeitet hatten, also nicht selbständige Meister waren, kamen um so lieber in die Stadt, als Stadtluft frei machte, sie also in der Stadt freie, selbständige Arbeiter wurden. Sie schlossen sich in Zünften zusammen und eroberten sich in oft mit großer Er-

bitterung geführten Kämpfen einen Anteil an der Verwaltung der Stadt. Jede Stadt war in der Beschaffung der Lebensmittel auf das umliegende Land, in der Beschaffung der sonst nötigen Erzeugnisse auf ihre eigenen Handwerker angewiesen. Einen Handel in großem Maßstab konnte es wegen der schlechten Verkehrsverhältnisse nicht geben. Der Warenwert eines Kaufmannes war im Mittelalter durchschnittlich bloß 150 Gulden. Noch am Ende des 15. Jahrhunderts gab es in der damals hervorragenden Handelsstadt Augsburg nur 70 Kaufleute, die ein Vermögen von 34.000 Mark heutigen Geldes besaßen.

Die Zunft, deren Mitglieder eine Stadt mit ihren Erzeugnissen zu versorgen hatten, besaß also eine monopolartige Stellung. Dafür mußte sie auch die Garantie für die gute Qualität der Waren übernehmen und organisierte die Produktion in jedem Gewerbe in planmäßiger Weise. Sie schrieb ihren Mitgliedern vor, wie viele Gesellen und Lehrlinge sie haben durften, und regelte die Arbeitszeit einheitlich. Häufig besorgte sie den Ankauf der Rohmaterialien und bestimmte auch die Preise der fertigen Waren, deren Qualität und Gewicht oder Maß sie eingehend prüfte. Der Zugang zum Gewerbe stand nicht jedem offen. Die Zunft verhütete, daß sich allzu viele Meister in einer Stadt ansiedeln. Alle sollten ein ausreichendes Einkommen haben, keiner über den anderen sonderlich hervorragen. Geselle und Lehrling gehörten zur Familie. Sie standen zum Meister nicht in Gegensatz, denn jeder Geselle wußte, daß auch er in absehbarer Zeit Meister sein werde. Wenn der Zunftmeister am Ende der Woche die geleistete Arbeit betrachtete, konnte er sagen: Das habe ich mit den Meinen gemacht, das ist mein Werk. In seiner Werkstätte, mit seinen Werkzeugen und seinem Rohmaterial hatte er mit dem Gesellen die Produkte erzeugt. Sie gehörten darum ihm, und der Erlös, den er damit erzielte, war sein. Produzent und Produktionsmittel waren damals noch vereinigt, noch nicht getrennt wie in unserer kapitalistischen Zeit.

So waren also die wirtschaftlichen Verhältnisse im Mittelalter bis ins 14. Jahrhundert wesentlich anders wie heute. Noch fehlten große Massen freier Arbeiter und riesenhafte Reichtümer; die gewaltigen Gegensätze, die unsere Zeit kennzeichnen, waren noch nicht vorhanden. Wohl hat es auch damals schon Arme gegeben; für sie hat die Kirche gesorgt. Aber die Armut war doch nur eine vereinzelte Erscheinung. Wohl gab es auch damals schon Not-

stände der Massen, aber sie waren nur in zufälligen Umständen begründet und trafen in der Regel das ganze Volk. Plünderungszüge, Missernten waren die Ursachen.

Gewaltige und gewaltsame Umwälzungen im 15., 16. und 17. Jahrhundert haben die Wirtschaftsordnung, die möglichst jedem eine selbständige, auskömmliche Existenz gesichert hat, völlig geändert.

Der Zubrang zu den einzelnen Gewerben war infolge der raschen Zunahme der Stadtbevölkerung immer stärker geworden. Um eine Ueberflutung zu verhindern, versuchten die Zünfte allerhand Maßnahmen. Immer schwerer wurde es, Lehrling zu werden, und zur Meisterschaft brachten es mitunter nur solche Gesellen, die selber Söhne oder Schwiegersöhne eines Meisters waren. So wurden die Gesellen unzufrieden und kamen, da sie ihr Leben lang Gesellen, also unselfständige Arbeiter in fremder Werkstätte blieben, in einen Interessengegensatz zu den Meistern. Die Arbeiter begannen nun den Kampf um die Verbesserung ihrer Lage mit Eifer zu führen. Diese Gesellen bildeten den einen Ursprung des modernen Proletariats.

Weit wichtiger noch als dieser Wandel der Verhältnisse im städtischen Handwerk waren die ungeheuren Umwälzungen, die sich auf dem Lande vollzogen. Seitdem der Bauer seine überschüssigen Produkte in der Stadt verkaufen konnte und Geld dafür in die Hand bekam, sah der Grundherr mit anderen Augen auf ihn. Hatte er vordem vom Bauern nur so viel Abgaben gefordert, als er für sich und seinen Haushalt verwenden konnte, weil er mit mehr Produkten nichts anzufangen gewußt hat, so änderte er nun sein Verhalten. Da es jetzt seit dem Aufblühen der Städte ein Absatzgebiet, einen Markt für landwirtschaftliche Produkte gab, konnte der Grundherr die überschüssigen Produkte verkaufen und so in den Besitz von Geld kommen, das er notwendig brauchte. Je mehr Produkte er bekam, um so mehr Geld konnte er damit erwerben. Darum begann jetzt die Unterdrückung der Bauern in einem unerhörten Maße. Um die Wirtschaft auf den eigenen Gütern besser führen zu können, rundeten die Grundherren ihre Güter ab, das heißt sie zogen die Bauergüter, die ihnen im Wege lagen, ganz oder teilweise ein. Die Einführung der Koppelwirtschaft, nach der ein Wechsel in der Bebauung des

Bodens eintritt, wurde ebenfalls zum Anlaß genommen, viele Bauern als überflüssig von Haus und Hof zu verjagen und ihre Güter einzuziehen.

Die Grundherren legten aber nicht bloß die Bauern; sie rissen auch Wald und Weide, einst Gemeineigentum der Markgenossen, an sich und raubten dadurch den Bauern wichtige Betriebsmittel. Die Markgenossenschaft war längst ein zu kraftloses Gebilde geworden, als daß von ihr gegen die Grundherren ein planmäßiger Widerstand hätte ausgehen können. Seitdem in vielen Gegenden der starke Bedarf an Schafwolle für Gewebe eine große Schafzucht rentabel erscheinen ließ, wurden die Bauernleger noch schamloser und brutaler. Haus und Hof der Bauern wurden niedergebrannt und dort, wo der Bauer seiner Väter Boden im Schweiß seines Angesichts bearbeitet hatte, weideten jetzt die Schafherden der Grundherren. Die vielen Kriege und das daraus entspringende Räuberunwesen trugen das ihre dazu bei, das Elend der Bauern zu mehren. Der Staat hat sie gegen die Grundherren nicht geschützt. Im Gegenteil! Sie wurden sogar von Rechts wegen verjagt, denn das römische Recht, das die Juristen, „die bösen Christen“, aus Italien brachten, kannte nicht die eigenartigen Rechtsverhältnisse der deutschen Bauern. Sie, denen doch der Grund und Boden, auf dem sie saßen, zu eigen war, wurden als bloße Pächter angesehen, die nach dem Belieben des Herrn verjagt werden konnten.

Zur Verzweiflung gebracht, haben sich die Bauern schließlich gegen ihre Grundherren erhoben. Aber in Strömen von Blut wurden ihre Aufstände ertränkt. Nun war ihr Schicksal besiegelt. Die Bauern, denen Haus und Hof geblieben waren, hatten nun schwere Frondienste zu leisten und wurden von den Grundherren, die möglichst viel produzieren wollten, in der grausamsten Weise ausgebeutet. Früher hatte der Grundherr von den Abgaben der Bauern gelebt; jetzt entstand die Gutsherrschaft als große, für den Verkauf produzierende, auf Profit gerichtete Unternehmung, deren Leitung der Gutsherr innehatte und deren Arbeitskräfte die Bauern waren. In der Zeit vom 16. bis zum 18. Jahrhundert wird die Gutsherrschaft auch in vielen Gegenden Oesterreichs, zum Beispiel in Böhmen, Mähren, Schlesien und Niederösterreich, zur herrschenden Betriebsform. Die Bauern waren in völlige Leibeigenschaft verfallen, sie galten bloß — wie sich ein katholischer Geistlicher ausdrückte — als „hornloses Zug-

vieh". Der Gutsherr gebot über sie, über ihre Weiber und Kinder unbeschränkt. In Niederösterreich mußten viele Bauern 104 Tage im Jahre Robotdienste leisten. Die Abgaben, die der Bauer zu tragen hatte, waren mannigfaltig. Für Krain werden 71 Arten von Geldleistungen, 93 verschiedene Naturalabgaben und 17 Arten von Arbeitsleistungen namentlich angeführt. Für Mähren werden 246 verschieden benannte Geldgiebigkeiten mitgeteilt. In Jahren mittelmäßiger Ernte verschlangen Steuern und Giebigkeiten bis zu 70 Prozent des Reinertrages. Und wehe dem Bauern, der sich beschweren wollte! Richter über seine Sache war kein staatlich bestellter Beamter, kein Bezirkshauptmann oder Bezirksrichter, sondern sein eigener Gegner, der Gutsherr selbst!

Erst am Ende des 18. Jahrhunderts wurde das Loß der Bauern erleichtert. Da ihre Wehrfähigkeit abnahm und ihre Steuerkraft schwand, ihre Schollenpflichtigkeit überdies dem aufstrebenden Bürgertum die Arbeitskräfte vorenthielt, war der Staat gezwungen, wenigstens die ärgsten Auswüchse des Systems zu beseitigen. Von welchen Gesichtspunkten aus aber der Bauernschutz betrachtet wurde, zeigt das 1786 erlassene Jagdpatent Josefs II. Er räumte den Bauern das Recht ein, ihre Gründe, die an Wälder grenzten, mit Pflanzen und Zäunen zu umgeben, „ohne daß sie für Schaden zu haften hätten, welchen sich das Wild durch Springen hierüber zufügt“!

Die Revolution der Bürger und Arbeiter im Jahre 1848 brachte den Bauern die Freiheit. 54.000 Berechtigten waren in Oesterreich zweieinhalb Millionen Verpflichtete gegenübergestanden. Der Jahreswert der bäuerlichen Leistungen wurde nach Abrechnung der Gegenleistungen auf 22 Millionen Gulden veranschlagt. 68 Millionen jährlicher Arbeitstage kamen in Wegfall, alle Abgaben verschwanden.

Die Bauern, die einst von Haus und Hof gejagt worden waren — die das Verbrechen an ihnen begangen hatten, waren keine Sozialdemokraten, sondern die Ahnen der agrarischen Führer von heute — bevölkerten dann die Landstraßen als Bettler, Räuber und Vagabunden, frei von allen Fesseln, mit denen sie früher an die Scholle gebunden waren, aber auch frei von Hab und Gut. Man hat sie nun, da sie „übersflüssige“ Menschen waren, durch den Henker aus der Welt schaffen wollen. Grausame Gesetze hat man im 16. und 17. Jahrhundert gegen sie erlassen. Die „Polizei- und Tagordnung“ für das Deutsche Reich verordnete 1653, daß die Bettler, wenn sie „neben der Kirche oder

außerhalb der Stadt, an den Gräben sich finden lassen, zu gemeiner Stadtarbeit mit angelegten Springern, Ketten und Banden“ gezwungen und dadurch „von der Faulheit und dem Müßiggang abgehalten“ werden sollen. Zur Grausamkeit noch Spott und Hohn! In England wurden während der Regierung Heinrichs VIII. (1509 bis 1547) 72.000 Bettler hingerichtet. Mit Recht sagt Marx, daß die Geschichte der Verjagung der großen Bauernmassen von Haus und Hof und ihres fürchterlichen Schicksals mit Bügen von Blut und Feuer in die Annalen der Menschheit eingeschrieben ist. Diese aus ihrem Besitz gejagten und dann grausam verfolgten Menschen sind die Väter der heutigen Arbeiterklasse, der zweite Ursprung des modernen Proletariats.

Man hat die Besitzlosen verfolgt; denn das einzige Gut, das sie zu verkaufen hatten, ihre Arbeitskraft, konnte man zunächst noch nicht verwerten. Das Handwerk war das Monopol der Zünfte, und auf dem Lande war der Gutsherr, der die Bauern zu harter Fronarbeit zwang, mit Arbeitskräften versorgt. Der Krieg bot den Leerbäuslern zunächst die einzige Möglichkeit zur Beschäftigung. Sie traten vielfach als Söldner in den Dienst der Seerführer. Aber schon war eine neue Macht in der Gesellschaft emporgewachsen, unter deren Einfluß die Verhältnisse sich bald zu ändern begannen: das Kapital.

Die Stadt im Mittelalter war ursprünglich eine Welt für sich gewesen, durch ihre Mauern völlig abgeschlossen. Dennoch hatte der Handel nie ganz geruht, und Kaufleute, die Waren aus Italien und dem fernen Morgenland brachten, hat es stets gegeben. Dieser Handel nahm im 14. und 15. Jahrhundert einen besonders großen Aufschwung. Vorwiegend italienische Städte (Amalfi, Genua, Venedig) waren dadurch zu großem Reichtum gelangt. Denn die Kaufleute, die Seide und andere Waren von ihren kühnen Fahrten ins Morgenland brachten, arbeiteten mit einem Nutzen, der stets etliche hundert Prozent betrug. Als seit dem Vordringen der Türken, die 1453 Konstantinopel eroberten, die alten Handelswege nicht mehr passierbar waren, wurde es immer dringender, Wege übers Meer nach Indien zu finden. Viele Seefahrer versuchten ihr Glück. Einer der Abenteurer, der genuesische Webersohn Christoph Columbus, der in spanischen Diensten ausgezogen war, fand, westwärts verschlagen, einen neuen Erdteil. Er wurde von anderen Seefahrern gründlich erforscht und später

Amerika genannt. Ungefähr zur selben Zeit kamen die Portugiesen nach Indien. Seit der Entdeckung vieler neuer Länder im 15., 16. und 17. Jahrhundert strömten ungeheure Reichtümer in die Alte Welt.

Die Kaufleute waren die Herren der vielbegehrten Schätze und wurden darum die einflußreichsten Leute im Lande, vor denen sich alle Mächte verneigten. Sie hatten das Geld, für das man alle Dinge erhalten und das man für alle Dinge bieten konnte, das Geld, das um so wichtiger wurde, je mehr der Warenhandel zunahm. Um des Geldes willen hatten die Grundherren die Bauern verjagt oder in drückende Knechtschaft gezwungen, um die Produktion für den Verkauf zu steigern und mehr Geld zu bekommen. Die aufstrebenden Landesherren mußten Schulden machen, um die großen Kosten der vielen Kriege und der verschwenderischen Hofhaltung decken zu können, und kamen in die Abhängigkeit der Geldbesitzer. Die Kirche hatte zwar seit jeher große Einkünfte bezogen, aber nun reichten sie nicht mehr aus und auch Rom trat in enge Beziehungen zu den Geldmännern jener Lage. Das Geld war der allverehrte Göze der Zeit geworden, um Geld war alles feil: Aemter und Würden, die Ehre der vornehmsten Frauen, sogar das ewige Seelenheil. Den Ablassprediger Tezel, der 1517. in Deutschland umherzog, begleitete ein Agent des Jakob Fugger, des Rothschilts des 16. Jahrhunderts, der den Schlüssel zum Ablasskasten hatte. Die Hälfte des Geldes, welches die Frommen zur Rettung ihrer Seelen hingegeben hatten, strömte in die Kassen Jakob Fuggers, dem die Kirche auf solche Art ihre Schulden zahlte. Ein paar Jahre vorher wollte der deutsche Kaiser Maximilian I. — Papst werden. Er wandte sich nicht an die Kardinäle, sondern an — Jakob Fugger, der ihm 300.000 Dukaten zur Bestechung der Kardinäle leihen sollte, wofür er ihm ein Drittel der päpstlichen Bezüge zur Abzahlung antweisen wollte. Das Geschäft kam nicht zustande. Aber etliche Jahre später verhalf Jakob Fugger dem Enkel Maximilians, Karl V., zur deutschen Kaiserwürde. Er lieferte ihm die Wahlgelder zur Bestechung der Fürsten. Das Geld regierte die Welt. Die Kaufleute waren seine Besitzer; indem sie es dazu verwendeten, aus Geld mehr Geld zu machen, wurden sie die ersten Kapitalisten.

Woher stammten die Reichtümer der westeuropäischen Kaufleute? Aus Raub und Mord, aus Brand und Krieg wurden sie geboren. Schon der Handel der Venetianer im Mittelalter war durch Anwendung von List und Gewalt gekennzeichnet. Der Handel,

den die westländischen Staaten trieben, war oft direkter Raub und Betrug. Darin waren zunächst die frommen Portugiesen allen über. Für wertlose Gegenstände „handelten“ sie in Indien große Kostbarkeiten ein. Alte Stiefel verkauften sie für 300 Dukaten, ein spanischer Mantel kostete 1000, ein Becher Wein 200 Dukaten. 400 Prozent betrug der gewöhnliche Gewinn der portugiesischen „Kaufleute“. Einen Zentner Pfeffer, den sie in Indien für 3, höchstens 5 Dukaten erstanden, verkauften sie in der Heimat um 40 Dukaten! Mit ihren Kriegsschiffen schlossen sie alle anderen Staaten vom indischen Verkehr ab und auf portugiesischen Staatschiffen gelangten die Schätze des Orients nach Europa. Sie durften zunächst nur in Lissabon feilgeboten werden. So wurde Portugals Hauptstadt für eine Zeit der reichste Ort der Erde. Noch ärger als die Portugiesen in Indien verfuhr die Spanier in Amerika. Der Kronschatz des Kaisers von Peru, den der Abenteurer Pizarro ermorden ließ, hatte einen Goldwert von etwa 100 Millionen Kronen. Das eingeschmolzene Gold wurde nach der Eroberung Perus nach Spanien gebracht. Auch süddeutsche Kaufleute haben im Einvernehmen mit den Spaniern und Portugiesen gewinnreiche Handelsexpeditionen nach Indien und Amerika unternommen. Die Gold- und Silberländer wurden ausgeplündert, die Eingebornen in die Bergwerke getrieben oder ausgerottet. In Afrika ging man auf die Negerjagd und schleppte 300 Jahre lang alljährlich viele tausende Neger zusammen, die nach Amerika geschickt wurden. Der Sklavenhandel brachte reichen Gewinn. Die englische Königin Elisabeth sandte selbst Sklavenschiffe aus. Auch der nackte Raub war ein beliebtes Mittel, reich zu werden. Englische Kaperschiffe lauerten auf die Schiffe, die Silber aus Amerika nach Spanien brachten oder mit Schätzen aus Indien kamen. Der Seeraub wurde in Spanien mit dem Feuertod bestraft; doch es half nichts. Die Gier nach Reichthümern war zu groß. Auch der Geldhandel brachte in jenen Tagen unermesslichen Gewinn. Durch ihn kamen die Fugger in Augsburg, die schon in der Warchentindustrie wohlhabend geworden waren, in die Höhe. Sie wurden eine Weltfirma, um deren Gunst Könige warben und vor der sich der Papst neigte. Mit allen Ländern hatten sie Beziehungen. Sie erschlossen die Silbergruben in Kärnten und Tirol, arbeiteten in Bergwerksunternehmungen Schlesiens, betrieben Kupferminen in Ungarn und beuteten Quecksilberbergwerke in Spanien aus. Ihr Vermögen schwoll durch Geldgeschäfte ins Riesenhafte.

So also entstand der Reichtum der europäischen Kaufleute, so sind die ersten großen Vermögen zustande gekommen. Raub und Mord, Wucher und Betrug waren die Mittel.

Da hat man uns in der Schule die schöne Geschichte erzählt, wie einst in grauer Vorzeit alle Menschen gleich viel besessen haben, aber die einen fleißige Sparer, die anderen faule Lumpen waren. Und so erwarben die einen immer mehr, während die anderen ihr Geld verjagten und schließlich arme Teufel wurden und nichts mehr zu verkaufen hatten als ihre eigene Haut. Und von diesem Sündenfall, so spottet Marx, datiert die Armut der großen Masse, die immer noch, aller Arbeit zum Trotz, nichts zu verkaufen hat als sich selbst, und der Reichtum der wenigen, der fortwährend wächst, obgleich sie längst aufgehört haben zu arbeiten.

Die Wirklichkeit ist, wie wir gesehen haben, ein bißchen anders. Die Gewalt war der Geburtshelfer, als der Kapitalismus geboren ward. Die, wie das österreichische Parteiprogramm sagt:

„das Wesen des ganzen Gesellschaftszustandes bedingende und beherrschende Tatsache, daß die Arbeitsmittel in den Händen einzelner Besitzer monopolisiert sind“,

ist das Ergebnis nicht des Sparens der einen und der Faulenzerei der anderen, sondern einer gewaltsamen Enteignung der Masse des Volkes, die in bezuglose, zum Verkauf ihrer selbst gezwungene Menschen verwandelt wurde, und einer Jagd nach Reichtümern mit so viel Greuelthaten, wie sie die Weltgeschichte nie zuvor gekannt hat. „Von Kopf bis Zeh“, aus allen Poren blut- und schmutztriefend“, kam das Kapital zur Welt. Und es ist nicht einmal lange her: Erst vor drei, vier Jahrhunderten sind die Grundlagen der kapitalistischen Ordnung geschaffen worden; sie war also nicht immer da. Sie hatte einen Anfang und wird ein Ende haben.

Die kapitalistische Produktionsweise

1. Die Manufakturperiode.

Die gewaltigen Umwälzungen im 15. und 16. Jahrhundert hatten eine Klasse von Kaufleuten hervorgebracht, die sehr große Vermögen besaßen, und eine Masse des Volkes ihres Besitzes beraubt, so daß sie von nichts anderem leben konnte als vom Betteln und Stehlen oder vom Verkauf ihrer Arbeitskraft. Die Käufer aber haben zunächst gefehlt. Die Zünfte gestatteten kein Eindringen in ihren Kreis, schlossen sich im Gegenteil stets mehr und mehr ab. Die Kaufleute konnten ihren Reichtum im Handwerk nicht verwenden, die Zunftszugungen versperrten ihnen den Weg. Darum begann das Kapital die Ausbeutung zunächst nicht in großen Werkstätten. Die Kaufleute gingen vielmehr aufs Land hinaus, wo die bäuerliche Bevölkerung, die sich stets mit industrieller Hausarbeit beschäftigt hatte, damals in ihrer Not die Gelegenheit zu industriellen Nebenverdiensten gerne ergriff. Die ländliche Hausindustrie dehnte sich immer mehr aus. So zählte man am Ende des 18. Jahrhunderts in Böhmen fast 400.000, in Niederösterreich 100.000 Handspinner. Statt für viele Konsumenten arbeitete jetzt die Bauernfamilie nach der Feldarbeit für den Kaufmann, den Verleger. Er brachte den Rohstoff, mitunter auch das Werkzeug und verkaufte die fertige Ware in alle Welt. So wurden massenhaft Waren hergestellt. Die Zünfte vermochten sich gegen diese Konkurrenz nicht zu wehren; sie konnten nicht einmal verhindern, daß sogar viele Zunftmeister zu bloßen Heimarbeitern der Verleger herabsanken. So bürgerte sich die kapitalistische Massenproduktion allmählich ein.

Die Staatsgewalt stand den kapitalistischen Kaufleuten bei. Ihre Gewerbepolitik, die man den Merkantilismus nennt, räumte dem aufstrebenden Kapitalismus die Hindernisse aus dem Weg. Stück für Stück wurde im 17. und 18. Jahrhundert die Macht der Zünfte zertrümmert und ihr Monopol gebrochen. Insbesondere

seit man einzelnen Unternehmern gestattete, als „Freimeister“, ohne dem Zunftzwang unterworfen zu sein, ein Gewerbe zu betreiben, konnten die Kapitalisten Werkstätten mit großer Arbeiterzahl einrichten. Allmählich fielen auch in den Zünften die Vorschriften über die Beschränkung der Arbeiterzahl u. s. w. fort und wurden auch *Frauen* zur Arbeit zugelassen. Damit die Löhne verringert werden, hat man die Frauenarbeit oft geradezu begünstigt. Vielfach drangen dann die Kapitalisten selbst in die Zünfte ein und bemächtigten sich so eines immer größeren Theiles der Produktion. Das geschah vor allem in der Wollenweberei. Die Handwerker wehrten sich, aber ihre Mühe war vergeblich. Schon 1765 klagten die Tuchmacher, daß die Fabriken das Gewerbe zugrunde richten, die Webermeister von Sternberg protestierten schon im Jahre 1771 gegen die Errichtung von Fabriken. Wohl hat zum Beispiel Kaiser Franz im Jahre 1802 die Errichtung von Fabriken in Wien und den Vorstädten verboten, aber dieses Verbot mußte bald wieder aufgehoben werden. Im allgemeinen *förderte* aber der Staat die Fabriken, die seit dem Anfang des 18. Jahrhunderts — die erste im Jahre 1709 — in Oesterreich entstanden. Sie erhielten Steuerfreiheit, ja sogar Staatszuschüsse. Ihre Arbeiter und Lehrlinge waren vom Militärdienst befreit. Bei zeitweiligen Betriebsstörungen gab es sogar staatliche Arbeitslosenunterstützung.

Die Industrie wurde förmlich gezüchtet. Der Staat überwachte sie sorgsam mit tausendfältigen Vorschriften, die sich nicht nur auf die technischen Vorgänge beschränkten, sondern auch die Koalitionsfreiheit der Arbeiter beseitigten. So erklärte zum Beispiel das englische Parlament im Jahre 1725 alle Arbeitervereine, die Lohn- und andere Arbeitsbedingungen beeinflussen wollen, für ungesetzlich. Arbeiter aller Zweige der Wollindustrie, die solche Vereine gründeten, ihnen beitreten oder sich ihren Beschlüssen unterwerfen, sollten mit Zuchthaus bis zu drei Jahren bestraft werden. Wer mutwillig Wollstoffe auf Webstühlen und Trockenstangen oder Werkzeuge der Wollindustrie zerstörte, sollte mit dem Tode bestraft werden! Zur Förderung der heimischen Industrie diente auch eine kunstvolle Zollpolitik, welche die Wareneinfuhr erschwerte, mitunter sogar ganz verbot und zugleich die Ausfuhr von Rohstoffen untersagte. Dazu kamen hie und da noch Zwangsmaßregeln. So hat in England schon im Jahre 1511 ein Gesetz den unteren Volksklassen verboten, ausländische Hüte und Mützen zu tragen. Im Jahre 1565 wurde zur Hebung der Wollindustrie verordnet, daß

nichtadelige Personen keine Mützen aus Samt tragen dürfen. Im Jahre 1571 befahl gar ein Gesetz, daß alle männlichen Personen in England vom sechsten Lebensjahre an mindestens an jedem Sonntag eine in England gestricke und gewalkte Wollmütze tragen müssen. Seit dem Jahre 1666 durften nur wollene Leichentücher verwendet werden.

Die auswärtige Politik der Staaten führte zu ununterbrochenen Kämpfen um die Handelsmärkte. Vom Lärm der Kriege hallte die ganze Erde wider.

Technisch bedeutete das Eindringen des Kapitals in die Industrie zunächst freilich keine wesentliche Aenderung. Die Arbeitsmethode blieb die gleiche, ob zwei oder fünfzig Arbeiter beisammen saßen. Die Werkstätte des Zunftmeisters war nur erweitert. Aber eine bedeutende Veränderung hatte sich doch vollzogen. Wenn viele Arbeiter gemeinsam arbeiten, bedarf es einer Person, welche die Arbeit überwacht und leitet. Das ist eine neue selbständige Funktion, sie wird ausgeübt vom Kapitalisten. Diese ordnende und überwachende Stellung wurde noch nötiger, als in der Arbeitsmethode ein gewaltiger Wandel eintrat.

Wenn eine größere Zahl von Waren in einer bestimmten Zeit geliefert werden sollte, wurde die Arbeit verteilt. Statt nun von jedem Gesellen die Ware fertigstellen zu lassen, zerlegte man die Operationen, die zur Fertigstellung der Ware erforderlich waren, und wies jedem Arbeiter einen bestimmten Teil derselben zu. Was vorerst nur zufällig geschah, entwickelte sich zum System. „Aus dem individuellen Produkt eines selbständigen Handwerkers, der vielerlei tut, verwandelt sich die Ware in das gesellschaftliche Produkt eines Vereines von Handwerkern, von denen jeder fortwährend nur eine und dieselbe Teiloperation verrichtet.“ (Marx.) Oft bildete sich diese manufakturmäßige Arbeitsweise nicht durch Zerlegung eines Handwerks in seine verschiedenen Operationen, sondern durch eine Kombination verschiedener Handwerke zur Erzeugung eines bestimmten Produktes. Eine Kutsche, zum Beispiel, war einst das Produkt der Arbeit einer Anzahl ganz selbständiger Handwerker (Wagner, Sattler, Drechsler, Maler u. s. w.). Die Kutschenmanufaktur vereinigt diese verschiedenen Handwerker in einem Arbeitshaus, der einzelne Handwerker kann nun allerdings nicht mehr sein ganzes Handwerk ausüben, er ist vielmehr nur mit den Operationen beschäftigt, die zum Kutschenmachen nötig sind. So wird auch er ein Teilarbeiter.

Das fertige Produkt, das aus der Manufaktur herauskommt, ist entweder durch Zusammensetzung selbständiger Teilprodukte entstanden, wie zum Beispiel die Uhr, deren viele Bestandteile von vielen Teilarbeitern angefertigt und dann zusammengesetzt werden. Oder das Produkt ist durch eine Reihe zusammenhängender Manipulationen entstanden, die von verschiedenen Teilarbeitern am selben Stoffe vorgenommen wurden, wie zum Beispiel in der Nähnadelmanufaktur, in der der Draht einige Duzend Hände durchläuft, ehe die Nadel fertig ist. In jedem Falle ist die Zeit, die nun zur Herstellung eines Produktes gebraucht wird, kürzer als früher, da der Zunftmeister allein ein ganzes Produkt erzeugt hat. Denn der Arbeiter, der jahraus, jahrein nur die gleiche Teilarbeit verrichtet, wird es darin zu einer außerordentlichen Gewandtheit bringen. Außerdem ist durch die Zerlegung der Arbeit auch eine Verbesserung der Werkzeuge möglich, die jetzt den Teilarbeiten angepasst werden können. Freilich verkümmern die sonstigen Anlagen des Arbeiters dabei völlig; er wird infolge der einförmigen Arbeit körperlich und geistig zum Krüppel. Die Zerlegung der Arbeit ermöglicht es, daß eine Reihe von einfachen Arbeiten von ungelerten Arbeitern verrichtet werden kann. Sie treten jetzt zum ersten Male neben den gelernten Arbeitern auf. Im Handwerk hat es ungelernete Arbeiter nicht gegeben. Die Lehrzeit für die qualifizierten Arbeiter sinkt, da nicht mehr das ganze Handwerk, sondern nur eine Teilarbeit gelernt wird. Die Arbeitskraft wird billiger, obwohl sich ihre Leistung erhöht. Die Leitung der Produktion wird jetzt schwieriger und bedarf eigener Organe.

Die Manufaktur ist nur möglich, wenn eine größere Anzahl Arbeiter in einer Werkstätte beschäftigt werden kann, wenn also Kapitalisten und freie Arbeiter vorhanden sind. Sie konnte sich darum in der Zunftzeit nie entwickeln, weil die Zünfte planmäßig, durch Beschränkung der Gesellenzahl, die Verwandlung des Meisters in einen Kapitalisten verhindert haben. Die Manufaktur ändert auch die Stellung des Arbeiters gegenüber dem Unternehmer. Der Arbeiter hat früher seine Arbeitskraft verkauft, weil ihm selbst die Mittel zur Produktion (Werkstätte, Werkzeuge, Rohstoffe etc.) fehlten; er könnte jetzt seine Arbeitskraft selbständig nicht einmal bewerten, wenn er die Produktionsmittel hätte, weil sie nur noch im Zusammenhang funktioniert, der erst in der Werkstätte des Kapitalisten hergestellt wird. Dadurch verschlechtert sich die Lage des Manufakturarbeiters gegenüber dem Kapitalisten. Da

aber seine in jahrelanger Uebung erworbene Geschicklichkeit die Grundlage der Manufaktur ist, keine Kategorie von Teilarbeitern ohne die anderen in der Werkstätte arbeiten kann, wird die Widerstandsfähigkeit der Arbeiter gesteigert. Zwischen ihnen und den Kapitalisten entwickeln sich heftige Kämpfe.

Das profitgierige Kapital versucht die vielen Feiertage abzuschaffen, die von der Kirche im Mittelalter eingeführt worden waren, um das Los der Hörigen zu erleichtern. Es kämpft gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter an, hat aber während der ganzen Manufakturperiode (bis ans Ende des 18. Jahrhunderts) nie vermocht, die Arbeiter ganz ins Joch zu drücken, und klagt über ihren Mangel an Disziplin. Was heute dem unaufgeklärten Proletarier als selbstverständlich erscheint, daß seine ganze Lebenszeit Arbeitszeit im Dienste des Kapitals ist, das ist nur durch Gewalt zustande gekommen. „Es kostet Jahrhunderte, bis der freie Arbeiter in Folge entwickelter kapitalistischer Produktionsweise sich freiwillig dazu versteht, das heißt gesellschaftlich gezwungen ist, für den Preis seiner gewohnheitsmäßigen Lebensmittel seine ganze aktive Lebenszeit, ja seine Arbeitsfähigkeit selbst, seine Erstgeburt für ein Gericht Sinsen zu verkaufen.“ (Marx.)

Wie einst die freigesetzten Landleute zu Tausenden als „überflüssig“ durch eine Blutgesetzgebung verfolgt und aus der Welt geschafft wurden, hat man sie, als ihre Arbeitskraft verwertet werden konnte, auf ebenso gewalttätige Weise in die Manufakturen gejagt. Wiederholt wurden im 17. und 18. Jahrhundert Verordnungen erlassen, die befehlen, das „Bettler- und Lumpengefindel“ mit Gewalt zur Spinnerei anzuhalten. Die Ortsvorsteher, denen die Durchführung des Befehls übertragen war, wurden in Bayern von eigenen Spionen überwacht. In Wien wurde im Jahre 1671 im Einvernehmen mit dem Bischof Kollonitz ein Zucht- und Arbeitshaus für vagabundierende Personen mit Manufakturen errichtet. Den trotzigen Widerstand der Manufakturarbeiter hat das Kapital aber nicht zu brechen vermocht. Dies gelang ihm erst, seit mit der Erfindung der Maschinen die moderne industrielle Entwicklung begann.

2. Die technischen Umwälzungen.

Die Erfindung der Maschinen hat die Industrie völlig umgewälzt, ja das Antlitz der Erde verändert. Was sind nun die Maschinen? Alle entwickelte Maschi-

nerie besteht aus drei wesentlich verschiedenen Teilen, der Bewegungsmaschine, die als Triebkraft des ganzen Mechanismus wirkt, dem Transmissionsmechanismus, der die Bewegung regelt, verteilt und auf die Werkzeugmaschine überträgt, die den Arbeitsgegenstand anpakt und verändert. Von ihr geht die große industrielle Revolution aus. Sie ist „ein Mechanismus, der nach Mitteilung der entsprechenden Bewegung mit seinen Werkzeugen dieselben Operationen verrichtet, welche früher die Arbeiter mit ähnlichen Werkzeugen verrichteten“. (Marx.) Ob die Triebkraft vom Menschen ausgeht oder wieder von einer Maschine, ist gleichgültig. Der große Unterschied springt in die Augen. Die Anzahl der Arbeitsinstrumente, mit denen der Mensch gleichzeitig zu arbeiten vermag, ist durch die Anzahl seiner körperlichen Organe sehr beschränkt. Bei der Werkzeugmaschine fällt dieses Hindernis weg. Der Mensch ist dann nur noch Triebkraft der Maschine, freilich eine für große Werkzeugmaschinen nicht geeignete. Auch Pferde, Wind und Wasser wurden als Triebkräfte viel verwendet. Ungleich vorteilhafter ist es natürlich, die Triebkraft selbst durch eine Maschine erzeugen zu lassen, da sie dann beliebig reguliert werden kann und nicht an einen bestimmten Ort gebunden ist.

Die Dampfmaschine ist ein solcher Apparat. Sie kann natürlich gleichzeitig viele Werkzeugmaschinen treiben, wenn der Transmissionsmechanismus entsprechend vergrößert wird. So entsteht ein ganzes Maschinensystem mit vielen Teilarbeitsmaschinen, die an die Stelle der Teilarbeiter der Manufakturperiode treten. Natürlich sind zu verschiedenen Einrichtungen an den Maschinen noch immer Arbeiter nötig. Ihre Zahl dadurch zu verringern, daß die Arbeitsmaschinen alle Bewegungen ohne menschliche Beihilfe machen und statt der Menschenhand der Mechanismus die Arbeitsgegenstände von einer Maschine zur andern befördert, ist das Bestreben der Technik. Die Fabrik soll zum Automaten werden. Das System der Maschinerie bildet „ein mechanisches Ungeheuer, dessen Leib ganze Fabrikgebäude füllt und dessen dämonische Kraft, erst versteckt durch die fast feierlich gemessene Bewegung seiner Riesenglieder, im fieberhaft tollen Wirbeltanz seiner zahllosen eigentlichen Arbeitsorgane ausbricht“. (Marx.) Die Maschinerie konnte sich aber so lange nicht einbürgern, als die Maschinen selbst handwerksmäßig in den Manufakturen erzeugt werden mußten. Da kunstvolle Arbeit hierzu erforderlich war und die Zahl der in Betracht kommenden Arbeiter nicht leicht vermehrt

werden konnte, waren die Erzeugungskosten sehr groß und blieb die Verbreitung der Maschinen gering.

Je komplizierter die Maschinen wurden, um so schwieriger gestaltete sich ihre Herstellung.

Vor hundert Jahren gelang es, Maschinen durch Maschinen zu produzieren. Die Drehbank wurde erfunden und nun konnte man die Maschinenteile maschinenmäßig erzeugen. Nun entwickelte sich das Maschinenwesen mit ungeheurer Geschwindigkeit. Eine Erfindung jagte die andere. Die Umwälzung der Produktionsweise in einer Industrie führte zur Umwälzung in der anderen. Die Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft wurden umgestaltet. Der Verkehr gewann eine nie geahnte Ausdehnung. Ganze Industrien wurden zugrunde gerichtet, andere neu geschaffen. Von der Textilindustrie hat die gewaltige Umwälzung ihren Ausgang genommen. In stolzem Siegeslauf unterwirft sich nun der Kapitalismus innerhalb einiger Jahrzehnte die Welt.

Die großartige Entwicklung wird durch einige Zahlen grell beleuchtet.

Die erste Werkzeugmaschine ist die im Jahre 1764 konstruierte Spinnmaschine, die von einem Arbeiter in Bewegung gesetzt wurde und mit 18 Spindeln spann. Seitdem der Dampf als Triebkraft verwendet wurde, stieg die Zahl der Spindeln durch fortwährende Verbesserungen auf 800. Heute gibt es bereits Spinnmaschinen, die mit 2400 Spindeln arbeiten! Die Zahl der Umdrehungen einer Spindel in der Minute betrug noch vor hundert Jahren höchstens 2400, im Jahre 1856 5500, sie steigt heute auf 14.000! Was ein Spinner im Jahre 1840 bei 14stündiger täglicher Arbeitszeit in einem Jahre erzeugte, produziert heute ein Arbeiter bei zehnstündiger Arbeitszeit in — drei Tagen! Auch in der Weberei ist der Fortschritt seit der Erfindung des ersten mechanischen Webstuhls ein ungeheurer. Noch 1813 zählte man in der englischen Baumwollindustrie neben 2400 mechanischen Webstühlen etwa 200.000 Handwebstühle. Die Zahl der Handweber sank in der Zeit von 1820 bis 1860 von 240.000 auf 7500, die der Fabrikarbeiter stieg in derselben Zeit von 10.000 auf 203.000! Dabei jagte eine Verbesserung der Maschine die andere. Im Jahre 1856 stellte ein englischer Weber 20.580 Ellen Stoff her, heute 38.000 Ellen im Jahre. Heute sind wir so weit, daß 16 bis 20 schmale

Northropwebstühle von einem einzigen Weber bedient werden! Vor einigen Jahren wurde eine Erfindung gemacht, die es ermöglicht, daß ein einziger Weber mit zwei weiblichen Hilfskräften 48 Stühle bedienen kann.

Die Produktion ist ins Riesenhafte gewachsen. Im Jahre 1799 wurde in Oesterreich die erste Baumwollmaschinenspinnerei errichtet, erst 1837 wurde die erste Schafwollmaschinenspinnerei gebaut. Es dauerte bis zum Jahre 1851, ehe die ersten mechanischen Webstühle in der Schafwollweberei aufgestellt wurden. Im Jahre 1912 betrug die Zahl der Spindeln in der österreichischen Baumwollindustrie 4,950.000. Während man im Jahre 1832 in allen Baumwollspinnereien Europas 11'8 Millionen Spindeln zählte und im Jahre 1880 bereits 58'6 Millionen vorhanden waren, betrug ihre Zahl in allen Ländern der Erde im Jahre 1900 105,681.000, am 1. März 1913 142,186.308. In zwölf Jahren also eine Zunahme, die dreimal so groß ist wie der europäische Gesamtbestand vom Jahre 1832!

Für die wirtschaftliche Entwicklung ist der Verbrauch von Kohle und Eisen kennzeichnend. Auch hier sehen wir eine ungeheure Wandlung. Die Frisch- und Gußroheisenproduktion in Oesterreich-Ungarn lieferte in der Zeit von 1819 bis 1828 im Jahresdurchschnitt 72'9, 1849 schon 149'3, 1890 bereits 965'4, 1900 gar 1495 und im Jahre 1911 2159 Millionen Kilogramm! Der Wert der Roheisenproduktion stieg in derselben Zeit von 10'36 auf 118'86 Millionen Kronen (im Jahre 1906)! Im Werke Witkowitz allein war die Produktion im Jahre 1907 größer als noch 1885 in ganz Oesterreich-Ungarn. In Oesterreich allein lieferte die Eisenproduktion im Jahre 1912 1953'85 Millionen Kilogramm im Werte von 143'8 Millionen Kronen. Die Weltroheisenproduktion betrug im Jahre 1800 erst 825, 1840 2900, 1890 27.300, 1900 41.086 und im Jahre 1910 67.000 Millionen Kilogramm; sie ist also im Laufe von 110 Jahren auf das Achtzigfache gestiegen! Die deutsche Roheisenproduktion lieferte 1892 4937, im Jahre 1913 19.291'9 Millionen Kilogramm. Großartige technische Fortschritte haben die Produktion seit den Tagen, da in Oesterreich der erste Hochofen gebaut wurde (1826) und der erste Puddelofen (1830) in Betrieb kam, ungeheuer vereinfacht. Die Zahl der Hochofen betrug in Oesterreich im Jahre 1900 nur mehr 73, im Jahre 1911 nur mehr 44, gegen 155 im Jahre 1863, aber ihre Leistungen sind kolossal gewachsen. Die durchschnittliche Jahresleistung eines österreichi-

ischen Eisenhochofens betrug im Jahre 1863 1935, im Jahre 1912 62.852 Tonnen. Ein amerikanischer Hochofen leistet heute in 36 Stunden so viel, wie vor 150 Jahren 14 schlesische Hochöfen in einem Jahre produzierten. Die Verarbeitung des Roheisens zu Schweizeisen, beziehungsweise Stahl, wurde ungeheuer verkürzt. Sie bedurfte beim Herdfrischen etwa drei Wochen, beim Buddeln etwa $2\frac{1}{2}$ Tage und braucht beim Bessemerprozeß nur etwa 20 Minuten. Die Stahlproduktion stieg in Oesterreich von 1'3 Millionen Meterzentner im Jahre 1880 auf 19'5 Millionen im Jahre 1912. Bis 1825 wurde der gesamte Maschinenbedarf Oesterreichs im Ausland gedeckt. Im Jahre 1865 betrug der Wert der österreichischen Maschinenproduktion erst 30 Millionen, im Jahre 1912 bereits 900 Millionen Kronen.

Auch die Kohलगewinnung ist gewaltig gestiegen. Der Wert der geförderten Mineralkohle betrug in Oesterreich im Jahre 1826 erst 400.000 Gulden, er wurde im Jahre 1868 bereits mit 20'5 Millionen Gulden berechnet. Die gesamte Kohlenproduktion im Reiche stieg von 15,550.000 Meterzentner im Jahre 1854 auf 420'8 Millionen Meterzentner im Jahre 1912. Im Deutschen Reiche betrug die Kohलगewinnung im Jahre 1911 2345'2 Millionen Meterzentner. Die Leistungen im Kohlenbergbau sind außerordentlich gewachsen. Während zum Beispiel im niederrheinisch-westfälischen Kohlenrevier im Jahre 1850 198 Werke mit einer Belegschaft von 12.741 Mann 1,665.662 Tonnen förderten, sank die Zahl der Werke bis 1911 zwar auf 157, aber die Förderung betrug bei einer Belegschaft von 352.745 Mann 91,337.716 Tonnen. Die Förderung ist auf das Fünfundfünzigfache gestiegen. Der Förderanteil des einzelnen Mannes stieg von 131 auf 259 Tonnen. Die gesamte deutsche Steinkohlenförderung betrug 1912 177 Millionen Tonnen. Die Weltproduktion an Kohle betrug 1910 1152 Millionen Tonnen. So ungeheure Schätze holt der Mensch unter mannigfachen Gefahren im Dienste des Kapitals aus dem Schoße der Erde. Für jede Million Tonnen geförderter Steinkohle müssen, wie berechnet wurde, im Durchschnitt zwei Menschenleben geopfert werden!

Die Verwendung der Dampfkraft hat außerordentlich zugenommen. 1785 wurde die Dampfmaschine erfunden, am Anfange des 19. Jahrhunderts stand erst eine einzige in Oesterreich. Im Jahre 1841 standen 231 Dampfmaschinen mit 2939 Pferdekraften in Verwendung. Im Jahre 1902 betrug die Zahl der im

Gewerbe verwendeten Pferdekräfte in Oesterreich 1,600,000, das ist ebensoviel, als im Jahre 1840 auf der ganzen Erde tätig waren. Im Jahre 1895 umfaßte die in allen Ländern verwendete Dampfkraft 55,580,000 Pferdekräfte. In Preußen gab es am 1. April 1912 122,918 Dampfmaschinen mit 7,359,540 Pferdekräften und 669 Dampfturbinen mit 971,653 Pferdekräften. Wie armselig nehmen sich die ersten Dampfmaschinen neben den heutigen aus! So wurde im Jahre 1912 in der Zentrale Essen des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerkes eine Dampfturbine aufgestellt, die normal mit 22,500 Pferdekräften arbeitet, aber auch bis zu 30,000 abgeben kann. Sie braucht stündlich 13,000 bis 14,000 Kilogramm Kohle, in 24 Stunden also 32 Waggons! Zu ihrer Bedienung sind höchstens drei Mann erforderlich. In den letzten Jahren hat neben dem Dampf die Elektrizität eine steigende Bedeutung gewonnen. Die Gesamtleistung der österreichischen Elektrizitätswerke (Bosnien eingeschlossen) betrug am 1. Jänner 1907 168,850, am 1. Jänner 1913 457,010 Kilowatt. Die Gesamtproduktion der reichsdeutschen elektrotechnischen Industrie hatte im Jahre 1891 einen Wert von 45 Millionen Mark, im Jahre 1899 bereits einen von 2287 Millionen Mark und ist seither weiter gestiegen. Ungeheure mechanische Arbeitskräfte hat sich der Mensch durch die Ausnützung der Naturgewalten untertan gemacht.

Ganze Industrien hat der Kapitalismus neu geschaffen. Im Jahre 1783 wurde die erste Zuckerfabrik gegründet. Im Jahre 1911 verarbeiteten 1244 Fabriken in allen Ländern 405 Millionen Meterzentner Rüben zu 60 Millionen Zentner Zucker. — 300 englische Kühldampfer vermittelten im Jahre 1910 den Transport von gefrorenem und gekühltem Fleisch aus Südamerika und Australien nach England. Der Wert der mit künstlicher Kühlung transportierten Nahrungsmittel im Weltverkehr wurde für 1908 auf 12,000 Millionen Franken geschätzt und ist jetzt wohl doppelt so groß. Aber erst vor einem Menschenalter, im Jahre 1876, wurde der erste Versuch unternommen, Fleisch durch künstliche Kühlung transportfähig zu machen. — Automobile sind heute gewöhnliche Verkehrsmittel. Wer denkt daran, daß sie unmöglich wären, wenn es nicht gelungen wäre, Aluminium in großen Massen zu gewinnen! Noch im Jahre 1880 war es eine Seltenheit. Im Jahre 1883 wurden erst 83 Pfund hergestellt, im Jahre 1909 34 Millionen Pfund. — Als im Jahre 1878 in der Akademie der Wissenschaften zu Paris der Edisonsche Phonograph vorgeführt wurde,

rief ein Gelehrter zum Demonstrator: „Glauben Sie, daß wir uns von einem Bauchredner zum besten halten lassen?“ Im Jahre 1911 wurden aus Deutschland Sprechmaschinen, Platten und Walzen im Werte von 155 Millionen Mark ausgeführt. In zahllosen Dorfwirtschaftshäusern hat Edisons Erfindung den Leiermann vom Tanzboden verdrängt. Neben dem Theater entstand das Kino mit den lebenden Bildern. Für den Umfang dieser neuen Industrie zeugt die Tatsache, daß die Einfuhr von Filmen nach Deutschland im Jahre 1912 239.000 Kilogramm, etwa 34 Millionen Meter, und die Ausfuhr aus dem Reiche 144.500 Kilogramm, etwa 20 Millionen Meter, betrug. Die Zolleinnahmen des Reiches ergeben für 1912 474.800 Mark. — Als die Nachricht gemeldet wurde, am 17. Dezember 1903 hätten sich die Brüder Wright in Nordamerika in der Luft mit einem Flugzeug bewegt, wollte das niemand glauben. Erst im Jahre 1908 setzte die Entwicklung der Aviatik ein. Heute werden Berge und Meere überflogen. 13 Stunden Aufenthalt in den Lufthöhen ohne Landung, eine Fluggeschwindigkeit von 174 Kilometern in der Stunde, ein Aufstieg bis zu 5610 Metern wurden im Jahre 1912 Tatsache. Im Jahre 1913 sind noch größere Erfolge erzielt worden. Eine neue Industrie erstand. Im Jahre 1912 wurden in Frankreich 1425 Flugmaschinen gebaut, die einen Wert von 28 Millionen darstellen. Freilich haben schon 500 Flieger, darunter 100 Deutsche, im Kampf um die Eroberung der Luft ihr Leben gelassen.

Die gewaltige industrielle Entwicklung hat natürlich eine großartige Steigerung des Verkehrs zur Folge gehabt, wie umgekehrt auch wieder die kolossale Verkehrsentwicklung die Ausdehnung der Industrie ermöglichte. Die Postkutsche wurde von der Eisenbahn, der Fuhrmann von der Expeditionsaktiengesellschaft, der Segler vom Dampfschiff, die reitenden Boten durch Post, Telegraph und Telephon verdrängt.

Im Jahre 1825 wurde die erste Eisenbahn gebaut, ohne daß man sonderlich viel davon erhoffte. Noch 1838 sagte ein Minister im französischen Parlament: „Ich gebe zu, daß die Eisenbahnen das Reisen ein wenig erleichtern werden, wofern man ihre Verwendung auf sehr kurze Strecken in der Nachbarschaft großer Städte beschränkt. Große Linien sind aber nicht nötig.“ Das bayrische Obermedizialkollegium klagte, als es sich um die Genehmigung der Nürnberg-Fürther Bahn handelte, „der Dampfbetrieb werde bei den Reisenden wie bei den Zuschauenden unsehlbar schwere Gehirnerkrankungen erzeugen“. Zaghaft wurde in

Oesterreich am 6. Jänner 1838 die erste Eisenbahn (Wien-Bagram) eröffnet. Zu jeder Fahrt brauchte man die Erlaubnis der Behörde. Die Gesamtlänge des Eisenbahnnetzes der Erde betrug im Jahre 1830 nur 332 Kilometer, 1850 38.568, 1880 372.429 und 1910 1.030.014 Kilometer! Es ist also mehr als zweimal so lang als die Entfernung des Mondes von der Erde. Das Anlagekapital wird auf 220.000 Millionen Mark geschätzt. In Oesterreich betrug die Schienenlänge der Haupt- und Lokalbahnen im Jahre 1838 32 Kilometer, 1850 1357, 1870 6112, 1880 11.429, 1911 fast das Doppelte, 22.749 Kilometer. Die österreichischen Bahnen beförderten im Jahre 1911 rund 276⁶ Millionen Menschen, die zusammen rund 7954⁹ Millionen Kilometer zurücklegten, und rund 146¹ Millionen Tonnen (1 Tonne = 1000 Kilogramm) Güter, die zusammen 14.804⁶ Millionen Kilometer transportiert wurden. Im Deutschen Reiche betrug die Bahnlänge der vollspurigen Bahnen im Jahre 1911 59.763 Kilometer. 1643 Millionen Personen wurden 37.855 Millionen Kilometer und 616⁷ Millionen Tonnen Güter 61.870 Millionen Kilometer befördert.

Im Jahre 1818 durchkreuzte das erste Dampfschiff den Ozean — es brauchte 26 Tage zur Fahrt von Amerika nach England! Im Jahre 1842 wurde die erste Dampferfahrt um die Erde unternommen. Im Jahre 1908 bestand die Handelsflotte der Erde aus 57.212 Seglern und 23.860 Dampfern. Der Rauminhalt der 4850 deutschen Seeschiffe am 1. Jänner 1913 betrug 3.153.724 Netto-Registertonnen. Ihre Geschwindigkeit ist so groß, daß der Transport von Australien nach Hamburg heute rascher und billiger ist als vor 60 Jahren der Transport von der östlichen an die westliche Grenze Deutschlands, daß Europa und Amerika heute einander näher gerückt sind, als es Wien und Berlin vor 100 Jahren waren! Vor einem Menschenalter war es noch die Phantasie eines Dichters, die eine Reise um die Erde in 80 Tagen ersann; heute ist man in Wirklichkeit schon imstande, in 62 Tagen um die Erde zu reisen, in 14 Tagen mit der Bahn von Wien oder Berlin nach Peking zu gelangen.

Dabei wächst die Transportleistungsfähigkeit der Welt-handelsflotte ungeheuer rasch. Sie stieg von 1894 bis 1905 um 70 Prozent. Jüngst erbaute Personendampfer, wie der deutsche „Imperator“, erreichen fast 300 Meter Länge und mit 75 Meter Höhe ragen sie wie ansehnliche Türme empor. Mit einer Mannschaft von mehr als 1000 Personen und einigen tausend Fahr-

gäften wird ein moderner Schiffsrieße zu einer schwimmenden Stadt. Wie der Verkehr steigt, ist daraus zu ersehen, daß zum Beispiel der Tonnengehalt der den Hamburger Hafen im Außenhandelsverkehr anlaufenden Schiffe vom Jahre 1898 bis 1908 um 82,7 Prozent gestiegen ist. Im Jahre 1911 kamen in Hamburg 13.617 Seeschiffe mit Ladung und 2118 in Ballast oder leer an. Ihr Nettoraumgehalt betrug 12,961.255 Tonnen. Die Einfuhr zur See in Triest stieg von 1,166.248 Tonnen im Jahre 1898 auf 2,144.131 Tonnen im Jahre 1911. Der Wert der eingeführten Waren stieg in derselben Zeit von 385 auf 744,8 Millionen Kronen.

Der Gesamtumsatz im Welthandel betrug im Jahre 1850 nur 20.000 Millionen Kronen, im Jahre 1911 bereits rund 180.000 Millionen. Tägliche Lebens- und Gebrauchsmittel beziehen wir heute in ungeheuren Massen aus Ländern, die vor 100 Jahren kaum noch bekannt gewesen sind. Schon im Jahre 1880 bezog England bereits 72 Prozent seines Fleisches und 80 Prozent seines Weizens und Mehls aus Amerika. „Wir essen heutzutage Kaviar aus Astrachan, corned beef von Chicago, Schaffleisch und Schildkrötensuppe von Australien, Fleischertrakt aus Argentinien, Reis aus Siam, Wärenschinken aus Norwegen, Ananas aus Natal, Pfirsiche aus Brasilien, Datteln aus Syrien und Tunis und trinken dazu Tee aus Ceylon und China, Kaffee aus Arabien, Brasilien und Java, Punsch aus Schweden, Rum aus Jamaica, Bourbon, Mauritius, Arac aus Batavia und Wein könnten wir, wenn uns gerade ein Gelüste anwandelt, von Madeira, vom Kap und sogar von Kalifornien haben.“ (Wirth.) Die Lebenshaltung nicht nur der Besitzenden, sondern aller Klassen ist durch den Weltverkehr bedingt.

Große Mühen verursachte in vergangenen Tagen nicht nur das Reisen; auch der Transport von Frachten und die Sendung von Nachrichten war schwierig und mit großen Kosten verbunden. Der Kaufmann zog in alter Zeit selbst mit seinen Waren über Land, stets von Gefahren umlauert. Der Frachtenverkehr war deshalb auch gar nicht groß. Was einst in einem ganzen Jahre über den berühmten Gotthardpaß geführt wurde, können heute zwei Güterzüge befördern. Der großartige Nachrichtendienst hat Menschen und Länder einander nahegebracht. Noch die Briesportotarife der Norddeutschen Bundespost umfaßten nicht weniger als 300 Seiten, heute genügen wenige Zeilen hiefür. Für einen unfrankierten Brief von Nordamerika nach Deutschland wurden noch vor siebzig Jahren 16 Taler erhoben! Heute, da der Postverkehr durch internationale

Verträge geordnet ist, ermessen wir gar nicht mehr die Schwierigkeiten, die noch vor wenigen Jahrzehnten zu überwinden waren. Ungeheuer hat sich der Verkehr entwickelt. Im Jahre 1874, in dem der Weltpostverein entstand, wurden in Oesterreich $99\frac{1}{2}$ Millionen Briefe und 4 Millionen Karten befördert; 1907 waren es insgesamt 1296 Millionen. Im Jahre 1911 betrug die Zahl der von der österreichischen Post beförderten Brieffendungen 1908 9 Millionen Stück, die Zahl der Zeitungen 3087 Millionen. Im Deutschen Reiche betrug die Zahl der eingegangenen Brieffendungen im Jahre 1911 59943 Millionen Stück. Der Briefverkehr auf dem ganzen Erdball betrug im Jahre 1874 3300 Millionen, im Jahre 1894 18.000 Millionen Stück. Im Jahre 1906 gab es vier Länder (Frankreich, Großbritannien, Deutschland und die Vereinigten Staaten von Nordamerika), in deren jedem der Briefverkehr größer war als 1874 auf dem ganzen Erdball. In den zwei letztgenannten Staaten allein war er fast so groß wie noch 1894 auf der ganzen Erde.

Dazu kommt noch der *Telegraph*, der Ende der Dreißigerjahre des vorigen Jahrhunderts in Verwendung trat und heute unentbehrlich ist. Die Länge der Telegraphendrähte betrug in Oesterreich Ende 1911 237.847 Kilometer, die Zahl der 1911 aufgegebenen und angekommenen Telegramme 32 Millionen, die der Uebertelegraphierungen mehr als 331 Millionen. Im Deutschen Reiche betrug die Länge der Telegraphendrähte im Jahre 1911 1.893.830 Kilometer, die Zahl der eingegangenen Telegramme 496 Millionen. Im Jahre 1866 wurde das erste Unterseekabel gelegt, im Jahre 1912 verbanden ihrer 2547, die zusammen 515.578 Kilometer lang sind, alle Erdteile. England wechselt mit Amerika in der Geschäftszeit 25.000 Wörter in der Stunde. In zehn Minuten können zwischen Newyork und London 200 Telegramme abgeschickt werden. Dazu eröffnet die drahtlose Telegraphie heute ungeahnte Möglichkeiten. Im Jahre 1878 sind die ersten *Telephonapparate* aufgestellt worden, anfangs 1912 gab es ihrer 12.318.000. Oesterreich besaß im Jahre 1882 eine Telephondrahtlänge von 1670 Kilometern mit 452 Abonnenstationen, im Jahre 1911 411.025 Kilometer mit 124.047 Sprechstellen. Die Zahl der in Oesterreich geführten telephonischen Gespräche betrug im Jahre 1911 fast 327 Millionen. Im Deutschen Reiche betrug die Länge der Fernsprechleitungen im Jahre 1911 5 Millionen Kilometer, die Zahl der Sprechstellen 11 Millionen, die der Gespräche 2074 Millionen. Dabei ist zu bemerken, daß in einer amerikanischen Stadt zweiten Ranges (wie

zum Beispiel St. Louis oder Pittsburg) mehr Apparate tätig sind als in ganz Oesterreich. Es dauerte 20 Tage, ehe die Nachricht von Schillers Tod (1805) von Weimar bis Wien gelangte. Heute erfahren wir in 20 Stunden, was sich in einer Entfernung von tausenden Kilometern auf einem Kriegsschauplatz ereignet.

Infolge des gewaltigen Verkehrs, den der aufstrebende Kapitalismus gezeitigt hat, sind zahllose Mautstätten und Zollschranken verschwunden. Von Hamburg nach Magdeburg mußte man auf der Elbe im Jahre 1800 noch vierzehnmahl Zoll zahlen, von Bamberg bis Mainz waren auf dem Main 33 Zollstätten. Großstädte wuchsen mit unheimlicher Raschheit empor. Erst im 15. Jahrhundert erreichten sechs deutsche Städte mehr als 10.000 Einwohner. Noch im Jahre 1871 gab es erst acht Städte im Deutschen Reiche, die mehr als 100.000 Einwohner zählten. Im Jahre 1910 waren es 48. Sie beherbergten von je 1000 Reichsbewohnern 210. Einerlei Recht und einerlei Geld für ein großes Wirtschaftsgebiet waren vonnöten, sollte die Entwicklung nicht gehindert werden. So entstanden im 19. Jahrhundert die großen Nationalstaaten als Schöpfungen der kapitalistischen Epoche. Sie boten dem Kapitalismus natürlich wieder neue Entfaltungsmöglichkeiten. Sie beseitigten alle Fesseln, die in der feudalen Epoche die kapitalistische Entwicklung erschwerten, und lösten alle Menschen von der Gebundenheit früherer Zeiten. Nicht nur die Sachen, auch die Menschen müssen sich frei bewegen können, wenn sie dem Rufe des Kapitals überallhin Folge leisten sollen. Nicht um ihrer selbst willen, sondern im eigensten Interesse gab der bürgerliche Klassenstaat den arbeitenden Menschen Freiheit und Freizügigkeit. Der moderne Kapitalismus hat alles Alte zerstört und viel Neues geschaffen. Er revolutioniert überall die Verhältnisse. Unter seiner formenden Hand hat sich das Antlitz der Erde geändert.

In den wenigen Jahrzehnten seines Bestandes hat der Kapitalismus gewaltigere Leistungen vollbracht, als früher in vielen Jahrhunderten, ja in Jahrtausenden zustande gekommen sind. Man erzählt uns von den Wundern, die das Altertum bestaunt hat, wir sehen großartige Schöpfungen entschwundener Zeiten, die sich bis in unsere Tage erhalten haben. Aber was bedeuten sie, verglichen mit den Werken des Kapitalismus, der Bourgeoisie? „Erst sie hat bewiesen, was die Tätigkeit der Menschen zustande bringen kann. Sie hat ganz andere Wunderwerke vollbracht als ägyptische

Pyramiden, römische Wasserleitungen und gothische Kathedralen; sie hat ganz andere Züge ausgeführt als Völkerwanderungen und Kreuzzüge.“ (Marx) Sie hat die Naturkräfte ihrer Herrschaft unterworfen. Sie sendet den Bergmann in die Tiefen der Erde, um kostbare Schätze zu heben; sie hat riesige Bergesmassen durchbohrt, um dem Verkehr freie Bahn zu schaffen; sie durchsticht das Land, das Meere voneinander trennt, um den stolzen Dampfern den Weg zu bereiten. Gründungen ganzer Städte, einst das Ergebnis jahrhundertelanger Entwicklung, vollziehen sich heute als kapitalistische Spekulationen. Werke, die der Mensch in alten Zeiten auch unter den größten Opfern nicht zu bewältigen vermochte, vollbringt er heute mühelos; er hat sich zuletzt auch das Reich der Lüfte erobert. Nicht zu Ehren Gottes, nicht zum Andenken der Könige schafft das Kapital seine Werke; dem Geschäft dient all sein Denken und Tun. Und Bauwerke, die einst als Weltwunder bestaunt worden wären, erregen heute kaum sonderliches Interesse. Wir hören noch immer von den Pyramiden Aegyptens, den ungeheuren Grabdenkmälern der Könige. Wer spricht vom Wellenbrecher im französischen Hafen Cherbourg, der zweimal so viel Material enthält als die größte Pyramide? Die höchsten Bauwerke waren einst die Türme der Kirchen. Heute baut man Kamine von gleicher Höhe. Die Firma Liebig in Reichenberg hat im Herbst 1909 einen errichten lassen, der 80 Meter hoch ist. Er war in 68 Tagen vollendet! In einer amerikanischen Kupfer Silberhütte wurde im Jahre 1909 ein Schornstein gebaut, der an Höhe den Wiener Stephansturm übertrifft! Er ist 154 Meter hoch, überragt also alle Kirchtürme der Erde mit Ausnahme des Kölner und Ulmer Turmes, die nur um einige Meter höher sind. Im Jahre 1913 wurde in Newyork ein Wolkenkratzer vollendet, der 238 Meter hoch ist, das Haus zählt 55 Stockwerke. Zu Zwecken der drahtlosen Telegraphie werden Eisentürme gebaut, die schon berghoch sind. Der Riesenmast von Wilwese bei Hannover misst 250, der Turm zu Belem in Brasilien 390 Meter.

Ungeheures hat der Kapitalismus geschaffen. Das Riesenheer der menschlichen und mechanischen Arbeitskräfte, die er in seinen Dienst gezwungen hat, erzeugt gewaltigen Reichtum. Die letzten Jahrzehnte haben eine wahrhaft berauschende Vermehrung der Güter gebracht. Aber nicht alle haben teil daran. Neben den Handarbeitern darben große Denker, die Pfadfinder der modernen Industrie. Kammerer, der Erfinder des Zündhölzchens, starb arm im Gefängnis. Dallery, der Erfinder der Schiffschraube, endete

in Not. Martin, dessen Erfindung die Eisenindustrie revolutioniert hat, lebte als achtzigjähriger Greis in kümmerlichen Verhältnissen, während die Eisenhüttenbesitzer dank seiner Erfindung ungezählte Millionen verdienten. Mehnlich ging es Martignoni, dem Erfinder des Spiralbohrers. Charles Tellier, der Schöpfer der Kälteindustrie, erhielt erst im 85. Lebensjahr eine Spende von 100.000 Franken, die seiner Not abhelfen sollte. Was große Geister erdacht und Millionen fleißiger Hände geschaffen haben, eignet eben nicht ihnen, sondern hat nur den Herren der Maschinen, den Besitzern der Produktionsmittel Vorteil gebracht.

„Der Besitzer der Arbeitskraft, die Arbeiterklasse, gerät dadurch in die drückendste Abhängigkeit von den Besitzern der Arbeitsmittel mit Einschluß des Bodens, der Großgrundbesitzerklasse und der Kapitalistenklasse, deren politische und ökonomische Herrschaft im heutigen Klassenstaat ihren Ausdruck findet.“

So sagt das österreichische Parteiprogramm. Im Erfurter Programm heißt es:

„Hand in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeuges zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Druckes, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.“

Die folgenden Ausführungen sollen die Wichtigkeit dieser Sätze aufzeigen.

5. Frauen- und Kinderarbeit

Die Maschinen, die statt der Menschen unter deren Aufsicht arbeiten, hätten ein wirksames Mittel zur Verkürzung der Arbeitszeit sein und das Los des Proletariats ungeheuer erleichtern können. Der Reichtum, der von ihnen ausströmt, hätte die ganze Menschheit beglücken können, wie es auch kühne Denker vor zwei Jahrtausenden geträumt haben. Es kam anders: Die Maschinen wurden das gewaltigste Mittel zur völligen Unterjochung des Proletariats, sie bewirkten, daß die Arbeiterklasse in die drückendste Abhängigkeit von der Kapi-

talistenklasse geriet. Denn die Maschinen waren von Anbeginn in den Händen der Kapitalisten, denen der Arbeiter seine Arbeitskraft verkaufen muß, um leben zu können. Der Kapitalist verwendet ihn nun nicht mehr zur Handarbeit, sondern zur Arbeit an der Maschine, die größeren Gewinn bringt. Der Arbeiter bekommt, obgleich das Produkt seiner Arbeit nun ein viel größeres ist als zuvor, doch nur seinen Lohn. Und die Maschine wird sogar zum Mittel, den Lohn zu verringern und die Lage der Arbeiterklasse zu verschlechtern.

Das erste Werk der kapitalistischen Anwendung der Maschinerie war — Frauen- und Kinderarbeit! Da die Maschine Muskelkraft entbehrlich macht, wird sie eben zum Mittel, Arbeiter ohne Muskelkraft oder von unreifer Körperentwicklung zu verwenden. „Das gewaltige Ersatzmittel von Arbeit und Arbeitern verwandelte sich sofort in ein Mittel, die Zahl der Lohnarbeiter zu vermehren durch Einreihung aller Mitglieder der Arbeiterfamilie ohne Unterschied von Geschlecht und Alter unter die unmittelbare Botmäßigkeit des Kapitals. Die Zwangsarbeit für den Kapitalisten usurpierte nicht nur die Stelle des Kinderspiels, sondern auch der freien Arbeit im häuslichen Kreis, innerhalb sittlicher Schranke, für die Familie selbst.“ (Marx.) Von Englands Fabrikarbeitern waren im Jahre 1839 96.569 männliche und 130.104 weibliche über 18, 80.695 männliche und 112.192 weibliche weniger als 18 Jahre alt. In den 647 österreichischen Fabriken der Papier- und Baumwollbranche waren zum Beispiel ums Jahr 1845 von je 1000 Arbeitskräften nur 433 Männer; 420 waren Frauen, 147 waren Kinder! Während früher nur der Vater im Dienste des Kapitals gearbeitet hat, um mit dem Lohn die Familie zu erhalten, wird jetzt die ganze Familie ausgebeutet, weshalb der Lohn des Familienhauptes sinkt. Der Grad der Ausbeutung ist gestiegen, auch wenn der Gesamtlohn der Familie größer ist, als der Lohn des Familienhauptes war, weil eben an die Stelle eines Arbeitstages so viel Arbeitstage treten, als Familienmitglieder vorhanden sind.

Die Folgen dieser Tatsachen sind ungeheure: „Der Arbeiter verkaufte früher seine eigene Arbeitskraft, worüber er als formell freie Person verfügte. Er verkauft jetzt Weib und Kind. Er wird Sklavenhändler.“ (Marx.) Eine ungeheuerliche Verelendung, eine Verwüstung der Volkskraft war die Folge. Die Kinder sind körperlich und seelisch verkommen. In großen Massen strömten sie, oft

vom sechsten Lebensjahre an, in die Fabriken, oft wurden sie särenweise den Kapitalisten verkauft. Die schönen und romantischen Täler, in denen vor der allgemeinen Verwendung von Dampfmaschinen wegen der Benützung der Wasserkräfte die Fabriken standen, wurden grausige Einöden von Tortur und oft von Mord! Das Kapital freilich, das Kinderblut einsaugte, schwoh riesig an. Tag und Nacht wurden die Kinder zur Arbeit angehalten. Die Tagesgruppe wanderte in die Betten, welche die Nachtgruppe gerade verlassen hatte. Es war Volksüberlieferung in manchem englischen Industrieviertel, daß die Betten nie abkühlen! Das Parlament von England, wo der moderne Kapitalismus zuerst zu voller Entfaltung kam und die Erscheinungen, die er gezeitigt hat, am besten studiert werden können, hat in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts wiederholt zur Untersuchung dieser Zustände Kommissionen eingesetzt, die grauerregendes Material zutage förderten. Ein Arbeiter erzählte, daß die Nahrung der Kinder in einer Fabrik dieselbe war wie die der Schweine, nur daß die Kinder weniger erhielten, so daß sie den Schweinen das Futter so lange aus den Trögen stahlen, bis diese durch Gurren die Aufmerksamkeit des Knechtes erregten, der dann mit einer Peitsche die Kinder vertrieb . . .

Begreiflicher Weise war das Ergebnis des Schulunterrichtes, den diese Kinder neben der schweren Arbeit genossen, gleich Null. Ein zwölfjähriger Knabe antwortete vor der Untersuchungskommission: „Wir haben einen König, man sagt, er ist eine Königin, sie nennen sie Prinzessin Alexandra. Man sagt, sie heiratete der Königin Sohn. Eine Prinzessin ist ein Mann.“ Ein anderer in demselben Alter sagte: „Ich lebe nicht in England; ich denke, es gibt solch ein Land.“ Ein Siebzehnjähriger erzählte: „Der Teufel ist eine gute Person. Ich weiß nicht, wo er lebt.“ Auf die Frage, wer Christus sei, erhielt man mitunter die Antwort: „Er war ein König von London vor langer, langer Zeit.“

Auch in Oesterreich waren die Folgen der Kinderarbeit furchtbar. Die Kinder mußten in den Vierzigerjahren in Niederösterreich nach amtlichen Berichten 12 bis „höchstens“ 13 Stunden arbeiten; ihr Wochenverdienst schwankte zwischen 20 Kreuzern und 3 Gulden. Krankheit und Tod hielten unter ihnen reiche Ernte, aber die Soldschreiber der Ausbeuter erzählten, daß die Ursachen nicht in der langen und schweren Arbeit, sondern in den Schledtigkeiten zu suchen seien, die von den Kindern in ihrer freien Zeit begangen wurden! Ja, man schämte sich nicht, die Kapitalisten, die sich durch

die schamlose Kinderausbeutung bereicherten, als gnadenreiche Helfer der Armen hinzustellen. „In neuerer Zeit“ — sagt ein im Jahre 1843 in Wien erschienenenes Buch — „werden keine Kinder unter zwölf Jahren angenommen, und geschieht es ausnahmsweise, so ist es aus Mitleid gegen ganz verwahrloste Kinder, die um Arbeit betteln.“ Schutzgesetze, die diesen „mildtätigen“ Menschen das Handwerk gelegt hätten, waren nicht vorhanden. Es gab nur eine einzige Vorschrift, die noch aus Kaiser Josefs Zeit stammte. Sie verordnete, daß die Kinder in den Fabriken wenigstens einmal wöchentlich gewaschen und gekämmt werden müssen und zweimal im Jahre ärztlich zu untersuchen sind. Das war mehr als ein halbes Jahrhundert lang der staatlichen Weisheit letzter Schluß. Erst im Jahre 1842 erschien wieder ein Dekret, das im ersten Abschnitt Kindern unter zwölf Jahren die Fabrikarbeit verbot, sie aber im zweiten Abschnitt auch schon Kindern von neun Jahren aufwärts für zehn Stunden gestattete, wenn sie drei Jahre eine Schule besucht hatten. Die Arbeitszeit für Kinder über zwölf Jahre wurde mit zwölf Stunden festgesetzt. Auch dieses „Schutzgesetz“ wurde nicht eingehalten. Die Fabrikanten protestierten gegen diese „Veinträchtigung der Industrie“. Das nimmt nicht wunder, wenn man bedenkt, daß der Staat selbst in seinen Betrieben ein schamloser Kinderausbeuter war. Noch in den Siebzigerjahren arbeiteten in der Wiener k. k. Staatsdruckerei Falzerbuben im Alter von 10 bis 13 Jahren, die erst um 5 Uhr früh den Betrieb verließen und um 8 Uhr in der Schule sein mußten. Noch in den Achtzigerjahren rühmten sich Unternehmer, daß ihre Fabriken „Kinderbewahranstalten“ seien.

Es dauerte lange, ehe die Gesetzgebung im Interesse der Allgemeinheit und des Staates selbst dem herodischen Kinderraub des Kapitals ernsthaft ein Ende machte. Entweder war es eine Epidemie, die den Staat dazu zwang, oder die Klage der Kriegsverwaltung über die Verringerung der Militärtauglichkeit der Arbeiterbevölkerung. So sind also heute, da auch die Arbeiterklasse eine Macht geworden ist, der Gier des Vampirs Kapital nach Kinderblut Schranken gesetzt. Um so eifriger stürzt es sich freilich auf die jungen Menschen, die das durch das Gesetz geschützte Alter überschritten haben. Im Deutschen Reiche wurden im Jahre 1907 753.598 unter 16 Jahre alte Arbeiter beiderlei Geschlechts gezählt. In Oesterreich waren im Jahre 1902 221.165 Jugendliche gewerblich tätig.

In den Ländern mit noch jungem Kapitalismus wiederholen sich alle Grausamkeiten, deren Schauplatz die westeuropäischen Staaten in den vergangenen Jahrzehnten gewesen sind. So ist ein Zehntel der Industriearbeiter Japans weniger als 14 Jahre alt. In den staatlichen Tabakfabriken dieses Landes werden Kinder unter zehn Jahren zur Arbeit gepeitscht. Uebrigens hat die Gewerbe- und Schulgesetzgebung auch bei uns der Kinderarbeit kein Ende bereitet. Die amtlichen Erhebungen der österreichischen Regierung im Jahre 1900 über die Heimarbeit und 1908 über die Kinderarbeit förderten erschreckende Ergebnisse zutage. So meldet aus dem Grödenertal im heiligen Land Tirol ein amtlicher Bericht von den Holzschnitzern: „Nicht selten schlafen Kinder abends, ihr Werkzeug noch in der Hand, am Schnitztisch ein und werden erst in das Bett gelegt, wenn jeder Versuch, sie wachzuhalten, vergeblich war.“

Die amtliche Erhebung aus dem Jahre 1908, die sich etwa auf ein Fünftel bis ein Sechstel des österreichischen Gebietes erstreckte und für 418.391 Kinder, ein Zehntel der Gesamtzahl, Ergebnisse lieferte, enthüllt — wie es der Leiter der Erhebung nennt — „traurige, zum Teil graufige Bilder“. Mehr als ein Drittel der Kinder wird zu wirtschaftlichen Arbeiten herangezogen. 39 Prozent von ihnen (57.939) sind schon mit sechs Jahren oder noch früher in die Arbeit getreten, 74,3 Prozent (110.000) mit acht Jahren und noch früher, 42,9 Prozent aller arbeitenden Kinder müssen auch an Sonntagen arbeiten. In der „fröhlichen Ferienzeit“ müssen über 77.000 Kinder (53,3 Prozent) mehr als sechs Stunden, über 47.000 Kinder (32,8 Prozent) mehr als acht Stunden und fast 20.000 Kinder (13,4 Prozent) mehr als zehn Stunden arbeiten! Fast ein Viertel der arbeitenden Kinder ist auch des Nachts beschäftigt. Und alles das für Stundenlöhne, die oft nur 10, 6, ja sogar 4 Heller und noch weniger betragen! Eine Ende März 1913 im Arbeitsstatistischen Amt abgehaltene Umfrage über die Heimarbeit im Posamentierergewerbe ergab, daß in Weipert sechs- bis siebenjährige Kinder mittags in der Schulpause und abends nach der Schule zum Franzknüpfen verwendet werden und „bis 30 Heller“ täglich verdienen. Ein Unternehmer meinte, für die Kinder bilde die Arbeit nur ein Vergnügen, während die Arbeiter aussagten, daß selbst zwei- und dreijährige Kinder zur Arbeit mitverwendet werden und daß die Kleinen oft mit der Rute zur Arbeit gezwungen werden müssen. Dies im „Jahrhundert des Kindes“.

Ebenso schädlich wie die Kinderarbeit muß die Frauenarbeit wirken. Sie hat im Laufe der Entwicklung außerordentlich zugenommen und die alten Familienbände zerstört. Was die Gesellschaft der Sozialdemokratie vorwirft, hat sie in Wirklichkeit selbst getan. In Oesterreich zählte man im Jahre 1900 5,850.158 erwerbstätige Frauen und nur 1,9 Millionen (zwischen 14 und 60 Jahren) ohne Erwerbstätigkeit. Von den Erwerbstätigen hatten 2,8 Millionen einen eigenen Beruf, 2,1 Millionen davon waren Arbeiterinnen! Von den 1,9 Millionen weiblichen Personen im erwerbsfähigen Alter (von 14 bis 60 Jahren), die man in Deutschland im Jahre 1907 zählte, waren 7,6 Millionen erwerbstätig. Davon entfielen 4,6 Millionen auf die Landwirtschaft, 2,1 Millionen auf die Industrie und 931.373 auf Handel und Verkehr. Die Zahl der erwerbstätigen Frauen hat sich in 25 Jahren, in denen die Gesamtbevölkerung um ein Drittel wuchs, in der Landwirtschaft um 81,42, in der Industrie um 86,69, im Handel und Verkehr um 212,42 Prozent vermehrt. Unter den erwerbstätigen Frauen waren im Jahre 1907 6,4 Millionen Arbeiterinnen. Außerordentlich stark ist das Anwachsen der Frauenarbeit in der deutschen Textilindustrie. Während die Zahl der männlichen Arbeiter von 1882 bis 1907 von 527.079 nur auf 529.008 stieg, stieg die Zahl der Arbeiterinnen von 323.780 auf 528.235. In der japanischen Textilindustrie arbeiten neben 35.000 Männern 290.000 Frauen. Was aus dem England der Dreißigerjahre berichtet wurde, gilt heute von mancher Gegend Oesterreichs: „daß der Heimarbeiter mit seiner Frau die Rolle tauscht und daß, während diese in die Fabrikarbeit geht, der Mann neben seiner Arbeit die Mittagskost zubereitet und die Kinder hütet“. So meldet es der k. k. Gewerbeinspektor zum Beispiel aus dem Sternberger Bezirk im Jahre 1900.

Die Wirkungen der Frauenarbeit sind verheerend. Sie schädigen nicht nur die Frauen selbst, die zur Ueberarbeit, zur Unterernährung und oft genug zur Prostitution gezwungen werden, sondern auch die werdende Generation. In der Zeitperiode von 1876 bis 1882 — also vor der Einführung der Arbeiterschutzgesetzgebung — starben in Böhmen im Gablonzer Bezirk von je 10.000 Lebendgeborenen im ersten Lebensjahr 3104, in Reichenberg-Umgebung 3805 und in Friedland 4130, während in Norwegen, einem Lande ohne Großindustrie, von 1866 bis 1874 von je 10.000 Lebendgeborenen im ersten Lebensjahr bloß 1063 starben. Der Tod hält

seine Ernte vor allem unter ihnen. Im Deutschen Reich starben im Jahre 1911 von je 1000 lebendgeborenen Kindern im ersten Lebensjahr 192, in Oesterreich im Jahre 1910 desgleichen. Die Sterblichkeit ist aber in den einzelnen Gegenden stark verschieden. So starben in dem Villenort Dahlem bei Berlin nur 6-67 von 100, während in dem Berliner Arbeiterviertel Weißensee 31'91 von 100 zugrunde gingen. Im niederösterreichischen Ort Hainburg mit seiner staatlichen Tabakfabrik starben im Jahre 1907 von 100 lebendgeborenen Kindern 36'23 Prozent, also jedes dritte Kind! In Wien starben im Jahre 1911 6794 Kinder im ersten Lebensjahr, ein Sechstel aller Lebendgeborenen. Von ihnen waren 5395 Arbeiterkinder, denen wohl noch die 506 hinzuzurechnen sind, die in Pfllegeanstalten geboren wurden und deren Eltern unbekannt sind. Die Sterblichkeit ist nicht in allen Bezirken gleich. Während zum Beispiel in dem bürgerlichen Bezirk Neubäu nicht einmal jedes siebente Kind im ersten Lebensjahr zugrunde geht, muß in Ottakring und in Simmering, den Bezirken der städtischen Arbeiter, fast jedes vierte Kind, in Hernals fast jedes dritte Kind sterben, ehe es das erste Lebensjahr vollendet. So m o r d e t der Kapitalismus, indem er die Mutter vom Säugling reißt, die Arbeiterkinder. Er zerstört ganze Generationen. „Für die in einzelnen Gegenden bereits eingetretene physische Degeneration der Weberbevölkerung bieten die Affentierungen den deutlichsten Beweis: es ist in Deutschhause (Mähren) seit zehn Jahren kein einziger Webersohn mehr zur Militärdienstpflicht tauglich befunden worden.“ So berichtet ein Gewerbeinspektor im Jahre 1900.

Aber was der Arbeiterklasse physisches und moralisches Verderben bringt, ist für das Kapital von großem Gewinn. Indem es Frauen und Kinder an die Maschinen stellt, spart es an Arbeitslohn und bricht den Widerstand der Arbeiterklasse, deren Armee durch kampfunfähige Korps vermehrt ist.

Das ist die erste, aber nicht die einzige Wirkung der Einführung der Maschine.

4. Der Arbeitstag

Eine zweite Wirkung der Einführung der Maschine ist die gewaltige Verlängerung des Arbeitstages.

Was ist ein Arbeitstag? Wie groß ist die Zeit, während deren das Kapital die Arbeitskraft, deren Tageswert es zahlt, konsumieren darf? Auf diese Frage antwortet das Kapital: „Der Ar-

beitstag zählt täglich volle 24 Stunden nach Abzug der wenigen Ruhestunden, ohne welche die Arbeitskraft ihren erneuerten Dienst absolut verjagt. Es versteht sich zunächst von selbst, daß der Arbeiter seinen ganzen Lebenstag durch nichts ist außer Arbeitskraft, daß daher alle seine disponible (verfügbare) Zeit von Natur und Rechts wegen Arbeitszeit ist. Zeit zu menschlicher Bildung, zu geistiger Entwicklung, zur Erfüllung sozialer Funktionen, zu geselligem Verkehr, zum freien Spiel der physischen und geistigen Lebenskräfte, selbst die Feierzeit des Sonntags — reiner Zirkelsanz! Aber in seinem maßlos blinden Trieb, seinem Wehrwolfsheißhunger nach Mehrarbeit, überrennt das Kapital nicht nur die moralischen, sondern auch die rein physischen Maximalschranken des Arbeitstages. Es usurpiert die Zeit für Wachstum, Entwicklung und gesunde Erhaltung des Körpers. Es raubt die Zeit, erheischt zum Verzehr von freier Luft und Sonnenlicht. Es knidert ab an der Mahlzeit und einverleibt sie womöglich dem Produktionsprozeß selbst, so daß dem Arbeiter als bloßem Produktionsmittel Speisen zugesetzt werden wie dem Dampfkessel Kohle und der Maschinerie Talg oder Del. Den gesunden Schlaf zur Sammlung, Erneuerung und Erfrischung der Lebenskraft reduziert es auf so viel Stunden Erstarrung, als die Wiederbelebung eines absolut erschöpften Organismus unentbehrlich macht." (Marx.)

Dieser Ausbeutungsdrang des Kapitals ist seit der Einführung der Maschinen noch stärker geworden, als er vordem war. Denn es gilt, die Maschinen möglichst stark auszunützen. Zwar ist die Produktenmasse, die mit einer Maschine bei 16stündiger täglicher Arbeitszeit in fünf Jahren erzeugt wird, nicht größer als die, die mit derselben Maschine bei achtstündiger täglicher Arbeitszeit in doppelt so viel, also in zehn Jahren hergestellt wird. Aber wenn wir annehmen, daß die Maschine durch die Erzeugung einer solchen Produktenmasse abgenützt und unbrauchbar wird, so hat der Kapitalist ihre Kosten im ersten Falle in fünf, sonst in zehn Jahren hereingebracht und in fünf Jahren denselben Profit eingesaßt, wie bei auf die Hälfte verkürzter täglicher Arbeitszeit in zehn Jahren. Außerdem nützt sich die Maschine auch in den Stunden ab, da sie stille steht, wie ein untätiges Schwert, das in der Scheide verrostet. Der dadurch entstehende Verlust wird um so geringer, je länger der Arbeitstag ist. Dann muß der Kapitalist fürchten, daß während der Zeit, in der er seine Maschine ausnützt, eine bessere erfunden wird, die billiger ist. Je rascher er seine Ma-

schinen ausnützt, um so geringer wird diese Gefahr. Und so treibt den Kapitalisten noch eine Reihe anderer Gründe zur Verlängerung des Arbeitstages und zur Einführung der Nachtarbeit. Die Maschine hält's aus. Und die Arbeiter? Ihr Widerstand ist gebrochen, seit Weiber und Kinder ihre Zahl vermehrt haben und gleichzeitig die Arbeitsgelegenheit dadurch geringer wird, daß jede Maschine Arbeiter verdrängt. Jegliches Maß für die Länge des Arbeitstages ging verloren. Vor einer parlamentarischen Untersuchungskommission erklärte in England ein Arzt vor 100 Jahren, als man ihn fragte, ob eine Arbeitsdauer von 16 und mehr Stunden täglich für junge Personen schädlich sei: „Ich bin nicht imstande, eine Grenze unter 24 Stunden anzugeben.“ In der Umfrage über die Arbeiterschutzgesetzgebung, die das österreichische Abgeordnetenhaus im Jahre 1888 abhielt, wurde berichtet, daß in einer Anzahl Brünnener Fabriken die Arbeiter Montag früh erscheinen und erst Samstag nachts oder Sonntag früh die Fabrik wieder verlassen, um in ihr „Heim“ zu gehen. Sie lebten von mitgebrachtem Brot und Schnaps und höchstens dann und wann kauften sie sich um einige Kreuzer Würst. Sie schliefen nie länger als vier, höchstens sechs Stunden, und zwar in irgendeinem Winkel der Fabrikräume!

Während in der Manufakturperiode der Staat einschritt, den Arbeitstag gewaltsam zu verlängern, mußte er, um der Verwüstung der Volksgesundheit Einhalt zu tun, im 19. Jahrhundert durch seine Gesetze den Arbeitstag gewaltsam verkürzen. Im Jahre 1770, also knapp vor der Einführung der Maschinen, schlug in England ein Arbeiterfeind vor, man möge „zur Ausrottung der Faulenzerei“ Arbeitshäuser bauen, in denen — z w ö l f S t u n d e n gearbeitet werden sollte. Solche Häuser nannte er „Häuser des Schreckens“. Ein paar Jahre darauf kamen die Maschinen und brachten eine solch maßlose Verlängerung des Arbeitstages, daß die Staatsgewalt in Oesterreich erst 90 Jahre später, im Jahre 1860, die Verkürzung der Arbeitszeit auf zwölf Stunden, und zwar nur für Kinder von 14 bis 16 Jahren erzwang.

Die furchtbare Verlängerung des Arbeitstages erstreckte sich seit der Einführung der Maschinen natürlich auch auf das Handwerk, das seine Arbeitszeit noch stärker ausdehnte, um sich gegen die Konkurrenz der Fabrik zu behaupten. Wenn die Empörung der Arbeiterklasse dann endlich eine gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit erzwingt, so sucht das Kapital den Verlust dadurch wett-

zumachen, daß es die Arbeit nun intensiver gestaltet. Es verbessert die Maschinen, damit sie rascher arbeiten, es weist einem Arbeiter mehr Maschinen zur Ueberwachung zu. Es sorgt durch eine eigene Methode der Zahlung, den Affordlohn, dafür, daß der Arbeiter nicht rastet. Und mögen dabei die Nerben der Arbeiter zerstört werden, das Kapital denkt nur an seinen Profit. In Amerika kommt es häufig vor, daß ein Mann vier bis sechs Revolverdrehbänke übernimmt. Schleifmaschinen werden oft in Gruppen zu zehn zusammengesetzt. Es wird aus Amerika sogar berichtet, daß in einer Werkstätte ein Arbeiter mit Hilfe eines Jungen nicht weniger als 15 automatische Maschinen zur Schraubensabrikation bediene. Es ist das Streben der Kapitalisten, die Arbeitszeit auszunützen, so gut es nur geht. Während die Kapitalisten in England schon dazu übergehen, am Ende der Woche zwei Ruhetage zu halten, damit sie sich nach den Anstrengungen der Woche erholen, haben viele Arbeiter nicht einmal einen einzigen wirklichen Ruhetag, und alle müssen mit den profitlüsternen Kapitalisten schwierige Kämpfe führen, wenn sie ihre Arbeitszeit auch nur um eine Viertelstunde kürzen wollen.

Dabei werden die Methoden der Ausbeutung immer raffinierter. Neuestens ist viel von den Grundsätzen „wissenschaftlicher Betriebsführung“ die Rede, die der amerikanische Ingenieur Taylor erfunden hat. Das Wesen seines Verfahrens, das bald wohl auch in Europa Eingang finden wird, besteht darin, durch sorgfältige Versuche zunächst festzustellen, wie jede der Handbewegungen, aus denen eine Arbeit zusammengesetzt ist, am zweckmäßigsten geschieht. Sodann wird der Arbeiter in der neuen Arbeitsweise unterrichtet und ihm eine Tagesaufgabe, die er zu vollbringen hat, vorge-schrieben. Die Affordarbeit wird also aufgehoben. Bewältigen die Arbeiter ihre Tagesaufgabe, die natürlich eine Höchstleistung darstellt, so erhalten sie einen höheren Lohn als bisher. Leisten sie ihr Pensum nicht, so werden sie entlassen. Die Versuche, die zweckmäßigste Arbeitsweise ausfindig zu machen, haben sich amerikanische Unternehmer viel Geld kosten lassen. So wurden zum Beispiel zur Ermittlung der vorteilhaftesten Schnittgeschwindigkeit für Stahl 26 Jahre hindurch in einem Betrieb 50.000 Versuche protokolliert, über 400.000 Kilogramm Stahl und Eisen zu Spänen zerschnitten und eine Million Kronen für diese Proben ausgegeben. Wie das Taylorsystem die Ergiebigkeit der Arbeit steigert, lehren ein paar Beispiele:

Auf den Lagerplätzen eines Stahlwertes waren 400 Tagelöhner beschäftigt, die Erz zu verladen hatten. Jeder Tagelöhner hatte andere Arbeitsgewohnheiten. Der eine stieß die Schaufel öfter in den Materialhaufen hinein als der andere, nahm aber dafür jedesmal weniger Erz auf die Schaufel. Der eine begann die Arbeit immer am Rande des Haufens, der andere in der Mitte. Der eine hatte die Gewohnheit, die Schaufel hoch zu schwingen, der andere hielt sie möglichst nahe dem Boden. Taylor ging nun daran, die zweckmäßigste oder, wie er sagt, „wissenschaftliche“ Methode des Schaufelns zu finden. Zu diesem Zwecke wählte er einige geschickte Arbeiter aus und nahm mit ihnen wochenlang Versuche vor. Jedes Experiment wurde genau verzeichnet. So ermittelte er, daß der Arbeiter seine Arbeitsleistung am höchsten steigern kann, wenn er jedesmal eine ganz bestimmte Menge Erz — $9\frac{1}{2}$ Kilogramm; nicht mehr und nicht weniger! — auf die Schaufel nimmt, wenn er die Schaufel in einer bestimmten Entfernung vom Boden führt u. s. w. Es wurde durch die Experimente festgestellt, daß ein tüchtiger Arbeiter, der die so gefundenen Regeln beobachtet, täglich 59 Tonnen Erz verladen kann. Nun ging Taylor daran, die Ergebnisse dieser Versuche praktisch zu verwerten. Zuerst mußten einige Vorarbeiter die Tagelöhner in der „wissenschaftlichen“ Arbeitsmethode unterweisen. Dann wurde den Arbeitern als Pensum, als Tagesaufgabe vorgeschrieben, 59 Tonnen zu verladen. Wer das nicht bewältigen konnte, wurde entlassen. Das Ergebnis war: die Arbeit, zu der früher 400 Arbeiter gebraucht worden waren, wird jetzt von 140 Arbeitern bewältigt. Obwohl der Taglohn um die Hälfte erhöht wurde, sanken die Verladefosten von 0.072 Dollar auf 0.033 Dollar für die Tonne.

In einem Betrieb, wo Arbeiterinnen Stahlkugeln für Fahrräder zu revidieren hatten, leisteten nach Einführung des Systems 35 Mädchen die gleiche Arbeit wie vorher 120, bei zweidrittelnmal größerer Genauigkeit der Arbeit, bei einem um 80 bis 100 Prozent höheren Verdienst und einer Verkürzung der Arbeitszeit von täglich $10\frac{1}{2}$ auf $8\frac{1}{2}$ Stunden. Bei den Maurern wurde die Stundenzahl der verlegten Ziegel von etwa 120 auf 350 gesteigert.

So finden die Kapitalisten auf eine immer größere Ausnützung der Arbeitskraft und steigern ihren Profit. Was der Kapitalisten Vorteil ist, wird aber zum Schaden der Arbeiter, die, unter die Aufsicht von Gehbögten gestellt, vorzeitig ihre Kräfte verbrauchen müssen und geistig völlig verkümmern, wenn sie zu Automaten gemacht werden. Amerika, das Land der größten Ausbeutung und der hohen Löhne, ist auch das Land der meisten Unfälle, der größten Not, der zahlreichsten Verbrechen, der meisten Selbstmorde und Geisteskrankheiten! Dort finden vierzigjährige

Arbeiter kaum mehr einen Arbeitsplatz. Es wird berichtet, daß sich dort Arbeiter die Haare färben und die Schläfen mit Schuhwachs schmieren, um jünger zu erscheinen; daß sie Arsenikpräparate einnehmen, um die Herzstätigkeit während der Arbeitsstunden zu steigern und den Anforderungen der Aufseher in den Fabriken gewachsen zu sein.

5. Die industrielle Reservearmee

Die Einführung der Maschinen hat die Lage der Arbeiterklasse wesentlich verschlechtert und sie zunächst in solches Elend und solche Verkommenheit gesenkt, daß es ihr nur mit ungeheuren Schwierigkeiten gelang, sich daraus zu erheben. Viel zu der Erniedrigung der Arbeiterschaft hat der Umstand beigetragen, daß sich ihre Stellung in der Produktion geändert hat. „In Manufaktur und Handwerk bedient sich der Arbeiter des Werkzeugs, in der Fabrik dient er der Maschine. Dort geht von ihm die Bewegung des Arbeitsmittels aus, dessen Bewegung er hier zu folgen hat. In der Manufaktur bilden die Arbeiter Glieder eines lebendigen Mechanismus. In der Fabrik existiert ein toter Mechanismus unabhängig von ihnen und sie werden ihm als lebendige Anhängel einverleibt.“ (Marx.) Die Arbeit wird zwar erleichtert, aber die Gefahr für die Gesundheit, ja das Leben des Arbeiters bedeutend erhöht.

In Oesterreich wurden im Jahre 1910 34.715 Arbeiter bei der Arbeit schwer verletzt, davon 1189 tödlich. In dem Jahrzehnt von 1901 bis 1910 starben auf dem Schlachtfeld der Arbeit nicht weniger als 10.879 Proletarier und 289.478 wurden schwer verletzt. In der blutigen Schlacht bei Königgrätz fielen auf österreichischer Seite 5328 Mann. In einem Jahrzehnt des Friedens wurden doppelt so viele Sklaven des Kapitals gemordet. Erschreckend groß wird die Zahl der Unfallsopfer im Deutschen Reich. Im Jahre 1911 gab es 132.114 schwer Verletzte, von denen 9443 starben. In den 26 Jahren von 1886 bis 1911 wurden nicht weniger als 190.662 Arbeiter in Ausübung ihres Berufes getötet und 2.214.314 schwer verletzt. Eine große Armee ist da zugrunde gegangen. Im Deutsch-Französischen Krieg fielen auf deutscher Seite 28.268 Mann und 88.488 wurden verwundet. Drei Friedensjahre kosten so viel Todesopfer wie ein furchtbarer Krieg. Mit unheimlicher Regelmäßigkeit kehren die Ziffern der Unfallstatistik immer wieder. In der kapitalistischen Welt ist nichts, woran nicht Arbeiterblut fließt.

In den Goldminen Südafrikas gingen in den Jahren 1909 und 1910 1949 Arbeiter zugrunde. Im Frühjahr 1913 warnte die italienische Regierung vor der Auswanderung zu einem brasilianischen Bahnbau, der für eine Strecke von 330 Kilometer 16.000 Todesopfer gekostet hat. Im Jahre 1909 wurde der 8,5 Kilometer lange Tauertunnel der österreichischen Alpenbahnen vollendet. In 16 Minuten fährt der Personenzug durch. Die Strecke, die er in einer Minute durchfährt, wurde in sechsmonatiger Arbeit gebahnt. Auf je 45 Meter kam ein schwerer Unfall, auf je 250 Meter ein Todesopfer! Beim Bau des im Jänner 1914 vom Stapel gelassenen Dreadnoughts „Szent Istvan“ auf der Werft von Fiume verunglückten 724 Arbeiter, davon sechs tödlich.

Die Maschine gefährdet nicht nur das Leben des Arbeiters, sie hat auch der Arbeit ihren geistigen Inhalt genommen. „Aus der lebenslangen Spezialität, ein Teilwerkzeug zu führen, wird die lebenslange Spezialität, einer Teilmaschine zu dienen.“ (Marx.)

Eine einzige Bewegung, ein einziger Handgriff, in jeder Minute so und so oft ausgeführt: das ist für Millionen der Inhalt der Arbeit geworden. Dahin hat es die Arbeitsteilung in fast allen Industriezweigen heute schon gebracht.

Anschaulich schildert die eintönige Arbeit Artur Solitscher in dem Buche „Amerika heute und morgen“. Er erzählt von den Schlachthäusern in Chicago:

Auf runden Riesenscheiben aus Holz, an den Hinterrufen aufgehängt, drehen sich die strampelnden Schweine. Davor stehen die Schlächter. Bringt die Drehung der Scheibe ein Tier vor den ersten hin, so vollführt er einen Schnitt von oben nach unten. Während ihn noch der rote Blutstrahl anspricht, ist das Schwein schon mit einer Kette zum nächsten Schlächter befördert, der den zweiten Schnitt vollführt. 26 Tiere in der Minute, 1600 in der Stunde, 15.000 an jedem Arbeitstag ziehen vor dem Schlächter vorüber. Jeder hat nur eine einzige Bewegung auszuführen. „Einer rasiert mit einem kurzen scharfen Messer die obere Partie um den Schwanz herum; der nächste in der Reihe rasiert die untere; der nächste trennt mit einem Schnitt den Schwanz vom Rückgrat ab; der nächste wirft es auf einen Karren, der sich mechanisch unter ihm fortbewegt; der nächste trennt aus dem Eingeweide im Karren die Leber weg u. s. w. Jeder dieser Menschen hat von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends denselben kleinen, aber wichtigen Handgriff zu vollführen; er muß aufpassen, daß es ihm gelinge, denn die Kette kennt keinen Aufenthalt. Sprechen, sich den Schweiß von der Stirne wischen, das Blut, das von den Kadavern spricht, wegstreichen, wie könnte er das? Vor ihm

ziehen die Tiere an der endlosen Kette vorüber, hinter ihm ist der Aufseher her. Passiert nur ein einziges Tier, ohne daß der Schlächter seine Arbeit an ihm verrichtet, so ist der Schlächter erledigt, und zwar gründlich. Rechne es dir aus, wie oft ein Mensch, eine Kreatur mit diesem wunderbaren Mechanismus des Herzens, des Nerven- und Gangliensystems, mit der staunenswerten Muskulatur des Armes, der Gelenke, der Hände und Finger, in $10 \times 60 \times 60$ Sekunden die gleiche, immer gleiche Bewegung ausführen muß, damit jener Mechanismus, jenes Mysterium nicht stocke, erlösche, damit es notdürftig fort sich friste durch eine dunkle Nacht hinüber zu einem trostlosen Morgen.

Drüben in den schönen, lichten und blanken Hallen der berühmten Uhrenfabrik von Elgin sitzen 3700 Menschen, von denen jeder eine einzige kleinwinzige Berrichtung zu besorgen hat. Täglich werden dort 2500 Uhren hergestellt, jede Uhr hat 211 Bestandteile. Welche Blicke treffen dich, wenn du neugierig und wißbegierig an den Tischen der Arbeiter vorübergehst? Haben Dante in den Pfählen der Verdammnis solche Menschenblicke getroffen? Und doch sind die, die von ihrer Arbeit aufbliden können, noch die glücklich zu preisenden unter den Sklaven dahier. Vor den meisten zischt und wettert und schlägt eine Maschine, die sie zu bedienen haben. Paarscharfe Nadeln bohren haardünne Löcher in kleine Kupferblättchen, ein Augenblick, ein um 1 Millimeter zu weites Vorschieben des Fingers und die Nadel fährt ins Fleisch, in den Fingernagel, das Brot verschwindet mit dem Bewußtsein, das den Körper mißbätig ein paar Augenblicke lang von seinen Schmerzen erlöst."

So wird die Fabrik für den Arbeiter zur Hölle. Je größere Fortschritte die Wissenschaft macht und je vollkommener die Maschinen werden, um so mehr wird die Arbeit an der Maschine entgeistigt. Dabei kann freilich dem Arbeiter, dem nicht die Maschine selbst das Tempo seiner Arbeit bestimmt, durch die Einförmigkeit der Schwung verlorengelien. Um die Arbeitsfreude zu steigern, hat man in Amerika versucht, in Zigarrenfabriken Geschichten vorzulesen, man hat die Blusennäherinnen in den Schneiderwerkstätten den Chorgesang pflegen lassen. In der Abteilung einer Klavierfabrik, in der junge Arbeiterinnen bei der einförmigen Arbeit regelmäßig apathisch wurden, hat eine Kasse, welche die Leitung in den Arbeitsaal gab und die der Mittelpunkt aller mütterlichen Instinkte der Mädchen wurde, die Arbeitsleistung um etwa 10 Prozent gehoben. ... Dem Kapitalisten dient alles nur zur Steigerung seines Profits.

Der Arbeiter muß seine Bewegung der der Maschine anpassen. Von ihr geht die Bewegung aus, weshalb ein Wechsel der

Personen leicht möglich ist. Die daraus entspringende Unsicherheit der Existenz wird noch dadurch erhöht, daß ja die Maschine von Anbeginn der Konkurrent des Arbeiters ist und ihn in immer stärkerem Maße verdrängt. Die durch Einführung der Maschinen überflüssig gewordenen Arbeiter überfüllen den Arbeitsmarkt und senken den Lohn. Wenn eine neu eingeführte Maschine mit dem Handwerk konkurriert, tritt es am deutlichsten zutage, wie das Arbeitsmittel, das einst mit dem Arbeiter vereinigt war wie die Schnecke mit dem Schneckenhaus, sich nun gegen den Arbeiter wendet und ihn erschlägt. Aber dasselbe geschieht auch durch die fortgesetzte Verbesserung schon bestehender Maschinerie. So werden Männer durch Frauen, Erwachsene durch Kinder ersetzt, Menschen durch Maschinen völlig verdrängt. In den letzten Jahren hat sich wieder eine deutliche Wandlung bemerkbar gemacht. Während früher der gelehrte Arbeiter verdrängt und der Arbeitsraum von Maschinen und Handlangern gefüllt wurde, drängt die stete Verbesserung der Maschinerie in immer höherem Maße auch den ungelerten Arbeiter aus der Werkstätte. Es bleiben nur die komplizierten Maschinen zurück, die von wenigen gelernten Arbeitern geleitet werden. Der Arbeitsraum leert sich immer mehr von Menschen. So bringt jeder Fortschritt der Technik der Arbeiterklasse Vermehrung der Arbeitslosigkeit und damit der Not und des Hungers.

Seit der Einführung der Maschinen hat die Zahl der beschäftigten Arbeiter im Verhältnis zum angewandten Kapital stets abgenommen, ein stets größerer Teil des Kapitals wird für Maschinen, Baulichkeiten u. s. w. ausgegeben, ein stets kleinerer Teil für Löhne. Wenn aber das Gesamtkapital zunimmt, so kann natürlich heute zum Beispiel das eine Zehntel des Kapitals, das für Löhne ausgegeben wird, größer sein, als früher zum Beispiel die Hälfte des damaligen Kapitals war, die damals für Löhne verwendet wurde. Deshalb braucht in einem Industriezweig die Zahl der beschäftigten Arbeiter trotz der Einführung von Maschinen nicht zu sinken. Sie wird sogar steigen, wenn das Kapital gleichzeitig stark anwächst. Ist gar kein oder kein entsprechend großer Zuwachs an Kapital zu verzeichnen, dann sinkt die Zahl der Arbeiter nicht nur relativ, sondern auch absolut. Das ist zum Beispiel in verschiedenen Zweigen der Textilindustrie wiederholt geschehen. Da die

Verhältnisse in jedem Industriezweig anders sind, befindet sich die Arbeiterbevölkerung in ständiger Bewegung. In dieser Industrie schwillt ihre Zahl an, in jener sinkt sie wieder. Dort strömen Arbeiter zu, hier werden Arbeiter abgestoßen. Es ist ein immerwährendes Hin- und Herdrängen, das die Unsicherheit der Existenz des Arbeiters noch erhöht. Dabei bringt nicht einmal jede Vermehrung des Kapitaltheils, der für Löhne ausgegeben wird, eine Vermehrung der beschäftigten Arbeiter mit sich. Oft wird vielmehr die Arbeitszeit der schon eingestellten Arbeiter verlängert, statt daß ihre Zahl vergrößert wird, weil dadurch eine Steigerung der Produktion ohne Vermehrung der Maschinen, Vergrößerung der Werkstätten z. erzielt wird.

Freilich kann die Einführung der Maschinen und die dadurch bewirkte Verminderung der Arbeiterzahl in einem Arbeitszweig eine Vermehrung der Arbeiterzahl in anderen damit zusammenhängenden Arbeitszweigen hervorrufen. Vor allem ersteht eine neue Arbeiterart in den Maschinenbauern. Außerdem wird zum Beispiel, wenn das Maschinenfabrikat handwerksmäßig weiterverarbeitet wird, häufig eine Vermehrung der damit Beschäftigten erfolgen. Die Steigerung der Garnproduktion durch die Einführung der Spinnmaschinen verschafft den Webern billigere Fabrikate, so daß sie ohne größere Ausgaben mehr erzeugen und mehr verdienen können, weshalb der Weberei Arbeiter zuströmen werden. Außerdem entstanden seit der Einführung der Maschinen viele neue Arbeitsfelder. Man denke nur an die Entwicklung des Verkehrs. Freilich: wenn in einem Industriezweig die Zahl der Beschäftigten sinkt und in einem anderen gleichzeitig steigt, so werden in der Regel nicht gerade die dort freigesetzten Arbeiter hier Unterkunft finden.

Die Verdrängung des Arbeiters durch die Maschine zeitigte am Beginn der neuen Entwicklung besonders verheerende Folgen. Am Ende des 18. Jahrhunderts gab es in Niederösterreich noch mehr als hunderttausend Handspinner, im Jahre 1811 zählte man kaum noch achttausend! Bei denen, die den Konkurrenzkampf mit der Maschine aufnahmen, kehrte der Hungertyphus ein. Ein amtlicher Bericht aus dem Jahre 1835 erzählt: „In den böhmischen Grenzgegenden von Nachod bis Tetschen beschäftigt sich der vierte Teil der Bevölkerung wenigstens zeitweise mit der Spindel oder dem Spinnrade und davon sind die Hälfte beständige Spinner,

deren Zahl etwa 90.000 beträgt. Bei den niedrigen Preisen der Leinwand und der wachsenden Konkurrenz des für die Verwebung sich vorteilhaft zeigenden Maschinengarns ist der Spinnlohn auf eine so niedrige Stufe gesunken, daß er nur noch 2 bis 3 Kreuzer täglich, manchmal auch weniger beträgt.“ Im böhmischen Erzgebirge galt schon als glücklich, wer täglich 4 bis 6 Kreuzer verdiente. In Mähren gab es viele, denen es weit schlimmer ging. So zeigt sich faßlich, wie das sieghafte Eindringen der Maschine in einen Erwerbszweig, das den Kapitalisten gewaltige Reichtümer schafft, auf der anderen Seite die Verelendung tausender Menschen verursacht.

Ein Beispiel aus der neuesten Zeit, das uns die Verdrängung der Arbeiter durch die Maschine anschaulich macht, bietet die Zigarettenfabrikation. Vergleichen wir die Zahl der Arbeitskräfte und der erzeugten Zigaretten in den österreichischen Tabakfabriken in den letzten Jahren:

Jahr	Bei der Zigarettenfabrikation waren Personen beschäftigt	Zahl der erzeugten Zigaretten
1900	8401	3.101,120.900
1901	8286	3.253,138.685
1902	8161	3.414,002.575
1903	7998	3.430,009.110
1904	8209	4.136,882.409
1905	7924	4.416,195.822
1906	7593	4.255,939.240
1907	7128	4.843,787.490
1908	6636	5.238,097.620
1909	6302	5.918,638.500
1910	5831	6.280,542.690
1911	5009	6.215,960.800
1912	4505	6.179,327.755

In 13 Jahren sank die Zahl der Beschäftigten fast um die Hälfte, während gleichzeitig die Zahl der erzeugten Zigaretten auf das Doppelte stieg! Auf jede beschäftigte Person entfielen im Jahre 1912 fast viermal so viel erzeugte Zigaretten wie im Jahre 1900.

Wie im modernen Betrieb die Maschine den ungelerten Arbeiter fast völlig verdrängt und für den Menschen beinahe nur

mehr die Beaufsichtigung und Leitung der Maschinerie übrig bleibt, hat uns in jüngster Zeit ein Techniker vor Augen geführt.

Er schildert ein großes Dampfkesselhaus, in dem 54 Heizer und 2 Oberheizer beschäftigt waren. Nun wird die selbsttätige Feuerung eingeführt, Kettenrost und Förderbänder werden eingebaut. Nach dem Einbau sind nur noch 20 Heizer zur Regelung der Kettenrostbewegung, 2 Oberheizer und 2 Maschinisten zur Instandhaltung beschäftigt — um 34 ungelernete Arbeiter weniger, um 2 gelernte Arbeiter mehr als früher. Den Kapitalisten bringt die technische Umgestaltung reichen Gewinn; der Lohnaufwand für 10 Tonnen Dampf sinkt von Mark 1.64 auf 61 Pfennige, während die Kosten der Verzinsung und Tilgung der neuen Feuerungsanlage nur 34 Pfennige für 10 Tonnen Dampf betragen.

Biel größer noch ist die Wirkung der modernen Hebemaschinen. Die Kohlendampfer zum Beispiel, die englische Kohle nach Deutschland bringen, wurden früher in folgender Weise gelöscht: Zunächst wurde die Kohle im Schiffsraum von Tagelöhnern in Kübel eingeschaufelt; diese Kübel wurden dann mit Dampfwinden emporgehoben, mit Dampfdruckfranken nach dem Landungsplatz geschwenkt und von dort aus wiederum von Tagelöhnern in Wagen in die Lagerplätze gebracht. Es war also sowohl zum Einschaukeln der Kohle in die Kübel im Schiffsraum als auch zur Verteilung der Kohle über den Lagerplatz mittels Wagen ungelernete Tagelöhnerarbeit notwendig. Heute wird durch Verwendung elektrisch betriebener Brückentrane diese menschliche Arbeit ersetzt. Die Selbstgreifer der Brückentrane fassen die Kohle unmittelbar im Schiffsraum und laden sie unmittelbar auf dem Lagerplatz an der gewünschten Stelle ab. Wo früher 60 Tagelöhner notwendig waren, werden heute nur 2 Steuerleute für die Krane und 2 Anweiser auf dem Schiff gebraucht.

Auch in den Fabrikbetrieben selbst hat die Entwicklung der Hebemaschinen gewaltige Umwälzungen herbeigeführt. In den Stahlwerken ersetzen elektrisch betriebene Ladekrane die Handlangerarbeit. Wurden früher zum Laden von Martinöfen 10 gelernte und 36 ungelernete Arbeiter gebraucht, so sind nach dem Einbau eines Ladekrans für dieselbe Arbeit nur noch 14 gelernte und 2 ungelernete Arbeiter erforderlich. Die Ausgaben für die Ladearbeit sinken von Mark 1.47 auf 62 Pfennige für die Tonne Flußeisen. In einem Hüttenwerk wurden zur Verladung von Trägern 130 Handlanger gebraucht; nach dem Einbau eines mit Greifern, Zangen und Tragnagneten ausgestatteten Krans wurde dieselbe Arbeit von 38 Handlangern und 3 hochqualifizierten Arbeitern, die den Kran steuern, geleistet.

Auch in der Maschinenindustrie geht die Verdrängung der Arbeiter durch die Entwicklung der Maschinerie rasch vor sich. So wurden zum Beispiel bei der Erzeugung von 100 Bolzen in der Berliner Fabrik Ludwig Löwe & Komp. bei zehnstündigem Arbeitstag gebraucht:

- a) Bei der Herstellung auf Leitspindelrehbänken:
1. eine Abstechmaschine mit $2\frac{1}{2}$ Stunden Arbeitszeit;
 2. eine Zentriermaschine mit $1\frac{1}{2}$ Stunden Arbeitszeit und
 3. sieben Leitspindelrehbänke mit zusammen 66 Stunden Arbeitszeit, so daß sich eine Gesamtarbeitszeit von 70 Stunden ergibt, oder mit anderen Worten: es ist der Lohn für sieben gelernte Arbeiter zu zahlen.
- b) Bei der Herstellung auf Handrevolverbänken:
- Zwei Handrevolverbänke mit zusammen 14 Stunden Arbeitszeit, so daß hier nur der Lohn für 1·4 Arbeiter verrechnet werden muß.
- c) Bei Herstellung auf automatischen Revolverdrehbänken:
- Eine automatische Revolverdrehbank mit 10 Stunden Arbeitszeit, wofür jedoch nur $\frac{1}{5}$ Mann Bedienung zu rechnen ist, da ein Arbeiter fünf Drehbänke zugleich bedienen kann.

Ein Arbeiter bringt also in einem Arbeitstag auf der automatischen Drehbank ebensoviel hervor wie 35 Arbeiter auf Leitspindelrehbänken.

Auch in bisher zurückgebliebenen Industrien vollzieht sich die technische Revolution. In der Saazer Fabrik einer schwedischen Firma, die Hufnägeln erzeugt, arbeiteten 40 Mann, von denen jeder täglich im Durchschnitt 27.000 Stück produzierte. Nun wurden 12 Automaten eingestellt, die eine tägliche Durchschnittsleistung von je 90.000 Hufnägeln erzielen. Ihre Jahresleistung ist also dieselbe, wie die von 40 Arbeitern war; zu ihrer Bedienung sind nur 6 Mann erforderlich.

Eine neue Erfindung wälzt auch die Glasindustrie um. Die neue Owensche Flaschenmaschine, zu deren Bedienung 3 Mechaniker und 10 Hilfsarbeiter erforderlich sind, ersetzt 175 Flaschenmacher.

In der Portlandzementindustrie hat die Einführung des amerikanischen Drehrohrofens jede Handarbeit vom Einwerfen der Kalksteine bis zum Schließen der Zementfässer entbehrlich gemacht. In der Zementfabrik Leimen wurden im Jahre 1899 731.600 Faß Zement von 1110 Arbeitern hergestellt. Nach Einstellung der neuen Maschinen wurden im Jahre 1909 1.110.000 Faß von nur 653 Arbeitern produziert.

Ein großartiges Beispiel der Leistungen moderner Technik gibt auch der Bau des Panamakanals. Die Dampfshaufeln, die dort in Verwendung standen, bewegten monatlich nach dem Bericht eines Ingenieurs 623.700 Kubikmeter Erdreich. Wenn man annimmt, daß ein Arbeiter in einer Achtschicht 4·6 Kubikmeter Boden gewinnt, so wären, um die Leistung der Maschine zu

erzielen, 5460 Mann erforderlich gewesen. Zum Betriebe der Maschinen gehörten aber insgesamt bloß 298 Mann. Durch die Anwendung der Maschinen wurden mehr als 5000 Arbeiter überflüssig. Die Verladung der losgesprengten Felsstücke erfolgte nicht durch Menschen, die höchstens einen Block von 100 Kilogramm meistern können, sondern durch Schaufeln, die Blöcke von 10.000 Kilogramm Gewicht greifen. Auf diese Weise wurden 1400 Arbeiter überflüssig. Die Entleerung der Wagen besorgten 28 weiße und 42 farbige Arbeiter mit besonderen Maschinen. Ohne diese wären zur gleichen Arbeit 2600 farbige Arbeiter mit 100 Aufsehern nötig gewesen. Das Verteilen und Ebenen des abgeladenen Bodens besorgten ebenfalls Maschinen, an denen 16 weiße und 24 farbige Arbeiter beschäftigt waren. Ohne Maschinen wären 3000 Arbeitskräfte hierzu nötig gewesen. Die Franzosen, die vor 30 Jahren am Panamakanal bauten, hätten 50.000 Menschen zur selben Leistung benötigt, die jetzt von 7000 Beamten, Aufsehern und Arbeitern erzielt wurde. So gewaltig ist die Ersparnis von Arbeitskräften infolge der Anwendung neuer Maschinen...

Während also infolge der technischen Umwälzungen die beschäftigte Arbeiterzahl im Verhältnis zum Gesamtkapital, das ein Unternehmer anwendet, fortwährend — oft sogar absolut, stets aber relativ — geringer wird, bewirkt die kapitalistische Entwicklung gleichzeitig, daß die Zahl der sich anbietenden Arbeitskräfte durch die jetzt ermöglichte Einbeziehung weiblicher und jugendlicher Arbeitskräfte fortwährend steigt. So entsteht in den Städten eine industrielle Reservearmee, die bald größer, bald kleiner ist und deren Mitglieder stets wechseln; es gibt kaum einen Arbeiter, der ihr nicht zeitweilig angehört. Die Arbeitslosigkeit ist ein Schreckgespenst, das alle bedroht. Die industrielle Reservearmee ist eine Existenzbedingung der kapitalistischen Produktionsweise. Sie benötigt die Reservearmee oft zur plötzlichen Ausdehnung eines Produktionszweiges oder zur Schaffung eines neuen. Das Kapital bedarf großer verfügbarer Menschenmassen, die es sich in der industriellen Reservearmee schafft. Diese drückt außerdem noch auf die beschäftigte Armee der Arbeiter und zwingt sie, sich in erhöhtem Maße ausbeuten zu lassen. „Die Ueberarbeit des beschäftigten Teiles der Arbeiterklasse schwellt

die Reihen ihrer Reserve, während umgekehrt der vermehrte Druck, den die letztere durch ihre Konkurrenz auf die erstere ausübt, diese zur Ueberarbeit und Unterwerfung unter die Diktate des Kapitals zwingt.“ (Marx.)

Die industrielle Reservearmee eines Landes rekrutiert sich jedoch nicht bloß aus den freigesetzten Industriearbeitern, sondern erhält auch Zuzug aus den anderen Klassen. Wenn die Maschinerie in die Landwirtschaft eindringt und auf dem Lande große Umwälzungen hervorruft, so bewirkt sie dort, daß die Bevölkerung relativ und oft sogar absolut abnimmt. Dieser Prozeß der Landflucht wird dadurch stark gefördert, daß die Hausindustrie der Bauern, die für den Selbstgebrauch produzierten, ruiniert wird, je mehr sich die Industrie entwickelt. Der Bauer verspinnt zum Beispiel heute nicht mehr seinen Flachs. Aber auch manche Funktion, die er als Warenproduzent ausgeübt hat, wird ihm genommen, wie zum Beispiel die Bereitung der Butter, die heute in der Molkerei geschieht. Endlich erzeugt oder ersetzt die Industrie manche Rohprodukte, die früher der Landwirt produzierte. Die Farbpflanzen werden durch Produkte des Steinkohlenteers verdrängt, Dampf und Elektrizität ersetzen Tierkräfte, zum Beispiel Pferde, zu deren Erhaltung landwirtschaftliche Produkte nötig sind. Wie sehr das heute auch in der Landwirtschaft selbst der Fall ist, zeigen folgende Ziffern: Im Deutschen Reich sank die Zahl der in den landwirtschaftlichen Betrieben verwendeten Ochsen von 1882 bis 1905 von 1,455.200 auf 1,170.000, die Zahl der Zugpferde stieg bloß von 2,228.700 auf 2,500.000. Geringer stieg die Zahl der Dampfpflüge von 836 auf 3000, die der Kraftdreschmaschinen von 75.960 auf 300.000! Die Maschine hält ihren Siegeszug auch in der Landwirtschaft. Von den im Deutschen Reich 1882 vorhandenen landwirtschaftlichen Betrieben, deren Zahl reichlich 5 Millionen betrug, hatten erst 392.000 die Maschine in ihren Dienst gestellt; im Jahre 1895 von 5½ Millionen Betrieben bereits 972.000; im Jahre 1907 von 5,736.082 Betrieben bereits 1,497.975. In jedem vierten landwirtschaftlichen Betrieb wird bereits eine Maschine verwendet. Dabei werden die Maschinen immer leistungsfähiger. Auf dem Sophienhof in Ostholstein kam im Jahre 1912 eine maschinelle Melkanlage in Betrieb. 16 Melkmaschinen für 180 Kühe erfordern nur noch fünf Leute zum Anlegen der Apparate und zum Nachmelken.

Alle diese Umstände bewirken einen Rückgang der landwirtschaftlichen Bevölkerung. Sie betrug im Deutschen Reich im Jahre 1882 noch 42·51, 1895 nur mehr 35·74 und 1907 nur noch 28·65 Prozent der Gesamtbevölkerung. Der Rückgang ist jedoch nicht nur relativ, sondern sogar absolut. Während die Gesamtbevölkerung 1882 45,222.113, 1895 51,770.284 und 1907 61,722.529 Köpfe zählte, betrug die landwirtschaftliche Bevölkerung in denselben Jahren 19,225.455, 18,501.307 und 17,681.176. Während im Jahre 1882 von je 1000 erwerbstätigen Männern noch 406 auf die Landwirtschaft und erst 375 auf die Industrie entfielen, sinkt der Anteil der Landwirtschaft im Jahre 1907 auf 263 und steigt der der Industrie auf 449. Die Steigerung der Zahl der landwirtschaftlich Erwerbstätigen überhaupt von 82 auf 9·8 Millionen in der Zeit von 1882 bis 1907 ist nur auf die Zunahme der mithelfenden Familienmitglieder, also vor allem der arbeitenden Frauen zurückzuführen. Die Frauen bildeten 1907 in der Landwirtschaft fast die Hälfte (46·53 Prozent) aller hauptberuflich Erwerbstätigen, während sie in der Industrie nicht einmal ein Fünftel (18·79 Prozent), im Handel und Verkehr nur ein Viertel (26·77 Prozent) ausmachen. Auch die Zählungen in Großbritannien, in Frankreich, in der Schweiz und in Schweden beweisen, daß in diesen Ländern die landwirtschaftliche Bevölkerung nicht nur nicht entsprechend der Zunahme der Gesamtbevölkerung wächst, sondern daß auch ihre Kopfzahl von Zählung zu Zählung geringer wird. In anderen Ländern wächst sie zwar noch, aber nicht entsprechend der Zunahme der ganzen Bevölkerung. So vermehrte sich diese zum Beispiel in Oesterreich von 1890 bis 1900 um 9·4 Prozent, während die landwirtschaftliche Bevölkerung sich in derselben Zeit nur um 2·7 Prozent vergrößerte. Die Bauernlöhne und die Ländarbeiter, denen die Heimat keine Beschäftigung gibt, strömen in solchem Maße den Städten zu, daß die Agrarier zur Steuerung der Landflucht heute sogar schon Zwangsgesetze verlangen. Die industrielle Reservearmee wird durch den ständigen Zustrom vom Lande vermehrt.

Von je tausend der in den 42 Großstädten des Deutschen Reiches lebenden Industriearbeiter sind nach der Zählung im Jahre 1907 346 auf dem Lande geboren, von je tausend Handelsarbeitern 400 und vom Tausend der in häuslichen Diensten Beschäftigten 442! Während im Deutschen Reich von je 1000 erwerbstätigen Männern im Jahre 1882 573 auf dem Lande (in Gemeinden

bis zu 2000 Einwohnern) und 427 in den Städten lebten, sank die Zahl auf dem Lande bis zum Jahre 1907 auf 407 und stieg in den Städten auf 593. In der gleichen Zeit sank die Zahl der erwerbstätigen Frauen auf dem Lande von 654 auf 576, während sie in den Städten von 346 auf 424 stieg. Von je 1000 erwerbstätigen Männern entfielen im Jahre 1907 bereits 292, also mehr als ein Viertel allein auf die Großstädte. In Oesterreich entfielen von je 1000 Personen der Gesamtbevölkerung auf Ortschaften über 2000 Einwohner im Jahre 1846 nur 190, 1880 bereits 384 und 1910 505.

Die guten Verkehrsmittel erleichtern auch die Heranziehung von Arbeitern fremder Nationen. Die Zahl der ausländischen Arbeiter in Preußen betrug zum Beispiel im Jahre 1905 454.348 und stieg im Jahre 1911 auf 820.831. Ein Land nach dem anderen sendet seine überschüssige Landbevölkerung auf den Weltarbeitsmarkt. Italiener und Slowaken sind beim Bau großer Verkehrsanlagen in allen Ländern zu finden. Polen und Magyaren arbeiten in den Kohlengruben Nordamerikas. Ungeheuer ist der Menschenstrom, der sich aus Europa in die Neue Welt ergoß. Alle Völkerwanderungen, von denen die Geschichte erzählt, werden dadurch in den Schatten gestellt. Die Jahreseinwanderung nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika überschritt im Jahre 1842 zum erstenmal 100.000, sie betrug im Jahre 1907 1.285.349 Menschen! Seit dem Jahre 1873 wanderten dort mehr als 20 Millionen Menschen ein. Im Jahrzehnt 1885 bis 1894 kamen allein 476.478, im Jahrzehnt 1895 bis 1904 1.017.216 Einwanderer aus Oesterreich-Ungarn, im Jahrzehnt 1908 bis 1912 sogar 935.366, doppelt so viel als früher in zehn Jahren.

Die Zahl der Industriearbeiter eines Landes wird, abgesehen von dem Zuströmen der Landarbeiter und der Einwanderung aus fremden Ländern, noch durch die Befehung des sogenannten Mittelstandes vermehrt, die das Ergebnis des Konkurrenzkampfes zwischen Handwerk und Fabrik, zwischen Großbetrieb und Kleinbetrieb ist. (Siehe Seite 65.)

So wird eine starke Vermehrung des Proletariats herbeigeführt, während gleichzeitig die Möglichkeit der Arbeitslosigkeit anwächst. Die Existenz des „freien“ Arbeiters, der nur ein Spielball in den Händen des Kapitals ist, wird immer unsicherer. Er schafft Reichtümer und bleibt selbst im Elend, in dem er zu versinken droht.

6. Die Verelendung der Arbeiterklasse

Das Elend des Proletariers! Wie viel Kummer und Not birgt nicht sein Dasein, das so ganz anders verläuft wie der Lebensgang eines Menschen in früherer Zeit. Mit geringer Lebensfähigkeit ausgestattet, wird das Proletarierskind geboren. Es muß vieles entbehren, wird schon im zartesten Alter zur Arbeit angehalten. In einer Zeit, in der die Kinder der Bourgeoisie den Ernst des Lebens noch nicht einmal kennen, müssen die Arbeiterkinder schon ihr tägliches Brot verdienen und sind allen Gefahren der Erwerbsarbeit ausgesetzt. In den Straßen der Fabrikstadt wachsen sie heran im grauen Einerlei, wie es vor Jahrzehnten der englische Schriftsteller Dickens beschrieben hat:

„Es war eine Stadt von roten Ziegeln oder von Ziegeln, die rot gewesen wären, wenn es Rauch und Ruß erlaubt hätten; aber unter bewandten Umständen war es eine Stadt, natürlich rot und schwarz gefärbt, wie das gemalte Gesicht eines Wilden; es war eine Stadt der Maschinen und der hohen Essen, aus denen sich endlose Rauchschlangen beständig emporwanden und nie müde wurden. Es besaß einen schwarzen Kanal und einen Fluß, dessen Fluten rot von überriechender Farbe waren, und lange, vielstöckige Gebäude voller Fenster, wo es den ganzen Tag rasselte und zitterte und wo der Kolben der Dampfmaschinen eintönig auf und niederging wie der Kopf eines von trübem Wahnsinn befallenen Elefanten. Es enthielt mehrere große Straßen, die sich alle sehr ähnlich sahen, und viele kleine Straßen, die sich noch ähnlicher sahen, bewohnt von Leuten, die sich auch ähnlich sahen, die alle zu denselben Stunden, in demselben Takte, auf demselben Pflaster aus dem Hause kamen oder in die Häuser gingen, um dieselbe Arbeit zu verrichten, in denen jeder Tag ebenso war wie der gestrige und morgende und jedes Jahr ebenso wie das vorige und das nächste.“

„Der Proletarier hat keine Heimat. Oder soll er sich „heimisch“ fühlen in der öden Vorstadtstraße, vier Treppen hoch, im Hof? Oder in einer rauchigen, sticigen Industriestadt, in die ihn der Kapitalismus mit einem ganzen Haufen seinesgleichen wahllos zusammengepfercht hat; nicht zusammengepfercht, der Ausdruck erinnert an die Pferde, in denen Herden leben: zusammengeworfen hat, wie einen Haufen Steine. Ist eine Stube, in der eine ganze Familie Wand an Wand mit Hunderten anderer Familien haust, eine Heimat?“ (Sombart.) Frühmorgens verläßt der Arbeiter seine Wohnung, den Raum, in dem geboren, gestorben, gegessen, geschlafen, gekocht, gewaschen und gearbeitet wird. Am

Abend kehrt er müde ins düstere „Heim“ zurück, das er hundertmal im Leben wechseln muß — ein Handwagen genügt, das aufzunehmen, was er sein Eigen nennt. Wie oft läßt ihm der Kapitalismus nicht einmal die Nacht zur Ruhe, die von der Natur zu erquickendem Schlaf bestimmt ist. Die Profitgier der Kapitalisten hat ja auch die Nachtarbeit zur ständigen Einrichtung für Zehntausende gemacht. Wie oft findet der Proletarier keine Arbeit, mag er sie noch so sehr suchen; arbeiten zu wollen, genügt ja nicht; es muß auch des Kapitalisten Wille sein, daß der Arbeiter schaffe: dann erst ist ihm die Möglichkeit zum Erwerb gegeben.

Rücksichtslos und grausam tritt das Kapital auf; es verfährt mit dem „freien“ Arbeiter vielfach brutaler als der alte Römer mit seinen Sklaven. Der Sklave stand im Eigentum seines Herrn, er war des Herrn Sache wie ein Werkzeug. Darum konnte ihn sein Herr töten, ohne daß es ein Verbrechen war. Mit seinen Sachen kann ja jeder verfahren, wie er mag. Aber der Herr wird sich in der Regel gehütet haben, den Sklaven gar zu sehr zu plagen: wenn sich als Folge von Ueberanstrengung Krankheiten einstellten, so hatte den Schaden davon auch der Herr. So wie er das Werkzeug mit Schonung behandelt wissen wollte, so auch den Sklaven. Ähnlich denken heute die Bauern über die Verwendung des Viehs und der Kinder zur Arbeit. In dem Bericht des Arbeitsstatistischen Amtes über die Kinderarbeit in Oesterreich heißt es in der Aeußerung einer Schulleitung: „Es muß leider bemerkt werden, daß die Arbeiten manchmal die physischen Kräfte der Kinder übersteigen, indem der Bauer oft sein Vieh mehr als die Kinder schont, da er das Vieh verkaufen und dadurch seinen Wohlstand heben kann, während er die Kinder nur als Last empfindet.“ Das Interesse, das der Sklavenhalter am Sklaven hatte, besitzt der Kapitalist von heute dem freien Proletarier gegenüber nicht mehr. Er kauft ja nicht den Arbeiter, sondern dessen Arbeitskraft, und zwar stückweise, Woche um Woche von neuem. In jedem Samstag kann er sich überlegen, ob er einen neuen Kontrakt abschließen soll oder nicht. Wenn er den Arbeiter zu Ueberanstrengungen treibt, so hat nicht er die bösen Folgen zu tragen. Er kann den Mann in jeder Woche durch einen neuen ersetzen, ohne dabei zu verlieren; er hat seine Arbeitskraft ja nur für eine begrenzte Zeit, n u r f ü r S t u n d e n gekauft. Als im Jahre 1911 auf der Vulkantwerft in Hamburg ein Arbeiter um $\frac{3}{4}$ 12 Uhr mittags von einem fallenden Schraubenschlüssel er-

schlägen wurde, erhielt die Witwe den Lohn für den halben Tag abzüglich der Viertelstunde, die auf 12 Uhr mittags fehlte. Als in einer Fabrik der Unternehmer eben in einen Saal trat, in dem der zerfetzte Körper eines Arbeiters aus der Maschine gezogen wurde, besah er die Transmmission und sagte: „Zum Teufel, jetzt ist der neue Riemen hin!“ Der Riemen war sein Eigentum. Die Arbeitskraft hatte er nur tagweise gekauft. Das Schicksal ihres Trägers konnte ihm gleichgültig sein.

Während der Arbeiter ein Interesse daran hat, mit seinen Kräften hauszuhalten, damit er noch in späten Jahren rüstig sei, will der Kapitalist in der Spanne Zeit, für die er den Lohn zahlt, aus ihm möglichst viel herauspressen. Des Arbeiters künftiges Schicksal kümmert den Unternehmer nicht. Er findet ja immer frische, junge Kräfte, mögen die alten arbeitslos durch die Straßen irren und langsam verhungern. Wie oft werden nicht alte Arbeiter, die durch Jahrzehnte in einem Unternehmen geschafft haben, kurzerhand auf die Straße gesetzt. Für sie gilt das Sprichwort nicht: „Nach getaner Arbeit ist gut ruh'n.“ Für den alten Arbeiter bedeutet die Ruhe oft genug den Hungertod. Den geschwächten, von der Arbeit zermürbten Körper werfen Krankheiten leichter nieder als den gut genährten, wenig verbrauchten Angehörigen der Besitzenden. So ist die Tuberkulose geradezu eine Proletarierkrankheit. In Hamburg kamen in den Jahren 1896 bis 1900 auf je 10.000 Lebende in Familien mit 900 bis 1200 Mark Jahreseinkommen 65-7, in solchen mit 5000 bis 10.000 Mark 18-3, in solchen mit 25.000 bis 50.000 Mark 12-1 Todesfälle an Tuberkulose. Und nicht einmal im Tode hat der Besitzlose Ruhe. Heimatlos, wenn für ihn keine Grube gekauft wurde, bleiben seine Gebeine und werden nach 30 Jahren vom Orte der Bestattung entfernt. Mitunter werden Totengebeine sogar zum Handelsobjekt. So wurden im Jahre 1913 bei Danzig die Knochen der Tausende, die in den Franzosenkriegen dort gefallen waren, aus der Erde gescharrt und der Zentner zu Mark 1-40 an eine Kunstdüngerfabrik verkauft. Das Kapital hat kein Herz. Es „hat die heiligen Schauer der frommen Schwärmerei, der ritterlichen Begeisterung, der speißbürgerlichen Behmut in dem eiskalten Wasser egoistischer Berechnung ertränkt“. (Marx.)

Das Leben des Arbeiters ist aufgebaut auf Wochenlohn. Der Satz klingt so selbstverständlich und doch ist die Wahrheit, die er ausspricht, fürchterlich. Es ist jetzt modern geworden, das Arbeiter-

dasein in Büchern zu schildern, nüchtern und trocken zu erzählen, was der Inhalt eines Arbeiterlebens ist. Und jedesmal, wenn ein solches Buch erscheint, macht die bürgerliche Welt erstaunte Augen. Das Leben irgendeines wilden afrikanischen Volksstammes war ihr bekannt; das Leben der eigenen Volksgenossen, die Arbeiter sind, ist ihr noch fremd geblieben. In der Tat: jedes Volk zerfällt in zwei Nationen, die einander stark entfremdet sind.

Man hat viel darüber gestritten, ob das Elend des Proletariats zunehme oder sich vermindere, ob also von einer *Verelendung* der Arbeiterklasse gesprochen werden könne oder nicht. Wollen wir die Frage richtig beurteilen, dann dürfen wir sie nicht so stellen: Hat der Arbeiter heute mehr Lohn als vor dreißig Jahren? Die Höhe des Geldlohnes ist kein Maßstab. Der Arbeiter muß für den Lohn seinen und seiner Familie Lebensunterhalt bestreiten. Man müßte also fragen: Kann er dies bei den heutigen Lohnverhältnissen leichter oder schwerer als vor dreißig Jahren? Da müßten nun die Preise der Lebensmittel, die Kosten für Wohnung und Kleidung, die Steuern von damals und jetzt verglichen werden. Da müßten wir auch berücksichtigen, daß dem Arbeiter heute Kosten für Dinge erwachsen, die er damals überhaupt nicht zu berücksichtigen hatte, zum Beispiel für die Fahrt zum Arbeitsort und anderes mehr. Es ist öfter für einzelne Kategorien von Arbeitern statistisch nachgewiesen worden, daß ihr Lohn, wenn man die angeführten Umstände in Betracht zieht, nicht gestiegen ist, daß also alle Lohnerhöhungen wettgemacht wurden durch die Preiserhöhungen der Bedarfsartikel, ja daß die Preise der Lebensmittel mitunter sogar stärker gestiegen sind als die Löhne.

Der anrechenbare Durchschnittslohn eines unfallversicherungspflichtigen Arbeiters stieg in Oesterreich von 1900 bis 1909 um 21 Prozent. Aber Erdäpfel, Bier, Spiritus und Roks sind in derselben Zeit um 30 bis 35 Prozent, Brot, Zucker, Schmalz um 40 Prozent, Gemüse um 50 Prozent im Preise gestiegen. Dazu hat eine große Wohnungssteuerung eingesetzt, die den Arbeiter weit stärker trifft als die besitzenden Klassen. Er muß einen größeren Teil seines Einkommens für das Obdach ausgeben als der Besizende. So hat die sächsische Regierung im Jahre 1905 in 16 Städten eine Statistik über die Höhe der Wohnungsmieten im Vergleich zur Höhe des Einkommens aufgenommen und dabei festgestellt, daß bei einem Jahreseinkommen bis zu 400 Mark die Mietkosten 17-1, bei einem

solchen mit 700 bis 800 Mark 12·4, bei einem solchen mit 1400 bis 1600 Mark 11·6, bei einem solchen mit 2500 bis 3000 Mark 11·4, bei einem solchen über 10.000 Mark 4·9 Prozent des Einkommens betragen. Die absolute Zunahme des Glends drückt sich in mancherlei Tatsachen aus, zum Beispiel auch in der Schlachthofstatistik. So sind zum Beispiel nach einem amtlichen Bericht in Gottesberg, einer Stadt im niederschlesischen Grubenrevier, in den Jahren 1909 bis 1912 die Schlachtungen von Großvieh, Kälbern, Schweinen, Schafen und Ziegen zurückgegangen, während die der Pferde von 171 auf 259, die der Hunde von 6 auf 74 stiegen. Die Zahlen zeigen natürlich keine Geschmacksveränderung, sondern eine Verelendung der Bergarbeiter an. In Wien hat sich die Zahl der jährlichen Pferdeschlachtungen im letzten Jahrzehnt um ein Drittel vermehrt.

Daß das Glend der Arbeiter aller Berufszweige in dem Sinne zugenommen hat, daß ihre Lebenshaltung sich verschlechtert hätte, kann man allerdings nicht behaupten. Aber wir dürfen nicht vergessen, daß der Vergleich, den wir angestellt haben, gar nicht maßgebend dafür ist, ob das Glend der Arbeiterklasse zugenommen hat oder nicht. Der proßige Spießer, der vor geraumer Zeit einen Gemüsegarten vor der Stadt ererbt hat, auf dem sich heute ein vierstöckiges Haus erhebt, das schon zur Stadt gehört, sollte nicht über die Arbeiter schimpfen, denen es so viel besser gehe als damals, wie er noch jung war. Er sollte vielmehr fragen: Wie klein war der Abstand zwischen dem Arbeiter und mir damals, als ich noch ein Gemüsegärtner war, und wie groß ist er heute, wo der Arbeiter nach opferreichen Kämpfen mehr Lohn bekommt und ich unterdessen Hausherr geworden bin?

„Alles menschliche Leiden und Entbehren“ — so sagte Lassalle — „hängt nur von dem Verhältnis der Befriedigungsmittel zu den in derselben Zeit vorhandenen Bedürfnissen und Lebensgewohnheiten ab. Alles menschliche Leiden und Entbehren und alle menschlichen Befriedigungen, also jede menschliche Lage bemißt sich somit nur durch den Vergleich mit der Lage, in welcher sich andere Menschen derselben Zeit in Bezug auf die gewohnheitsmäßigen Lebensbedürfnisse derselben befinden. Jede Lage einer Klasse bemißt sich somit immer nur durch ihr Verhältnis zu der Lage der anderen Klassen derselben Zeit.“

Wenn wir diese Gesichtspunkte im Auge behalten, kommen wir für die gesamte Arbeiterklasse zum gleichen Ergebnis. Der Arbeiter

vermag heute trotz der Erhöhung des Lohnes seine Bedürfnisse nicht besser zu befriedigen als früher; denn die Bedürfnisse sind erfreulicherweise sehr gewachsen. Heute ist es nicht mehr wie einst, da Lassalle ausrufen mußte: „Ihr deutschen Arbeiter seid merkwürdige Leute! Vor französischen und englischen Arbeitern, da müßte man plädieren, wie man ihrer traurigen Lage abhelfen könne, euch aber muß man vorher noch beweisen, daß ihr in einer traurigen Lage seid. Solange ihr nur ein Stück schlechte Wurst und ein Glas Bier habt, merkt ihr das gar nicht, daß euch was fehlt! Das kommt aber von eurer verdamnten Bedürfnislosigkeit!“ Heute ist die — um ein Wort unserer Gegner zu gebrauchen — *Begehrlichkeit* der Arbeiter schon recht groß geworden, weit größer noch denn vor dreißig Jahren, als in einer vom österreichischen Abgeordnetenhaus veranstalteten Enquete ein Unternehmer sich darüber beklagte, die Arbeiter seien nicht einmal mehr mit gesottenen „Frankfurtern“ zufrieden, sondern verlangten, daß die Würstel in Schmalz gebraten sein sollen. Der Lohn reicht lange nicht hin, die neuen Bedürfnisse der Arbeiter zu befriedigen — gerade dieser Umstand stärkt den Willen zum Kampf und treibt uns vorwärts!

Und dann: Wie stark ist doch heute der Gegensatz zwischen Arbeitern und Kapitalisten geworden! Die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahrzehnte hat eine wahrhaft berauschende Vermehrung der Güter gebracht. Wem fielen sie zu? Der Kapitalistenklasse! Die Arbeiter haben immer nur ihren, wenn auch oft erhöhten Lohn. Das Mißverhältnis wird immer ärger, die Ausbeutung steigt sehr stark an. Der Unterschied zwischen dem, was der Arbeiter erzeugt, und dem, was er bekommt, wird immer größer. Jeder Fortschritt der Technik steigert den Ertrag der Arbeit, so daß, da der Lohn des Arbeiters sich nicht merklich ändert, der Anteil des Kapitalisten am geschaffenen Gut ein immer größerer wird. Die Steigerung des Profits drückt sich sichtbar in der ungeheuren Vermehrung der Produktion und in der verschwenderischen Prachtentfaltung der Kapitalistenklasse aus, die in den letzten Jahrzehnten zu beobachten ist. Das Bourgeoisviertel einer Großstadt einst und jetzt: welch himmelhoher Unterschied! Wie gewaltig ist der Unterschied zwischen dem Proletarierviertel mit seinen schmutzigen Gassen, seinen überfüllten, eintönigen Zinskasernen und den Straßen der „noblen“ Welt! Auch die Proletarierswohnung ist vielleicht besser geworden. Aber der Gegensatz zur Kapitalistenwohnung ist dennoch größer

als früher. „Ein Haus mag groß oder klein sein, solange die es umgebenden Häuser ebenfalls klein sind, befriedigt es alle gesellschaftlichen Ansprüche an eine Wohnung. Erhebt sich aber neben dem kleinen Haus ein Palast, so schrumpft das kleine Haus zur Hütte zusammen. Das kleine Haus beweist nun, daß sein Inhaber keine oder nur die geringsten Ansprüche zu machen hat, und es mag im Laufe der Zivilisation in die Höhe schießen noch so sehr, wenn der benachbarte Palast in gleichem oder gar in höherem Maße in die Höhe schießt, wird der Bewohner des verhältnismäßig kleinen Hauses sich immer unbehaglicher, unbefriedigter, gedrückter in seinen vier Pfählen finden.“ (Marx.) Der Gegensatz wird dadurch immer stärker, daß dieselbe Entwicklung, die den Reichtum der Kapitalistenklasse so stark anwachsen läßt, gleichzeitig das Proletariat vermehrt und seine Ausbeutung maßlos steigert. Die Arbeiterschaft vermag dem durch ihre Organisation teilweise entgegenzuwirken; aber die Tendenz des Kapitalismus zur Verelendung aus der Welt zu schaffen, vermag sie natürlich nicht.

Wenn wir von einer Verelendung der Arbeiterklasse sprechen, meinen wir also damit nicht, daß die Arbeiterklasse im ganzen immer ärmer wird, sondern daß die Kapitalistenklasse immer reicher wird, während sich die Lage der Arbeiter nicht wesentlich ändert. Die Größe der Gegensätze erhellt, wenn auch nicht ganz genau, aus der Steuerstatistik.

In Oesterreich gab es im Jahre 1911 1.404.703 Besitzten, die ein jährliches Mindesteinkommen von 1200 Kr. besaßen. Mit ihren Angehörigen wären das 4.235.701 Menschen, 14.96 Prozent der Gesamtbevölkerung. Rund 25 Millionen Menschen mußten sich also mit einem geringeren Einkommen, mit weniger als 23 Kr. Wochenlohn, begnügen. Ueber die anderen gibt folgende Tabelle Auskunft:

Jahreseinkommen in Kronen			Zahl der Steuerträger	In Prozenten der Gesamtzahl der Steuerträger	Nettoeinkommen in Millionen	In Prozenten des gesamten verkeuerten Einkommens
	1.200 bis	1.600	493.027	35.10	680.0	14.33
mehr als	1.600	2.000	281.262	20.02	506.1	10.67
"	2.000	2.800	236.904	16.86	557.3	11.74
"	2.800	3.600	128.230	9.13	404.3	8.52
"	3.600	5.200	116.593	8.30	501.5	10.57
"	5.200	7.200	60.534	4.31	367.1	7.74

Jahreseinkommen in Kronen			Zahl der Steuerträger	In Prozenten der Gesamtzahl der Steuerträger	Nettoeinkommen in Millionen	In Prozenten des gesamten versteuerten Einkommens
mehr als	bis					
mehr als	7.200	bis 9.200	27.607	1.97	223.6	4.70
"	9.200	" 12.000	19.331	1.38	201.4	4.25
"	12.000	" 20.000	19.556	1.39	298.1	6.28
"	20.000	" 40.000	10.654	0.76	291.0	6.13
"	40.000	" 60.000	2.695	0.19	130.7	2.76
"	60.000	" 80.000	1.238	0.088	85.6	1.80
"	80.000	" 100.000	649	0.046	58.0	1.22
"	100.000	" 140.000	625	0.043	73.2	1.54
"	140.000	" 200.000	440	0.031	72.2	1.52
"	200.000	" 300.000	277	0.040	292.3	6.16
"	300.000	" 400.000	90			
"	400.000	" 500.000	62			
"	500.000	" 700.000	56			
"	700.000	" 1.000.000	40			
"	1 bis 2 Millionen		27			
"	2 " 3		6			
"	3 " 4		3			
"	4 " 5		3			
"	5 Millionen		1			

Man sieht aus der Tabelle, daß die 6212 Reichsten, deren jährliches Einkommen 40.000 Kr. übersteigt, mit 712 Millionen Kronen Gesamteinkommen größere Jahreseinnahmen haben als die 493.027 Arbeiter, Kleinbauern und Handwerker, die zwischen 1200 und 1600 Kr. jährlich verdienen. Vierzig Menschen beziehen jährlich mehr als eine Million Kronen, während 25 Millionen Menschen mit einem Wochenlohn von weniger als 23 Kr. leben müssen.

Im reicheren Preußen hatten im Jahre 1912 von 40,236.830 Menschen 8,158.925, mit ihren Angehörigen 16,004.537 Personen, also rund vier Zehntel der Bevölkerung, nur ein Einkommen bis zu 900 Mark. Die anderen sechs Zehntel verteilen sich also:

Jahreseinkommen in Mark		Zahl der Besten	Gesamteinkommen in Millionen Mark
mehr als	bis		
mehr als	900 bis 3.000	6,757.812	8583.59
"	3.000 " 9.500	658.801	2976.72
"	9.500 " 30.500	99.620	1533.63
"	30.500 " 100.000	20.999	1052.21
"	100.000	4.456	1093.64

Man sieht, daß das kleinere Häuflein der Reichen (25.455 unter 7.541.688 Zensiten) mit Jahreseinkommen von mehr als 30.500 Mark ein Gesamteinkommen in der Höhe eines Viertels von dem besitzt, was 6% Millionen Menschen mit einem Jahreseinkommen von 900 bis 3000 Mark sich mühsam erarbeiten.

Ein unabsehbares Meer von Elend auf der einen und gigantischer Reichtum in den Händen weniger Menschen auf der anderen Seite! Und der Gegensatz zwischen der Kapitalistenklasse und dem Proletariat wird immer schärfer. Das österreichische Parteiprogramm bringt dies klar zum Ausdruck, indem es sagt:

„Es wächst die Masse der Proletarier, es steigt aber auch der Grad ihrer Ausbeutung und dadurch tritt die Lebenshaltung immer breiterer Schichten des arbeitenden Volkes immer mehr in Gegensatz zu der rasch steigenden Produktivkraft seiner eigenen Arbeit und zu dem Anschwellen des von ihm selbst geschaffenen Reichtums.“

Das Erfurter Programm sagt:

„Zimmer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.“

Unsere Gegner bemühen sich, wie in vielen anderen Fällen (man erinnere sich zum Beispiel an das Märchen, daß wir die Familie zerstören, daß wir den Untergang des Handwerkers und des Bauern wollen, während wir nur feststellen, daß dies infolge der kapitalistischen Entwicklung geschieht) so auch hier die Tatsachen zu verdrehen. Zimmer wieder hört man's: „Die Sozialdemokraten wollen, daß es den Arbeitern immer schlechter gehe.“ Daß das eine handgreifliche Lüge ist, wird sehr deutlich, wenn man sich erinnert, daß unsere Gegner auch über die Gewerkschaften zetern, die fortwährend Lohnerhöhungen für die Arbeiter verlangen! Eine Partei, die den Proletariern Jahr um Jahr Millionen Kronen Lohnerhöhungen erkämpft und sie so erst befähigt, die Steigerung der Lebensmittelpreise halbwegs zu ertragen, soll die Verelendung des Arbeiters wollen! Den Unsinn wird heute wohl niemand mehr glauben. Wir wollen nicht, daß es dem Arbeiter schlechter gehen

soll, wir stellen nur fest, daß der Kapitalismus bestrebt ist, ihn in immer tieferes Elend hinabzudrücken. Wir sind die einzigen, die diesem Bestreben entgegenzuwirken versuchen. Wir können allerdings nicht verhindern, daß jede Steigerung der Ergiebigkeit der Arbeit den Kapitalisten zugute kommt. Aber die Tatsache, daß der Abstand zwischen Kapitalisten und Proletariern stets größer wird, regt die Arbeiter zum Denken an und spornt sie zum Kampfe gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung.

7. Die Wirkungen der kapitalistischen Entwicklung auf den Mittelstand

a) Gewerbe und Handel

Die gewaltige kapitalistische Entwicklung hat nicht bloß auf die Lage der Arbeiter mächtig eingewirkt; sie ist auch von folgenreicher Bedeutung für das Handwerk. Der Zunftmeister ist natürlich seit dem Aufstreben des kapitalistischen Großbetriebes nicht verschwunden, sondern hat sich gegen die Konkurrenz zur Wehr gesetzt. Er unterlag ihr bald. Schon im Jahre 1835 wurde in einer Gewerbeenquete geklagt: „Viele Meister und Befugte müssen sich als Gesellen verdingen und einige von ihnen durch arbeiten als Tagelöhner ihr Brot verdienen.“ Der Kampf zwischen Groß- und Kleinbetrieb, zwischen Kapitalismus und Handwerk währt heute noch, wobei die Handwerksmeister als ein „staatserschaltendes Element“ aus politischen Gründen vom Staate oft unterstützt werden. Für die Fabriken hat die österreichische Gewerbeordnung bestimmt, wie lange der Arbeitstag währen darf; im Handwerk gibt's keine Beschränkung.

Den Handwerkern, die sich zum Kampfe gegen die kapitalistische Konkurrenz erhoben, erstand die christlichsoziale Partei als Wortführer. Da in den Siebziger- und Achtzigerjahren des vorigen Jahrhunderts die Vertreter des Kapitals vielfach Juden waren, wurde die Handwerkerbewegung antisemitisch. In den Feudalgrafen, die im Kampfe gegen den Liberalismus Helfer suchten, fand sie eine mächtige Stütze. Sie errang bald einen großen Erfolg: das Gesetz vom 15. März 1883 schaffte die Gewerbefreiheit ab und führte den Befähigungsnachweis ein. Es schuf die Zwangsgenossenschaften. Die wichtigsten Forderungen der Handwerker waren erfüllt. Aber daß die Gewerbeordnung dann noch sechsmal abgeändert wurde, beweist, daß ihnen der Sieg eine große Enttäuschung brachte. Das ist nur

zu begreiflich. Der Niedergang des Handwerks hat Ursachen, die mit Gesetzesparagrafen nicht aus der Welt zu schaffen sind. Er ist eine Folge der technischen Entwicklung, des Wachstums des Kapitals, der zunehmenden Bedeutung der Großstädte und anderer Erscheinungen des kapitalistischen Zeitalters. Der Befähigungsnachweis konnte da nicht Abhilfe schaffen. Er hat die Handwerker nicht von der Konkurrenz befreit, sondern nur zu einem förmlichen System von Quälereien der Arbeiter geführt. Die Lehrlinge wurden ihren Meistern wehrlos preisgegeben. Die Lehrlingsausbeutung wurde häufiger als die Ausbildung. Die österreichischen Gewerbeinspektoren mußten berichten (so im Jahre 1905), daß es Handwerker gibt, „deren Existenz überhaupt nur auf das Halten von Lehrlingen aufgebaut ist“. Ganz offen gestanden später die Gewerberetter selbst zu, als was sie das Lehrverhältnis auffassen. So heißt es in dem Bericht des christlichsozialen Abgeordneten Schneider, der schon an der Wiege der Handwerkerbewegung gestanden hat, an das österreichische Abgeordnetenhaus anlässlich der Beratungen über die Aenderung der Gewerbeordnung im Jahre 1906: „... andererseits soll in dem ausschließlichen Vorrecht, Lehrlinge verwenden zu dürfen, und in den damit verbundenen Vorteilen auch eine Belohnung für jene Handwerker bestehen, welche die Meisterprüfung abgelegt haben.“ Bei einer solchen Auffassung und in Anbetracht der starken Spezialisierung der Gewerbe ist es nicht wunderbar, daß heute als eine Ausnahme gilt, was einst selbstverständlich war: der Nachweis der Berufstüchtigkeit bei Beendigung der Lehrzeit. Auch die Genossenschaften haben versagt. Sie waren und sind ihrer Aufgabe, die „in der Pflege des Gemeingeistes, in der Erhaltung und Hebung der Standeschre sowie in der Führung der humanitären, wirtschaftlichen und Bildungsinteressen ihrer Mitglieder und Angehörigen“ besteht, nicht gewachsen. Zwar werden immer neue Genossenschaften gegründet — Anfang 1914 ist in Wien sogar eine der Bühnenaugenoperateure ins Leben gerufen worden — aber die meisten bestehen nur auf dem Papier, entfalten keinerlei Tätigkeit. Die Verschärfung des Befähigungsnachweises durch Einführung der Gesellenprüfung und der fakultativen Meisterprüfung, welche ein Gesetz im Jahre 1907 brachte, werden dem Handwerk so wenig helfen wie die gesetzgeberischen Versuche der früheren Zeit.

Die Bemühungen der „Gewerberetter“ sind vergeblich. Langsam beginnen sie den Mißerfolg selbst einzugestehen. „Der Anti-

semitismus der Partei ist den Juden nicht besonders gefährlich geworden. Taussig, Lohnstein u. s. w. blieben Großmächte zur Zeit der antisemitischen Herrschaft. Es tut mir leid, daß es so war; es wäre mir eine aufrichtige Freude, wenn ich mit Wahrheit etwas anderes sagen könnte.“ So schrieb im Jahre 1910 Monsignore Josef Scheicher, ein Vorkämpfer der christlichsozialen Partei, im vierten Band seiner „Erinnerungen“. Der christlichsoziale Wortführer Bielohlawek gestand am 11. Juni 1910 im österreichischen Abgeordnetenhaus:

„Mit dem bisherigen System, daß lauter Gesetze gemacht werden . . ., daß der eine dies und der andere jenes nicht machen darf, wo der eine den anderen knebelt und schließlich nichts herauskommt, muß gebrochen werden. Ich muß bei dieser Gelegenheit erklären, daß das System der Zwangsgenossenschaften nach meinen Erfahrungen sich ebenfalls im Interesse des Gewerbestandes nicht bewährt . . . Sie sehen daraus, daß die Begeisterung nicht vorhanden ist, und der Genossenschaftszwang besteht nur darin, daß jedes Mitglied seine Umlagen jahraus, jahrein zahlt, ohne von der Genossenschaft den geringsten Nutzen zu ziehen.“ (Stenographische Protokolle des Abgeordnetenhauses, XX. Session, Seite 2984.)

In der von den Christlichsozialen in Wien im September 1911 veranstalteten „Sozialen Woche“ sagte unter Zustimmung des österreichischen Korreferenten der deutsche Zentrumsabgeordnete Scharnagl aus München:

„Der eigentliche Befähigungsnachweis, wie er im Prinzip auch im österreichischen Verwendungsnachweis sich geltend macht, dürfte für die modernen wirtschaftlichen Verhältnisse doch nur mehr schwer durchzuführen sein. Der scharfe Konkurrenzkampf kann durch nichts aus der Welt geschaffen werden und da ist es wohl eine Härte, wenn jemand, der im eigenen Gewerbe nicht vorankommen kann, keine Gelegenheit sollte finden können, in anderen Gewerben sein Glück zu versuchen. . . . Gegen den reinen Befähigungsnachweis, der nur für ein Gewerbe jeweils Geltung haben soll, spricht auch die Tatsache, daß im heutigen Wirtschaftsleben eine so strenge Abgrenzung von Gewerben sich nicht durchführen läßt, wie es in einem solchen Fall notwendig wäre. Es würde zu Streitigkeiten unliebsamster Art kommen und das Gewerbe hätte unter der ständigen Einmischung der Behörden zu leiden, was sicherlich dem Frieden nicht dienlich wäre.“ (Protokoll, Seite 204.)

Diese Streitigkeiten hat man in Oesterreich zur Genüge erlebt. Der Krieg, wer Flaschenbier verkaufen, wer Löschwiegen erzeugen, wer Hühneraugen schneiden und wer Faschingkrapsen baden darf.

ist das einzige Ergebnis einer Gesetzgebung, die mit immer umfangreicheren und einander an Zünftelei stets überbietenden Bestimmungen das Gewerbe zu „retten“ versucht.

Weil die Sozialdemokratie den Mißerfolg dieser „Rettung“ voraussagte, wird ihr vorgeworfen, sie wolle das Handwerk zugrunde richten! Aber das ist ein großer Irrtum. Die Sozialdemokratie hat weder die Absicht, noch — wenn sie die Absicht hätte — die Macht, das Handwerk zu vernichten. Sie ist nur so ehrlich, offen zu sagen, daß die kapitalistische Entwicklung das selbständige Handwerk vernichtet oder dem Kapital botmäßig macht und daß zünftlerische Mächte diese Entwicklung nicht aufhalten zu können. Die Handwerker wurden in einen Kampf gegen die Sozialdemokratie hineingeheßt, obwohl ihre Gegnerschaft gegen das Großkapital sie an die Seite der Arbeiter bringen mußte, deren wirtschaftliche Erfolge in einer höheren Lebenshaltung zum Ausdruck gelangen und darum den Handwerkern willkommen sein müßten. Manche Mittelstandspolitiker beginnen das einzusehen. So schrieb das klerikale Linzer „Volksblatt“ am 28. Mai 1911 in einem gegen die deutschnationale „Tagespost“ gerichteten Artikel:

„Wenn die »Tagespost« bittere Tränen darüber vergießt, weil das »Volksblatt« sagte, die Großindustrie sei ein gefährlicherer Gegner des Gewerbebestandes wie die Sozialdemokraten, so erklären wir ganz ungerührt, daß dies ein allgemein anerkannter Satz der heutigen Volkswirtschaftslehre ist. Die »Tagespost« wird uns keinen Volkswirtschaftslehrer nennen können, der lehrt, daß die Sozialdemokratie die Existenz des Gewerbebestandes bedrohe, weil eben alle Volkswirtschaftslehrer darin einig sind, daß die Konkurrenz der Großindustrie die Kleinen und Schwachen auf allen Gebieten aufzuzehren droht und vielfach schon aufgefressen hat.“

Und in der schon genannten „Sozialen Woche“ erklärte der Zentrumsabgeordnete Scharnagl:

„Schon die Tatsache der gleichen Gegnerschaft gegen das Großkapital sollte die Arbeiter- und Mittelstandsbewegung zusammenführen. Der gewerbliche Mittelstand kann doch wohl einverstanden sein, wenn die aufreibende Arbeit in den Betrieben der Großgewerbe nicht so schrankenlos und zu so unzulänglichen Löhnen vor sich geht, wie es vordem der Fall gewesen ist. Je schlechter entlohnt die Arbeiter eines Betriebes sind und unter je ungünstigeren Verhältnissen hinsichtlich Arbeitszeit, Betriebsräume und so weiter sie arbeiten,

um so drückender ist die Konkurrenz dieses Betriebes für das Kleingewerbe, weil er um so billiger produzieren kann. Und wenn die finanzielle Lage der Arbeiter, Bediensteten, Beamten u. s. w. sich hebt, so verspürt dies auch der Gewerbetreibende, weil höhere Löhne eine bessere Lebenshaltung mit sich bringen. Hunderte von Geschäften des Kleingewerbes und des Detailhandels von heute könnten nicht existieren, wenn unsere Arbeiterbevölkerung noch in den gleichen kümmerlichen Verhältnissen leben müßte wie vor einigen Jahrzehnten." (Protokoll, Seite 195.)

Während diese Erkenntnis langsam durchdringt, vollzieht die kapitalistische Entwicklung rasch ihr Zerstörungswerk. Dreißig Jahre „rettet“ man in Oesterreich schon das Handwerk. Aber sein Notschrei ist nicht verstummt. Er wird vielmehr immer stärker.

*

Die Verdrängung und Zersetzung des Handwerks geschieht auf mannigfaltige Weise. Es kommt vor, daß das Handwerk durch gleichartige Fabrikproduktion völlig verdrängt wird. Wer denkt heute noch daran, daß zum Beispiel Spinnerei, Leinenweberei und Tuchmacherei einmal handwerksmäßige Gewerbe waren! Von den 4.709.770 Spindeln, die im Jahre 1902 in Oesterreich gezählt wurden, entfallen 87,4 Prozent auf Betriebe mit über 100, 10,3 Prozent auf solche mit 20 bis 100 beschäftigten Personen und nur 2,3 Prozent auf Kleinbetriebe. In anderen Fällen, in denen die handwerksmäßige Erzeugung der fabrikmäßigen weichen mußte, ist der Handwerksmeister bestehen geblieben. Aber seine Tätigkeit ist eine andere geworden. Der Uhrmacher „macht“ längst keine Uhren mehr. Er repariert nur mehr Uhren und setzt sie zusammen. Er ist ein Uhrenhändler geworden. Der Schuhmacher ist heute ebenfalls in vielen Fällen nicht mehr Schuherzeuger, sondern repariert nur Schuhe. „Wir sind heute nur mehr die Flickschuster der Fabrikanten“, rief in einer Schuhmacherversammlung im Wiener Rathaus (Februar 1913) ein Genossenschaftsvorsteher aus. Und je weniger es sich lohnt, Schuhe flicken zu lassen, um so mehr leidet das Reparaturgewerbe.

In anderen Fällen hat der Kampf zwischen Handwerk und Fabrik zu dem Ergebnis geführt, daß dem Handwerk ein großer, manchmal der entscheidende Teil seiner Produktion genommen wurde, wenn er sich zur Massenherstellung eignet. Den Bäckermeistern geht ein stets größerer Teil der Schwarzbrotterzeugung

verloren. Oft kommt es auch vor, daß verschiedene handwerksmäßige Arbeiten in einer Fabrik vereinigt werden. In einer Möbelfabrik zum Beispiel werden Arbeiten der Tischler, Holzbildhauer, Drechsler, Tapezierer, Maler, Lackierer u. s. w. verrichtet. Das selbständige Handwerk aller dieser Berufszweige büßt natürlich dadurch Absatzgebiete ein. Das Buchbinderhandwerk hat einen großen Teil seiner Arbeiten an Spezialunternehmungen abgeben müssen. Von den 5900 Buchbindereiarbeitern, die man am Ende des Jahres 1912 in Wien zählte, arbeiteten mehr als 2200 nicht in Buchbindereierwerkstätten. Der Schlosser hat den Artikel eingebüßt, von dem sein Handwerk den Namen hat. Er erzeugt heute keine Schlösser mehr, er paßt sie nur an. Häufig, fast in allen metall- und holzverarbeitenden Gewerben, mußte das Handwerk die Anfangsstadien der Erzeugung, die mit Maschinenarbeit rascher und leichter durchzuführen sind, an die Fabriken abgeben und beschäftigt sich nur mit der Verarbeitung von Halbfabrikaten. Der Schmied bezieht fertige Gufeisen, der Glaser fertige Fensterrahmen. Der Ankauf der Halbfabrikate setzt ein gewisses Betriebskapital voraus, dessen Mangel vielen Handwerkern das Fortkommen erschwert. Auf jeden Fall sinkt der Profit des Handwerkers. Dies geschieht auch in den Fällen, in denen der Handwerker zwar noch Rohmaterial verarbeitet, dieses aber von Händlern beziehen muß. Der Tischlermeister kann Holz nicht aus dem Wald, sondern nur von Händlern kaufen. Wieder in anderen Fällen leidet das Handwerk dadurch, daß sich die Methode zur Herstellung seiner Produkte ändert. An die Stelle der Hanfseilerei ist die fabrikmäßige Herstellung von Drahtseilen getreten. Das emaillierte Kochgeschirr hat dem Töpferhandwerk den Boden entzogen. Noch in anderen Fällen hat das Handwerk die Kunden verloren, weil Fabriksbetriebe sich Handwerker für ihren Bedarf angliedern. Fast jeder Fabriksbetrieb hat seine eigene Schlosserei, jede Brauerei hat ihre eigenen Binder. Auch die Bedarfsverschiebung hat viele Handwerker zugrunde gerichtet. Einst stand in jeder Wohnung ein Spinnrad. Heute hat die Drechslerei diesen einst für sie wichtigen Produktionszweig verloren, weil der Bedarf nach Spinnrädern fast aufgehört hat. Wo es Wasserleitungen gibt, sind Regenfässer und Wassereimer entbehrlich geworden. Seit für die regelmäßige Lebensmittelzufuhr gesorgt ist, erübrigen sich Fleischbehälter und viele andere Holzgeschirre. Dem Binderhandwerk ist dadurch viel Arbeit entzogen worden.

Nicht immer endet der Kampf zwischen Kapital und Handwerk mit dessen völliger Vernichtung. Oft wird dem Handwerker nur die alte wirtschaftliche Selbständigkeit genommen. Der Handwerker bleibt in seiner eigenen Werkstatt — er verlegt sie allerdings oft ins Hinterhaus, in den Keller oder ins höchste Stockwerk und vereinigt sie mit seiner Wohnung — aber er wird ein Höriger des Kapitals. Er hört auf, für Kunden zu arbeiten. Man kauft lieber im Magazin mit seinen lockenden Auslagen, im Warenhaus, das große Auswahl bietet. „Wer täglich Gelegenheit hat,“ — so schreibt Professor Bücher, der den Niedergang des Handwerks eingehend untersucht hat — „in den Straßen, die er vielleicht ohnehin mehrfach durchschreiten muß, alles zu seinem Bedarf Notwendige fix und fertig ausgestellt zu sehen, so daß er sich in wenigen Minuten in den Besitz des Gewünschten setzen kann, der wird selten Lust haben, dem sinkenden Handwerk zuliebe sich nach einer entfernten Vorstadt zu bemühen, um dort nach langem Fragen und Suchen drei oder vier finstere Treppen hinaufzusteigen, ehe er seine Bestellung anbringen kann, bei deren Ausführung dann vielleicht der versprochene Termin nicht einmal eingehalten wird. Und soll etwa jemand, der in einem Möbellager alles, was sonst zur Zimmerausstattung gehört, vorfindet, soll eine junge Hausfrau, die in einem Haushaltungsgeſchäft sich in wenigen Stunden eine ganze Kücheneinrichtung zusammenstellen kann, lieber ein halbes Duzend Handwerker aufsuchen, mit denen sie erst nach Wochen zum Ziele gelangt?“ So wird der „selbständige“ Handwerker ein Heimarbeiter des kapitalistischen Händlers, der ihm oft das Rohmaterial liefert und ihm die Preise diktiert. Tischler, Schuhmacher, Schneider und andere sind diesem Schicksal verfallen. Daß sie in Wirklichkeit nur Arbeiter geworden sind, lehrt die Tatsache, daß ihr Handwerk vom Kapital zerlegt wurde. Aus dem Schneidermeister ist ein Hosenschneider, ein Westenschneider des Verlegers geworden. In Wien haben Schneidermeister sogar schon — gestreift! Oft wird der Handwerker ein Höriger des Kapitalisten, der ihm das Rohmaterial liefert. So sind viele Bäckermeister in die Abhängigkeit der Müller geraten.

In neuester Zeit ist eine Entwicklung zu bemerken, die darauf abzielt, die Handwerker, soweit sie nicht der Konkurrenz des Kapitals weichen, wenigstens unter die Notmäßigkeit der großen Unternehmer des gleichen Berufes zu bringen. Die Arbeitgeber-

verbände, in denen die Kleinen am meisten schreien, aber die Großen herrschen, bringen vielfach ein ganzes Gewerbe unter die Kontrolle einiger größerer Unternehmer, welche mitunter Kämpfe mit den Arbeitern benützen, um den Untergang der Kleinen zu beschleunigen.

In anderen Fällen, in denen die Abhängigkeit vom Kapital noch nicht so weit gediehen ist, hält die verzweifelnden Handwerker nur die maßlose Ausbeutung jugendlicher Arbeitskräfte, die ihnen der Staat noch gestattet, über Wasser. Auch die Aufstellung von Kleinmotoren vermag nur wenigen Handwerkern ernsthaft zu helfen. In je kleinerem Maßstab Maschinenkraft zur Anwendung kommt, um so teurer wird sie. Sie rentiert sich auch nur, wenn sie gut ausgenützt werden kann. In jedem Falle bleibt der Fabrikant ein überlegener Konkurrent, weil er billiger einkauft und bessere Absatzgebiete hat. Die Lebenshaltung der Handwerker ist oft noch viel proletarischer als die der industriellen Arbeiterschaft. Ihre „Selbständigkeit“ ist für sie längst kein Vorteil mehr. Im Jahre 1898 waren in Oesterreich — neuere Angaben liegen nicht vor — 128.839 Selbständige in Gewerbe und Industrie personal-einkommensteuerverpflichtig. Davon hatten 88.576 — also mehr als zwei Drittel — nur ein Einkommen von 1200 bis 2400 Kr., 16.885 — also ein Achtel — ein Einkommen von mehr als 2400 bis 3600 Kr.! Nur 14.615 Selbständige erzielten ein Einkommen von mehr als 3600 bis 7200 Kr., nur 4251 ein solches von mehr als 7200 bis 12.000 Kr., nur 4425 eines von mehr als 12.000 Kr.! Ohne Lärm versinken die Handwerker immer mehr ins Proletariat. Der Jahresbericht der Handelskammer in Bielefeld über das Jahr 1912 sagt es klipp und klar:

„Unter dem Einfluß der ungünstigen Tatsachen haben naturgemäß die schwächeren, weniger kapitalkräftigen Betriebe schon während des ganzen Jahres gelitten, so daß sie kaum einen Anteil an der Aufwärtsbewegung gehabt haben. Der Kampf ums Dasein forderte hier eben seine Opfer. Und während die großen, mächtigen Betriebe sich immer mehr der Sonne des Erfolges zuwenden, versinken die kleinen, schwach gewordenen Betriebe in aller Stille in das Nichts. Es wäre unrichtig, diese Erscheinung allein auf die momentane Ungunst bestimmter Verhältnisse zurückzuführen. Dieser Vorgang ist vielmehr zum großen Teil eine naturnotwendige Entwicklungsphase unseres Wirtschaftsorganismus. Aufhalten läßt sich die nicht, wohl aber lassen sich ihre Härten vermeiden.“

Ueber die Verelendung des Handwerks erzählt uns die Statistik nichts. Sie zählt den noch wirklich unabhängigen Meister genau so wie den zum Heimarbeiter herabgesunkenen zu den Selbständigen. Aber trotzdem läßt sie uns erkennen, wie das Handwerk verdrängt wird und eine immer geringere Bedeutung hat.

Im Deutschen Reich ist bereits dreimal (1882, 1895 und 1907) eine Berufs- und Betriebszählung veranstaltet worden, deren Ergebnisse außerordentlich lehrreich sind. In der Industrie ist die Zahl der Betriebe gegen 1895 um 4·2, gegen 1882 um 9·1 Prozent gesunken, während die Zahl der Arbeitskräfte gegen 1895 um 44·3, gegen 1882 um 109·8 Prozent gestiegen ist. Die Klein- und Kleinstbetriebe, in denen höchstens fünf Personen beschäftigt sind, bildeten 1907 89·6 Prozent aller Betriebe, während sie 1882 noch 95·8 Prozent aller Betriebe ausmachten. Von 1882 bis 1895 sind 186.285, von 1895 bis 1907 119.311 Kleinbetriebe verschwunden! Die Kleinbetriebe umfaßten 1907 nur mehr 29·5 Prozent aller gewerblich tätigen Personen, während ihnen 1882 noch deren 55·1 Prozent zufielen. Ihre Bedeutung ist also stark gesunken. Dagegen stieg der Anteil der Mittelbetriebe (mit 6 bis 50 Personen) von 3·8 Prozent im Jahre 1882 auf 9 Prozent im Jahre 1907; von allen gewerblich Tätigen entfielen auf sie 1882 18·7, 1907 25 Prozent. Die Zahl der Großbetriebe (mit mehr als 50 Beschäftigten) scheint noch immer gering; sie beträgt 1907 1·4 Prozent aller Betriebe gegen 0·4 Prozent im Jahre 1882. Aber während 1882 erst 26·2 Prozent aller Arbeitskräfte in ihnen tätig waren, steigt deren Zahl im Jahre 1907 auf 45·5 Prozent! Fast die Hälfte aller Beschäftigten entfällt in der Industrie auf die 29.033 Großbetriebe, von denen 506 mehr als 1000 Beschäftigte zählen.

Die Selbständigen gehen stark zurück. Während 1882 von je 1000 Erwerbstätigen in der Industrie noch 344 selbständig waren, verringerte sich die Zahl im Jahre 1895 auf 249 und betrug im Jahre 1907 nur mehr 176.

Während die Selbständigen zurückgingen, vermehrten sich die Angestellten in der Industrie von 1882 bis 1895 um rund 166, von 1895 bis 1907 um rund 160 Prozent. Die Zahl der männlichen Arbeiter stieg in den gleichen Perioden um 71·5 und 41·7 Prozent, die der weiblichen um 81·9 und 57·5 Prozent. Das Sinken der Zahl der Selbständigen und die Zunahme der Abhängigen wie der Erwerbstätigen überhaupt erfolgte natürlich nicht in allen Industrie-

zweigen gleichmäßig. Hier nur ein paar Beispiele, die uns die kapitalistischen Entwicklungstendenzen deutlich veranschaulichen. In der Textilindustrie stieg die Zahl der Erwerbstätigen von 1895 bis 1907 um 12 Prozent, während die Selbständigen sich um 38 Prozent verminderten. Der mechanische Webstuhl hat Tausende selbständiger Existenzen vernichtet. Die Zahl der Erwerbstätigen in den Betrieben, die sich mit der Erzeugung von Maschinen und Werkzeugen beschäftigen, stieg von 1882 bis 1907 um 327 Prozent. In den Hüttenbetrieben betrug die Zunahme in derselben Zeit 100 Prozent, in der Kohlenproduktion 198 Prozent. Mit Riesenschritten eilt der Kapitalismus vorwärts.

*

Im Handel und Verkehr scheint die Entwicklung auf den ersten Blick anders zu verlaufen. Die Zahl der Betriebe hat sich bis 1907 gegen 1895 um 39.1 und gegen 1882 um 62.6 Prozent vermehrt. Die Zahl der Beschäftigten stieg gegen 1895 um 45.3 und gegen 1882 um 149.4 Prozent, vermehrte sich also rascher als in der Industrie. Die Zahl der Kleinbetriebe stieg hier bedeutend, aber die Zahl der in ihnen beschäftigten Personen betrug 1907 doch nur 61.6 Prozent aller im Handel und Verkehr Tätigen, während sie 1882 noch deren 75.7 Prozent ausmachte. Der Großbetrieb hat sich hier noch großartiger entwickelt als in der Industrie. Die Zahl der Großbetriebe hat sich nämlich seit 1882 vervielfacht, die Zahl der in ihnen Beschäftigten ebenfalls. Die Aussichten auf Erlangung wirtschaftlicher Selbständigkeit, auch nur als Inhaber eines Kleinbetriebes, sind nun auch im Handel geringer geworden. Von je 1000 Erwerbstätigen im Handel und Verkehr waren 1882 447, 1895 361 und 1907 nur mehr 291 selbständig. Die Zahl der Angestellten und der Arbeiter steigt auch hier sehr stark, insbesondere im Handelsgewerbe im engeren Sinn. Von 1000 Erwerbstätigen waren hier im Jahre 1882 erst 91 Angestellte, 1907 schon 154; der Anteil der Arbeiter betrug in den gleichen Jahren 337 und 462. Dabei können wir feststellen, daß der Bevölkerungsteil, der im Handel lebt, in allen Ländern rascher ansteigt als der industrielle.

Die Zunahme der Kleinbetriebe, die erfolgte, ist leicht erklärlich. Die vielen Krämer, Wirte u. s. w. haben sie verursacht. Sie sind aber in Wahrheit in der Regel nicht wirklich selbständig, sondern nur Beauftragte eines großen Kaufmannes oder einer Brauerei. Dann darf man nicht vergessen, daß gerade die kapita-

listische Entwicklung, die die Unsicherheit der Existenz großer Volksmassen gebracht hat, es bewirkt, daß viele, die in der Industrie keine Arbeitsgelegenheit finden, im Handel eine Erwerbsmöglichkeit suchen und sich dort parasitäre Existenzen häufen. In Oesterreich kam im Jahre 1890 auf 76·5, im Jahre 1900 auf 65·4 Einwohner ein im Warenhandel Berufstätiger. Der kapitalistische Zerlegungsprozeß führt zu einer Ueberfüllung des Handelsberufes. Außerdem darf nicht außer acht gelassen werden, daß im Handel viele Kleinbetriebe einem einzigen Unternehmer gehören — man denke etwa an die Verkaufsgeschäfte einer großen Brotfabrik! — und daß im Handel die Zahl der Beschäftigten nicht immer ein Maßstab für die Größe des Betriebes ist. Ein Handelsgeschäft mit nur fünf beschäftigten Personen kann ein großes Unternehmen mit einem Millionenumsatz sein.

Im Konkurrenzkampf haben auch im Handel die Kleinen geringe Aussichten. Je zahlreicher die Betriebe werden, um so heftiger wird der Kampf um den Kunden. Die Zahl der Agenten wächst, die Ausgaben für Reklamezwecke werden größer. Mit allen erdenklichen Mitteln müssen die Geschäfte ihre Anziehungskraft stärken: schöne Auslagen, vornehme Einrichtung, gute Verpackung, rasche Bedienung, Zustellung ins Haus sind solche Mittel. Deutlich sondern sich im Laufe der Entwicklung Qualitätsgeschäfte und Geschäfte mit Massenartikeln. In der Stadt tritt das Spezialgeschäft in den Vordergrund: Kaffeegeschäfte, Ansichtskartengeschäfte u. s. w. entstehen. Ein Artikel, aber in reichster Auswahl, wird geboten. Andererseits entstehen Bedarfsartikelgeschäfte, die alle Artikel verkaufen, die für den täglichen Gebrauch erforderlich sind: Hausrat und Erwaren, Kleider, Luxusgegenstände u. s. w. Versandgeschäfte überschwemmen weite Gegenden mit lockenden Preisverzeichnissen und ziehen Kunden aus nah und fern an sich. Abzahlungsgeschäfte suchen wieder auf andere Art Käufer an sich zu fesseln. Der kleine Kaufmann, der mit geringen Mitteln zu arbeiten gezwungen und den Launen des Hausherrn unterworfen ist, vermag die Konkurrenz mit dem Warenhaus so wenig auszuhalten wie der Handwerker die der Fabrik. Er geht zugrunde oder er verelendet. Im Jahre 1898 waren in Oesterreich im ganzen 75.564 Selbständige im Handel personaleinkommensteuerverpflichtig. Von ihnen hatten 11.946 — also mehr als ein Siebentel — nur ein Einkommen von 1200 bis 1300 Kr., 46.572 — also drei Fünftel — versteuerten ein Ein-

kommen von 1200 bis 2400 Kr., 11.383 eines von mehr als 2400 bis 3600 Kr., 11.334 eines von mehr als 3600 bis 7200 Kr., nur 3570 eines von mehr als 7200 bis 12.000 Kr., nur 2635 eines von mehr als 12.000 Kr. Vier Fünftel aller handeltreibenden Selbständigen hatten also nur eine proletarische Existenz.

Wie sich die soziale Schichtung der Erwerbstätigen in Landwirtschaft, Industrie und Handel Deutschlands in einem Vierteljahrhundert gewandelt hat, zeigt folgende Uebersicht, aus der die relative Abnahme der Selbständigen sowie die absolute und relative Zunahme der Angestellten und Arbeiter ersichtlich ist:

Landwirtschaft.						
	Selbständige		Angestellte		Arbeiter	
	absolut	in Prozenten	absolut	in Prozenten	absolut	in Prozenten
1882...	2,288.033	= 27·78	66.644	= 0·81	5,881.819	= 71·41
1895...	2,568.725	= 30·98	96.173	= 1·16	5,627.794	= 67·68
1907...	2,500.974	= 25·31	98.812	= 1·00	7,283.471	= 73·69
Industrie.						
1882...	2,201.146	= 34·41	99.076	= 1·55	4,096.243	= 64·04
1895...	2,061.764	= 24·90	263.745	= 3·18	5,955.711	= 71·92
1907...	1,977.122	= 17·56	686.007	= 6·09	8,593.125	= 76·35
Handel.						
1882...	701.508	= 44·67	141.548	= 9·02	727.262	= 46·31
1895...	843.557	= 36·07	261.907	= 11·20	1,322.047	= 52·73
1907...	1,012.192	= 29·11	505.909	= 14·55	1,959.525	= 56·34
Insgesamt.						
1882...	5,190.687	= 32·03	307.268	= 1·90	10,705.324	= 66·07
1895...	5,474.046	= 28·94	621.825	= 3·29	12,816.552	= 67·77
1907...	5,490.288	= 22·30	1,290.728	= 5·24	17,836.121	= 72·46

Für Oesterreich können wir keine statistischen Vergleiche anstellen, denn über den Stand der Entwicklung besitzen wir bloß eine Statistik aus dem Jahre 1902. Doch zeigen uns ihre Zahlen, daß auch in Oesterreich, dem Paradies der Zünftler, in dem der Kapitalismus erst spät heimisch geworden ist, der Großbetrieb schon eine außerordentlich hohe Rolle spielt. In den Erzeugungsgewerben waren zwar von den 970.004 Betrieben noch 913.472, also 94·2 Prozent Kleinbetriebe. Aber nur 46·9 Prozent aller tätigen Personen arbeiteten in ihnen. Dabei darf auch nicht übersehen werden, daß 298.622 Betriebe für Wiederverkäufer, darunter 179.141 aus-

schließlich für Wiederverkäufer arbeiteten. Ihre Besitzer sind nur scheinbar selbständig; in Wirklichkeit sind sie kapitalshörig, abhängig von den Unternehmern, für die sie arbeiten. Nun müssen aber auch die mechanischen Arbeitskräfte in Betracht gezogen werden. Da kommt nicht einmal ein Siebentel davon auf die Kleinbetriebe. Wenn man die mechanische Pferdekraft der Arbeit von nur 20 Männern gleichsetzt, so stellt sich das Verhältnis so dar: Es sind in der österreichischen Industrie in den Kleinbetrieben (mit 1 bis 5 Personen) 5·5 Millionen, in den Mittelbetrieben (mit 6 bis 20 Personen) 5·6 Millionen, in den Großbetrieben 21·1 Millionen Arbeitskräfte tätig. Das bedeutet, daß zwei Drittel der gesamten durch die Industrie geleisteten Arbeit in den Großbetrieben geleistet wird. Die Zahl der Riesenbetriebe (mit mehr als 1000 Personen) beträgt nur 115. Aber in ihnen allein sind 179.876 Personen und 379.070 Pferdekraften, das heißt 4·5 Prozent sämtlicher gewerblich tätigen Personen, 22·6 Prozent sämtlicher Pferdekraften tätig.

Auch die Konzentration des Besitzes ist in Oesterreich schon weit vorgeschritten. Die 451 größten Unternehmer besitzen 4683 gewerbliche Betriebe mit 889.647 tätigen Personen und 972.083 Pferdekraften. Das heißt: nahezu ein Viertel (23·6 Prozent) aller menschlichen und mehr als die Hälfte (54·4 Prozent) aller mechanischen Arbeitskräfte sind dieser kleinen Zahl von Unternehmern untertan. Unter diesen großkapitalistischen Unternehmern finden wir drei Mitglieder regierender Häuser, 20 Fürsten und Grafen und 28 sonstige Adelige. 113 dieser 451 Unternehmer besitzen außerdem auch 1302 landwirtschaftliche Betriebe mit 52.000 landwirtschaftlichen Arbeitern und einer Bodenfläche von 2.469.898 Hektar. Der zwölfte Teil der gesamten Bodenfläche Oesterreichs ist also ihr Eigentum.

Einen Einblick in die Verteilung des Reichtums in Preußen gewährt die Statistik der Vermögenssteuerzahler. Vom Tausend aller Haushaltungsvorstände und selbständigen Einzelpersonen hatten im Jahre 1895 865·6 und im Jahre 1911 869·9 ein Vermögen, das 6000 Mark nicht erreichte. Nur 5 unter 10.000 waren im Jahre 1895, nur 6 im Jahre 1911 Millionäre. Das gesamte steuerpflichtige Vermögen — nur Vermögen von 6000 Mark aufwärts gehören dazu — betrug im Jahre 1895 64.549·45 Millionen, im Jahre 1911 103.918·528 Millionen Mark. Sehr reich ist folgende Uebersicht:

Vermögen	Zahl der Vermögensbesitzer	Gesamtvermögen
6.000 bis 20.000 Mark	705.008	8.784,377.000
20.000 „ 40.000 „	618.581	16.000,192.000
40.000 „ 100.000 „	289.498	27.002,350.000
100.000 „ 500.000 „	133.349	27.002,350.000
500.000 „ 1.000.000 „	12.521	9.003,930.000
von 1 Million aufwärts	8.077	25.127,010.000
	1,767.034	103.918,528.000

Fast neun Zehntel der preußischen Bevölkerung ist besitzlos und das Häuflein von 8077 Millionären nennt den vierten Teil des Gesamtvermögens im Lande sein Eigen. Die reichsten 6 besitzen allein 1000 Millionen, die reichsten 190 fünf Milliarden, die reichsten 910 zehn Milliarden, also ein Zehntel des gesamten Vermögens.

Am weitesten ist die Konzentration des Besitzes in den Vereinigten Staaten von Nordamerika vorgeschritten. Dort besaßen nach Schätzungen die reichen Leute (die Millionäre und Halbmillionäre) im Jahre 1854 1 Prozent des Nationalreichtums. Obwohl dieser ungeheuer stieg, hatten sie im Jahre 1890 schon 56 Prozent davon in ihren Händen. Heute besitzen die 800.000 Reichen, die 1 Prozent der Bevölkerung ausmachen, 90 Prozent des ganzen Nationalvermögens! Und Millionen schaffender Lohnarbeiter können nichts ihr Eigen nennen!

Darum hat das österreichische Parteiprogramm recht, wenn es sagt:

„Der technische Fortschritt, die wachsende Konzentration der Produktion und des Besitzes, die Vereinigung aller ökonomischen Macht in den Händen der Kapitalisten und Kapitalistengruppen hat die Wirkung, immer größere Kreise früher selbständiger kleiner gewerblicher Unternehmer und Kleinbauern ihrer Produktionsmittel zu enteignen und sie als Lohnarbeiter, Angestellte oder als Schuldknechte direkt oder indirekt in die Abhängigkeit von den Kapitalisten zu bringen.“

Im Erfurter Programm heißt es:

„Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indes die Produktionsmittel das Monopol einer ver-

hältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.“

b) Die Bauern

So klar freilich wie in der Industrie tritt der Entwicklungsgang in der Landwirtschaft nicht zutage. Die Verdrängung des Kleinbetriebes durch den Großbetrieb geht dort nicht so rasch vor sich wie in der Industrie, die Zahl der Selbständigen verändert sich nur wenig. Immerhin ist der Großgrundbesitz ungeheuer ausgedehnt. 18.437 landwirtschaftliche Großbetriebe (mit mindestens hundert Hektar) umfaßten im Jahre 1902 ein Drittel des gesamten Areals Oesterreichs, während die anderen 2.8 Millionen Betriebe nur eine doppelt so große Fläche besaßen. 1.25 Millionen davon sind kleiner als zwei Hektar. Der Fürst Schwarzenberg besitzt in Böhmen Güter im Umfang von 177.310 Hektar, 3.4 Prozent des Landes sind sein. Der Fürst Johann Liechtenstein nennt 4.9 Prozent des Bodens in Mähren sein Eigen, das sind 107.837 Hektar. 1.157.134 österreichische Bauern, das sind 41 von 100, dagegen sind gezwungen, auch als Lohnarbeiter tätig zu sein. 78 von 100 Landwirten hatten im Jahre 1902 weder Dienstboten noch Arbeiter beschäftigt. Auch in der Landwirtschaft besteht die übergroße Mehrheit der Besitzenden aus kleinen Existenzen. Das Bauernlegen wird von den Großgrundbesitzern auch heute noch schwunghaft betrieben. So zählte man im Kreisgerichtsbezirk Leoben in Obersteiermark im Jahre 1880 noch 17.576 Bauern, im Jahre 1900 nur mehr 10.917. Von 1901 bis einschließlich 1911 wurden in Oesterreich 102.672 Liegenschaften „im sonstigen Besitz“ (im Gegensatz zum bürgerlichen, städtischen und landtäflichen Besitz) im Exekutionswege versteigert. Die allermeisten davon sind Bauerngüter, deren Besitzer also Haus und Hof verloren.

Wirtschaftlich ist in der Regel der Großbetrieb dem Kleinbetrieb auch in der Landwirtschaft überlegen. So hat sich in der Schweiz das Kapital der landwirtschaftlichen Betriebe folgendermaßen verzinst:

Betriebe mit	Jahresdurchschnitt 1901 bis 1905	Jahresdurchschnitt 1906 bis 1910
2 bis 5 Hektar	2.33	2.20
5 „ 10 „	2.39	3.70
10 „ 15 „	3.02	3.70
15 „ 30 „	3.16	3.76
von mehr als 30 Hektar	4.25	4.35

Man sieht: je größer der Betrieb, desto größer seine Er- giebigkeit. Diese wird beim großbäuerlichen Betrieb fast doppelt so groß wie beim Zwergebetrieb. Die Rentabilität der großen Betriebe steigt auch, die der kleinen Betriebe sinkt. Der Großbetrieb vermag die Maschine in seinen Dienst zu stellen, der kleine nicht. Der Groß- betrieb gestattet eine planmäßige Bodenbearbeitung, welche die Ertragsfähigkeit des Bodens erheblich steigert. Dank besserer Be- arbeitung trug im Jahre 1911 ein Hektar Weizenboden in Deutsch- land 20·69, in Oesterreich nur 13 bis 14 Meterzentner. Der Ver- brauch von Kali für den Quadratmeter nutzbaren Bodens betrug im Jahre 1908 in Oesterreich 66·5, in Deutschland 778·7 Kilogramm. Erfahrungen im Unterinntal zeigten, daß ein Hektar einer Egart- wiese im ersten Jahre 57, im zweiten 83 Zentner Heu bringt. Nach Einführung der Wechselwiesewirtschaft, Düngung des Bodens mit Thomasmehl und Kalisalz lieferte der Hektar im ersten Jahre 204, im zweiten 175 Zentner Heu. Der Bodenertrag stieg also um mehr als das Doppelte. Kleinbesitz und mangelnde Schulung verhindern die planmäßige Erzeugung von Lebensmitteln im Interesse der Gesamtheit. Für die Viehzucht gilt dasselbe wie für die Boden- bebauung.

Das Kapital gewinnt aber auch bei Aufrechterhaltung der kleinen Betriebe einen stets größeren Einfluß. Der Bauer lebt heute nicht mehr in solcher Abgeschlossenheit wie einst; er produziert nicht mehr nur für sich selbst, sondern auch für den Markt, wird also von ihm abhängig. Die Zwergbauern kommen als Lohn- arbeiter mit der Industrie, die aufs flache Land vordringt, in stets stärkere Berührung. Viele landwirtschaftliche Betriebe werden da- durch, daß sie der Industrie ihre Produkte als Rohmaterial zu- führen, von ihr abhängig. Man denke an die Zuckerrübenbauern!

Vor allem aber wird die Abhängigkeit der Bauern vom Kapital durch ihre fortschreitende Ver- schul- dung, durch das Hypothekenwesen, begründet. In Oesterreich ist der bäuerliche Lastenstand im „sonstigen Besitz“ (im Gegensatz zum landtäfelichen, bergbäuerlichen und städtischen Besitz) von 2800 Millionen Kronen im Jahre 1868 auf 7000 Millionen im Jahre 1911 gestiegen. Vom Jahre 1901 bis einschließlich 1911 allein betrug der Ueberschuß der Neubelastung über die Entlastung nicht weniger als 2518·59 Millionen Kronen. Er war noch bis zum Jahre 1905 jährlich kleiner als 200 Millionen, von 1906 bis 1909 schon jährlich größer als 200

Millionen, überstieg im Jahre 1910 zum erstenmal 300 Millionen und betrug im Jahre 1911 schon 359.45 Millionen Kronen. Die Höhe der Schuldenlast der Bauern allein natürlich ist viel geringer als die genannten Ziffern. Aber sie ist dennoch sehr hoch. Die grundbücherlichen Schulden auf dem Lande wuchsen in Böhmen von 1868 bis 1908 von 1107 auf 2661 Millionen Kronen. Die Schuldenlast macht die Bauern dem Kapital tributpflichtig. Nach einer Berechnung des schweizerischen Bauernsekretariats im Jahre 1913 mußten die schweizerischen Landwirte 18-28 Prozent des Reinertrages den Gläubigern abführen. Mag der Bauer auch rechtlich Eigentümer des Bodens sein, wirtschaftlich ist er enteignet, wenn seine Zinsenlast so groß ist, daß ihm nicht mehr von dem Ertrag bleibt, als wenn er nur Pächter wäre und an den Grundeigentümer Pachtzins zahlen müßte. Oft genug bleibt ihm noch weniger, mitunter so wenig, als ob er als Lohnarbeiter auf fremdem Boden arbeiten würde. Wie der kleine Handwerker, so verelendet auch er. Nur Ueberarbeit, Heranziehung der Frau und der Kinder, Einschränkungen aller Art ermöglichen oft die Aufrechterhaltung der rechtlichen Selbständigkeit.

In neuer Gestalt ist die alte Robot wiedergekehrt. Einst mußte der Bauer einen Tag in der Woche Fronarbeit leisten. Jetzt muß er den sechsten Teil seines Arbeitsertrages und oft noch mehr dem Hypothekenskapital als Zins abtreten. Trotzdem erkennen die Bauern noch nicht, daß sie andere Interessen haben als die Großgrundbesitzer und leisten ihnen Gefolgschaft.

c) Der neue Mittelstand

So machte sich also das Kapital auf mannigfaltige Weise die Bauern hörig, auch in der Landwirtschaft steigt seine Bedeutung von Jahr zu Jahr. Während es den alten „Mittelstand“ so in Stadt und Land vernichtet oder proletarisiert, schafft es gleichzeitig einen neuen „Mittelstand“. Dieser ist aber nicht Herr von Produktionsmitteln, er besteht vielmehr aus Leuten, die gleich dem Proletariat vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben müssen. Sie unterscheiden sich vom Lohnarbeiter nur dadurch, daß ihr Lohn mitunter ein größerer ist. Er kann oft zu beträchtlicher Höhe ansteigen. Der große Unterschied in den Gehältern, die Möglichkeit des Emporstiegens auf der bürokratischen Stufenleiter, die Titelsucht, der Standesdünkel, die Eitelkeit bilden ein Hindernis für das Erstarken der Solidarität dieses großen Heeres der Beamten, Techniker u. s. w.,

die sich nicht immer als Ausgebeutete fühlen und es heute zumeist noch verschmähen, an der Seite der Arbeiterschaft gegen die kapitalistische Bedrückung zu kämpfen, obwohl auch sie gleich dem Proletariat ein Interesse an hohen Löhnen, billigen Lebensmitteln und Wohnungen, am Kampfe gegen Steuer- und Militärlasten besitzen. Ihre Zahl schwillt stark an. Sie betrug im Deutschen Reich im Jahre 1882 erst 307.000, im Jahre 1895 schon 622.000 und im Jahre 1907 1.290.000! In Oesterreich zählte man im Jahre 1902 im Gewerbe allein (ohne Landwirtschaft) 340.000!

Wie schlecht die Lage der Angestellten ist, zeigt das Einkommen der Angestellten in öffentlichen Diensten. Von den österreichischen Angestellten höherer Art im Zivilstaats- und Fondsdienst hatten im Jahre 1898 17.281 von 48.025 steuerpflichtigen Beamten, also mehr als ein Drittel aller, nur ein Einkommen von 1200 bis 2400 Kr.; 16.133 bezogen mehr als 2400 bis 3600 Kr.; nur 3017 hatten ein Einkommen von mehr als 7200 Kr. Von den im Zivilstaats- und Fondsdienst stehenden „Hilfskräften“, worunter Diurnisten und Diener zu verstehen sind, erreichten viele sicherlich nicht einmal ein Einkommen von 1200 Kr. Von den 15.197, die steuerpflichtig waren, erhielten 14.592 eine Entlohnung von nur 1200 Kr. bis 2400 Kr., darunter 3664, also ein Viertel aller, nur eine von 1200 bis 1300 Kronen; nur 604, also ein verschwindend kleiner Teil, hatten ein höheres Einkommen, darunter 538 bis zu 3600 Kr. Den Privatangestellten geht es nicht besser. Im Jahre 1898 waren in Oesterreich im ganzen überhaupt nur 34.023 Angestellte höherer Art in Gewerbe und Industrie personaleinkommensteuerepflichtig. Davon hatten 17.630, also mehr als die Hälfte, nur ein Einkommen von 1200 bis 2400 Kr., 7787 eines von mehr als 2400 bis 3600 Kr. Nur 8591 Angestellte erzielten ein höheres Einkommen. Noch schlechter geht es den Angestellten im Handel. Nur 14.232 verdienten da im Jahre 1898 mindestens 1200 Kr., darunter 8787, also zwei Drittel, nur 1200 bis 2400 Kr., 3121 mehr als 2400 bis 3600 Kr. Nur 2320 hatten ein höheres Einkommen. Wenn auch seit dem Jahre 1898 sicherlich namhafte Gehalterhöhungen vorgenommen worden sind, so unterscheidet sich doch auch heute der größere Teil aller Angestellten seiner wirtschaftlichen Lage nach durchaus nicht vom Proletariat.

Je größer die Unternehmungen werden, um so zahlreicher werden die Angestellten, die zeitlebens geringen Gehalt beziehen.

Bei dem Bemühen, ihre Lage zu verbessern, stoßen sie auf denselben Widerstand wie die Arbeiter. Schon haben in Deutschland die Scharfmacher versucht, eine gelbe Technikerorganisation zu gründen. Und im November 1913 hat die Zentralstelle der österreichischen Scharfmacher beschlossen, daß Verhandlungen oder Vertragsabschlüsse mit dem neutralen Bund der technischen Beamten „oder ähnlichen Angestelltenverbänden“ nicht erfolgen dürfen. Die Angestellten haben das gleiche Interesse wie das Proletariat an der Verteidigung und Benützung des Koalitionsrechtes. Sie sind als Wähler, die in den Städten zahlenmäßig stark in Betracht kommen — von den Wiener Reichsratswählern, die im Jahre 1907 bei Wahlpflicht ihr Stimmrecht ausgeübt haben, waren 7 Prozent Privatangestellte, 11 Prozent Beamte in öffentlichen Diensten — von den bürgerlichen Parteien sehr umworben, finden aber im entscheidenden Augenblick immer nur die Unterstützung der Sozialdemokratie. Ihre Organisationen, die rasch wachsen, sind zwar in der Regel noch sozialistenfeindlich oder neutral, aber die Zahl derer steigt, die in der Sozialdemokratie die Sachwalterin ihrer Interessen sehen.

So wächst also neben der Lohnarbeiterschaft eine Schicht von Ausgebeuteten empor, die man zwar als „Mittelstand“ bezeichnet, die aber dem Wesen ihrer Stellung nach zur Arbeiterschaft gehört und deren größerer Teil sicher dereinst mit ihr gemeinsam die Schlachten gegen das Kapital kämpfen wird.

8. Der Gang der kapitalistischen Entwicklung

a) Der Konkurrenzkampf

Die kapitalistische Entwicklung, die eine ungeheure Vermehrung der Arbeiterklasse gebracht hat und das Handwerk vernichtet oder kapitalshörig macht, erzeugt eine ständige Bewegung und fortwährende Veränderungen auch innerhalb der Kapitalistenklasse selbst. Alle Kapitalisten haben zwar bestimmte Interessen gemeinsam, zum Beispiel die Niederhaltung der Arbeiterklasse; aber in vielen Fällen ist dennoch einer des anderen Feind. Sie sind ja nicht Brüder, sondern Konkurrenten, wenn sie auf dem Markte zusammentreffen, um ihre Waren los zu werden. Im Mittelalter hat die Gesellschaft durch ihre Satzungen die Produktion geregelt. Die Zünfte sorgten dafür, daß sich gerade so viele Meister

in einer Stadt niederlassen, daß die notwendigen Waren erzeugt werden. Der Bedarf war unschwer abzuschätzen, denn der Markt war klein und übersichtlich. Die Ein- und Ausfuhr von Waren kam kaum in Betracht. In der Stadt selbst mußte erzeugt werden, was die Bewohner brauchten, und es sollte nicht mehr produziert werden, als sie nötig hatten. Ein Meister war damals nicht Konkurrent des anderen, die auskömmliche Existenz war allen gewährleistet. Heute regelt niemand die Produktion. Keine Obrigkeit berechnet, wie viele Tischler und wie viele Schneider in einer Stadt sein müssen, niemand sorgt dafür, daß sie da sind und daß ihrer nicht zu viele werden. Niemand schreibt vor, wie viel jeder Unternehmer produzieren müsse. Es ist alles unregelt. Eine solche Gesellschaft hätte man sich früher gar nicht vorstellen können. Als der heranwachsende Kapitalismus die alte Zunftverfassung sprengte und die gänzliche Abschaffung der Zünfte auf der Tagesordnung stand, da schrieb im Jahre 1803 ein Schriftsteller: „Die Auflösung würde uns in eine Freiheit versetzen, wobei wir nicht wissen könnten, woher wir Schuhe, Strümpfe, Kleidung und selbst manche Nahrungsmittel nehmen sollten.“ Und dennoch! Die Zünfte sind tot; aber wer Geld hat, sie zu kaufen, der bekommt heute mehr Schuhe und Strümpfe und was er sonst wünscht und braucht, als je zuvor.

Für den Bedarf sorgen die Kapitalisten aus ihrem eigensten Interesse. Nicht um eine gesellschaftliche Pflicht zu erfüllen oder aus Erbarmen eröffnet der eine ein Kleiderhaus, sondern um Profit zu machen. Nicht aus Mitleid, weil er nicht will, daß die Menschen verhungern, baut der andere eine Brotfabrik, sondern um Profit zu machen. Der Kapitalist sieht sich um und wirft sich auf den Arbeitszweig, der ihm der ertragreichste zu sein scheint. Freilich ist der Bedarf heutzutage nur schwer abzuschätzen. Der Markt ist groß und unübersichtlich geworden, er wird auch mit Waren versorgt, die aus fernen Ländern kommen. Niemand, der eine bestimmte Ware produziert, kann zuverlässig damit rechnen, daß er sie mit Profit verkaufen wird. Niemand entschädigt ihn für die Verluste, er wird höchstens ausgelacht. Es hat ihm ja niemand befohlen, just diese Ware zu erzeugen. Es kommt natürlich dem Kapitalisten auch nicht darauf an, seine Waren unter allen Umständen los zu werden. Es wird dem Besitzer eines Schuhwarenhauses, dem viele Schuhe übrig bleiben, nicht einfallen, denen, die barfuß in der Kälte vor seinem

Geschäft vorübergehen, Stiefel zu schenken, obwohl sie sie notwendig brauchen würden. Nicht was gebraucht wird, sondern nur was *g e f a u f t* werden kann, ist für den Kapitalisten maßgebend. Der Markt mag mit Menschen überfüllt sein, die Schuhe, Kleider und Lebensmittel brauchen: wenn sie kein Geld haben, sie zu kaufen, kommen sie für den Kapitalisten nicht in Betracht. Nicht ihr *B e d ü r f n i s* ist ihm das Wichtigste, sondern *s e i n P r o f i t*. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung ist so eingerichtet, „daß das Kapital und seine Selbstverwertung als Ausgangspunkt und Endpunkt, als Motiv und Zweck der Produktion erscheint; daß die Produktion nur Produktion für das Kapital ist und nicht umgekehrt die Produktionsmittel bloße Mittel für eine sich stets erweiternde Gestaltung des Lebensprozesses für die Gesellschaft der Produzenten sind“. (Marx.) Wie hoch der Kapitalist die Preise stellen kann, hängt von verschiedenen Umständen ab. Das Verhältnis von Angebot und Nachfrage ist in erster Linie entscheidend. Werden viele Waren einer Sorte zum Verkauf geboten und ist der Bedarf der kaufkräftigen Konsumenten gering, dann sinken die Preise; im entgegengesetzten Falle steigen sie. Wenn der Waren zu viele sind, schaffen die großen Kapitalisten sie oft beiseite, um ein Sinken der Preise zu verhindern. Wenn der Boden allzu reiche Früchte trägt, ist es seinen Besitzern oft gar nicht recht. So wurde im Jänner 1911 gemeldet, daß amerikanische Spekulanten eine Raupe, welche die Baumwollkapseln zerstört, in Georgia einführen wollen, um die Ernte vernichten zu lassen und auf diese Weise die Baumwollpreise zu steigern.

Die Kapitalisten greifen mitunter zu den sonderbarsten Mitteln, um die Preise hochzuhalten. So ist zum Beispiel die Produktion von Kaffee ungeheuer gestiegen, die Preise sanken infolgedessen am Anfang dieses Jahrhunderts. Da griff der brasilianische Staat Sao Paulo, der an der Kaffeeproduktion am stärksten interessiert ist, ein. Er belegte Neuanpflanzungen mit einer hohen Steuer und beschränkte die Ausfuhr. Die Preise sanken trotzdem weiter. Da kaufte der Staat im Jahre 1906 selbst Kaffee auf, um den Markt zu entlasten. Achteinhalf Millionen Säcke hatte er Mitte Mai 1908 bereits lagern. Die 18 Millionen Pfund Sterling (rund 430 Millionen Kronen!), die er dazu benötigte, liehen ihm gegen Verpfändung des Ausfuhrzolls und der Vorräte eine englische, eine amerikanische, eine Berliner Bank und zwei französische Banken.

Das internationale Finanzkapital unternahm also da in trautem Verein mit den brasilianischen Kaffeeagrariern eine ungeheuerliche Spekulation. Die Aufspeicherung einer halben Welternte sollte die Preise steigern. Das Ziel wurde erreicht. Seit 1907 sind die Kaffeepreise auf mehr als das Doppelte gestiegen. Das bedeutet zum Beispiel im Deutschen Reich, daß jährlich für Kaffee, der ein Nahrungsmittel ist, rund 100 Millionen Mark mehr ausgegeben werden müssen. Nur langsam wurden die ungeheuren Vorräte verkauft, damit die Preise ja nicht sinken. Im Jahre 1909 bestand sogar der Plan, große Mengen Kaffee zu verbrennen, falls die Ernte großen Ertrag liefert, damit die Preise nicht gedrückt werden. Im Frühjahr 1913 steuerten einige Banken, darunter auch fünf deutsche, neuerdings 180 Millionen Kronen zusammen, um die Spekulation bis zum Jahre 1923 zu sichern. Für jede Schale Kaffee leisten die Armen dem Finanzkapital einen Tribut. Jeden Schluck Kaffee verteuern dem europäischen Arbeiter die internationalen Spekulanten, die des Bodens Früchte in den Speichern aufhäufen um ihres Profits willen. Das ist der Wahnsinn der kapitalistischen Welt. Und die Frommen sagen, Gott habe die Welt so gewollt, wie sie heute ist. Welche Lästerung! Auf der Jagd nach Profit ist den Kapitalisten jegliches Gefühl abhanden gekommen. Als im Jahre 1911 im österreichischen Abgeordnetenhaus ein Antrag auf dreimonatige Aufhebung der Getreidezölle zur Linderung der Teuerung eingebracht wurde, schrieb der „Pesti Hirlap“, das Organ der Budapester Getreidemäkler: „Wir erklären, selbst wenn der Hungertyphus von Rumburg bis Cattaro und von Bregenz bis Czernowitz haufenweise seine Opfer hinwegnehmen würde, selbst in diesem Falle dürfe man die Zollschranken dem fremden Getreide nicht öffnen.“ Lieber sollen die Massen verhungern, als daß der Profit der Agrarier geschmälert wird!

Das alte Gebet um das tägliche Brot hat für die Kapitalisten den Sinn verloren. Sie beten vielmehr also: „Unser Vater Kapital, der du bist von dieser Welt, allmächtiger Gott, der du den Lauf der Flüsse veränderst und Berge durchstichst, der du Erdteile voneinander trennst und Nationen zusammenkettest, Schöpfer der Waren und Quelle des Lebens, der du Königen und Untertanen, Arbeitern und Unternehmern befehlst: dein Reich werde errichtet auf Erden. Gib uns Käufer in Menge, die unsere Waren abnehmen, die guten wie die schlechten. Gib uns notleidende Arbeiter, die ohne Murren die härteste Arbeit und den niedrigsten Lohn annehmen.“

Gib uns Gimpel, die auf den Leim unserer Prospekte gehen. Gib, daß unsere Schuldner ihre Schulden völlig an uns abzahlen. Führe uns nicht ins Zuchthaus, sondern behüte uns vor dem Bankerott und verleihe uns ewige Renten. Amen!" (Lafargue.)

Auf dem Markt findet der Kapitalist seinen Konkurrenten, der die gleichen Waren erzeugt hat wie er und ebenfalls auf Profit ausgeht. Sie geraten notwendigerweise miteinander in Kampf. Einer will den anderen verdrängen. Um die Konkurrenten schlagen zu können, hat jeder das Bestreben, seine Waren billiger zu verkaufen. Er muß darum trachten, sie auch billiger herstellen zu können, seine Produktionsmittel zu verbessern. So entspringt dem Konkurrenzkampf der Antrieb zum Fortschritt der Technik und damit einer gewaltigen Vermehrung der Produktion und Bedrückung der Arbeiter, die durch die stete Vermehrung und Verbesserung der Maschinen überflüssig werden. Im Konkurrenzkampf werden die Betriebe immer ausgedehnter, immer mehr Kapital ist also erforderlich, einen Betrieb auch nur zu beginnen; gewaltiger Summen bedarf es, ihn fortzuführen. In manchen Industriezweigen ist überhaupt nur der Großbetrieb möglich. Nicht jeder Kapitalist kann da mittun. Gar viele der Kleinen bleiben auf der Strecke; die Großen, die übrig bleiben, reißen einen stets größeren Teil der Produktion an sich. Im Kampfe ist der große Kapitalist dem Kleinen von vornherein überlegen. Er kann ihn einfach aushungern. Er braucht bloß seine Waren zu ganz niedrigen Preisen verkaufen. Wenn er auch nichts dabei profitiert, vielleicht sogar Verluste erleidet — was verschlägt's? Er kann's aushalten. Sein kleinerer Konkurrent, der nicht so viel zusehen kann, aber gleichwohl seine Waren zu denselben niedrigen Preisen verkaufen muß, geht dabei zugrunde. Der Gewinn, der dem Sieger winkt, wird die Verluste leicht wettmachen und ein Konkurrent ist wieder beseitigt. So ringen im Konkurrenzkampf die Kapitalisten miteinander; der Markt wird zum Schauplatz eines erbitterten Kampfes, in dem die Schwachen vernichtet und die Starken Sieger werden, um einander dann von neuem zu bekämpfen. „Se ein Kapitalist schlägt viele tot.“ (Marx.) So ist in der kapitalistischen Gesellschaft nicht nur des Arbeiters Schicksal ungewiß, nicht nur ihm völlige Unsicherheit der Existenz beschieden; auch der Kapitalist wird seiner Reichtümer nicht froh, wenn er im Konkurrenzkampf steht. So martert diese „Ordnung“ alle, die in ihr leben müssen.

b) Die Ueberproduktion

Aus dem Konkurrenzkampf, der das Lebenselement der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist, entspringt jedoch auch eine Entwicklung, die zum Untergang des Kapitalismus führen muß.

Die starke Ausdehnung der Produktion, die in früheren Zeiten gar nicht möglich war, ist heute nicht nur möglich, sondern sogar notwendig. Die Ergiebigkeit der Arbeit wächst infolge der technischen Umwälzungen fortwährend; dadurch schwillt das Kapital immer stärker an und drängt nach Betätigung. Arbeiter finden sich in Hülle und Fülle, die Zahl der Erwerbstätigen wächst viel rascher als die Bevölkerung: Während die Bevölkerung des Deutschen Reiches sich von 1882 bis 1895 um 14,48 Prozent vermehrte, stieg die Zahl der Erwerbstätigen in derselben Zeit um 17,80 Prozent. In der Zeit von 1895 bis 1907 wuchs die Bevölkerung um 19,22 Prozent, die der Erwerbstätigen in ihr um 29,16 Prozent. Da aber die Zahl der Arbeiter, die durch eine bestimmte Kapitalsumme beschäftigt werden können, infolge der Fortschritte der Technik fortwährend geringer wird, muß die Produktion gewaltig ausgedehnt werden, um nicht nur derselben, sondern sogar einer sehr stark wachsenden Zahl von Arbeitskräften Beschäftigung zu geben.

Aber die stete Erweiterung der Produktion ist nicht bloß eine Lebensbedingung für das Proletariat. Sie ist auch, wie wir wissen, ein notwendiges Ergebnis des Konkurrenzkampfes, in dem das größere Kapital bessere Aussichten als das kleinere hat. Aber das Drauflosproduzieren ist natürlich nur möglich, wenn der Absatz gesichert ist. Mit der Steigerung der Produktion muß also Hand in Hand gehen die Erweiterung des Marktes.

Der Absatz der Produkte kann im Lande selbst oder im Ausland erfolgen; der Markt ist also ein innerer und ein äußerer. Der innere Markt ist nun für die Großindustrie trotz ihrer gewaltigen Entwicklung noch immer stark erweiterungsfähig. Die Verdrängung der Hausindustrie und des Kleingewerbes bringt neue Absatzmöglichkeiten. Das Anwachsen der Städte und des Verkehrs fördert die Industrie ebenfalls in hohem Maße. Andererseits freilich verringert sich die kaufkräftige Nachfrage durch die Proletarisierung des Mittelstandes und die Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse, wenn es dieser nicht gelingt, den Bestrebungen des Kapitals wirksam entgegenzutreten. In immer stärkerem Maße kommt der äußere Markt in Betracht. So geht etwa die Hälfte der deutschen

Eisenproduktion ins Ausland. „Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdoberfläche. Überall muß sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen.“ „Die Bourgeoisie reißt durch die rasche Verbesserung aller Produktionsinstrumente, durch die unendlich erleichterten Kommunikationen alle, auch die barbarischsten Nationen in die Zivilisation. Die wohlfeilen Preise ihrer Waren sind die schwere Artillerie, mit der sie alle chinesischen Mauern in den Grund schießt, mit der sie den hartnäckigsten Fremdenhaß der Barbaren zur Kapitulation zwingt.“ (Marx.)

Die Kolonialpolitik ist voll von Grausamkeiten. Außerhalb Europa gelten die zehn Gebote nicht mehr. Was die europäische Soldateska und europäische Spekulanten in den Kolonien in den letzten Jahrzehnten verbrochen haben, reißt sich würdig an die Schandtaten der Geburtszeit des Kapitalismus. Im belgischen Kongostaat wurden, wie der Kolonialminister im Jahre 1911 zugestehen mußte, Kinder gestohlen und von den Jesuiten trotz des Protestes der Eltern zurückgehalten. Die Jesuiten schließen mit den Eingebornen, die auf Missionsboden hausen, Verträge, wonach deren gesamte Habe, falls sie den Besitz der Mission verlassen, den Pfaffen verfällt. Mörder der Eingebornen wurden nicht bestraft. Die englische Regierung veröffentlichte im Sommer 1912 einen Bericht über die Greuel, die von den Beamten der englischen „Peruvian Amazon Company“ an den Indianern verübt worden sind. Die Gesellschaft beschäftigt sich mit dem Gummihandel und übt ihre Schreckensherrschaft im Distrikt Putumayo, einer fernab von aller Kultur gelegenen Gegend, deren Besitz die südamerikanischen Staaten Peru und Bolivien für sich in Anspruch nehmen. Europäische Abenteurer haben sich dort in den Wäldern die indische Bevölkerung unterworfen und geradezu versklavt. „Des Teufels Paradies“ wird das Gebiet genannt. Der englische Regierungsberichterstatter erzählt:

„Das Aushauen war die geringste der Torturen, die diejenigen trifft, die nicht genug Gummi einsammeln, aber es ist die verbreitetste und die, die ohne Auswahl angewendet wurde. Jede Sektion, die ich besuchte, hatte einen Fußblock und ihren offiziell ernannten Auspeitscher. Ein Individuum, das oft an diesem Aushauen teilgenommen und sich selbst zweier an Indianern begangenen Mordtaten schuldig bekannte, hat von der Art, wie die Indianer ausgepeitscht werden, folgende Beschreibung gegeben: Der Indianer ist so demütig, daß er sich, sobald er sieht,

daß die Zunge der Wage nicht auf zehn Kilogramm zeigt, mit ausgestreckten Händen auf den Boden wirft, um seine Strafe zu empfangen. Dann tritt der Sektionschef oder ein untergeordneter Beamter vor, beugt sich nieder, ergreift den Indianer bei den Haaren, schlägt ihn, hebt den Kopf in die Höhe, läßt ihn mit dem Gesicht nach unten zu Boden fallen, und nachdem das Gesicht des Indianers geschlagen und getreten worden und mit Blut bedeckt ist, wird dieser ausgepeitscht.“

Mütter wurden gepeitscht, weil ihre Söhne zu wenig Gummieingebracht hatten. Von einem Sektionschef der Gummigesellschaft berichtet der englische Generalkonsul:

„Er übergoß Männer und Frauen mit Petroleum und steckte sie dann in Brand; er verbrannte Leute auf dem Scheiterhaufen; er schlug Kindern das Hirn ein und hieb in zahlreichen Fällen Indianern Arme und Beine ab und überließ sie dann in dieser Qual einem schnellen Tode.“

Dies alles um des Gummihandels, um des heiligen Kapitalprofits willen!

Die europäischen Regierungen suchen gern den Anschein zu erwecken, daß sie in fernen Landen als Bringer der Kultur erscheinen. Seit je sind Pfaffen die ersten Begleiter der Soldaten, die ins neue Gebiet kommen. Aber die „Kulturträger“ werden von den „Barbaren“ durchschaut. So erzählt der Chinese Ku Hung-Ming in seinem Buche „Chinas Verteidigung gegen europäische Ideen“:

„Die modernen christlichen Missionärapostel der neuen Wissenschaft würden, wenn die Mandarine sie hätten, ihnen von der Gerechtigkeit im Christentum zu erzählen, antworten: „Warum von Gerechtigkeit reden? Wir wollen lieber von Eisenbahnen reden und von welchem Land China die vorteilhaftesten Anleihen aufnehmen kann.“ Ich möchte bei dieser Gelegenheit sagen, daß ich bei vielen Unterredungen gegenwärtig war, die christliche Missionäre in China mit Generalgouverneuren, Gouverneuren und allen Arten von Beamten hatten, doch habe ich nie gehört, daß die überragende Bedeutung der Gerechtigkeit im Christentum als Unterhaltungsthema gewählt worden wäre. Das ganze Gerede betraf Eisenbahnen, Wissenschaft, Finanzen, Medizin, technische Bildung und Fußbinden der Frauen.“

Wenn das Kapital in bisher von ihm unberührte Länder eindringt, zerstört es dort durch seine Konkurrenz allmählich Hausindustrie und Handwerk und beraubt sich dadurch auch wieder eines Teiles der Warenkäufer. Andererseits schafft es dadurch ein Proletariat und damit eine wichtige Vorbedingung für die kapitalistische Pro-

duktionsweise selbst, die dann leicht in Fluß kommt, weil überschüssiges Kapital aus dem Mutterland zur Verfügung steht. So entsteht für den einen Produktionszweig, zum Beispiel für die Textilindustrie, die ursprünglich eine Vermehrung ihres Absatzes zu verzeichnen hatte, eine Konkurrenz. Davon profitiert freilich zunächst die Eisenindustrie. Denn je mehr sich die kapitalistische Produktionsweise in dem fremden Land einbürgert, um so mehr steigt der Absatz wegen der Ausgestaltung des Verkehrs und des Bedarfes an Maschinen. Aber je weiter die Entwicklung im fremden Land vorwärtsschreitet, um so näher kommt der Tag, an dem auch die Eisenindustrie einen Konkurrenten erwachsen sieht. Je mehr sich die kapitalistische Industrie des fremden Landes erweitert, um so mehr strebt dann natürlich auch sie über dessen Grenzen hinaus. Aus dem Lande, das vorerst ein neuer Markt des europäischen Kapitals gewesen ist, wird der Sitz einer neuen Konkurrenz. So hat die österreichische Herrenkleiderkonfektion im Orient ihr Absatzgebiet teilweise eingebüßt, seitdem in Smyrna und Saloniki selbst eine Kleiderindustrie entstand. Und man denke an die Entwicklung der Industrie und Landwirtschaft in den Vereinigten Staaten von Amerika, vor deren Konkurrenz die Kapitalisten Europas zittern! Im Jahre 1889 führte die englische Weißblechindustrie 331.311 Tonnen in die Vereinigten Staaten von Nordamerika aus, während die Jahresproduktion dort 552 Tonnen betrug. Im Jahre 1902 war sie bereits auf 397.767 Tonnen gestiegen, während die Einfuhr aus England auf 60.120 Tonnen gesunken war. Heute exportiert selbst China schon Eisen. Auf der Suche nach Kolonien sind natürlich alle kapitalistischen Länder; je weniger Gebiete es gibt, auf denen noch etwas zu holen ist, um so heftiger geraten sie aneinander. Kein Felsen Landes ist ihnen zu schlecht. Welches Aufheben macht nicht Deutschland mit seiner Kolonialpolitik. Aber das ganze Ergebnis einer mehr als fünfundzwanzigjährigen Tätigkeit der Regierung auf diesem Gebiete ist, daß im Jahre 1912 21.667 Weiße in den deutschen Kolonien wohnten. Davon waren 14.467 über 15 Jahre alte Männer, darunter 4118 Beamte. Jrgendwelche Kapitalisten profitieren freilich an jeglichem Ereignis. Als Deutschland im Herbst 1911 einen Teil des Kongostaates erwarb, der als Herd der entsetzlichen Schlafkrankheit berüchtigt war, stiegen die Aktien eines chemischen Werkes in Charlottenburg, das Atorpyl zur Bekämpfung der Schlafkrankheit erzeugt, beträchtlich.

Jedes Land, das die Kapitalisten als Markt erobern, wird mit der Zeit zu einem Konkurrenten. So jagt das Kapital uns Erdenrund und reißt dadurch ein Land nach dem anderen in die kapitalistische Produktion. Diese wird dadurch immer gewaltiger, während die Möglichkeit der Erweiterung des Marktes stets geringer wird und schließlich ganz aufhören muß. Das wäre der Bankrott der kapitalistischen Gesellschaft; in diesem Augenblick wäre sie ans Ende ihrer Entwicklung gelangt. Soweit muß es aber kommen, wenn nicht die kapitalistische Gesellschaft schon früher von einer anderen abgelöst wird. Sie selbst treibt dem Zustand entgegen, in dem das Kapital, welches die ungeheure Steigerung der Ergiebigkeit der Arbeit gebracht hat, zur Fessel ihrer weiteren Entfaltung wird.

c) Die Wirtschaftskrisen

Diese ungeheure Entwicklung der Industrie vollzieht sich jedoch nicht gleichmäßig, sondern mit großen Schwankungen. Mit der Bewegung, die zur chronischen Ueberproduktion führen muß, verschlingt sich eine zweite, die auf die erste einwirkt, aber auch wieder von ihr erzeugt wird: der industrielle Zyklus mit den Erscheinungen der Prosperität und der Krise.

Die einzelnen Warenproduzenten sind voneinander rechtlich unabhängig. Jeder erzeugt nach seinem Gutdünken und für den Markt, auf dem die Preise schwanken, je nachdem mehr oder weniger produziert worden ist. Daß es sich nun ereignen kann, daß die Waren zuzeiten nicht verkauft werden können, ist klar. Da nun aber derjenige, der nicht verkauft hat, auch selbst nicht kaufen kann, die Warenproduzenten voneinander wirtschaftlich abhängig sind und in der kapitalistischen Gesellschaft nahezu ausschließlich für den Verkauf (und nicht wie früher für den Selbstgebrauch) produziert wird, so ist der ungehinderte Verkauf der Waren eine Existenzfrage für die Gesellschaft. Jede Stocung bedeutet eine schwere Erschütterung.

Nun zeigt uns die bisherige Geschichte des Kapitalismus, daß diese Erscheinung mit einer Regelmäßigkeit immer wieder eintritt. Einigen Jahren guten Geschäftsganges folgt eine Zeit gewaltigster Anspannung aller Kräfte. Die Industrie dehnt sich rasch aus, Arbeitskräfte in großer Zahl werden herangezogen, die Preise steigen. Dann kommt plötzlich der Krach. Die Produktion wird mehr und mehr eingeschränkt, Betriebe werden gesperrt, Arbeiter entlassen, Feierschichten werden eingelegt und die Löhne verkürzt. Die Preise

sinken. Allmählich bessert sich die Lage, die Produktion steigt wieder an, bis sie wieder einen Höhepunkt erreicht. Das Ende ist wieder der Krach. Und so geht's immer von neuem, nur daß die Zeiträume sich ändern, in denen sich das Schauspiel wiederholt.

Eine gute Ernte steigert die Kaufkraft der ländlichen Bevölkerung, Industrieprodukte finden nun größeren Absatz. Günstige Handelsverträge steigern die Ausfuhr. Unter solchen Umständen entstehen neue Fabriken, alte werden vergrößert, neue Maschinen werden eingestellt; viele Gewerbe erhalten dadurch reiche Absatzgelegenheit. Höhere Löhne der Arbeiter, größere Profite der Kapitalisten steigern die Nachfrage nach Lebensmitteln, Kleidern und Wohnungen. Das verursacht wieder in einer ganzen Anzahl von Gewerben einen Aufschwung. Der gute Geschäftsgang in einer Industrie führt eine Prosperität auch in den anderen Industriezweigen herbei, die Entwicklung nach aufwärts ergreift die ganze Volkswirtschaft. Denn mögen auch die einzelnen Unternehmer, die auf den Markt kommen, voneinander rechtlich unabhängig sein, so besteht doch zwischen ihnen ein wirtschaftlicher Zusammenhang. Infolge der weitgehenden Arbeitsteilung ist ja eine Industrie auf die andere angewiesen, der Aufstieg der einen hilft auch der anderen. Aber die starke Ausdehnung der Produktion, die in den Zeiten des guten Geschäftsganges die Folge der starken Nachfrage und der dadurch entfachten Profitwut der Unternehmer ist, hält nicht an.

Langsam bereitet sich der U m s t u n g vor. Nicht alle Industrien können die Produktion rasch und willkürlich ausdehnen. Kredit und Arbeitskräfte stünden zwar allen zur Verfügung, aber manche haben gewisse natürliche Schranken. Das gilt zum Beispiel für den Kohlenbergbau und die Eisenerzeugung. Eine Zechenanlage im Ruhrrevier dauert 5 bis 7 Jahre, die Inbetriebsetzung eines reinen Stahlwerkes erfordert in Amerika 2 Jahre. Darum steigen die Preise der Rohstoffe dann rascher als die der Fabrikate. Infolge des starken Geldbedarfes der Industriellen zur Erweiterung der Betriebe steigt der Zinsfuß; oft wird es schwer, überhaupt noch Kredit zu erhalten. Die Verteuerung der Rohstoffe und Halbfabrikate, der hohe Zinsfuß hindern einzelne Industriezweige an der weiteren Ausdehnung der Betriebe oder machen es wenigstens unrentabel, sich noch zu vergrößern. Diese Stodung wirkt natürlich auf die Lieferanten dieser Industriezweige zurück. Die D e p r e s s i o n beginnt und dehnt sich immer weiter aus. Infolge des engen

Zusammenhanges der einzelnen Industrien wird sie bald allgemein. Die Kreditgeber werden vorsichtig, sie entziehen den Unternehmern vielfach den Kredit. Dadurch wird die ganze Wirtschaft erschüttert. Nicht alle Unternehmer sind kapitalfähig genug, diese kritische Zeit zu überstehen. Nicht nur zahlreiche Handwerker gehen zugrunde, auch kleine Kapitalisten müssen vom Schauplatz verschwinden. Die Großen freilich gehen aus der Krise gestärkt hervor. Sie halten die hohen Preise möglichst aufrecht, während die kleinen Unternehmer oft mit Verlust verkaufen müssen und so zugrunde gehen. Den großen Banken strömen die Geldeinlagen zu, weil man den kleinen mißtraut. So wirkt die Krise als ein gewaltiges Mittel der Konzentration des Kapitals.

Sie verschärft auch den Gegensatz zwischen den Kapitalisten und der Arbeiterklasse, denn sie drückt das Proletariat in tiefes Elend hinab. Wenn sich die Fabriken leeren und Bankrotte einander folgen, schwillt die industrielle Reservearmee ungeheuer an. Die Zahl der Arbeitslosen wird erschreckend groß. Viele Tausende werden zwar nicht entlassen, sind aber nur unvollständig beschäftigt. In der österreichischen Textilindustrie sind starke Betriebseinschränkungen eine häufige Erscheinung. Die österreichischen Waggonfabriken hatten im Jahre 1911 nur für den zehnten Teil ihrer Leistungsfähigkeit Beschäftigung. Der Absatz der österreichischen Eisenwerke war im Jahre 1913 um etwa 40 Prozent geringer als 1912! Kommen zu den allgemeinen Ursachen der Krise noch besondere Anlässe zur Stockung der Produktion, wie sie etwa der Balkankrieg in Oesterreich gezeitigt hat, dann werden die Zustände schier unerträglich. Die Zahl der Arbeitslosen samt ihren Familien betrug in Wien im Dezember 1913 mindestens eine Viertelmillion. Die Geduld der Besitzlosen wird auf eine harte Probe gestellt. Da der Proletarier nur vom Verkauf seiner Arbeitskraft leben kann, muß er hungern, wenn er keinen Käufer für sie findet. Die Not drückt ihn und die Seinen. Notstände der Massen hat es auch in der Vergangenheit gegeben. Aber d a m a l s war ein Z u f a l l ihre Ursache. Der Notstand, den die K r i s e n in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zeitigen, ist k e i n Z u f a l l; er ist die Folge einer Erscheinung, die im Wesen dieser Wirtschaftsordnung begründet ist, die für wenige Menschen Reichtümer zusammenballt und die Masse des Volkes im Elend verkommen läßt.

Welcher Wahnsinn darin liegt, daß die Arbeitsmittel Privatleuten überlassen sind, so daß diese nach ihrem eigenen Interesse darüber entscheiden, was und wieviel produziert wird, tritt am deutlichsten in der Krisenzeit zutage. Der Arbeiter darf nur arbeiten, wenn ein Kapitalist es will. Wenn die Magazine überfüllt sind und auf dem Markt die Stocung eingetreten ist, wirft der Kapitalist den Arbeiter aufs Pflaster. Da geht der Schuhmacher mit zerrissenen Schuhen vor dem Magazin vorbei, in dem die Waren stehen, die er selbst erzeugt hat! Der Schneider steht frierend ohne Winterrock im Schnee vor der Auslage, in der die Anzüge hängen, die er gemacht hat! Der Maurer zieht obdachlos durch die Straßen an den Häusern vorbei, an deren Bau er mitgewirkt hat. Er hat jetzt keine Arbeit und darum auch keinen Lohn; ist obdachlos geworden, weil — zu viele Häuser, zu viele Wohnungen gebaut worden sind! Der Schuhmacher und der Schneider müssen zerlumpt durch die Straßen gehen, weil sie zu viele Schuhe und zu viele Kleider erzeugt haben! Und da erzählt man ihnen am Ende noch, wie weise diese Welt eingerichtet ist, in der die Leute, die arbeiten wollen, nicht arbeiten dürfen, hungern und frieren müssen, während unverkaufte Waren sich berghoch türmen! In der Krise muß es jeder spüren, daß der Arbeiter in der kapitalistischen Gesellschaft nicht Mensch, nur Arbeitskraft ist, die man kauft, wenn man sie braucht, und wegwirft, wenn man ihrer nicht bedarf.

Aber die Krise, die der Arbeiterklasse namenloses Leid bringt, treibt alle Schichten des Proletariats zur Empörung und mahnt sie zum Kampf. So ist also richtig, was das österreichische Parteiprogramm sagt:

„Die der Planlosigkeit der kapitalistischen Produktionsweise entspringenden Krisen mit ihrem Gefolge von Arbeitslosigkeit und Elend beschleunigen und verschärfen diese Entwicklung“ (die zur Konzentration des Kapitals und zur Steigerung des Gegensatzes zwischen der Kapitalisten- und der Proletarierklasse führt).

Im Erfurter Programm heißt es:

„Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen

sind, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.“

9. Der Kapitalismus auf der Höhe seiner Entwicklung

a) Die Aktiengesellschaften

Die kapitalistische Entwicklung führt dazu, daß die vielen kleinen Betriebe verdrängt und durch wenige große ersetzt werden; sie bewirkt, daß sich gewaltige Reichtümer im Besitze weniger Kapitalisten anhäufen, während gleichzeitig das Proletariat stark anwächst. Die Wirtschaftsordnung, die auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln beruht, kann nur bestehen und sich entwickeln, indem sie Privateigentum vernichtet, den kleinen Produzenten ihre Produktionsmittel nimmt und sie ins Proletariat hinabstößt. Die Betriebe und die Kapitalmassen, die sich in dem Besitze der wenigen zusammenballen, sind heute schon so gewaltig geworden, daß die Erscheinungen, die dadurch gezeitigt wurden, uns bereits die Keime einer neuen Gesellschaftsordnung erblicken lassen.

Im Konkurrenzkampf siegen die leistungsfähigsten Betriebe. Sie dehnen sich am stärksten aus, benötigen also stets größeres Kapital. Der technische Fortschritt, der zur Aufstellung gigantischer Arbeitsmittel geführt hat, bedingt eine gewaltige Vergrößerung der Betriebe; er kann nur von außerordentlich kapitalstärkigen Unternehmern ausgenützt werden.

Zur Führung solcher Unternehmungen reicht in aller Regel das Kapital eines einzelnen Unternehmers nicht mehr aus. Wenn der technische Fortschritt eine Vergrößerung der Anlagen erheischt oder die günstige Konjunktur eine starke Ausnützung des Betriebes ermöglicht, wenn neue Erfindungen verwertet werden sollen, steht dem einzelnen Unternehmer immer nur sein eigenes Kapital zur Verfügung. Er kann nur nach Maßgabe seines Profits das Unternehmen erweitern. Wenn er fremdes Kapital in seine Dienste stellt, also Schulden macht, so müssen sie aus den Erträgen des Unternehmens gedeckt werden.

Der große Kapitalbedarf, der heute zur Gründung und Erhaltung vieler Unternehmungen erforderlich ist, hat dazu geführt, daß sie nicht mehr als Einzelunternehmungen, sondern als Gesellschaftsunternehmungen gegründet werden und daß sich Unternehmungen, die ursprünglich einem einzigen Eigentümer

gehörten, in Gesellschaftsunternehmungen umzuwandeln. Diese sind meist Aktiengesellschaften. Eigentümer ist nicht mehr ein einzelner. Jeder, der eine Aktie, das heißt ein Stück Papier besitzt, auf dem bescheinigt wird, daß er zum Kapital des Unternehmens den auf dem Papier genannten Betrag beigesteuert hat, ist Mit-eigentümer und hat das Recht, vom Ertrag des Unternehmens sein Teil zu begehren. Die Aktien lauten meist nicht auf Namen, können also beliebig verkauft werden. Die Gesamtheit der Aktionäre trifft in der Generalversammlung die Entscheidungen. Dort wird natürlich nicht nach Köpfen abgestimmt. Das Stimmrecht richtet sich vielmehr nach der Zahl der Aktien, die jeder besitzt. Wenn 10.000 Aktien vorhanden sind und fünf Leute 6000 davon besitzen, so können die fünf alle anderen Aktionäre überstimmen. Die Aktiengesellschaften ermöglichen unter Umständen auch kleineren Geldbesitzern, Teilhaber großer Unternehmungen zu werden, aber ihr Recht äußert sich nur darin, daß sie den Ertrag nehmen müssen, den ihnen die Großaktionäre zuweisen. So sind die Aktiengesellschaften ein Mittel, durch das sich große Unternehmer fremdes Kapital beschaffen und ihren Profit vermehren, ohne deshalb ihre Herrschaft aufgeben zu müssen.

Wenn ein Großkapitalist sein Unternehmen in eine Aktiengesellschaft umwandelt, ist die Erweiterung des Betriebes leichter. Er ist dann nicht mehr auf sein eigenes Kapital angewiesen, sondern stellt durch Ausgabe von Aktien fremdes Kapital in seinen Dienst. Schulden müssen jetzt nicht mehr bloß aus dem Ertrag des Unternehmens getilgt werden; man kann sie auch durch Vergrößerung des Aktienkapitals decken. Die Bank, die dem Einzelunternehmer Geld lieh, braucht der Aktiengesellschaft eigentlich nur einen **V o r s c h u ß** zu gewähren. Sie gibt für den Betrag, den sie dem Unternehmen übermittlelt hat, neue Aktien aus, die verkauft werden. Sie kann einen Teil der Aktien zurückbehalten, und wird so Mitbesitzerin, übt also eine Kontrolle über das von ihr finanzierte Unternehmen aus. Infolge der Möglichkeit der leichteren Kapitalbeschaffung können Aktiengesellschaften leichter gegründet werden als große Privatunternehmungen. Sie werden im Konkurrenz-kampf überlegen sein, weil hinter ihnen in der Regel große Banken stehen, weil sie günstige Konjunkturen und technische Fortschritte rascher und besser auszunützen vermögen als Privatunternehmungen, denen die Kreditbeschaffung Schwierigkeiten macht. Der

Aktionär erwartet als Ertrag seiner Aktie im schlimmsten Falle nur so viel, als eine gleich große Summe in der Sparkasse an Zinsen abgeworfen hätte. Im Deutschen Reiche betrug im Jahre 1911/12 die durchschnittliche Rentabilität von 4712 Aktiengesellschaften abzüglich der Verluste 8'14 Prozent. Der Reinertrag der österreichischen Aktiengesellschaften betrug im Jahre 1878 4'99, im Jahre 1911 schon 10'48 Prozent des Aktienkapitals. Die Aktiengesellschaft kann im Konkurrenzkampf leichter die Preise drücken, da sie auch mit einem kleinen und selbst mit gar keinem Reinertrag bestehen kann.

Von allen im Jahre 1902 in Oesterreich gezählten Unternehmungen waren noch 96'5 Prozent solche einer Einzelperson. Die Gesellschaftsunternehmungen sind also an Zahl verhältnismäßig noch sehr gering. Trotzdem beschäftigten sie 28 Prozent aller tätigen Personen. Mehr als ein Viertel aller Beschäftigten unterstand also schon im Jahre 1902 Gesellschaftsunternehmungen. Im Jahre 1865 wurden in Oesterreich 111 Aktiengesellschaften (ohne Eisenbahnen) mit einem Aktienkapital von 630 Millionen Kronen, im Jahre 1911 736 mit einem Kapital von 3894'2 Millionen gezählt. In Preußen ist die Entwicklung schon viel weiter fortgeschritten. In der Zeit von 1826 bis 1850 wurden nur 102 Aktiengesellschaften mit etwa 638 Millionen Mark Kapital, von 1851 bis 1870 schon 295 mit 2404'76 Millionen und von 1871 bis Ende 1910 6524 Gesellschaften mit einem Kapital von 9902'02 Millionen Mark gegründet. Ende 1911 gab es im ganzen Deutschen Reiche schon 16 Riesenunternehmungen mit einem Stammkapital von mindestens 100 Millionen. Zwar waren auch in Preußen im Jahre 1907 noch 92'7 Prozent aller Unternehmungen solche einer Einzelperson. Aber sie beschäftigten nur 53'99 Prozent aller tätigen Personen. Fast die Hälfte aller Beschäftigten arbeitet also in Preußen schon in Gesellschaftsunternehmungen.

Die Aktiengesellschaften haben auch mit dazu beigetragen, daß im Wirtschaftsleben neue, machtvolle Gebilde entstanden sind.

b) Die Kartelle

Wir haben gesehen, daß das Lebenselement der kapitalistischen Wirtschaftsordnung der Konkurrenzkampf ist. Er zeitigte den technischen Fortschritt, die Steigerung der Ergiebigkeit der Arbeit; er vermehrte die Produktion ins Ungeheure und verbilligte die Waren. Beim Massenabsatz konnte kleiner Nutzen genügen. Der

Konkurrenzkampf wird nicht bloß von der Fabrik gegen das Handwerk geführt. Je stärker das Handwerk verdrängt wird, um so mehr wird er ein Kampf zwischen großen Unternehmern, deren Kräfte einander ebenbürtig sind. Das macht den Kampf natürlich noch heftiger. Der intensive Verkehr, der Reichtum an Kapital, das verwertet werden soll, haben das ihre dazu beigetragen. Dabei wird das Risiko des einzelnen Unternehmens um so größer, je ausgedehnter seine Anlagen sind, je mehr Kapital es zum Ankauf von Maschinen und anderen Arbeitsmitteln verwendet hat. Die Ausdehnung der Betriebe zwingt zu ihrer Ausnützung, die fertigen Waren müssen um jeden Preis losgeschlagen werden. Ist der Geschäftsgang gut und steigt die Nachfrage, so kann der Unternehmer aus Angst vor der Konkurrenz seine Preise nicht in dem ihm erwünschten Maße erhöhen. Naht die Zeit der Krise, dann wird die Konkurrenz noch heftiger. Einer unterbietet den andern.

Es liegt nahe, daß die Unternehmer in ihrem eigensten Interesse versucht haben, den Kampf einzustellen oder vielmehr ihm eine andere Richtung zu geben. Sie kämpften früher miteinander um den Kunden und vereinigten sich nun zum Kampfe gegen den Kunden. Sie kämpften früher miteinander um den Absatz und kämpfen heute mit den Abnehmern um den Preis. Namentlich in den Industriezweigen, die sich mit der Herstellung von Massengütern, zum Beispiel Eisen, Zucker, Papier, beschäftigen und Produkte erzeugen, bei denen die Mode, der Geschmack des Publikums oder künstlerische Ausführung nicht in Frage kommen, konnte ein Zusammenschluß der Unternehmer stattfinden. Solche Vereinbarungen von Unternehmern derselben Art, die selbständig bleiben, sich aber zum Zwecke der monopolistischen Beherrschung des Marktes zusammenschließen, nennen wir **Kartelle** oder **Syndikate**.

Die Kartelle sind, von Ausnahmen abgesehen, eine Erscheinung der jüngsten Zeit, haben aber auf die Gestaltung des gesamten Wirtschaftslebens einen entscheidenden Einfluß ausgeübt. In Deutschland sind schon mehr als 400 Waren Gegenstand von Kartellen gewesen. Die im Dezember 1905 dem Deutschen Reichstag zugegangene „Denkschrift über das Kartellwesen“ berichtet von 385 Kartellen, denen etwa 12.000 Betriebe angehören. Jetzt gibt es beinahe doppelt so viele. In Oesterreich kam das erste Kartell im Jahre 1878 zustande, als die neun Schienenwalzwerke miteinander in Verbindung traten. Diesem Kartell folgte im Jahre 1884 ein Stabeisenkartell. Ende 1911 zählte man 120 Kartelle. Selbst die

Beitschenstöcke, die in Oesterreich-Ungarn erzeugt werden, sind seit 1911 Kartellware.

Der Zusammenschluß der Unternehmer kann natürlich verschiedener Art sein. Oft ist er im Anfang nur recht lose. Die Unternehmer beschließen bloß ein gleichartiges Vorgehen bei der Feststellung der Zahlungsbedingungen, der Anrechnung der Verpackung u. s. w. Bedeutsamer wird das Kartell dann, wenn Preisvereinbarungen getroffen werden. Freilich dauern auch solche Kartelle mitunter nicht lange. Sie sind nur in einer Zeit guten Geschäftsganges möglich, und gerade in solchen Perioden strömt in alle Produktionszweige neues Kapital, die Konkurrenz wächst und das Kartell wird gesprengt. Anders wird es, wenn die Unternehmer nicht nur die Preise vereinbaren, sondern auch, um eine allzu große Steigerung des Angebots zu verhindern, festsetzen, wie viel jeder Unternehmer produzieren darf. Das bedeutet schon eine starke Einschränkung der Selbständigkeit der Unternehmer, da sie die Macht über ihren Betrieb verlieren. Noch enger ist der Zusammenschluß, wenn dem Unternehmer untersagt wird, Aufträge selbständig durchzuführen, und das Kartell ein Verkaufsbüro errichtet, das den ganzen Absatz der Waren besorgt. In Oesterreich gab es im Jahre 1911 38 solcher Verkaufsbüros. So kann der einzelne Unternehmer mit dem Kunden überhaupt nicht mehr in Verkehr treten und hat seine Selbständigkeit völlig verloren. Wollte er aus dem Kartell austreten, so müßte er von neuem Kunden suchen. Solche Kartelle sind daher sehr fest. Sie suchen, um die Konzentration des Absatzes im Verkaufsbüro zu erleichtern, die Produktion möglichst zu vereinfachen. So hat zum Beispiel das österreichisch-ungarische Zutekartell für die zu erzeugenden Zutesäcke bestimmte Typen aufgestellt. Das österreichisch-ungarische Bindfadenkartell hat von allen Sorten Qualitätsmuster aufgelegt und alle Teilnehmer verpflichtet, ihre Waren nur nach diesen Mustern zu erzeugen.

Die Kartelle gehen dann auch, um die Produktionsbedingungen zu vereinheitlichen, dazu über, das Rohmaterial selbst zu kaufen. Um die Produktion zu verbilligen, sorgen sie für eine Spezialisierung, so daß in jeder Fabrik nur ein bestimmter Artikel erzeugt wird. Das hat zum Beispiel die Alpine Montangesellschaft erfolgreich durchgeführt. Infolge ihrer größeren Mittel ist es den Kartellen leichter als den einzelnen Unternehmern möglich, Patente zu erwerben und die Fortschritte der Technik für sich auszunützen. Sie

erzielen dabei auch, daß ausschließlich ihnen der Gewinn zufällt, und halten die Preise hoch, auch wenn sich die Produktionskosten verringert haben. Wenn sie keine Konkurrenz zu fürchten haben, sind sie eben die unumschränkten Herren auf dem Markte. Nicht mehr billige Preise, sondern hohe Preise sind jetzt die Lösung. Mitunter versuchen die Kartelle auch den technischen Fortschritt zu hemmen oder sehen es wenigstens durch, daß neue Erfindungen nur allmählich ausgenützt werden, damit die alten Betriebe nicht entwertet werden.

Diese starke Stellung besitzen die Kartelle natürlich nur dort, wo sie tatsächlich ein Monopol haben. Darum ist es das eifrigste Bestreben der Kartelle, die Außenseiter, die sich nicht anschließen wollen, aus dem Felde zu schlagen. Nicht jedes Unternehmen schließt sich gern einem Kartell an. Manches hofft seine Konkurrenten zugrunde richten zu können und will deshalb mit ihnen keinen Bund schließen. Manches hat einen besonders günstigen Standort oder feste Abnehmer und glaubt ohne Kartell besser zu fahren. Die Kämpfe der Kartelle gegen die Außenseiter werden mit großer Erbitterung geführt. Das Kartell unterbietet die Preise, um den Unternehmer, der sich nicht anschließen will, niederzuzwingen. Da es über mehr Mittel verfügt als der einzelne, kann es den Kampf länger aushalten. In Amerika ist es bei Tarifskämpfen zwischen Eisenbahnen vorgekommen, daß die Tarife immer weiter herabgesetzt wurden, bis kurze Zeit hindurch die Beförderung gewisser Güter nicht nur nichts kostete, sondern man noch etwas herausbekam. Ein anderes Mittel der Kartelle ist, den Konkurrenten aufzukaufen. Manche Kartelle besitzen zu diesem Zwecke eigene Fonds. Mitunter werden Außenseiter auch dadurch kirre gemacht, daß ihnen durch den Einfluß des Kartells der Kredit entzogen wird. Auf diese Weise half die Dresdner Bank dem Nordwestdeutschen Zement Syndikat. Am häufigsten wird im Kampfe gegen die Außenseiter der Exklusivvertrag angewendet: Das Kartell verpflichtet die Abnehmer, nur von Kartellmitgliedern zu kaufen. Diese Maßregel kann für die Außenseiter den Ruin bedeuten. So verpflichtet das Mitteldeutsche Braunkohlensyndikat seine Kunden bei einer Konventionalstrafe von 5 Mk. für je 140 Hektoliter Kohle und 1 Tonne Koks, „weder Briquets noch Maßpreßsteine noch Braunkohle außenstehender Werke zu kaufen, zu vertreiben, überhaupt deren Absatz weder mittelbar noch unmittelbar zu fördern“. Die Vereinigung Deutscher Gaswerke verpflichtet ihre weiterverkaufenden

Abnehmer, keiner Kofs von nichtsyndizierten Gaswerken abzugeben. Eine andere Kampfmethode ist die Materialsperrre. Die Rohstofflieferanten werden verpflichtet, nur an Kartellmitglieder zu liefern, so daß den Außenseitern die Produktion unmöglich gemacht wird. Die organisierten Unternehmer, die über den „Terrorismus“ der Gewerkschaften gegen die „Arbeitswilligen“ zetern, terrorisieren selbst im denkbar ärgsten Maße. Dem Außenseiter bleibt, wenn er nicht stark genug ist, nur die Wahl: zugrunde zu gehen oder sich zu unterwerfen und dem Kartell anzuschließen. Ist die Konkurrenz beseitigt, dann können die Preise wieder hinaufgeschraubt werden. Die Konsumenten müssen die Kriegskosten zahlen.

Nicht immer bedeutet der Anschluß an das Kartell für den Unternehmer einen Vorteil. Namentlich kleine Betriebe geraten auch im Kartell ins Hintertreffen. Wenn das Kartell zum Beispiel die Zahlungs- und Lieferungsbedingungen einheitlich festsetzt und dabei die Gewährung von Rabatt oder langfristigen Kredits verbietet, so scheint es, als ob dies allen Kartellmitgliedern zum Vorteil gereichen würde. In Wirklichkeit ruinieren solche Bestimmungen die Kleinen, die sich im Konkurrenzkampf nur durch ein starkes Entgegenkommen einen Kundenkreis schaffen können. So gerät der kleine Unternehmer in eine Zwischmühle: Tritt er dem Kartell nicht bei, so wird er als Außenseiter niederkonkurriert. Sucht er sich davor durch den Beitritt zu bewahren, so richten ihn die „Vorteile“ der Mitgliedschaft zugrunde. Wenn kleine Unternehmer ihre Waren von Kartellen beziehen müssen, so sind sie gegenüber großen Abnehmern auch stark im Nachteil. So liefert das österreichische Spirituskartell den Händlern, die nur kleine Fässer beziehen, den Sektoliter um 4 bis 8 Kr. teurer. Es verbietet auch, daß mehrere Kleinhändler zusammen ein großes Faß beziehen. Es hat den Händlern sehr ungünstige Zahlungsbedingungen gestellt. In der Zeit der Kartelle ist die Lage der kleinen Unternehmer noch ungünstiger als je zuvor.

Nicht immer ist der Konkurrenzkampf zwischen den Unternehmern beendet, wenn das Kartell ins Leben gerufen ist. Dann beginnt der Kampf um den Gewinnanteil. So wurde im Jahre 1893 das Rheinisch-Westfälische Kohlsyndikat als eine Aktiengesellschaft gegründet, der die einzelnen angeschlossenen Werke ihre Kohle abzuliefern hatten. Hierbei war bestimmt, wieviel Tonnen jede Beche liefern darf. Da bei der Kontingentierung der Produk-

tion nicht alle Werke ihren Betrieb voll ausnützen konnten, versuchten die leistungsfähigen Werke, Syndikatszweigen an sich zu bringen, um durch deren Kontingent das eigene zu vergrößern. So wurden Zweige stillgelegt und ihre Beteiligung auf andere Werke übertragen, die nun gut ausgenützt werden konnten. Große Werke haben mehr als 24 Millionen Mark ausgegeben, um minderleistungsfähige Gruben aufzukaufen und deren Beteiligung zu erwerben. Durch die Zweigstilllegungen, welche die Arbeiter zur Auswanderung zwingen, sind ganze Gemeinden verarmt. Stilllegungen von Fabriken, deren Beteiligung auf eine andere Fabrik übergeht, kommen zum Beispiel auch innerhalb des österreichischen Zuckerkartells vor.

Wenn ein Kartell die Produktion regeln will, muß es die Marktverhältnisse genau kennen. Es versucht deshalb, mit den Konsumenten in unmittelbare Beziehungen zu treten. Der Handel wird ausgeschaltet oder doch wesentlich verringert. Das Kartell besorgt selbst den Vertrieb der Waren. Es erspart viel Kosten für Reklamezwecke und Agenten, da es keine Konkurrenz zu fürchten hat. Oft bleiben die Händler bestehen, verlieren aber die Selbständigkeit, so wie die Handwerker vom Kapital zu Heimarbeitern herabgedrückt werden. So hat sich das Niederlausitzer Brickettsyndikat, das den Berliner Markt vollständig beherrscht, die Kleinhändler vollständig hörig gemacht. Die Bedingungen, unter denen sie verkaufen dürfen, sind ihnen bis ins kleinste vorgeschrieben. Wer sich nicht fügt, kommt vors Schiedsgericht, das über die armen Händler Geldstrafen bis zu 1000 Mk. verhängt. Wer die Willkürstrafen nicht zahlen kann oder will, kommt auf die schwarze Liste. Ihm wird kein Brickett mehr geliefert. Er mag sich um einen anderen Erwerb umsehen. Dreihundert Namen stehen schon auf dieser Liste. Auch das österreichische Zündhölzchenkartell hat den Detailhändlern genaue Vorschriften gemacht. Starke Kartelle unterwerfen sich auch die Großhändler vollständig. So tat es das Rheinisch-Westfälische Kohlsyndikat. Sein Kohlenkontor schloß im Jahre 1911 mit den Großhändlern einen Vertrag, durch welchen sich diese für sich, für ihre Stellvertreter, Angestellten, Agenten, Provisionsreisenden und Rechtsnachfolger verpflichten mußten, sich an alle Vorschriften des Kontors auf das genaueste zu halten und zur Sicherheit eine Kaution zu hinterlegen. Im Vertrag werden auch die Strafen festgesetzt, die bis zu 100 Mk. für je 10 Tonnen steigen können. Schon bei einem Verstoß kann die Lieferung entzogen

werden! Darum erklärte ein Großhändler des Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikats mit Recht: „Eigentliche Kaufleute sind wir nicht mehr, . . . Das Kohlenyndikat schreibt uns vor, welche Sorten wir kaufen, zu welchem Preise wir sie kaufen; das Absatzrevier, wohin wir verkaufen dürfen; die Preise, zu welchen wir verkaufen dürfen.“ Aus den Händlern sind abhängige Agenten geworden. Früher haben oft die Händler die Industrie beherrscht und in Zeiten guten Geschäftsganges fiel ihnen der Hauptteil des Gewinnes zu. Heute sind die Händler nur selten die Stärkeren. Im böhmischen Braunkohlenhandel herrschen zum Beispiel die beiden großen Aussiger Kohlenkommissionsfirmen, die beide Großaktionäre der Unternehmer sind, deren Kohle sie verkaufen. Sie beherrschen seit 1913 auch mehr als den dreizehnten Teil des gesamten reichsdeutschen Braunkohlenbergbaues. Wo die Banken den Großhandel übernommen haben, ist er selbständig geblieben. So nahmen zum Beispiel schon im Jahre 1905 zwei Drittel des Absatzes der böhmischen Zuckerfabriken ihren Weg durch die Zuckerabteilungen der Prager Banken.

Die Kartelle können die Preise nur dann willkürlich festsetzen, wenn ihnen auch vom Ausland keine Konkurrenz droht. Die österreichischen Zementfabriken haben, um die Einfuhr aus Deutschland hintanzuhalten, an deutsche Firmen Entschädigungen gezahlt. Die Kartelle sind die eifrigsten Verfechter hoher Schutzzölle, die das Eindringen ausländischer Industrieprodukte verhindern sollen, und sichern sich auf diese Weise einen Extraprofit. Sie können ihre Warenpreise ungefähr um den Betrag des Zolles und der Transportkosten erhöhen. Je höher der Zoll, desto größer ihr Extraprofit. Als die Gemeinde Wien im Jahre 1908 340.000 Meterzentner Röhren für die neue Wasserleitung kaufte, bewarb sich um die Lieferung außer dem österreichischen Eisenkartell auch ein französisches Eisenwerk. Es hätte 1,950.000 Kr. Zoll zu zahlen und 200.000 Kr. Frachtkosten zu tragen gehabt. Trotz dieser Mehrauslagen von 2,150.000 Kr. hat es nur um 700.000 Kr. mehr verlangt als das österreichische Eisenkartell. Dieses wollte also an der einen Lieferung einen Extragewinn von 1,450.000 Kr. erzielen! Ein Sturm der Entrüstung erhob sich und das Kartell ließ 521.000 Kronen nach. Es hat also noch immer 929.000 Kr. mehr verdient, als die Franzosen erhalten hätten. Ende 1904 bestellte der österreichische Staat beim Eisenkartell 200.000 Tonnen Schienen zum Preise von 180 Kr. für die Tonne. Der preußische Staat zahlte in

jener Zeit 134 Kr. für die Tonne, der Weltmarktpreis betrug nur 100 Kr. Das Kartell nahm also vom Staate 16 Millionen Kronen Extraprofit. Im deutschen Reichstage wurde im Jahre 1903 festgestellt, daß die Firma Krupp dem Reiche Panzerplatten mit 2320 Mark für die Tonne berechne, während eine amerikanische Firma an den dortigen Staat mit 1920 Mk. lieferte, wovon sie noch 105 Mark an Patententschädigung der Firma Krupp abliefern mußte. Infolge dieser Enthüllungen mußten die Kriegsmateriallieferanten mit den Preisen herabgehen und eine Lieferung Kanonen, für die vorher 44 Millionen Mark gezahlt werden mußten, wurde nun mit 24 Millionen berechnet. So bewuchern die Kartelle die Staaten.

Nichtsdestoweniger erweist sich der Staat häufig als Schützer und Förderer der Kartelle. Als der christlichsoziale Führer Seemann österreichischer Arbeitsminister war, wurden die Kohlenproduzenten durch Schikanen der Bergbehörden in ein Kartell gezwungen. Als der christlichsoziale Führer Weiskirchner Handelsminister war, kam ein Kartell der Petroleumraffinerien zustande, dem die Regierung mit allen verfügbaren Zwangsmitteln (sogar Aufhebung des Geleiseanschlusses, Kündigung des Telephons u. s. w.) die lästigen Außenseiter vom Hals schaffte. In der Ära Weiskirchner kam Ende April 1911 das große Zuckerkartell wieder zustande, das seit 1903 aufgelöst war. Die Regierung hat das Spirituskartell begünstigt, das seit 1. September 1911 besteht und 96 Prozent der Produktion umfaßt. Vor seiner Gründung, im Mai 1911, kostete Spiritus 144 Kr., am 1. September Kr. 161.75 und am 1. Dezember 1911 bereits Kr. 176.50. Bei jedem Hektoliter betrug nach dreimonatigem Bestande des Kartells der über den normalen Profit hinausgehende Kartellgewinn 15 Kr.! Bei einer Jahresproduktion von anderthalb Millionen Hektoliter ergibt sich ein jährlicher Extraprofit von 22.5 Millionen! Im Frühjahr 1913 hat die österreichische Regierung einem Kartell gar 600.000 Kr. aus Steuergeldern als Gründungsfonds geschenkt. Diese erhielt nämlich die Aktiengesellschaft „Helios“, die ein Kartell der Zündhölzfabriken ist, damit sie die Fabrikanten entschädigen könne, die durch das Verbot der Verwendung des weißen Phosphors Einbuße erlitten haben.

Die Kartellbestrebungen reichen in den letzten Jahren häufig schon über die Grenzen eines Reiches. Es gibt bereits internationale Kartelle, ohne daß ihre Nutznießer vaterlandslose Gesellen gescholten werden. So gibt es seit 1904 ein Inter-

nationales Schienentkartell, das die Ausfuhr der einzelnen Länder geregelt hat. Seit dem Jahre 1909 besteht ein Internationaler Zinkhüttenverband, der 92 Prozent der europäischen Produktion umfaßt. Das sonderbarste Gebilde ist das Internationale Kartell der Waffenfabriken, also das Kartell des Mordkapitals. Es ist im Jahre 1905 zwischen den deutschen Waffen- und Munitionsfabriken, der Waffenfabrik Mauser, einer belgischen Firma und der österreichischen Waffenfabriks-gesellschaft abgeschlossen worden. Repetiergewehre oder Karabiner für Rußland, Japan, China und Abyssinien sollen nach dem Kartellvertrag zu gemeinschaftlichem Nutzen durchgeführt und gemeinschaftliche Agenten in den genannten Ländern bestellt, die Preise einverständlich festgesetzt werden. Bei Gewehrlieferungen sollen von jeder Fabrik 15 Franken per Waffe in eine gemeinsame Kasse gezahlt werden, an der die Oesterreichische Waffenfabriks-gesellschaft mit 37½ Prozent, die zwei deutschen Fabriken mit 30 und 21¼ und die belgische Firma mit 11¼ Prozent beteiligt sind. Im Jahre 1907 wurde der Vertrag ausgedehnt. Er bezieht sich nunmehr auf Lieferungen für alle Länder. Eine Ausnahme bildet für jede Fabrik das eigene Land. Das Kartell ist auch an einer französischen und einer italienischen Fabrik beteiligt. Im Kartellvertrag ist auch vereinbart, daß die Fabriken „die Zeichnungen und die Dimensionstabellen der verlangten und zu erzeugenden Modelle gratis, die erforderlichen Lehrgeräte und Kaliber zum Selbstkostenpreis, respektive, soweit dieselben entbehrlich sind, leihweise gegenseitig gratis“ einander überlassen sollen. Das ist das ungeheuerlichste Kartell. Es profitiert an den Rüstungen aller Länder, hat ein Interesse an allen Kriegshetzerien. Die österreichische Fabrik gibt alle Modelle den ausländischen Fabriken, damit die russische Armee, das Heer Italiens und die Truppen der Balkanstaaten keine schlechteren Waffen bekommen als das österreichische Heer. Sie profitiert an der Bewaffnung des Feindes. Das internationale Kartellkapital kennt kein Grauen, es schreckt vor nichts zurück.

Wo keine internationalen Vereinbarungen bestehen — und das ist vorläufig die Regel — sind die Kartelle bestrebt, ins *U s s l a n d* möglichst *b i l l i g* zu verkaufen. Zur selben Zeit, in der das arbeitende Volk in Oesterreich erbittert auf die Straße ging, um gegen den Zuckerrucher zu protestieren, fütterte man in England mit österreichischem Zucker die Schweine. Die billigen Auslandsverkäufe der Kartelle führen zu heftigen Kämpfen auf dem Welt-

markt. Die Kartelle suchen nach neuen Absatzgebieten und zwingen den Staat in ihren Dienst. Der gesteigerte Profit vermehrt das Kapital. Aber es kann im Inland keine Anlage finden, denn die Kartelle wollen die Produktion nicht allzusehr ausdehnen. So muß das Kapital exportiert werden. Zu seinem Schutze sind Heer und Flotte nötig, die Rüstungen mehren sich. Für die großen Kartelle ist wieder eine Gelegenheit zu reichem Profit gegeben. Wenn der Staat Kanonen und Kriegsschiffe baut, jubeln die Eisenindustriellen. Die Arbeiterklasse, die unter der Teuerung aller Produkte ohnedies schwer leidet, seufzt unter den Steuerlasten und verliert dabei noch Arbeitsgelegenheit, wenn viel Kapital ins Ausland abströmt.

Aber auch sonst sind die Bestrebungen der Kartelle für die Arbeiter von großem Nachteil. Das Kartell ist ein stärkerer Gegner als der vereinzelt Unternehmer, der die Konkurrenz zu fürchten hat. Der Kampf mit kartellierten Unternehmern ist schwerer zu führen; die Kartelle lassen es gerne auf eine Wachtprobe ankommen. Der Gedanke der Aussperrungen ist so lebendig geworden. Die Kartelle sind imstande, dank ihrer reicheren Mittel, durch sogenannte Wohlfahrtseinrichtungen die Arbeiter stärker an sich zu fetten und ihnen so die Bewegungsfreiheit zu rauben. Der Arbeiter, der statt wie früher vielen Unternehmern, heute der einheitlichen Organisation der Unternehmer gegenübersteht, hat seine Freizügigkeit in vielen Fällen bereits eingebüßt. Es ist ihm nicht einmal mehr die Freiheit geblieben, sich seinen Ausbeuter zu wählen. Wo die Kartelle dazu übergehen, die Arbeitsvermittlung für alle ihre Betriebe zu organisieren, wie das im westdeutschen Kohlenbergbau geschehen ist, sind ihnen die Arbeiter wehrlos preisgegeben. Ihre Abhängigkeit ist dann fast so groß, wie die der hörigen Bauern vom Gutsherrn gewesen ist.

So haben die Kartelle in der verhältnismäßig kurzen Zeit ihres Bestandes eine allseitige Verschärfung der Gegensätze gezeitigt. Auf andere Weise als früher vollzieht sich die kapitalistische Entwicklung, die zur Konzentration des Kapitals und der Betriebe führt. An die Stelle des Kampfes der Unternehmer ist die Vereinbarung getreten; sie gibt in Wahrheit natürlich den großen Kapitalisten das Kommando über die kleinen, die sich dem Willen der Stärkeren unterwerfen müssen und ihre wirt-

schaftliche Selbständigkeit um so mehr verlieren, je fester das Kartell ist.

Aber noch sind die Unternehmer als Mitglieder eines Kartells wenigstens rechtlich selbständig. Sie verlieren ihre Selbständigkeit völlig, wenn aus dem Kartell ein Trust (Sprich: Tröst) wird, das heißt, wenn die bis nun selbständigen Unternehmungen, die miteinander bloß einen Vertrag geschlossen hatten, in ein einziges Riesenunternehmen umgewandelt werden. Die früher selbständigen Unternehmer sind jetzt Teilhaber des einen Riesenunternehmens.

c) Die Trusts

Die Heimat der Trusts ist Amerika. Dort hat man die Macht der Kartelle frühzeitig bekämpft, aber gerade dadurch den Anstoß dazu gegeben, daß die Zusammenfassung ungeheurer wirtschaftlicher Macht in wenigen Händen sich noch fester vollzog als durch die Kartelle. Da die Kartellverträge in Amerika für nicht klagbar erklärt wurden, konnte jeder einem Kartell angeschlossene Unternehmer, wenn es ihm vorteilhaft erschien, den Vertrag brechen, ohne Strafe fürchten zu müssen. Darum griffen die kapitalistischen Machthaber schon Anfang der Achtzigerjahre zu einem anderen Mittel als zu bloßen Verträgen, um die Kartellorganisation zu erhalten. Die Unternehmungen, um deren Zusammenfassung es sich handelt, sind in der Regel Aktiengesellschaften. Die Inhaber der Aktien wurden nun — zum erstenmal geschah es in der Petroleumindustrie — verpflichtet, die Aktien einem Komitee von trustees (zu Deutsch: Treuhänder) zur Verwaltung zu übertragen. Dieses Komitee hatte infolgedessen die Herrschaft über alle Unternehmungen in der Hand, deren Aktien es verwaltete. Mit Umgehung der Vertragsform war eine Vereinigung zustande gekommen, die viel fester war als die Kartelle.

Jede Konkurrenz war ausgeschaltet. Ja noch mehr! Es konnte eine gemeinsame Verwaltung für alle Unternehmungen eingerichtet werden, die nicht nur die Preise bestimmte und den Umfang der Produktion feststellte. Der gemeinsame Einkauf von Rohstoffen und der Verkauf der Erzeugnisse konnte besser organisiert werden als von einem Kartellbüro. Es konnte auch eine Arbeitsteilung zwischen den Betrieben durchgeführt werden, die ein Kartell, das eben aus selbständigen Unternehmungen besteht, nur sehr selten erzielen kann. Technisch rückständige Betriebe konnten geschlossen,

gut ausgestattete und günstig gelegene erweitert werden. So hat der Whiskytrust von den 80 Brennereien, die er übernommen hat, 68 aufgelassen und die Produktion in 12 Betrieben konzentriert. Der Gewinn wächst auf diese Art sehr stark, zumal alle Kosten für Reklame und Zwischenhandel erspart werden. So hat der Tabaktrust die Zigarrenhändler verdrängt. Wer sich dem kapitalskräftigen Trust nicht fügte, wurde erbarmungslos niederkonkurriert.

Die Klagen über die Trusts, deren Herrschaft der ganzen Öffentlichkeit unbequem war, mehrten sich wieder. Die Gesetzgebung schritt von neuem ein. Gesetze sollten die Bildung von Trusts unmöglich machen. Aber die großen Kapitalisten fanden einen Ausweg. Wenn es nicht gestattet wurde, daß alle Gesellschaften ihre Aktien einem Komitee von Treuhändern übergeben, so bildeten sie einfach aus allen Aktiengesellschaften, die zum Komitee gehörten, eine einzige Unternehmung, deren Teilhaber die Eigentümer der früher selbständigen Unternehmungen entsprechend ihrem früheren Besitze wurden. Nun war die Verschmelzung vollständig und die Macht der großen Unternehmer noch stärker als zuvor. Häufiger wählte man einen anderen Weg. An die Stelle des Komitees der Treuhänder, das früher die Aktien verwaltete, trat eine selbständige Aktiengesellschaft, welche die Mehrheit der Aktien aller Gesellschaften aufkaufte und so alle kontrollierte. Diese Kontrollgesellschaften, für die meist auch weiterhin der Name Trust gebraucht wird, entstanden seit den Neunzigerjahren immer häufiger. Sie haben ihre Vertrauensmänner im Verwaltungsrat und in der Direktion aller Gesellschaften und regieren auf diese Weise sämtliche Unternehmungen. Ihre genaue Kenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse ermöglicht ihnen Spekulationen, die oft das ganze Land beunruhigen.

Zwei solche Trusts haben vor allem die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf sich gelenkt: der Petroleumtrust und der Stahltrust. Der Petroleumtrust, an dessen Spitze Rockefeller steht, kontrolliert 63 amerikanische Gesellschaften und eine große Zahl von Verkaufsgesellschaften anderer Länder. Er besitzt eigene Bahnen, eigene Röhrenleitungen, eigene Transportschiffe, hat in allen Ländern Petroleumwagen, in vielen auch eigene Raffinerien. Er produziert alle Fässer, Rannen, Pumpen und was er sonst braucht und verarbeitet alle Nebenprodukte. Er hat den Verkauf

bis zum Detailhändler organisiert — „zwischen Delbrunnen und Lampe eine Hand“: das war seine Lösung. Nachdem er in Amerika Herr des Marktes geworden war, suchte er Europa zu erobern. Die Konkurrenten wurden entweder geschlagen oder verträglich gebunden. So beherrscht heute der amerikanische Petroleumtrust direkt und indirekt den Petroleumhandel der ganzen Erde. Nur die österreichische Petroleumindustrie ist vorläufig seinen Händen entzogen. Dafür ist sein Konkurrenzkampf um so erbitterter. Um das österreichische Petroleum in Deutschland zu verdrängen, hat er zum Beispiel auf die deutsche Lampenindustrie Einfluß genommen und es durchgesetzt, daß fast nur solche Brenner auf den Markt kommen, die für das österreichische Petroleum, das spezifisch schwerer ist als das amerikanische, nicht geeignet sind. Alle die Millionen armer Menschen, die ihre Stube durch eine Petroleumlampe erhellen, entrichten Rockefeller und seiner Gefolgschaft einen Tribut. Der amerikanische Petroleumkönig ist der reichste Mann der Erde. Seine Herrschaft erstreckt sich auf immer weitere Kreise. In der Wirtschaftskrise von 1907 hat er die größten Kupfer spekulant verdrängt und kontrolliert heute den größten Teil der Weltproduktion an Kupfer, das infolge der stets größeren Ausdehnung der Elektrizitätsindustrie immer wichtiger wird. Auch die Zink- und Bleigewinnung steht unter dem Einfluß des Petroleumtrusts. Er kontrolliert auch eine Reihe großer Eisenbahnen, eine Menge Straßenbahnen, Elektrizitäts-, Gas- und Wassergesellschaften, Banken und viele kleinere Trusts. Der Wert der Unternehmungen, die er beherrscht, wird auf 25.000 Millionen Kronen geschätzt. Eine Machtfülle, von der wir uns gar keine Vorstellung machen können, ist in den Händen einiger Leute vereinigt. Seit Ende 1911 ist der Trust „aufgelöst“, in Wirklichkeit besteht er natürlich weiter und seine Gesellschaften erzielen noch größere Gewinne als bisher.

Die größte Kontrollgesellschaft der Erde ist der amerikanische Stahltrust, der im April 1901 entstanden ist. Sein Aktienkapital beträgt die ungeheure Summe von 5500 Millionen Kronen. Der Gewinn des Trusts im ersten Jahrzehnt seines Bestandes betrug 1.100.351.000 Dollar, also rund 5500 Millionen Kronen. Im Jahre 1911 wurde ein Reinertrag von 104, 1912 ein solcher von 108 Millionen Dollar ausgewiesen. Der Reinertrag des Trusts seit seinem Bestand ergibt demnach eine Summe von 6600 Mil-

lionen Kronen! Im Jahre 1912 waren in seinen Werken durchschnittlich 221.000 Arbeiter beschäftigt. Er läßt durch bezahlte Agenten die Einwanderer zu Hungerlöhnen anwerben, wenn sie amerikanischen Boden betreten. In seinen Berg- und Hüttenwerken fronden Lohnsklaven aller Nationen. Ihre Arbeit schafft Berge von Gold für die Trustsgewaltigen, deren Macht grenzenlos scheint. Sie haben jetzt eine eigene Stadt erbauen lassen, die den Namen des Trustvorsitzenden Gary führt. Im Jahre 1912 schafften bereits 50.000 Arbeiter dort und wohnten hunderttausende Menschen, wo ein paar Jahre vorher noch grüne Heide war. Was sich früher in Jahrhunderten entwickelt hat, stampfen große Kapitalisten heute förmlich aus dem Boden. Einiger Herren Gebot bestimmt das Schicksal von Millionen Menschen.

Nicht nur Stahl und Petroleum sind vertrustet. Mit Hilfe der Kontrollgesellschaften herrschen in fast allen Industriezweigen einige Kapitalisten. Es gelingt ihnen oft, ein zweihundertmal größeres Kapital zu kontrollieren, als sie selbst besitzen. Eine Regierungsstatistik hat festgestellt, daß in den Vereinigten Staaten von Nordamerika 93 Kapitalisten, wenn sie zusammenwirken, über 75 Prozent der gesamten Bahnlänge des Landes, über 81 Prozent der Bruttogewinne, über 82 Prozent des Bahneigentums, das sind Werte von mehr als 50.000 Millionen Kronen, und über 87 Prozent der Frachtmenge kontrollieren. Die Trustherren haben sich die ganze Volkswirtschaft untertan gemacht. Die Konzentration des Kapitals und der Betriebe ist in Amerika so weit gediehen, daß selbst das Staatsoberhaupt von den „verbrecherischen Reichen“ redete, die das ganze Volk vergewaltigen.

Amerika zeigt uns nur das Bild unserer eigenen Zukunft. Auch bei uns erklimmt der Kapitalismus die Höhe der Entwicklung, auf der die Kartelle zu Trusts werden und die Arbeit von Millionen einer Handvoll Menschen zugute kommt. So gibt es einen deutschen Leintrust, der Unternehmungen in Deutschland, Oesterreich, Frankreich, Rußland, Spanien und Belgien besitzt. Das österreichische Eisenkartell nähert sich immer mehr einem Trust. Die zwei herrschenden Unternehmungen sind die Alpine Montangesellschaft mit 72 Millionen Kronen Stammkapital und die Prager Eisenindustrie-Gesellschaft mit 36 Millionen Aktienkapital. Der Generaldirektor dieser Gesellschaft, die im Jahre 1912/13 eine Dividende von 38 Prozent verteilt hat, ist im Frühjahr 1913 zum Präsidenten

des Verwaltungsrates der Alpinen Montangesellschaft gewählt worden. Die Herrschaft über den größten Teil der österreichischen Eisenindustrie liegt in einer Hand. Die österreichische Zündhölzerproduktion wird von zwei Kartellen beherrscht, die ein gemeinsames Verkaufsbüro besitzen und den Absatz rayoniert haben. Jedes Kronland wurde bestimmten Fabriken zugewiesen.

Die Entwicklung in der Richtung zum Trust wird bei uns durch das Eingreifen einer anderen Macht beschleunigt: durch die Banken.

a) Die Banken

Der Unternehmer kauft für sein Geld Maschinen und Rohstoffe und Arbeitskräfte. Die fertigen Produkte verkauft er wieder und bekommt dafür Geld. Damit kauft er wieder Arbeitsmittel, Rohstoffe und Arbeitskräfte. Die Produkte verkauft er wieder, bekommt abermals dafür Geld, und so geht der Kreislauf des Kapitals immer von neuem: vom Geld zur Ware, von der Ware zum Geld. Aber der Unternehmer hat nicht immer so viel Geld, als er gerade brauchen würde. Wenn er seine Fabriksanlagen erweitern oder große Lieferungen zahlen muß, reichen seine Geldvorräte oft nicht aus. Umgekehrt kommt es häufig vor, daß viel Geld in seine Kassen strömt, ohne daß er es sofort nutzbringend ausgeben könnte. Damit kein Kapitalist auf solche Weise in Verlegenheit komme oder Verluste erleide, hat sich die kapitalistische Gesellschaft Einrichtungen geschaffen, die regelnd eingreifen sollen: die Banken.

Diese haben die Aufgabe, für die Kapitalisten, die gerade über Gelder verfügen, ohne sie zu benötigen, diese Gelder zu verwerten, und solchen Kapitalisten, die gerade Gelder benötigen, ohne sie zu besitzen, Gelder zu verschaffen. Die Banken sind also Arbeitsvermittlungsanstalten des Kapitals. Sie sammeln die Gelder aller Klassen als Spareinlagen u. s. w. ein und geben dafür Zinsen. Wer einer Bank 100 Kr. übergibt, bekommt nach einem Jahre 104 Kr. zurück. Die Gelder, die sie übernimmt, leiht sie weiter. Vom Schuldner verlangt sie natürlich Zinsen. Wer sich bei der Bank Geld ausleiht, muß für je 100 Kr. 108 Kr. zurückzahlen. Die Differenz zwischen den Zinsen, die sie verlangt, und denen, die sie gibt, ist ihr Gewinn. Sie nimmt Geld von allen Leuten: von den kleinen Sparern und von den reichen Ausbeutern. Sie gibt aber nicht jedem Menschen Geld,

sondern nur denen, die sie für „gut“ hält, von denen sie annehmen kann, daß sie imstande sein werden, das Geld samt Zinsen zurückzubezahlen. Insbesondere wenn es sich um große Summen handelt, muß die Bank vorsichtig sein. Sie verlangt dann Einfluß auf das Unternehmen, dem sie Geld leiht, namentlich wenn das Geld etwa zum Ankauf von neuen Fabriksanlagen verwendet, also dauernd festgelegt wird. Sie sucht den ganzen Zahlungsverkehr des von ihr finanzierten Unternehmens in ihre Hand zu bekommen. Will der Unternehmer Zahlungen leisten, so kann er das nur durch die Bank tun, die sein Geld verwaltet. Will ihm jemand zahlen, so muß er das Geld auch der Bank übergeben. So kontrolliert die Bank den ganzen Geschäftsgang. Aber damit begnügt sie sich nicht. Sie will einen direkten Einfluß auf das Unternehmen, dem sie Geld leiht. Darum drängt sie darauf, daß aus dem Einzelunternehmen eine Aktiengesellschaft wird, deren Aktien sie zum Teil in Händen hält. So ist sie in der Lage, ihre Vertrauensmänner in den Verwaltungsrat der Gesellschaft zu bringen und die Leitung des Unternehmens von sich abhängig zu machen. Oft ist die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft geradezu die Voraussetzung dafür, daß die Bank einem Unternehmen Geld leiht. So fördern die Banken die Entwicklung der Aktiengesellschaften, da ihr Einfluß auf Industrie und Handel auf solche Weise stärker wird.

Die Bank kann sich natürlich nicht darauf beschränken, einem einzigen Unternehmen Geld zu leihen. Sie muß mit allen Mitteln trachten, die Gelder, die bei ihr einlaufen und die sie verzinsen muß, nutzbringend zu verwenden und sucht deshalb nach immer neuen Gelegenheiten, Einfluß auf Unternehmungen zu gewinnen und die Gründung neuer zu betreiben. Sie hat ein lebhaftes Interesse daran, daß alle von ihr finanzierten Unternehmungen gedeihen und einen großen Ertrag abwerfen. Je größer dieser wird, um so größer wird der Gewinn der Bank als Besitzerin der Aktien. Nun kommt es häufig vor, daß Unternehmungen von einer Bank abhängen, die einander Konkurrenz machen. Selbstverständlich wird sich die Bank bemühen, die Konkurrenz möglichst auszuschalten und alle von ihr finanzierten Unternehmungen einander näherzubringen. Eine Bank, die zum Beispiel an einer Kohlenzeche interessiert ist und gleichzeitig Einfluß auf ein Eisenwerk besitzt, wird alles daransetzen, dieses zum Kunden der Zeche zu machen. Gelingt

ihr dies, so liegt darin schon oft der Keim einer direkten Kombination der beiden Unternehmungen, die ihren Ertrag steigert. Oft ist eine solche Kombination von großem Vorteil für eine Unternehmung. Aber nur weil eine Bank dahinter ist, kann sie zustande kommen. Denn wenn sich ein Unternehmen ein anderes angliedern will, erfordert das große Mittel. So, wenn sich etwa ein Walzwerk, um sich von den Rohstofflieferanten unabhängig zu machen, Kohlenzechen und Hochöfen angliedert oder wenn sich umgekehrt eine Bergwerksgesellschaft, um ihre Kohlen gut zu verwerten, Hochöfen und Walzwerke angliedert. Das ist mitunter auch technisch ein großer Vorteil. So wird zum Beispiel durch die Verbindung von Hochöfen mit der Weiterverarbeitung die Ausnützung der Hochofengase als motorische Kraft möglich. Wichtiger sind aber die anderen Vorteile, die solche gemischte Werke vor sogenannten reinen Werken voraus haben. Ein Walzwerk zum Beispiel, dem keine Roheisenerzeugung angegliedert ist, muß das Roheisen teuer kaufen, während eines, das mit Hochöfen verbunden ist, den Rohstoff zum Selbstkostenpreis hat, also im Konkurrenzkampf weit überlegen ist. Der Zwischengewinn ist ausgeschaltet, die Transportkosten fallen weg. Das bedeutet so viel, daß die reinen Werke, die von den gemischten das Rohmaterial selbst kaufen und mit ihnen dann in Wettbewerb treten müssen, in manchen Industriezweigen gar nicht mehr konkurrenzfähig sind. Wenn die Unternehmungen, die sich zusammenschließen, auch ihre formelle Selbstständigkeit aufgeben, spricht man von Fusionen. So fördern also die Banken das Entstehen von Riesenunternehmungen, die alle Produktionsstufen einer Industrie vereinigen.

Anders, wenn es sich um Unternehmungen handelt, die einander nicht ergänzen, sondern die gleichgeartet sind, zum Beispiel um lauter Papierfabriken. Dann werden die Banken, die auf diese Unternehmungen Einfluß haben, ihre Kartellierung herbeiführen, damit der Konkurrenzkampf beendet werde. Die Bank hat die Macht, Widerspenstige ins Kartell zu zwingen. Denn wenn sie einem Unternehmen mit der Entziehung des Kredits droht, so bedeutet das oft dessen Ruin. Kommt das Kartell zustande, dann übernimmt die Bank häufig die Verwaltung des gemeinsamen Verkaufsbüros und beherrscht so den ganzen Industriezweig. Sie kann aber auch wirksam verhindern, daß dem von ihr geförderten Kartell neue Konkurrenten erstehen, indem sie neuzuerrichtenden

Unternehmungen keinen Kredit gewährt. Ohne Bankkredit können aber heutzutage große Unternehmungen, zumal solche, die mit Kartellen in Wettbewerb treten wollen, gar nicht mehr gegründet werden. So sind die Banken eine starke Triebkraft der Entwicklung, die zu den Kartellen führt. Je größer der Einfluß der Banken auf eine Industrie wird und je mehr Industriezweige unter die Diktatur der Banken geraten, desto fester werden die Kartelle, desto enger wird die Verbindung zwischen den einzelnen Industriezweigen. Auch über die Eroberung fremder Märkte entscheiden mehr und mehr die Banken. Sie zwingen die Staaten, die ihren Kredit in Anspruch nehmen, den Unternehmungen Bestellungen aufzugeben, die von der Bank abhängig sind. Dabei geht der Konzentrationsprozeß, in dem die Kleinen von den Großen verschluckt werden, im Bankwesen selbst mit Riesenschritten vor sich. Einige wenige Großbanken haben die Herrschaft an sich gerissen. Sie sind die Herren der Industrie und des Handels geworden. Die Bankdirektoren regieren die ganze Volkswirtschaft.

Diese neueste Entwicklung des Kapitalismus sehen wir in Deutschland und Oesterreich wirksam. 158 reichsdeutsche Kreditbanken mit mehr als 1 Million Aktienkapital verfügten im Jahre 1911 über 16½ Milliarden Mark. 13.023 Millionen entfielen allein auf neun Berliner Großbanken. Sie sind die allgewaltigen Herrscher im Wirtschaftsleben eines Volkes von sechzig Millionen Menschen!! Im Jahre 1911 hatten die acht Berliner Großbanken 1061 Aufsichtsratsstellen in anderen Unternehmungen. Der Direktor der Berliner Handelsgesellschaft hatte im Jahre 1909 allein 44 Mandate. (Er ist unter anderem auch Mitglied des Verwaltungsrates der Prager Eisenindustrie-Gesellschaft und der Alpinen Montangesellschaft.) Von dem Geschäftsumfang dieser Großbanken kann man sich gar keine rechte Vorstellung machen. Die Deutsche Bank zum Beispiel, die in allen Ländern Europas, in Afrika, Amerika und Asien „arbeitet“, hat im Jahre 1909 bei einem Aktienkapital von 200 Millionen Mark einen Umsatz von 101.000 Millionen, 1910 112.000 Millionen, 1911 126.000, 1912 132.000 Millionen Mark gehabt! Die Zahl der bei ihr geführten Konten betrug im Jahre 1912 268.812. Die Zahl ihrer Beamten war 6495. Sie war an 116 reichsdeutschen und 99 anderen Aktiengesellschaften beteiligt. Ihr Erträgnis war im Jahre 1912 34.348.244,12 Mark. Ein ähnliches Riesengeschäft ist die Dresdner

Bank. Ihr Umsatz betrug im Jahre 1912 97.000 Millionen Mark, die Zahl der bei ihr geführten Konten 179.567, die Zahl ihrer Angestellten 4546. Sie war an 96 Unternehmungen, darunter zehn überseeischen, beteiligt. Ihr Reingewinn belief sich im Jahre 1912 auf 25,115.828-65 Mark.

Und in Oesterreich? Auch bei uns ist die Macht der Banken schon überragend groß geworden. Sehen wir uns die zehn großen Wiener Banken im Jahre 1912 an. Es betragen bei folgenden Banken:

	Aktien- kapital	Reserve- fonds	Fremde Gelder	Reingewinn
	in Millionen Kronen			
Allgemeine Depositenbank	33-00	9-33	116-578	4-49
Allgemeine Verkehrsbank	42-00	10-05	225-162	4-93
Anglo-Oesterreichische Bank	100-00	23-70	521-559	12-70
Bodenkreditanstalt	54-00	107-34	682-714	14-96
Kreditanstalt	150-00	92-61	932-098	20-37
Länderbank	130-00	20-92	743-141	13-68
Mercur	50-00	21-50	179-574	5-83
Niederösterreichische Eskompte- gesellschaft	75-00	22-67	278-433	9-25
Unionbank	70-00	18-66	256-659	7-47
Wiener Bankverein	130-00	41-04	624-751	14-23
Zehn Banken	834-00	367-82	4560-669	107-91

Die zehn Banken hatten also fast sechsmal mehr fremdes als Aktienkapital zur Verfügung und arbeiteten mit insgesamt 5762-489 Millionen Kronen. Sie erzielten einen Reingewinn von 107-91 Millionen Kronen, der in die Hände der großen Finanzkapitalisten fließt. Die Banken sind heute ein neues Mittel geworden, durch das der große Kapitalist den kleinen besiegt. Das kleine Kapital muß nicht verdrängt, sein Besitzer nicht eigentumslos gemacht werden. Es genügt, ihn dem großen Kapital hörig zu machen. Der Unternehmer, der von den Zinsen lebt, die ihm die Bank für sein Kapital zahlt, ist aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet. Mit seinem Geld arbeitet die Bank wie mit ihrem eigenen. Es mehrt die Macht der Bank.

Die Banken haben sich die Industrie schon in starkem Maße untertan gemacht. Sie sind mitunter förmlich zu Warenhäusern geworden. So annoncierte Ostern 1913 die Böhmisches Unionbank, sie habe die Zentralverkaufs- respektive Kontrollbüros der ver-

einigten Bleich- und Appreturanstalten, der österreichisch-ungarischen Schwefelsäure-, Oleum- und schwefelsaure Tonerdefabriken, von Naphthalin, der vereinigten Papierhülsenfabriken, der vereinigten Fensterglasfabriken, der vereinigten Vieckersfabriken, der vereinigten Salzburger Ziegelfabriken, der vereinigten Flaschenfabriken, der vereinigten Kalkwerke in Salzburg, der Linon- und Organtinappreteure, der Futterstofffärber, der Wollgarnfärber und der österreichisch-ungarischen Erdfarbenfabriken, der Leinengarnbleichen Währens, der Leinenstückbleichen Währens, der Leinenstückbleichen Böhmens, der Salzsäure-, Glaubersalz- (kalzinirt und kristallisiert) Fabriken, der Waagenfabrikanten Oesterreichs, ferner kaufe und verkaufe sie Rohzucker, Raffinade und Pilé. So kommandiert und kontrolliert eine einzige Bank ganze Industrien!

In den Rechenschaftsberichten von acht Wiener Banken für das Jahr 1912 sind folgende Unternehmungen aufgezählt, an denen die Banken dauernd beteiligt waren:

Allgemeine Verkehrsbank: Neusiedler Papierfabriks-Aktiengesellschaft; Eisenwarenfabriks-Aktiengesellschaft Sopron Graz; Johann Weitzer, Maschinen-, Waggonfabriks- und Eisengießerei-Aktiengesellschaft in Arad; Möbelfirma Portois u. Fix, Aktiengesellschaft; „Elbemühl“ Papierfabriks- und Verlagsgesellschaft; Bozen-Meraner Bahn; Militärtuchfabrik Quittner u. Söhne, Troppau; Freistädter Stahl- und Eisenwerke; Spiritusindustrie-Aktiengesellschaft; Hotel Imperial in Wien; Versicherungsgesellschaft „Phönix“; Bank für Tirol und Vorarlberg; Kroatische Zentralbank in Sarajevo; Erste kroatische Sparkasse in Agram; Erste Ungarische Gewerbebank.

Anglo-Oesterreichische Bank: Prager Maschinenbau-Aktiengesellschaft (vormals Ruston u. Komp.), die sich mit anderen Maschinenfabriken fusionierte; Oesterreichische Zuckerindustrie-Aktiengesellschaft; „Ampelea“ Destillations- und chemische Industrie-Aktiengesellschaft; Lederfabrik Gerhardus u. Söhne Aktiengesellschaft; Allgemeine Oesterreichische Elektrizitätsgesellschaft; Georg Schicht Aktiengesellschaft; Erste Triester Reischälfabriks-Aktiengesellschaft; Nordböhmische Kohlenwerksgesellschaft in Brüx; Deutjchböhmische Kohlen- und Bricketwerke Aktiengesellschaft; Metallindustrie Winter u. Adler Aktiengesellschaft; „Hungaria“ Kunstdünger-, Schwefelsäure- und chemische Industrie-Aktiengesellschaft; „Spalato“ Portlandzement-Aktiengesellschaft; Lobositzer Aktiengesellschaft zur Erzeugung vegetabilischer Oele; Zuckersabriken in Lobositz, Sadzka und Obora; Fiat-Werke Aktiengesellschaft; Lenginger Papierfabrik Aktiengesellschaft; Exporthaus A. Janowitzer; Anglo-Ungarische Zuckerindustrie-Aktiengesellschaft; Vereinigte Fettwarenindustrie Josef Estermann (12 Firmen

der Seifen-, Kerzen- und Fettwarenindustrie); Spiritus- und Löffelfabrik Fischel in Czernowitz; Sanatorium Baden bei Wien; Erste Recksemetzer Konservenfabrik; Konservenfabrik Istria in Umago; Graphische Anstalten Koppe u. Bellmann; Dampfmühle und Brotsfabrik Odolek in Prag; Temesvarer Kunstmühl-Aktiengesellschaft; Banca Commerciale Italiana; Banque Internationale de Bruxelles; Banque Commerciale Roumaine; Banque de Salonique; Bodenkreditbank A.-G. in Ungarn; Compagnie Française de Banque et de Mines; I. I. priv. österreichische Hypothekbank; Oesterreichische Immobilienbank in Wien; Pozsonyer Bank-Aktiengesellschaft; Siebenbürgisch-ungarische Hypothekbank A.-G.; Holzindustrie Aktiengesellschaft „Bukowina“; Enzesfelder Munitions- und Metallwerke A.-G.; Josef Sutter-Vegetalwerke; Seifen- und Pflanzenfettfabriks-A.-G. in Budapest; Konserven-Aktiengesellschaft in Bozen; Metallwarenfabriks-A.-G. vormals Louis Müller; Teigwarenfabrik in Triest; „Turul“ Schuhfabriks-A.-G.; Proschwitzer Feintuch- und Modewarenfabrik Kopeckh; Philipp Köder-Bruno Raabe A.-G.; „Schodnica“ A.-G. für Petroleumindustrie; C. Tendloff u. Th. Dittrich Maschinenfabriks-A.-G. in Temesvar; Lederfabrik Plunder u. Pollat.

Bodenkreditanstalt: Kosmanos Vereinigte Textil- und Druckfabriken; Oesterreichische Textilwerke Aktiengesellschaft (vormals Jsaak Mautner u. Sohn); Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft „Union“ Elektrizitätsgesellschaft; Krainische Industrie-Gesellschaft; Oesterreichische Berg- und Hüttenwerksgesellschaft; Aktiengesellschaft für Mineralölindustrie (vormals David Janto u. Komp.); Vereinigte Waggonfabriken; Vereinigte Oesterreichische Textilindustrie A.-G.; Oesterreichisch-bosnische Bank-Aktiengesellschaft; Oesterreichische Flachindustrie A.-G. in Döbernej und Proschwitz; Zellulose- und Papierfabriken A.-G. in Niklasdorf; Bzirower Eisenwerke A.-G.; Oesterreichische Export-Malzfabriken A.-G. in Brünn; P. Hellmann A.-G. für Textilindustrie in Falkenau und Kegelsdorf; Neusiedler Papierfabrik; Ringhoffer Werke A.-G.; Oesterreichische Elektrizitäts-Lieferungs-A.-G.; Zuckersabriken Schoeller u. Komp. A.-G.; Aktiengesellschaft für Zuckerindustrie; Carl Stummer Zuckersabriken A.-G.; Gemeinnützige Aktiengesellschaft für Kleinwohnungsbau in Wien.

Kreditanstalt: Eisenwerks-Aktiengesellschaft Rothau-Neudet; Holzverkohlungsindustrie-Aktiengesellschaft in Konstanz; Mineralöl-Maffinerie-Aktiengesellschaft; Oesterreichische chemische Werke Aktiengesellschaft; Guntramsdorfer Druckfabrik Aktiengesellschaft; Gebrüder Rosenthal, Aktiengesellschaft für Textilindustrie; Erste österreichische Pinoleumfabrik in Triest; Aktiengesellschaft der Brünnener Lederfabrik vormals Maximilian Grünfeld; Papierindustrie-Aktiengesellschaft Olleschau; Schnellpressenfabrik Mödling; Aktiengesellschaft der Oesterreichischen Fezfabriken; „Union“ Elektrizitätsgesellschaft; Gollerschauer Portland-Zementfabrik; Hirtenberger Patronenfabrik; Milchindustrie-Aktiengesellschaft; Mitterberger Kupfer-Aktiengesell-

chaft; „Rundus“ Aktiengesellschaft der Vereinigten Buchholzmöbelfabriken; G. Roth Aktiengesellschaft; Firma Alois Schweiger u. Komp.; Austro-Orientalische Handels-Aktiengesellschaft; Bielski-Bialaer Estomptebank; Galizische Bank für Handel und Industrie; Priv. Landesbank für Bosnien und Herzegowina; Mittenwaldbahn; Oesterreichische Elektrizitäts-Lieferungs-A.-G.; Skodawerke; Stabilimento Tecnico Triestino; Ringhoffer A.-G.; Lokomotivfabrik Wiener-Neustadt; Ostrauer Bergbau A.-G. vormal's Fürst Salm; Aktiengesellschaft für die Ausbeutung der hydraulischen Kräfte Dalmatiens; Peceker Zuckerraffinerie; Nestomizer Zuckerraffinerie; Carl Stummer Zuckerraffinerie A.-G.; Verein mährischer Zuckerraffinerien; Franz X. Brosche Sohn A.-G.; Spiritus- und Pottaschefabriks-A.-G. in Brüx; Koliner Spiritusfabriks-A.-G.; Spiritusindustrie A.-G. in Wien; Zündwaren-Aktiengesellschaft „Seltos“; Adriawerke A.-G. für chemische Industrie in Monfalcone; Oesterreichische Portland-Zementfabriks-A.-G. in Szegeatowa; Aktiengesellschaft für Mühlen- und Holzindustrie in Synowodzko; „Tsjita“ Waldeploitations-A.-G. in Bukarest; Wollehandelsgesellschaft; Würzthaler Holzstoff- und Papierfabriken; Göfser Brauerei; Spitzenindustrie A.-G.; A. Gerngroß A.-G.; Maschinenbau-A.-G. vormal's Breitfeld, Danek und Komp.; „Eriesson“ Oesterreichische Elektrizitäts-A.-G. vormal's Dedert und Homolka; Fr. Melichar Sämaschinenfabriks-A.-G.; Maschinenfabrik Zieleniewski in Kratau; Erste österreichische Versicherungs-gesellschaft gegen Einbruch; Versicherungs-gesellschaft „Providentia“; „Herceg-Bosna“ Landesversicherungsanstalt für Bosnien und Herzegowina.

Länderbank: Zündwarenfabrik Szegegin; Emaillierwerke „Austria“; A. Ph. Waagner, L. u. J. Biró und A. Kurz Aktiengesellschaft; Aktiengesellschaft der Wiener Lokalbahnen; Oesterreichische Siemens-Schudertwerke; „Solo“ Zündwaren- und Wäschefabriken Aktiengesellschaft; „Boryslaw“ Aktiengesellschaft für Erdwachs- und Petroleumindustrie; Vereinigte Karborundum- und Elektrizwerke Aktiengesellschaft; Vereinigte Drogen-Großhandlungen G. u. R. Fris Bezoldt u. Söh Aktiengesellschaft; Metallwarenfabrik St. Veit an der Triesting Aktiengesellschaft; Kohlenaktiengesellschaft „Flora“; Schönpreisener Zuckerraffinerie; Perlmoofer Kalk- und Portland-Zementfabrik; Erste Brünnner Maschinenfabrik-Gesellschaft; Vereinigte Bandfabriken A.-G.; Vereinigte Lederfabriken Fleisch, Gerlach, Moriz A.-G.; Oesterreichische Zuckerraffinerien A.-G.; Süd-ungarische Zuckerindustrie A.-G.; Oberungarische Zuckerindustrie A.-G.; Union Minière et Metallurgique de Russie; Hofherr-Schranz-Clayton-Schuttleworth A.-G.; Verein mährischer Zuckerraffinerien; Ködtsche Maschinenfabrik in Budapest; „Fistag“ Fettindustrie- und Stärkefabriken A.-G.; Holzindustrie A.-G. „Bucovina“; Moosbrunner Glasfabriks-A.-G.; Münchengräcker Schuhfabrik; Tiroler Aktienbrauerei Kundl; Bechert u. Komp. Drahtstifteindustrie A.-G.; Slavonische Zentralbank für Bosnien und Herzegowina; Oesterreichische Immobilienbank; Adriawerke für chemische

Industrie; Fr. A. Brofsche Sohn A.-G.; Crédit Foncier Franco-Bulgare; Ungarische Eskompte- und Wechselbank; Oesterreichische Centralbodenkreditbank; Rumänische Creditbank; Serbische Creditbank; Kroatische Eskomptebank; Deutsche Effekten- und Wechselbank; Galizische Volksbank für Landwirtschaft und Handel; Banque de Salonique.

Niederösterreichische Eskompte-Gesellschaft: Zündwaren A.-G. „Helios“; Papierfabriken Brigl u. Bergmeister in Niklasdorf; Zbirower Eisenwerke; „Semperit“ Oesterreichisch-Amerikanische Gummiverte A.-G.; Aktiengesellschaft der Wiener Ziegelwerke; Lampenfabriken Ditmar u. Brünner A.-G.; Erste Pilsener Aktienbrauerei; Steiermärkische Eskomptebank; Skodawerke.

Unionbank: Brünner elektrische Straßenbahnen; „Apollo“ Mineralöl-Raffinerie-Aktiengesellschaft; Holzhandels-Aktiengesellschaft; „Szolyva“ Ungarische Holzverholungs-A.-G.; Oesterreichische Aktiengesellschaft für Zelluloidfabrikation; Oesterreichische Aktiengesellschaft für Bauunternehmungen; Wolfsegg-Traunthaler Kohlenwerk A.-G.; Oesterreichisch-bosnische Bank A.-G.; Ungarisch-dalmatinische Verbindungsbahn.

Wiener Bankverein: Nima-Eisenwerks-Aktiengesellschaft; Vereinigte Oesterreichische Schiffahrts-Aktiengesellschaft vormals Austro-Americana u. Fratelli Cosulich; „Clotilde“ Erste ungarische Aktiengesellschaft für chemische Industrie; Oesterreichisch-amerikanische Gummifabrik-Aktiengesellschaft; Ungarische Gummiwarenfabriks-Aktiengesellschaft; Vareser Eisenindustrie-Aktiengesellschaft; Aktienbrauerei Sarajevo; Heinrichsthaler Papierfabriks-Aktiengesellschaft; Leykam-Josefsthal Aktiengesellschaft für Papier- und Druckindustrie; Oesterreichische Eisenbahn-Verkehrsanstalt; Kabelfabrik- und Drahtindustrie-Aktiengesellschaft; Kabelfabrik-Aktiengesellschaft in Preßburg; Ungarische Hanf- und Flachindustrie-Aktiengesellschaft vormals Salzmann u. Komp.; Oesterreichische Daimler-Motoren-Gesellschaft; Deutsche Petroleum-Aktiengesellschaft; Vereinigte Elbeschiffahrts-Gesellschaften; Teppich- und Möbelstofffabriken Aktiengesellschaft vormals Philipp Haas u. Söhne; Westböhmischer Bergbau-Aktienverein; Noß Stroß, Aktiengesellschaft der vereinigten Textilfabriken Siebenthal und Weißwasser; Pottendorfer Baumwollspinnerei; Weberei, Samt- und Druckfabrik-Aktiengesellschaft Fröhlich's Sohn; Neunkirchner Druckfabrik-Aktiengesellschaft; Betriebsgesellschaft der orientalischen Eisenbahnen; Privilegierte Landesbank für Bosnien und Herzegowina; Banca Commerciale Triestina; Banque Belge de Chemins de fer; Baltische Bank; Crédit Foncier Franco-Bulgare; Banque Commerciale Roumaine; Centralhypothekenbank ungarischer Sparkassen; Versicherungsgesellschaft „Der Anker“; Ungarische Eisenbahnverkehrs-A.-G.; Russische Aktiengesellschaft zur Vergrößerung der Zahl der Verkehrsmittel; Ausiliare Locazione di Vagoni-Imprese Ferroviarie; Compagnie Française pour la Location de Materiel de Transports; Aktiengesellschaft der ver-

einigten Band-, Docht- und Schnurfabriken born. J. Fasbold; Gebrüder Enderlin Druckfabrik; Erste österreichische Posamenten- und Spitzenfabrik A.-G.; A. Gerngroß; Ungarische Asphalt A.-G.; Aktiengesellschaft für Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte in Ujora; Unione Italiana fra Consumatori e Fabbricanti di Concimi e Prodotti Chimici; Bosnische Forstindustrie A.-G., Dug-Bodenbacher Eisenbahn; Gran-Szaszvarer Kohlenbergbau A.-G.; Poldihütte; Telephonfabrik A.-G. in Budapest; Oesterreichische Siemens-Schuckertwerke; Ungarische Waggon- und Maschinenfabrik A.-G.; Marchegger Maschinenfabrik; Kassenfabrik Bertheim; Brauerei „Moravia“; Brunner Aktienbrauerei; Delwerke A.-G. Kohn u. Komp.

Das sind zusammen 257 — im Jahre 1909 waren es erst 147 — zum Teil sehr große Unternehmungen, von denen sehr viele mehr als einen Betrieb, manche eine größere Anzahl Fabriken besitzen. Und alles ist von acht Stellen abhängig. Natürlich ist die Liste nicht vollständig. Denn die Banken berichten nur über die Unternehmungen, die sie gerade nennen wollen. So zählte in der im Frühjahr 1910 abgehaltenen Generalversammlung des Wiener Bankvereines ein unzufriedener Aktionär gleich neun große Unternehmungen auf, an denen seiner Behauptung nach die Bank mit vielen Millionen beteiligt ist, die sie aber alle in ihrem Berichte verschwiegen hat, weil sie passiv sind. Der Einfluß der Banken auf die Industrie ist also noch weit größer, als aus obiger Liste erhellt. Der Direktor des Wiener Bankvereines saß 1909 im Verwaltungsrat von 30 Unternehmungen.

Die Banken beherrschen und kontrollieren die Industrie aber auch noch auf andere Weise als durch die verschiedenen Arten der Beteiligung. Ihr enger Zusammenhang mit den Börsen gibt ihnen hierzu die Möglichkeit. Die Börsen, richtiger Effektenbörsen, sind Märkte, auf denen Schuldscheine, die von Privaten oder vom Staat ausgestellt sind, und Aktien gekauft und verkauft werden. Der Gesamtwert der an den europäischen Börsen gehandelten Effekten wurde für das Jahr 1900 auf 450.000 Millionen Franken (1 Fr. = 96 S., also fast 1 Mr.) geschätzt. Da nun die Preise sich fortwährend ändern und die Kurse der Aktien, die von der Höhe des Reingewinnes der betreffenden Unternehmungen und von anderen Umständen abhängig sind, bald steigen und bald fallen, gibt es an der Börse Leute, die aus diesen fortwährenden Schwankungen Gewinn ziehen wollen; sie kaufen Papiere, wenn sie glauben, daß ihre Preise steigen werden, um sie dann teurer zu

verkaufen. Oder sie verkaufen heute zum heutigen Preise Papiere, die erst in drei Monaten zu liefern sind, und rechnen damit, daß der Preis der Papiere fallen wird und sie in drei Monaten die zu liefernden Papiere zu niedrigerem Preise werden einkaufen können. Wer gut spekuliert und sich nicht irrt, der kann auf solche Weise mühelos Millionen verdienen. Von zwei Leuten, die spekulieren und miteinander ein Geschäft machen, muß aber immer einer verlieren. Beide können nicht recht behalten. Entweder irrt der eine, der ein Sinken der Preise erwartet, oder der andere, der ihr Steigen erhofft. In diese Spekulation greifen auch die Banken ein. Dank ihren ausgezeichneten Beziehungen vermögen sie die Lage viel besser als alle anderen zu beurteilen. Sie spekulieren deshalb am sichersten. Ja, da sie über viel Kapital verfügen, gelingt es ihnen oft, geradezu den Gang der Kursbewegung zu beeinflussen und so mitunter ganze Unternehmungen in ihre Hände zu bekommen. Sie ziehen also auch auf dem Wege der Spekulation aus der Industrie, aus der Arbeit des Proletariats, reichen Gewinn. Auch die Manipulationen bei der Gründung von Aktiengesellschaften und der Ausgabe von Aktien verschaffen ihnen besonderen Profit.

Wollen die kleinen Spekulanten größere Geschäfte machen, so brauchen sie fremdes Kapital. Die Banken borgen ihnen Geld, wenn sie dafür Wertpapiere (Schuldscheine, Aktien u. s. w.) zum Pfand geben und Zinsen zahlen, also einen Teil ihres Spekulationsgewinnes den Banken abtreten. Die Banken können mit den Aktien, die ihnen als Pfand gegeben worden sind, in die Generalversammlungen der betreffenden Unternehmungen gehen und stärken auch auf solche Art ihren Einfluß auf Industrie, Handel und Verkehr. Ihre wirtschaftliche Macht wird um so größer, als auch Städte und Staaten, die Geld benötigen — und in der Zeit der wahnsinnigen Nüstungen zu Wasser und zu Land steigt der Geldbedarf der Staaten — auf die Großbanken angewiesen sind. Ihr Geld regiert die ganze Welt. Alles wird ihnen untertan.

*

An großen Aktiengesellschaften und Kartellen sind oft mehrere Banken zugleich beteiligt. Darum bilden häufig große Unternehmungen und Banken zusammen eine sogenannte „Interessengemeinschaft“, die zu einem außerordentlich einflußreichen Faktor im Wirtschaftsleben wird.

Dreihundert Menschen, von denen einer den andern kennt, beherrschen nach der Meinung eines deutschen Industriekönigs das Wirtschaftsleben der Länder Europas. Von einem Tisch aus wird heute das Wirtschaftsleben ganzer Nationen gelenkt. Kein Wunder, daß alle, die nach Macht und Besitz streben, zu diesem Tische drängen und der Troß des Rothschild und der anderen Bankkönige immer größer wird. Minister und andere hohe Staatsbeamte fliehen aus dem Amt und gehen in den Dienst des Finanzkapitals. Sie kommandieren lieber Kapitalmassen als die öffentliche Verwaltung. Nicht weniger als 14 Erzellenzen sitzen in den Verwaltungsräten der Wiener Großbanken.

Die Aristokraten, die einst die Todfeinde der „Geldjuden“ waren und das christliche Volk zum Kreuzzug gegen den „Börjenschwindel“ organisierten, neigen sich heute in Ehrfurcht vor der neuen Weltmacht, die stärker ist als alle Staatsgewalt. „Geschäfte macht kein Windischgrätz!“ rief einmal entrüstet der Diktator von 1848. Die Zeiten sind anders geworden. Die stolzen Feudalherren haben sich bequemt, „allen ihren aufgeblähten Redensarten zum Troß die goldenen Äpfel aufzulesen und Treue, Liebe, Ehre mit dem Schacher in Schafwolle, Kunkelrüben und Schnaps zu vertauschen“. (Mary.) Warum auch nicht? Sie sind nur den Beispielen anderer gefolgt. In einer im Herbst 1911 im österreichischen Abgeordnetenhaus eingereichten sozialdemokratischen Interpellation wird darauf hingewiesen, daß

„die Privatdomänen des kaiserlichen Familienfonds und der Mitglieder des kaiserlichen Hauses an einigen mächtigen Kartellen beteiligt sind, so insbesondere an dem Zuckerkartell, dem Spirituskartell, an den Milchkartellen und an dem Eisenkartell. Zwar gehören die kaiserlichen Zuckerrfabriken dem Zuckerkartell nicht förmlich an, aber es ist bekannt, daß sie mit dem Zuckerkartell in engster Verbindung stehen und seine Preisfeststellungen auch ihrerseits einhalten. Von den Liebesgaben, die der Staat dem Spirituskartell gewährt, bekommen auch die Spiritusbrennereien des Kaisers und der Erzherzoge ihren Teil, was um so erstaunlicher ist, als bekanntlich der Kaiser und die Erzherzoge von der Personaleinkommensteuer befreit sind. An dem Eisenkartell ist der Erzherzog Friedrich als Hauptgläubiger und Aktionär der Oesterreichischen Berg- und Hüttenwerksgesellschaft beteiligt, und zur Verteuerung der Milch hat niemand mehr gedrängt als die Domänenverwaltung desselben Erzherzogs.“

Im Mai 1912 wurde gemeldet, daß an einer ägyptischen Frucht- und Waldfarmengesellschaft der König von Württemberg, der

Serzog von Sachsen-Koburg-Gotha und andere regierende Fürsten beteiligt sind. Der König von Montenegro hat den Balkankrieg zu umfangreichen Börsenspekulationen benützt. Auch die Kirche ist unter die Geschäftemacher gegangen. Im Jahre 1913 wurde die Fünfzigjahrfeier der „Bénédictine“, der kirchlichen Likörfabrik in Frankreich, mit einem — wie der Bericht der Veranstalter es nennt — „zugleich religiösen, kaufmännischen und sozialen Feste“ begangen. Ein Erzbischof segnete die neuen Betriebsstätten. Das Herrenhaus ist ein Tummelplatz industrieller Interessenten geworden. Anfangs 1911 waren nicht weniger als 71 Herrenhausmitglieder Verwaltungsräte oder Direktoren von Aktiengesellschaften. Viele andere sind Besitzer eigener Industrieunternehmungen. Auch in den Leitungen der Banken wimmelt es von Adelligen. In den Verwaltungsräten der zehn großen Wiener Banken saßen im Jahre 1912 68 Adelige: 2 Prinzen, 1 Fürst, 1 Markgraf, 14 Grafen, 2 Barone, 14 Freiherrn, 8 Edle von, 15 Ritter von und 11 gewöhnliche „von“. Allem „Standesbewußtsein“ zum Trotz frönen die Aristokraten dem Börsenspiel und tummeln sich auf dem Geldmarkt in Ehrerbietung vor dem Gözen Kapital. So stehen heute im Gefolge der Finanzkapitalisten alle herrschenden Klassen.

Die geborenen und erkorenen „Führer des christlichen Volkes“ haben mit der Börse Frieden geschlossen. Im Trauergefolge der Rothschild und Lauffig erschienen die christlichsozialen Bürden-träger, die Börsenkammer widmete 1000 Kr. zur Erbauung des Queger-Denkmals. Gekmann hat eine Baukreditbank gegründet, die 17 Prozent Dividende zahlt. Die das Großkapital vernichten wollten, haben sich mit dem Kapitalismus „abgefunden“. Auch Rom selbst und das Finanzkapital halten gute Freundschaft. Als im Frühjahr 1907 die französische Regierung die Papiere des Pariser päpstlichen Botschafters Montagnini beschlagnahmte, fand sich ein Brief an ihn, der aus Rom gekommen war und in dem es hieß: „Ich erhielt vom Kardinal Don Pietro den Auftrag, Ihnen 100.000 Francs zu schicken. Seine Eminenz schreibt mir, Sie sollen das Geld in der Bank Rothschild auf Rechnung des Kirchenvermögens hinterlegen.“ Als der Pariser Rothschild starb, schrieb Kardinal Merry del Val an Montagnini: „Die Zeitungen zeigen den Tod des Baron Rothschild an. Drücken Sie der Familie die Gefühle trauernder Sympathie Seiner Heiligkeit aus Anlaß dieses traurigen Ereignisses aus.“ Die „Führer der deutschen Nation“ sind unter die

Bankspekulanten gegangen. Ihre „nationale“ Politik wird mehr und mehr durch die Interessen der Fabrikanten bestimmt. „Nach Golde drängt, am Golde hängt doch alles!“ Von dem Tisch der Reichsten, auf dem sich das Gold immer von neuem häuft, suchen sie ihren Teil zu erhaschen.

Aber drunten in den Tiefen hausen die Enterbten, Millionen an Zahl. Nach dem Kommando der obersten Hundert müssen sie schaffen, heute nach mörderischer Ueberarbeit zusammenbrechen, morgen vielleicht wieder samt Weib und Kind hungern, heute hier und morgen dort ihre Knochen zu Markte tragen, wie das Kapital es befiehlt. Im Prunksaal eines Bankpalastes der Hauptstadt setzen sich ein paar Geldkönige zur Beratung zusammen; von ihren Beschlüssen hängt das Schicksal von Millionen Menschen ab. Auf ihr Geheiß öffnen und schließen sich die Tore hunderter Fabriken, nach ihrem Willen beleben sich die Arbeitsstätten oder zieht Totenstille ein, wo ehen noch Hämmer erdröhnten und Maschinen jurten. „Alle Menschen sind frei.“ „Alle Menschen sind gleichberechtigt.“ So rufen stolz die Soldschreiber der heutigen Ordnung. Gott selbst — so verkünden sie frohlockend — hat alles in seiner unendlichen Weisheit und Güte so eingerichtet. Aber in der graufigen Wirklichkeit befehlen einige wenige, denen ihr geheiligtes Eigentum Macht gegeben hat über die Erde samt allem, was auf ihr atmet.

Einst hieß es: „Handwerk hat einen goldenen Boden.“ „Jeder ist seines Glückes Schmied.“ Dem Proletarietkind von heute ist sein Lebensweg von der Stunde der Geburt an vorgegeschrieben. Es ist verurteilt zu lebenslänglicher Arbeit für das Kapital.

Gibt es kein Entrinnen? Doch! Die weltumspannende Macht des Kapitals war nicht von Anfang da. Wir sehen sie werden, wir sehen, wie sich alles formt und ändert, wie dieselbe Entwicklung, die zum höchsten Triumph des Kapitals führt, auch die Kräfte weckt, die das drückende Joch brechen werden, das auf der arbeitenden Menschheit lastet.

Sie wird sich selbst erlösen, wenn sie den Weg e r k e n n t, der zur Erlösung führt, und wenn sie den Willen hat, ihn furchtlos zu gehen.

10. Dem Sozialismus entgegen!

Diese gewaltige Entwicklung zur Konzentration des Kapitals und der Betriebe, die sich in unseren Tagen vollzieht und die höch-

sten Formen kapitalistischer Wirtschaft reifen läßt, schafft damit auch die Grundlagen für eine künftige Wirtschaftsordnung.

„Zimmer mehr — so sagt das österreichische Parteiprogramm — macht die Verdrängung der Einzelproduktion auch den Einzelbesitz überflüssig und schädlich, während zugleich für neue Formen genossenschaftlicher Produktion auf Grund gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln die notwendigen geistigen und materiellen Vorbedingungen geschaffen werden.“

Im Erfurter Programm heißt es:

„Das Privateigentum an Produktionsmitteln, welches ehemals das Mittel war, dem Produzenten das Eigentum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriieren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum, und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger, harmonischer Vervollkommnung werde.“

Man hat der Sozialdemokratie oft entgegengerufen, daß die kapitalistische Wirtschaftsordnung unabänderlich sei, weil die Produktion nur im Konkurrenzkampf sich entfalten könne und der Unternehmer als der am Erfolge seiner Mühe interessierte Leiter der Arbeit unentbehrlich sei. Sein Gewinn sei der Lohn für seine Kenntnisse, die er in den Dienst seines Unternehmens stelle, für seine Umsicht und seine Plage. Dieses Argument ist zwar nie richtig gewesen, in unserer Zeit wird ihm aber jede Grundlage entzogen. Einst war der Unternehmer wirklich ein tüchtiger Kaufmann, der gut zu kaufen und zu verkaufen verstand; er schaffte dem Unternehmen, dem er seine ganze Kraft widmete, ein großes Absatzgebiet. Oder er war ein hervorragender Techniker. Seine Erfindungen verwertete er in seiner Fabrik, er war wirklich der technische Leiter des

Unternehmens. Sein Eigentum ist zwar ein Ausbeutungs- und Herrschaftseigentum, aber teilweise noch, was das Eigentum in alter Zeit ausschließlich gewesen ist: Arbeitseigentum. Der Unternehmer, der selbst der technische oder kaufmännische Leiter seines Unternehmens ist, läßt Proletarier, also Leute, die keine Arbeitsmittel besitzen, mit seinen Arbeitsmitteln gegen Lohn arbeiten und nimmt dafür den Ertrag ihrer Arbeit für sich; er ist also ein Ausbeuter; sein Eigentum ist Ausbeutungseigentum, und da der Unternehmer so die Arbeiter von sich abhängig macht und über sie herrscht, so ist sein Eigentum auch Herrschaftseigentum. Er selbst arbeitet aber auch mit. Er steht zwar nicht an der Maschine, aber er leitet die Arbeit — und das ist oft eine recht sorgenvolle Aufgabe; das Gespenst des Bankrotts kann sich leicht zeigen. So ist sein Eigentum in gewisser Hinsicht auch noch Arbeitseigentum.

Als das Privateigentum entstand und die Ackerflur nicht mehr periodisch verteilt wurde, sondern dem Bearbeiter verblieb, da war das Eigentum reines Arbeitseigentum. Der Bauer wurde der Herr seiner Arbeitsmittel; was er dem Stück Erde, das sein war, mit seiner Hände Fleiß abrang, dieser Ertrag seiner Arbeit war sein. Im Schweiß seines Angesichts mühte er sich auf seiner Ackerflur, mit seinem Eigentum. Arbeitseigentum ist auch das Eigentum des kleinen Handwerkers. In seiner Werkstatt müht sich der Handwerker, mit seinem Werkzeug von ihm gekauftes Rohmaterial zu verarbeiten. Das Arbeitsprodukt ist sein Eigentum. Keines Arbeitseigentum ist stets klein, der Befriedigung der Bedürfnisse des Arbeitenden dienend, dessen Befähigung für die Verwertung des Eigentums entscheidend ist. Geht das Arbeitseigentum in Herrschaftseigentum über, so kommt es nicht mehr auf die technischen Fähigkeiten des Eigentümers an. In der Hand eines großen Kapitalisten vereinigen sich mannigfache Betriebe, deren Leitung dem einzelnen gar nicht mehr möglich ist. Anfang Jänner 1911 starb der Chef der Firma F. Ad. Richter, als „Steinbaukastenrichter“ weit bekannt. Zu seiner Firma gehörten:

In Rudolstadt: eine chemisch-pharmazeutische Fabrik, eine Steinbaukastenfabrik, eine Schokolade- und Zuckerwarenfabrik, eine Fabrik für mechanische Musikwerke und Schallplatten, eine Buch- und Kunstbdruckerei, ein Sägewerk, eine Maschinenbauanstalt sowie das berühmte Rudolfsbad mit großem Kurpark; in Nürnberg: eine Lebkuchen- und Zuckerwaren-

fabrik; in Konstein: Glashüttenwerke; in Leipzig: die größte Verlags- und Lehrmittelanstalt Deutschlands: vormals Dr. Oskar Schneider; in Berlin: Anker-Phonogrammgesellschaft; in Prag: die Apotheke „Zum goldenen Löwen“; in Wien-Gießing: die allbekannte Steinbaukastenfabrik.

Nicht persönliche Fähigkeiten, sondern die Kapitalmacht wird in unserer Wirtschaftsordnung für die Stellung des Menschen entscheidend.

Der Ausbeutungscharakter tritt am klarsten beim Eigentum modernster Art zutage. Wem gehört eine Aktiengesellschaft? Wir setzen den Fall, ihr Stammkapital beträgt eine Million Kronen. Tausend Aktien zu je tausend Kronen setzen es zusammen. Sie gehören verschiedenen Leuten. Sie haben die Aktien heute an der Börse gekauft, um sie am anderen Tage teurer zu verkaufen. Mit dem Unternehmen selbst hat der Aktionär nichts zu tun. Er hat nicht mehr seine Leitung inne, die Aktiengesellschaften stellen Kaufleute und Techniker als Leiter an. Was einst des Kapitalisten Tätigkeitsfeld war, ist heute Aufgabe von Lohnarbeitern, wenn auch von oft hochbezahlten. Der Aktionär hat die Unternehmungen, deren Aktien er besitzt, in der Regel nicht einmal gesehen. Sicherlich weiß er oft auch nicht einmal, wo sie stehen. Er kommt nur in die Generalversammlung und heischt seinen Anteil am Gewinn, seine Dividende. Er ist ja Eigentümer! Er stellt nicht mehr seine Fähigkeiten in den Dienst der Sache — er hat ja keine! Er entwickelt keine Tätigkeit, man wollte denn das Couponschneiden als solche bezeichnen! Und doch ist die Macht seines Eigentums gewaltiger als die des Zunftmeisters von einst, der mit seinen Gesellen gearbeitet hat. Des Handwerkers Herrschaft endete an der Tür der Werkstatt. Die Aktiengesellschaft, das Kartell oder gar der Trust beherrschen einen ganzen Industriezweig, den Banken sind Hunderte von Unternehmungen untertan.

Das Eigentum verschafft heute Macht über die Reichtümer der Erde, über Millionen Menschen — für die müßigen Besitzer. Es ist seines Sinnes entkleidet worden. Niemand mehr wird sagen können, die Welt könne nicht bestehen, wenn die Unterehmer, die weisen Leiter der Produktion, nicht da wären. Niemand kann mehr behaupten, kein Fortschritt sei möglich ohne Konkurrenzkampf. Wir sind nicht barbarisch und wünschen niemand ein schreckliches Ende. Aber wenn die Erde ihren Spalt öffnete und verschlänge die Müßig-

gänger, die von ihrer Aktien Ertrag leben — wer wagt zu behaupten, daß die Produktion ins Stocken geriete? Die Eigentümer der großen Produktionsstätten mögen verschwinden — die Arbeit in den Betrieben wird nicht einen Augenblick unterbrochen werden, in dem großen Räderwerk ist der Eigentümer nicht ein winziges Teilchen, nicht der Leiter des Ganzen, er — einst die Seele der Produktion: erst der alleinige Arbeiter, dann der Helfer, später der Aufseher, der Leiter des Unternehmens oder Techniker oder Organisator des Handels — ist heute nichts, er hat seine Funktionen an bezahlte Lohnarbeiter abgegeben und ist — überflüssig geworden. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung, zu deren Entfaltung der durch die Profitgier angeeiferte Unternehmer unentbehrlich war, hat heute die Persönlichkeit des Unternehmers, des Eigentümers ausgeschaltet; sie hat mit der Einzelproduktion heute auch schon den Einzelbesitz überflüssig gemacht und die Formen für eine neue Produktionsweise geschaffen.

Die Produktion ist heute schon und wird immer mehr gesellschaftlich: große Massen von Arbeitern sind in wenigen Betrieben vereinigt. Sie arbeiten aber nicht für sich, sondern für die Eigentümer, die sie nie gesehen haben, deren Namen sie oft nicht einmal kennen. Das ganze Volk arbeitet; aber der Ertrag seiner Arbeit eignet den großen Kapitalisten, die müßig gehen. Einst hieß es: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen!“ Heute hungern viele, trotzdem sie arbeiten — und mancher weiß nicht, was Arbeit heißt, dennoch strömen ihm Reichtümer zu! Wir wollen ihnen nicht die Kassen plündern, wollen nicht „teilen“, wie man uns vorwirft. Wir wollen das Volk, das heute in der Kapitalisten Fock gespannt ist, zum Herrn der Arbeitsmittel machen, an denen es arbeitet; wir wollen das alte Arbeitseigentum in neuer Form wiederherstellen. Eine Gesellschaftsordnung, die nicht auf dem Privateigentum an Arbeitsmitteln beruht wie die gegenwärtige, sondern in der die Arbeitsmittel vergesellschaftet, mit einem lateinischen Ausdruck bezeichnet: sozialisiert sind, nennt man sozialistisch. Die großen Fabriken, die Bergwerke, die Eisenbahnen: was heute den müßigen Reichen eignet, soll in den Besitz des arbeitenden Volkes kommen, soll Volkseigentum werden! Die Wunderwerke der Technik sollen nicht zerstört, sondern nur ins Eigentum derer gebracht werden, die sie geschaffen haben und die an ihnen

arbeiten: das ist der Sinn des Sozialismus, das wollen die Sozialdemokraten!

Die kapitalistische Wirtschaftsordnung wurde eingeleitet durch eine blutige, grausame Umwälzung: die Masse des Volkes wurde enteignet (expropriert) und so das Proletariat geschaffen. Es war eine Expropriation der Vielen zugunsten einer Minderheit, der Ahnen der heutigen Kapitalistenklasse. Heute hat sich die kapitalistische Wirtschaftsordnung, ihren Gesetzen folgend, so weit entwickelt, daß die Zeit für eine neue Expropriation mit umgekehrtem Zweck heranreift. Die alte hat alles dem Volk genommen und den Kapitalisten gegeben, die künftige Expropriation wird wenigen Kapitalisten etwas nehmen und dem Volke zurückergeben, was sein Fleiß geschaffen hat. Das Gute, das der Kapitalismus gebracht hat, nämlich die Steigerung der Ergiebigkeit der Arbeit durch die Maschinen, soll bleiben; aber es soll dem ganzen Volk zugute kommen.

Das ist kein phantastisches Projekt eines falschen Propheten, der das Volk verwirren will; das ist kein Aberglaube eines einfältigen Menschen. Der Kapitalismus schafft selbst die Vorbedingungen für diesen Umsturz, indem er ihn wirtschaftlich und technisch möglich macht durch die Konzentration des Kapitals und der Betriebe. Er schafft selbst die Waffen, die ihm den Tod bringen. Aber diese Waffen müssen auch von jemand geschwungen werden. Der Kapitalismus macht die Expropriation auf einer gewissen Stufe seiner Entwicklung wirtschaftlich möglich — aber es muß sie jemand vollziehen. Es müssen also Menschen da sein, die ein starkes Interesse an einem solchen Umsturz der Dinge haben und auch die Macht besitzen, ihn zu vollbringen. Auch hiefür sorgt die kapitalistische Entwicklung; sie schafft und vermehrt ja das Proletariat, die besitzlosen Arbeitenden. Das Proletariat muß die Macht erobern, um die Expropriation der Kapitalisten vollziehen zu können. Und es kann die Macht nur erobern in einem gewaltigen Ringen, im Klassenkampf.

Der Sozialismus

1. Der Sozialismus — das Ziel der Arbeiterbewegung!

Der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie beginnt mit seiner Existenz. Von Anbeginn empfanden die Arbeiter den Gegensatz zu den Kapitalisten, und kaum daß die moderne Industrie die Arbeiter in das tiefste Elend hinabstürzte, erhoben sie sich da und dort zum Kampf. Freilich war es kein planmäßiger Kampf einer organisierten Armee; es war ein wilder Kampf der Ent-erbten, die sich an verschiedenen Orten gegen ihre Ausbeuter zur Wehr setzten. Sie sahen begreiflicherweise nur, was ihnen in die Augen stach. Da stand die schmutzige Fabrik vor ihnen, deren Tor sich des Morgens hinter ihnen schloß und die sie erst verlassen durften, wenn die Sonne sank. Gegen die Zwingsburg zu stürmen, die sie gefangen hielt: das war der nächstliegende Gedanke. So leuchtete denn in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts der lodernde Brand zerstörter Fabriken gen Himmel. Der Feuerschein gab Kunde von dem Aufbäumen der Scharen, die der aufstrebende Kapitalismus zur Fronarbeit zwang. Da standen die Maschinen, die Ungetüme, zu deren Bedienung das Kapital Frauen und Kinder aus der Wohnstube gerissen hat; da surrten die eisernen Kolosse, welche die Männer aus der Werkstätte verdrängt hatten. Leblose Ungeheuer arbeiteten statt der Menschen und die Menschen mußten hungern. War's ein Wunder, daß der Arbeiter, der wegen der Maschine brotlos wurde, die Maschine als seinen Feind betrachtete, der an allem Elend schuld sei? Los auf die Maschinen! ward die Parole im Kampfe. Das Zerstören der Maschinen nahm vor hundert Jahren in England derart überhand, daß man darauf die Todesstrafe setzte. Auch in vielen Gegenden Oesterreichs erstürmten in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts empörte Arbeiter so manche Fabrik und vernichteten die Maschinen, durch deren Einführung sie dem Hunger überliefert worden waren. Die Arbeiter von damals erkannten ihren wahren Feind noch nicht. Sie dachten noch nicht daran, daß die Maschinen nur Unheil stiften, weil sie in den Händen der Kapitalisten sind, und erhofften eine

Vinderung ihres Elends, wenn die Wiederherstellung der alten Produktionsverhältnisse gelinge.

Dieser Gedanke, der heute noch große Massen der Handwerker beherrscht, blieb auch unter den Arbeitern noch lange lebendig. Vereinzelt kommt er heute noch vor. So haben im Jänner 1913 in Lemberg arbeitslose Schuhmacher die Auslagenfenster des Ladens einer Schuhfabrik zertrümmert und die Waren vernichtet. Häufiger als die Zertrümmerung der Maschinen strebten die Arbeiter in früherer Zeit ein gesetzliches Verbot der neuen Arbeitsmittel an. Von der Hemmung der kapitalistischen Entwicklung durch zünftlerische Gesetze erhofften nicht bloß Kleinbürger die Erhaltung ihrer Selbständigkeit, sondern auch Arbeiter eine bessere Zeit.

Erst der Sozialismus verschaffte den Arbeitern einen Einblick in das Räuberwerk der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, zeigte ihnen, worin ihr Elend wurzelt, und wies ihnen den Weg, es zu beseitigen.

Worin besteht denn die Ausbeutung? Der Kapitalist geht auf den Markt und holt sich Arbeiter. Er bietet ihnen für den zehnstündigen Arbeitstag Lohn an, zum Beispiel 4 Kr., so viel, wie der Arbeiter für sich und die Seinen zum notdürftigen Lebensunterhalt braucht. Er legt dem Arbeiter Werkzeug und Material hin und dieser beginnt nun mit der Arbeit. Er soll schneiden. Um 7 Uhr früh hat er begonnen. Ehe er mittags die Arbeit unterbricht, ist eine Hose fertig geworden. Wie er sie ansieht, beginnt er zu denken: Der Stoff, den ich verarbeitet habe, war samt Zugehör 10 Kr. wert. Für die Hose zahlt jeder Käufer 14 Kr. Durch meine Arbeit ist Wert entstanden, just so viel, wie mein Taglohn ausmacht. Der Geldmann, der dem Schneider vier Kronen versprochen hat, bekommt sie sofort wieder herein, wenn der nächste Käufer die Hose nimmt. Damit begnügt er sich aber nicht; er will ja Profit. Wozu sollte er sonst die Arbeiter anwerben? Der Schneider muß nach dem Essen wieder kommen. Vor Feierabend hat er abermals eine Hose fertig, wieder vier Kronen Wert geschaffen. Sie sind der Gewinn des Händlers, der keinen Finger gerührt hat. Er hat den Schneider nicht geprellt. Sie hatten ja miteinander vereinbart, daß des Schneiders Lohn für den ganzen Tag vier Kronen sei. Der Arbeiter erhält den Lohn; der Wert, den er schafft, gehört dem Kapitalisten. Und der Lohn ist stets nur ein Bruchteil des Wertes, den der Arbeiter schafft. Je rascher der

Arbeiter zu arbeiten vermag, desto mehr Wert schafft er dem Kapitalisten. Der Lohn ist im Durchschnitt so groß, daß der Arbeiter eben knapp davon leben kann. Der Wert, den er schafft, ist weit größer; er eignet dem Kapitalisten. Der Arbeiter muß mit seinem Lohn auf dem Markt von dem kaufen, was er selbst erzeugt. Wenn viele Arbeiter zusammen arbeiten und jedes einzelnen Wert und dessen Wert nicht gesondert erkennbar ist, bleibt dennoch das Verhältnis das gleiche. Die Sache erscheint so einfach und doch dauerte es lange, ehe die Arbeiter sahen, worin ihre Ausbeutung besteht. Im finsternen Mittelalter war's deutlich: Drei Tage in der Woche arbeitete der Bauer auf dem eigenen Grunde, drei Tage bestellte er das Feld des Herrn. Der Frondienst war ein harter Zwang, aber die Ausbeutung lag klar zutage, während sie heute verschleiert ist. Dennoch dringt die Erkenntnis vor, und der Kampf um den Wert, den die Arbeit geschaffen hat, zieht immer weitere Kreise.

Sich einen stets größeren Anteil am geschaffenen Wert zu erobern, muß das nächste Ziel der Arbeiter sein; die Zeit, in der sie Mehrwert für den Kapitalisten schaffen, möglichst stark abzukürzen, muß ihre nächste Aufgabe sein. Die Produktionsmittel, die dem Kapitalisten die Ausbeutung der besitzlosen Proletarier ermöglichen, nicht zu zerstören, nicht zu verbieten, sondern in ihren Besitz zu bringen, muß das letzte Ziel der Arbeiterbewegung sein. Solange die Kapitalisten die Produktionsmittel (Maschinen, Bergwerke u. s. w.) besitzen und die Proletarier besitzlos sind, werden sie stets ihre Arbeitskraft den Besitzern der Produktionsmittel verkaufen müssen, um leben zu können, und so Mehrwert für die Kapitalisten schaffen. Sie können die Ausbeutung lindern, indem sie sich durch Erhöhung des Lohnes und Verkürzung des Arbeitstages einen größeren Teil vom Werte sichern, den sie geschaffen haben. Aber es kann immer nur ein Teil sein. Erst wenn die Arbeiter selbst die Herren der Produktionsmittel sind, brauchen sie nicht für andere zu schaffen, sondern können für sich selbst arbeiten und kann ihnen der ganze Wert gehören, den sie schaffen.

Man hat der Sozialdemokratie vorgeworfen, daß sie eine allgemeine Teiferei anstrebe. Wir sehen, daß dieser Vorwurf falsch ist. So bescheiden, wie unsere Gegner glauben, sind wir nicht. Wir wollen nicht teilen, wir wollen alles haben. Es ist das Kennzeichen gerade der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, daß geteilt wird. An jedem Samstag teilt der Unternehmer mit seinen Arbeitern.

Ihnen schiebt er die Lohnkronen zu, sich selbst teilt er den Löwenanteil zu, indem er sich das Arbeitsprodukt der Woche behält. Dieser Teilerei will der Sozialismus ein Ende machen, indem er die arbeitenden Menschen in den Besitz der Arbeitsmittel bringt, so daß ihnen der ganze Arbeitsertrag zufällt und sie mit niemand mehr zu teilen brauchen.

Was bedeutet der Sozialismus? Wir haben die Frage bereits beantwortet: Die Produktionsmittel sollen in den Besitz des ganzen Volkes kommen!

Und wie kann die Ausbeutung beseitigt werden? Wie kann der Zustand verschwinden, daß die Arbeiter die Früchte ihrer Arbeit mit den faulenzenden Besitzern der Arbeitsmittel teilen, und zwar so teilen müssen, daß ihnen nur Brot bleibt? Indem die Arbeiter die Herren der Arbeitsmittel werden, also die sozialistische Gesellschaft anstreben!

So sehen wir: jeder Arbeiter, der die Ausbeutung ernstlich bekämpfen will — und welcher denkende Proletarier wollte das nicht! — muß Sozialist sein; jede zielbewußte Arbeiterbewegung muß sozialistisch werden!

*

Daß die Arbeiterbewegung nicht von Anfang an sozialistisch war, darf uns nicht wundern. Sie begann ja schon zu einer Zeit, in der die kapitalistische Wirtschaftsordnung selbst noch jung war und in der niemand den Gang ihrer Entwicklung zu erkennen vermochte. Erst seitdem die großartige Entfaltung der Produktivkräfte die Ergiebigkeit der Arbeit ungeheuer gesteigert hat und immer gewaltigere Macht in den Händen einzelner Kapitalistengruppen vereinigt wird, sehen wir deutlich, wohin die wirtschaftliche Entwicklung steuert, und erkennen wir klarer, woran wir sind. Die Beseitigung der Ausbeutung durch Ueberführung der Arbeitsmittel in den Besitz des ganzen Volkes erscheint jetzt nicht nur als notwendig, sondern auch als möglich.

Darum sagt das österreichische Parteiprogramm:

„Je mehr aber die Entwicklung des Kapitalismus das Proletariat anschwellen macht, desto mehr wird es gezwungen und befähigt, den Kampf gegen ihn aufzunehmen. Immer mehr macht die Verdrängung der Einzelproduktion auch den Einzelbesitz überflüssig und schädlich, während zugleich für neue Formen genossenschaftlicher Produktion auf Grund gesellschaftlichen Eigen-

tums an den Produktionsmitteln die notwendigen geistigen und materiellen Vorbedingungen geschaffen werden. Zugleich kommt das Proletariat zum Bewußtsein, daß es diese Entwicklung fördern und beschleunigen muß und daß der Uebergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesamtheit des Volkes das Ziel... seines Kampfes für die Befreiung der Arbeiterklasse sein muß.“

Im Erfurter Programm heißt es:

„Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger, harmonischer Bervollkommnung werde.“

Die Arbeiterbewegung mit sozialistischem Ziele hat jetzt zum erstenmal in der Geschichte Aussicht auf Erfolg, ja noch mehr: die Bürgschaft für den Sieg. Was der Wille der Arbeiter, die Sehnsucht der Ausgebeuteten ist, das ist das Ziel, dem die kapitalistische Entwicklung selbst zutreibt, für dessen Erreichung sie die wirtschaftlichen Vorbedingungen schafft. Darum konnte Lassalle den Arbeitern zurufen: „Sie sind in der glücklichen Lage, daß dasjenige, was ihr wahres persönliches Interesse bildet, zusammenfällt mit dem zuckenden Pulsschlag der Geschichte, mit dem treibenden Lebensprinzip der sittlichen Entwicklung. Sie können daher sich der geschichtlichen Entwicklung mit persönlicher Leidenschaft hingeben und gewiß sein, daß sie um so sittlicher dastehen, je glühender und verzehrender diese Leidenschaft ist.“

Sonst wäre der Sozialismus nur ein Traum, nichts weiter. Sozialistische Träumer tauchen in der Tat in der Geschichte auf, seit es eine kapitalistische Wirtschaftsordnung gibt und sogar noch länger. Aber die Besitzergreifung der sämtlichen Arbeitsmittel durch das Volk „konnte erst möglich, erst geschichtliche Notwendigkeit werden, als die tatsächlichen Bedingungen ihrer Durchführung vorhanden waren. Sie, wie jeder andere gesellschaftliche Fortschritt, wird ausführbar nicht durch die gewonnene Einsicht, daß das Dasein

der Klassen der Gerechtigkeit, der Gleichheit u. s. w. widerspricht, nicht durch den bloßen Willen, diese Klassen abzuschaffen, sondern durch gewisse neue ökonomische Bedingungen. Die Spaltung der Gesellschaft in eine ausbeutende und eine ausgebeutete, eine herrschende und eine unterdrückte Klasse war die notwendige Folge der früheren geringen Entwicklung der Produktion. Solange die gesellschaftliche Gesamtarbeit nur einen Ertrag liefert, der das zur notdürftigen Existenz aller Erforderliche nur um wenig übersteigt, solange also die Arbeit alle oder fast alle Zeit der großen Mehrzahl der Gesellschaftsglieder in Anspruch nimmt, so lange teilt sich die Gesellschaft notwendig in Klassen. Neben der ausschließlich der Arbeit frönenden großen Mehrheit bildet sich eine von direkt produktiver Arbeit befreite Klasse, die die gemeinsamen Angelegenheiten der Gesellschaft besorgt: Arbeitsleitung, Staatsgeschäfte, Justiz, Wissenschaften, Künste u. s. w. Es ist also das Gesetz der Arbeitsteilung, das der Klassenteilung zugrunde liegt. Aber das hindert nicht, daß diese Einteilung in Klassen nicht durch Gewalt und Raub, List und Betrug durchgeführt worden und daß die herrschende Klasse, einmal im Sattel, nie verfehlt hat, ihre Herrschaft auf Kosten der arbeitenden Klasse zu befestigen und die gesellschaftliche Leitung umzuwandeln in gesteigerte Ausbeutung der Massen. . . Die Möglichkeit, vermittelt der gesellschaftlichen Produktion allen Gesellschaftsgliedern eine Existenz zu sichern, die nicht nur materiell vollkommen ausreichend ist und von Tag zu Tag reicher wird, sondern die ihnen auch die vollständige freie Ausbildung und Betätigung ihrer körperlichen und geistigen Anlagen garantiert, diese Möglichkeit ist jetzt zum erstenmal da, aber sie ist da". (Engels.) Der Kapitalismus hat die Ursachen der Spaltung der Menschen in Klassen aus der Welt geschafft; er hat in den großen Fabriken, in den riesenhaften Verkehrsanlagen die Arbeitsstätten der Zukunft angelegt und eine ungeheure Steigerung der Ergiebigkeit der Arbeit ermöglicht. Er hat es dazu gebracht, daß das Privateigentum mehr und mehr überflüssig wird. Er schafft und stärkt das Proletariat, das der Todfeind dieser Wirtschaftsordnung sein muß, die den Ertrag der Arbeit den Arbeitenden vorenthält und sie mit kärglichem Lohne abspeist. So verbürgt die kapitalistische Entwicklung dem Proletariat den Sieg, wenn es den Willen hat, die Ausbeutung zu beseitigen.

Es muß den Willen haben und dafür kämpfen, denn niemand anderer hat ein Interesse daran. Darum ist die Sozialdemokratie

eine Arbeiterpartei, ist sie die Arbeiterpartei: weil nicht bloß ihre Gegenwartsforderungen, sondern auch ihr letztes Ziel durch das Interesse der Arbeiter bestimmt sind, nur die Arbeiter als Klasse ein Interesse daran haben, sie durchzuführen. Die Sozialdemokratie ist also eine Klassenpartei, die Vertretung der Arbeiterklasse. Arbeiter aber sind nicht nur die, die so heißen, vielmehr auch solche, die es nicht zu sein scheinen, die es gar nicht sein wollen. Die meisten Angehörigen des neuen Mittelstandes, die alle möglichen Titel haben: was sind sie anderes als Lohnarbeiter? Große Massen aus dem alten Mittelstand, kapitalshörige Handwerker, arme Kleinbauern und Häusler gehören ihrer Wirtschaftslage und ihren Interessen nach zur Arbeiterklasse. Mit Zug und Recht, ohne ihren Klassencharakter aufzugeben, tritt die Sozialdemokratie als ihre Sachwalterin auf. Das Klasseninteresse, das sie vertritt, wird heute das wahre Gesamtinteresse. Denn die Arbeiterklasse, in dem oben bezeichneten Sinne genommen, bildet in entwickelten Ländern zwei Drittel, sogar vier Fünftel der Nation. Nicht die sogenannten „Volksparteien“, die aller Klassen Interesse zu vertreten vorgeben, sich aber, vor eine Entscheidung gestellt, stets als Vollstrecker des Willens der besitzenden Minderheit zeigen, vertreten das wahre Gesamtinteresse. Nur wer rücksichtslos das Arbeiterinteresse wahrt, handelt im Sinne der übergroßen Mehrheit, der Gesamtheit, handelt wahrhaft national. „Wer dafür kämpft, den Massen Leben und Gesundheit zu erhalten, der kämpft für die Stärke und Zukunft unseres Vaterlandes“, sagte am 20. Mai 1904 der reichsdeutsche Staatssekretär Graf Posadowsky.

Die Arbeiterklasse strebt keine Vorrechte mehr an, keine Sonderrechte und keinerlei Unterdrückung. Sie ist, wie Lassalle sagt, „der letzte und äußerste, der enterbte Stand der Gesellschaft, welcher keine ausschließende Bedingung weder rechtlicher noch tatsächlicher Art, weder Adels, noch Grundbesitz, noch Kapitalbesitz mehr aufstellt und aufstellen kann, die er als ein neues Privilegium gestalten und durch die Einrichtungen der Gesellschaft hindurchführen könnte... Dieser vierte Stand, in dessen Herzfalten daher kein Keim einer neuen Bevorrechtung mehr enthalten ist, ist eben deshalb gleichbedeutend mit dem ganzen Menschengeschlecht. Seine Sache ist daher in Wahrheit die Sache der gesamten Menschheit, seine Freiheit ist die Freiheit der Menschheit selbst, seine Herrschaft ist die Herrschaft aller. Wer also die Idee des Arbeiterstandes als das herrschende Prinzip der Gesellschaft

anruft, . . . der stößt nicht einen die Klassen der Gesellschaft spaltenden und trennenden Schrei aus; der stößt vielmehr einen Schrei der *V e r s ö h n u n g* aus, einen Schrei, der die ganze Gesellschaft umfaßt, einen Schrei der Ausgleichung für alle Gegensätze in den gesellschaftlichen Kreisen, einen Schrei der Einigung, in den alle einstimmen sollten, welche Bevorrechtung und Unterdrückung des Volkes durch privilegierte Stände nicht wollen, einen Schrei der *L i e b e*, der, seitdem er sich zum ersten Male aus dem Herzen des Volkes emporgerungen, für immer der wahre Schrei des Volkes bleiben und um seines Inhalts willen selbst dann noch ein Schrei der Liebe sein wird, wenn er als Schlachtruf des Volkes ertönt“.

Darum schließen sich häufig der Arbeiterbewegung heute auch Intellektuelle an, die in der sozialdemokratischen Arbeiterpartei die Vertretung der Kulturinteressen, die Kämpferin nicht nur für die wirtschaftliche, sondern auch für die geistige Befreiung des Volkes sehen, und die sich zum Verständnis der sozialistischen Bewegung hinaufgearbeitet haben. „In Zeiten, wo der Klassenkampf sich der Entscheidung nähert, nimmt der Auflösungsprozeß innerhalb der herrschenden Klasse, innerhalb der ganzen alten Gesellschaft, einen so heftigen, so grellen Charakter an, daß ein kleiner Teil der herrschenden Klasse sich von ihr losjagt und sich der revolutionären Klasse anschließt, der Klasse, welche die Zukunft in ihren Händen trägt. Wie daher früher ein Teil des Adels zur Bourgeoisie überging, so geht jetzt ein Teil der Bourgeoisie zum Proletariat über.“ (Marx.)

Den *A r b e i t e r* führt der *W e g n a t u r g e m ä ß* zur Sozialdemokratie; an ihn vor allem wendet sich die sozialdemokratische Agitation. Darum sagt das österreichische Programm:

„Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich wird in allen politischen und ökonomischen Fragen jederzeit das Klasseninteresse des Proletariats vertreten und aller Verdunkelung und Verhüllung der Klassengegensätze sowie der Ausnützung der Arbeiter zugunsten von bürgerlichen Parteien energisch entgegenwirken.“

Im Erfurter Programm heißt es:

„Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechtes, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und

die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.“

Die bürgerlichen Parteien: das sind alle, denen die heutige Gesellschaftsordnung in ihren Grundlagen unabänderlich erscheint; die meinen, daß man da und dort reformieren könnte, daß aber der Grundcharakter unserer Wirtschaftsordnung, das Privateigentum an Produktionsmitteln, das die Ausbeutung des Proletariats verursacht, bleiben müsse. Sie sind darum Feinde der Arbeiter, und der Proletarier, der sich ihnen anschließt, wird sein eigener Feind, ein Gegner seiner Interessen. Dabei kommt's nicht darauf an, daß eine bürgerliche Partei in einem besonderen Fall eine Arbeiterforderung vertritt. Dadurch hört sie nicht auf, eine bürgerliche Partei zu sein. Die Lage des Proletariats zu bessern, braucht nicht bloß das Streben der Proletarier zu sein. Aber darüber hinaus die Ausbeutung nicht bloß zu mildern, sondern sie zu beseitigen: dieses Ziel hat nur die Sozialdemokratie und dadurch unterscheidet sie sich von jeder bürgerlichen Partei, mag diese noch so arbeiterfreundlich sein. Das darf kein Arbeiter verkennen.

2. Der Klassenkampf

Wir haben gesehen, wie Sozialismus und Arbeiterbewegung zu einer unlösbaren Einheit geworden sind: Der Sozialismus ist das letzte Ziel der Arbeiterbewegung; der Kampf der Arbeiter ist das Mittel zur Verwirklichung des Sozialismus.

Diese Einheit war nicht immer da. Im Gegenteil! Es hat eine Zeit gegeben, in der Sozialismus und Arbeiterbewegung einander fremd und verständnislos gegenüberstanden. Die sogenannten sozialistischen Utopisten wollten von einer Arbeiterbewegung nichts wissen. Ihnen galten die Arbeiter nur als eine leidende Masse von Menschen, die gar nicht die Fähigkeit haben, selbst aus dem Elend emporzudringen. Ihnen müsse man, wie sie meinten, Hilfe von außen bringen. Die Utopisten waren keine weltfremden Menschen. Sie kannten das harte Loß der Proletarier genau und kritisierten die schwachvollen Zustände ihrer Zeit unerbittlich. Aber der Weg, der ihrer Ansicht nach aus dem Elend führen sollte, war falsch. Sie kannten noch nicht die Entwicklungsgesetze der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die sich eben erst kräftig zu entfalten begonnen hatte. Deshalb irrten sie.

Sie ersehnten ein Reich der Vernunft und der Gerechtigkeit, in dem es allen Menschen wohlgehen sollte. Daß nicht jetzt schon ein solches Reich bestehe und noch immer Not und Unrecht herrschen, hat — so meinten die Utopisten — nur darin seinen Grund, daß die Menschen nicht wissen, wie ein solcher Idealstaat eingerichtet sein müsse. Wenn man's ihnen nur auseinandersetze, dann kann die Welt herrlich werden und überall Friede und Freude herrschen. „Die Menschheit ist bisher im Irrtum gewesen. Alle Menschen haben eine Binde vor den Augen gehabt. Ich brauche ihnen nur diese Binde von den Augen zu nehmen und sie werden sofort einsehen, daß die neue, moralische Welt, welche ich entdeckt habe, unvergleichlich viel schöner und besser ist als die alte, unmoralische Welt, in der wir uns abrackern und abquälen und tausendfaches Ungemach erleiden.“ So lehrte der Engländer Robert Owen. Wenn es aber nur von der Einsicht der Menschen abhängt, daß die Welt besser werde, dann ist's natürlich zweckmäßig, sich nicht an die einflußlosen Arbeiter zu wenden, sondern die neuen Ideen den Reichen und Mächtigen vorzutragen. Sie haben ja die Herrschaft in Händen. Gelingt es, sie für die neue Idee zu gewinnen, dann werden sie den Staat, den sie regieren, nach ihrer neuen Ueberzeugung selbst umändern. So dachte Owen und wollte — Metternich, das Haupt der europäischen Reaktion im Vormärz, für sich gewinnen! So dachte der Franzose Fourier und wartete täglich zu bestimmter Stunde auf den Millionär, der ihm das Geld bringen sollte, mit dem er in kleinem Maßstab seine Idee verwirklichen wollte. Nicht nur den Arbeitern wollten die Utopisten helfen, die ganze Menschheit sollte erlöst werden. Den Arbeitern freilich tat Hilfe am meisten not; aber selbst können sich die Arbeiter nicht helfen. Das war die Meinung der Utopisten.

Diese Art von Sozialismus hatte mit der Arbeiterbewegung nichts zu tun. Eine solche bestand zwar da und dort, aber sie besaß kein einheitliches Ziel und entbehrte der klaren Erkenntnis, die ihr den richtigen Weg hätte zeigen können. Der moderne Sozialismus, die Lehre von Karl Marx und Friedrich Engels, wendet sich nicht an die Reichen und Mächtigen, sondern spricht zu den Arbeitern und nur zu ihnen. Er wies der Arbeiterbewegung das unverrückbare Ziel, dem sie zustreben muß: die sozialistische Gesellschaft. Er weiß aber auch — und dadurch unterscheidet er sich von den Utopisten der Vergangenheit — nie-

mand anderer wie das Proletariat, nur die Arbeiterschaft allein kann den Sozialismus verwirklichen. Um es mit den Worten des österreichischen Parteiprogramms zu sagen:

„Nur das zum Klassenbewußtsein erwachte und zum Klassenkampf organisierte Proletariat kann der Träger dieser notwendigen Entwicklung sein.“

Die gesellschaftliche Umwandlung kann — wie es im Erfurter Programm heißt —

„nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessestreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziele haben“.

Daß die menschliche Gesellschaft in Klassen gespalten ist, Ausbeuter und Ausgebeutete einander gegenüberstehen, hat seinen Grund nicht in der zufälligen Schlechtigkeit einzelner Menschen, sondern ist das notwendige Ergebnis der geschichtlichen Entwicklung. Die kapitalistischen Klassen werden nicht aufhören zu herrschen, wenn man sie gescheiter macht. Sie werden ihre Herrschaft nicht aufgeben, wenn man sie für ungerecht erklärt. Was ist gerecht und was ist ungerecht? Was ist gut und was ist schlecht? Ist die kapitalistische Wirtschaftsordnung gut oder schlecht? Sie ist das eine wie das andere. Es kommt auf den Standpunkt an, von dem aus man urteilt. Dem Arbeiter, der im besten Falle sein Darauskommen findet, oft aber geradezu hungern muß, erscheint die Welt von heute töricht, schlecht, ungerecht. Dem Kapitalisten, der immer reicher wird, erscheint sie vortrefflich. Er nennt sie schlankweg sogar „die beste aller Welten“ und preist sie als die Schöpfung eines allweisen, allgütigen und allgerechten Gottes. Und von seinem Standpunkt aus hat er recht. Der Sozialismus ist keine Frage, bei der sich's um Recht oder Unrecht dreht; er ist eine Frage des Interesses und der Macht. Ihr Interesse gebietet den Herrschenden, das Proletariat niederzuhalten und auszubeuten; darum halten sie an dieser Gesellschaftsordnung fest, mag sie auch Fehler haben, die dem einzelnen Kapitalisten mitunter recht unangenehm werden. Niemand wird imstande sein, sie davon zu überzeugen, daß es notwendig ist, die Arbeitsmittel ihnen zu nehmen und in den Besitz der Arbeitenden zu bringen. Man kann sie ihnen nur nehmen, nicht indem man sie überzeugt, sondern indem man stärke wird als sie und sie

— besiegt. Der Sozialismus kann den herrschenden Klassen nicht eingeredet, nicht aufgeschwatzt werden; in ihren Mußestunden mag er ihnen ein Unterhaltungsstoff sein. Eine Sache des Interesses ist er nur für die arbeitenden Klassen. Wollen sie ihm Geltung verschaffen — und dazu drängt sie, wenn sie klar denken, ihre wirtschaftliche Lage — dann müssen sie sich zum Kampfe erheben gegen die kapitalistischen Klassen.

Wenn aber die Gesamtheit der Arbeiter einen Kampf mit einheitlichem Ziele gegen die kapitalistischen Klassen führen soll, müssen mannigfache Voraussetzungen gegeben sein. Kämpfe zwischen Ausbeutern und Arbeitern hat es auch schon in der Vergangenheit gegeben. Aber sie hatten ihr bestimmtes, eng begrenztes Ziel; zwischen den Kämpfen in den verschiedenen Berufen bestand kein Zusammenhang. Die Arbeiterschaft bildete eben in der vorkapitalistischen Zeit kein einheitliches Ganzes, keine Klasse, deren Glieder gemeinsame Interessen haben. Erst der Kapitalismus hat sie erzeugt. Er hat in den Arbeitern ohne Unterschied zunächst eine gemeinsame Empfindung geweckt: den Haß gegen die Ausbeuter. Es ist falsch, zu behaupten, daß dieser erst das Ergebnis der sozialdemokratischen Agitation ist. Er ist mehr oder minder deutlich ausgeprägt bei allen Arbeitern naturgemäß vorhanden. Entspringt er doch dem Gegensatz zwischen Kapitalisten und Proletariern, der heute auch dem gleichgültigsten Arbeiter sichtbar wird und desto größere Erbitterung erzeugt, je deutlicher die Ursache dieses Gegensatzes erkannt wird. Der Haß richtet sich zunächst gegen die Person des Kapitalisten, mit dem der Arbeiter unmittelbar zu tun hat, gegen seinen eigenen „Arbeitgeber“, der merkwürdigerweise so heißt, obwohl er eigentlich Arbeit nimmt und nicht gibt. Der Haß wird aber, je mehr die Erkenntnis des Arbeiters fortschreitet, zum Haß der Kapitalistenklasse, zum Haß der ganzen Gesellschaftsordnung, die auf der Ausbeutung beruht. Dieses Empfinden beseelt die Arbeiter aller Berufe, denn ausgebeutet werden sie ja alle.

Zum gemeinsamen Haß, der die Arbeiter beherrscht, gesellt sich die stets wachsende Erkenntnis der Interessengemeinschaft im Kampfe gegen die Ausbeutung, die Solidarität. Daß die Arbeiter einig sein, daß sie fest und treu zusammenstehen müssen, lehrt der Kapitalismus selbst die Arbeiter. Er hat sie zu Hunderten und oft zu Tausenden in einer Fabrik zusammengestellt, in der sie gemeinsam arbeiten müssen. Keiner schafft allein ein Ganzes, jeder

ist nur ein Teil im Riesenmechanismus, den ein Wille leitet. Disziplin ist nötig, wenn das Werk gelingen soll, Zusammenarbeiten vieler unter einheitlicher Leitung. Der Arbeiter, der nun sieht, wie notwendig in der Fabrik das Zusammenarbeiten ist und wie es ohne Disziplin nicht denkbar ist, wird leicht begreifen, daß das, was von der Arbeit für die Kapitalisten gilt, auch Geltung hat für die Arbeit gegen die Kapitalisten, für den Kampf: er muß organisiert und einheitlich geleitet sein; Solidaritätsgefühl und Disziplin muß der Proletarier wie in der Arbeit so auch im Kampfe besitzen, wenn er erfolgreich sein soll. Wenn der Arbeiter in der Fabrik gewungenermaßen Disziplin hält, die seinem Feinde frommt, wird er sie aus Einsicht um so lieber dort halten, wo es ihm selbst zum Nutzen wird. So lehrt die Organisation der Arbeit in der Fabrik den Proletarier erkennen, wie auch sein Kampf am besten ge-
deihen wird.

Das Zusammengehörigkeitsgefühl, das heute in der Arbeiterschaft wurzelt, ist um so stärker, als die kapitalistische Entwicklung die Unterschiede in der Arbeiterklasse stark ausgemerzt und die Schranken niedergedrückt hat, welche die Arbeiter früher voneinander trennten. Sie hat alle Rangunterschiede verschwinden gemacht; für die große Masse der Arbeiter einer Fabrik sind die Arbeitsbedingungen die gleichen, ein einzelner kann sie für sich allein nicht verbessern. Aber auch berufliche Unterschiede trennen heute die Arbeiter nicht mehr wie einst. Die große Zahl ungelerner Arbeiter, die bald mit dem, bald mit jenem Beruf gemeinsam arbeiten, sind ein Bindemittel zwischen allen. Und dann kommen heute die Arbeiter der verschiedensten Berufe, die früher nie in Berührung traten, infolge der geänderten Arbeitsweise zusammen. Wo Angehörige von zwei Duzend Berufen in einer Fabrik schuften, ist eine berufliche Abgeschlossenheit undenkbar. Jede Spur von Zunftgeist verschwindet; er weicht vor der Solidarität und der Disziplin, die alle befehlt.

Aber auch der Unterschied der Nation und Konfession wirkt nicht mehr hemmend. Die Ausbeutung ist international und interkonfessionell. Jüdische Kapitalisten beuten christliche Proletarier aus und umgekehrt. Deutsches Kapital ruft tschechische Arbeiter ins Land, wenn sie sich stärker ausbeuten lassen als die einheimischen. Es wandert selbst ins Gebiet fremder Nationen aus, wenn in der Ferne größerer Profit winkt als zu Hause. So waren zu An-

fang 1909 im ganzen 38.480 Millionen Franken französischen Kapitals im Ausland angelegt! Dieses Kapital „arbeitete“ in mehr als 20 verschiedenen Ländern, in Oesterreich-Ungarn allein waren es 3650 Millionen Franken! Das reichsdeutsche Kapital, das außerhalb Deutschlands angelegt ist, schätzt man auf rund 10.000 Millionen Mark; Großbritanniens Gelder, die im Ausland tätig sind, werden gar auf 60.000 Millionen Mark veranschlagt. Die Kapitalisten aller Nationen und Konfessionen sind gegenüber den Arbeitern solidarisch, haben internationale Vereinigungen gegründet, unterstützen einander in den Kämpfen. So enthält der Jahresbericht der Berliner Kaufmannschaft für 1911 folgende Darlegungen:

Im vorigen Jahresbericht hatten wir auf eine steigende Internationalisierung des Kartellgedankens hingewiesen. Im Berichtsjahre konnte diese Bewegung weiter beobachtet werden. Zu einem nicht geringen Teil läßt sich diese Erscheinung zurückführen auf die immer mehr fortschreitende Internationalisierung des Kapitals und die durch sie bedingte Interessensolidarität, die zum Beispiel besonders stark in der Blei- und Zinkbranche zutage tritt. Immerhin ist die Zahl der internationalen Kartelle verhältnismäßig geringer geblieben, als nach der raschen Entwicklung, die das Kartellwesen überhaupt genommen hat, hätte angenommen werden müssen. Allerdings finden sich gerade in den größten Industriegruppen Ansätze von über die Landesgrenzen hinausgreifenden wirtschaftlichen Organisationen, so das Schienenkartell und der Schifffahrtstrust; aber auch in der Elektrizitätsindustrie, in der chemischen Industrie, in der Spinnerei und Weberei sowie in anderen Erwerbszweigen sind verschiedentlich Versuche gemacht worden, die auf eine internationale Verteilung der Absatzgebiete oder auf eine internationale Regelung der Produktion und Preishöhe abzielen.“

Es besteht sogar ein internationales Kartell des Mordkapitals, das die Rüstungen der Armeen besorgt.

Dem Industriekapital stehen die Agrarier nicht nach. In einer Versammlung der tschechischen Agrarier in Prag forderte Hohenblum, der Führer der deutschen Agrarier Oesterreichs, im Februar 1913 zur internationalen Solidarität auf:

„Wir stehen gegenwärtig in einer kritischen Zeit. Die Erfolge der agrarischen Bewegung haben dazu geführt, daß sich alles, was nicht agrarisch ist, zum Kampfe gegen sie zusammenschließt, um ihr die erlangenen Erfolge wieder zu entreißen. Es wird dies unseren Gegnern nicht gelingen, wenn wir Agrarier ohne Unterschied der Nationalität einig sind.“

Auch die Unternehmerorganisationen knüpfen internationale Beziehungen an. Während der großen Aussperrung der Bauarbeiter Deutschlands im Jahre 1910 bestand eine Vereinbarung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe mit ähnlichen Verbänden der skandinavischen Staaten, Belgiens, der Schweiz und Oesterreichs, durch die es den ausgesperrten Bauarbeitern unmöglich gemacht werden sollte, im Ausland Arbeit zu finden. Die Arbeiter müßten Tore sein, würden sie angesichts solcher Tatsachen etwa auf die Rufe hören: „Deutschen kann nur durch Deutsche geholfen werden!“ Sie müssen vielmehr alles Trennende beiseite lassen. Ob sie Weber, Eisendreher, Schuhmacher, Buchdrucker; ob sie Katholiken, Protestanten, Juden sind; ob Deutsche, Tschechen, Polen, Franzosen: sie müssen in erster Linie daran denken, daß sie Arbeiter sind und danach ihr Verhalten einrichten. Der Internationale der Ausbeuter muß die Internationale der Ausgebeuteten entgegengestellt werden.

Darum können nationale oder konfessionelle Unterschiede in unserem Kampfe keine Rolle spielen. Ohne Unterschied des Geschlechtes, des Alters, des Berufes, der Konfession, der Nation und der Rasse schart sich das Proletariat zum Klassenkampf zusammen, als eine Armee, mit einem Ziele gegen den einen Feind, der alle Arbeiter in wirtschaftlicher Abhängigkeit politischer Unterdrückung und geistiger Verkümmerng zu erhalten bestrebt ist.

Darum sagt das österreichische Parteiprogramm:

„Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich ist eine internationale Partei; sie verurteilt die Vorrechte der Nationen ebenso wie die der Geburt und des Geschlechtes, des Besitzes und der Abstammung und erklärt, daß der Kampf gegen die Ausbeutung international sein muß wie die Ausbeutung selbst. Sie verurteilt und bekämpft alle Einschränkungen der Freiheit der Meinungsäußerung sowie jede Bevormundung durch Staat und Kirche. Sie erstrebt gesetzlichen Schutz der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen und sie kämpft dafür, dem Proletariat auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens möglichst großen Einfluß zu verschaffen.“

Im Erfurter Programm heißt es:

„Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Welt-

markt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis fühlt und erklärt die sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den Klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und Pflichten aller, ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend, bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richtet sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.“

So erst gewinnt der Kampf der Arbeiter revolutionäre Bedeutung: indem berufliche und lokale Sonderinteressen zurücktreten, alle Einzelkämpfe bewußt nur als Teilgefechte des einen großen Kampfes geführt werden, wird der Kampf zum *Klassenkampf*, kann der Kampf ein großes Ziel bekommen, an dessen Erreichung alle Arbeiter interessiert sind: die Aufhebung der Ausbeutung, die Enteignung der Kapitalisten. Die kapitalistische Entwicklung zeigt den Arbeitern nicht nur dieses *Kampfziel* selbst und macht es erreichbar, indem sie die wirtschaftlichen und technischen Vorbedingungen zu seiner Verwirklichung schafft; sie hat auch selbst erst die Voraussetzungen für den *Kampf* geschaffen, den die Arbeiter führen müssen, um an ihr Ziel zu gelangen.

Zur Führung des Klassenkampfes bedarf es einer umfassenden Organisation und einer fortgesetzten Schulung der Kämpfer. Hier liegt die Aufgabe der Sozialdemokratie. Darüber sagt unser Parteiprogramm:

„Das Proletariat zu organisieren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten, ist das eigentliche Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich, zu dessen Durchsetzung sie

sich aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mittel bedienen wird.“

Im Erfurter Programm heißt es:

„Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.“

*

Einfältige Leute haben oft erklärt, der Klassenkampf sei eine Erfindung der Sozialdemokratie, die das Proletariat absichtlich „verheizen“ wolle. Diese Leute denken so wenig, daß sie gar nicht wissen, daß die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft die Geschichte von Klassenkämpfen ist, daß Unterdrückter und Unterdrückte einander stets bekämpft haben. Die Klassen wechselten, aber der Kampf zwischen den herrschenden und den unterdrückten Klassen hat niemals aufgehört. Das ist ganz selbstverständlich. Wo Interessengegensätze vorhanden sind, muß Kampf entstehen. Kapitalisten und Proletarier stehen zueinander in schärfstem Gegensatz. Denn jene eignen sich den Wert der Produkte an, den diese erzeugen. Der Kampf um den Anteil am geschaffenen Wert ist eine notwendige Folge davon. Denn würden die Arbeiter ruhig bleiben, so würde sie der Kapitalismus, wie wir früher gesehen haben, in immer tieferes Elend hinunterstoßen. Sie erhoben sich zuerst nicht zum Angriff, sondern zur Abwehr; ihr erster Kampf galt der Verteidigung gegen die maßlose Ausbeutung, zu der sie der aufstrebende Kapitalismus gezwungen hat. Erst später konnten die Arbeiter zum Angriff übergehen und sind auch heute noch oft genug zur Verteidigung ihrer Stellung genötigt. Die Sozialdemokratie erscheint in der Geschichte erst zu einer Zeit, in der das Proletariat schon zu kämpfen begonnen hat. Sie hat die Kämpfe nicht erst erzeugt, sondern sich nur die Aufgabe gestellt, die proletarischen

Truppen kampffähig zu machen und zu erhalten, ihnen das Ziel zu weisen, dem sie zustreben müssen, und die Mittel zu zeigen, die dazu nötig sind. Die Sozialdemokratie hat den Klassenkampf nicht erfunden. Sie organisiert ihn nur, da er gekämpft werden muß und ohne ihn die Arbeiter ihr Ziel nie erreichen können. Wir müssen durch den Kapitalismus durchgehen, um zur sozialistischen Gesellschaft zu gelangen. Unser Weg ist dornenvoll, denn wir finden nicht freie Bahn, sondern müssen uns durchkämpfen — Schritt für Schritt. Wer die Interessen des Proletariats vertritt, muß seinen Kampf mitkämpfen, die Waffen für den Kampf schmieden helfen. Wer der Arbeiterschaft vom Klassenkampf abrät oder ihr im Kampf in den Rücken fällt, ist ein Verräter an den Interessen des Proletariats.

Ist es die Aufgabe der Sozialdemokratie, die Arbeiter zum Klassenkampf zu erziehen, so ist es natürlich umgekehrt das Bestreben der herrschenden Klassen, die Arbeiter der Idee des Klassenkampfes abspenstig zu machen. Das tun sie auf mannigfache Art. Sie säen Mißtrauen in den Reihen des Proletariats und lassen die Vorkämpfer der Arbeiter begeistern. „Wer sich für die Arbeiter erhebt, muß den Giftbecher der Verleumdung bis zur Reige leeren.“ So schrieb Lassalle einmal an Marx. Kapitalistensöhlinge haben das Schlagwort von den „Arbeiterkreuzern“ in die Massen geworfen, obwohl es just diejenigen, die von den der Arbeiterschaft erpreßten Millionen leben, am allerwenigsten angeht, wofür der Arbeiter freiwillig Beiträge leistet. Vor allem aber gehen die Herrschenden darauf aus, die Klassengegenätze zu verdunkeln, damit die Aufmerksamkeit der Arbeiter von der für sie wichtigsten Frage, der Vertretung ihrer Klasseninteressen, abgelenkt werde. In einem Lande wie Oesterreich, das von verschiedenen Nationen bewohnt wird und in dem darum leicht nationale Gegensätze lebendig werden, sind nationale Arbeiterparteien gegründet worden. Sie sind stets eine Schutztruppe der Unternehmer gewesen, deren Sold sie von der Stunde ihrer Geburt als Verräter gebrandmarkt hat.

Bedeutsamer sind die Bestrebungen der katholischen Kirche, die Arbeiter in klerikale Vereinigungen zu bringen, dem modernen Sozialismus den „christlichen Sozialismus“ entgegenzusetzen. Sein Wesen wird in dem vom 15. Mai 1891 datierten Rundschreiben des „Arbeiterpapstes“ Leo XIII. über die Arbeiterfrage dargelegt. Der christliche Sozialismus gibt zu, daß „infolge

der Mißstände Unzählige ein wahrhaft gedrücktes und unwürdiges Dasein führen“. „Produktion und Handel sind fast zum Monopol von wenigen geworden und so konnten wenige übermäßig Reiche dem arbeitenden Stande nahezu ein sklavisches Joch auflegen.“ Aber was liegt daran? „Gott hat uns nicht für die hinfälligen und vergänglichen Güter der Zeit geschaffen, sondern für die ewigen des Himmels, und er hat uns die Erde nicht als eigentlichen Wohnsitz, sondern als Verbannung angewiesen. Ob der Mensch an Reichtum und an anderen Dingen, die man Güter nennt, Ueberfluß habe oder Mangel leide, darauf kommt für die ewige Seligkeit nichts an.“ „Diese Wahrheiten müssen in den Begüterten und Hochstehenden jeden Uebermut niederhalten und in den Armen den Kleinmut aufrichten; sie müssen den Reichen Entgegenkommen gegen die Armen einflößen und die Armen selbst zur Bescheidenheit stimmen. So wird die soziale Kluft zwischen den beiden Klassen unschwer verringert und hüben und drüben freundliche, versöhnliche Gesinnungen geweckt werden.“ „Es wird wahre brüderliche Liebe beide Teile verbinden.“ Der christliche Sozialismus verwirft also den Klassenkampf und verweist die Armen auf — *Almosen*.

Aber die werden nur spärlich fließen. Denn es „ist niemand verpflichtet, dem eigenen notwendigen Unterhalt oder demjenigen der Familie Abbruch zu tun, um dem Nächsten beizuspringen. Es besteht nicht einmal die Verbindlichkeit, des Almosens wegen auf standesgemäße und geziemende Ausgaben zu verzichten. Ist der Besitz jedoch größer, als es für den Unterhalt und ein standesgemäßes Auftreten nötig ist, dann tritt die Pflicht ein, vom Ueberfluß den notleidenden Mitbrüdern Almosen zu spenden. Diese Pflicht ist jedoch nicht eine Pflicht der Gerechtigkeit, den Fall der äußersten Not ausgenommen, sondern der christlichen Liebe, und darum kann sie auch nicht auf gerichtlichem Wege erzwungen werden“. Da man wohl alle Ausgaben, die jemand macht, für standesgemäß erklären kann, bleibt nach dieser Theorie den Armen wenig Hoffnung auf milde Gaben.

Auch der Staat soll sich ihrer annehmen, um „ihnen einen entsprechenden Anteil am Gewinn der Arbeit zuzusichern; die Arbeit muß ihnen für Wohnung, Kleidung und Nahrung so viel abwerfen, daß ihr Dasein kein gedrücktes ist“. Aber wer entscheidet, ob das Dasein gedrückt ist oder nicht? Schließlich sorgt auch die *Kirche* für die Arbeiter. „Schon durch ihre Anleitung zur Sittlichkeit und

Tugend befördert sie zugleich das materielle Wohl; denn ein geordnetes christliches Leben hat stets seinen Anteil an der Herbeiführung irdischer Wohlfahrt; es macht Gott, welcher Urquell und Spender aller Wohlfahrt ist, dem Menschen geneigt und es drängt zwei Feinde zurück, welche allzu häufig mitten im Ueberfluß die Ursache bitteren Elends sind, die ungezügelte Habgier und die Genußsucht; es würzt ein bescheidenes Los mit dem Glücke der Zufriedenheit, findet in der Sparsamkeit einen Ersatz für die abgehenden Glücksgüter und bewahrt vor Leichtsinn und Laster . . .“ Wenn die Arbeiter unbescheiden werden, droht der Papst: „Die Bewegung der Massen, in welchen die Gier nach fremder Habe erwacht, muß mit Kraft gezügelt werden.“ Uebrigens sind solche Bestrebungen ganz nutzlos. „Es werden immerdar der Menschheit die größten und tiefgreifenden Ungleichheiten aufgedrückt sein.“ Die Arbeit wurde dem Menschen „nach dem Sündenfall als eine notwendige Buße auferlegt, deren Last er spüren muß. Verflucht sei die Erde in deinem Werke; mit Arbeit sollst du von ihr essen alle Tage deines Lebens. (1 Mos. 3, 17.) In gleicher Weise werden immer auch die übrigen Beschwernisse auf dieser Erde wohnen, weil die Folgen der Sünde als bittere Begleiter an der Seite des Menschen bis zu seinem Tode haften. Leiden und Dulden ist einmal der Anteil unseres Geschlechtes, und so große Anstrengungen man auch zur Besserung des Daseins machen mag, die Gesellschaft wird niemals frei von großer Plage werden“. Das ist der christliche Sozialismus.

Der Papst meint, „aller Streit würde in kurzer Frist erledigt sein, wenn diese Wahrheiten in der bürgerlichen Gesellschaft zu voller Anerkennung gelangten“. Aber sie werden nur von einem kleinen Bruchteil der Arbeiter anerkannt, widersprechen sie doch dem ganzen Wesen der modernen Gesellschaftsordnung. Es ist, wie es schon Marx gesagt hat:

„Die sozialen Prinzipien des Christentums erklären alle Niederträchtigkeiten der Unterdrückten gegen die Unterdrückten entweder für gerechte Strafe der Erbsünde und sonstiger Sünden oder für Prüfungen, die der Herr über die Erlösten nach seiner Weisheit verhängt. Die sozialen Prinzipien des Christentums predigen die Feigheit, die Selbstverachtung, die Erniedrigung, die Untertwürfigkeit, die Demut, kurz alle Eigenschaften der Canaille, und das Proletariat, das sich nicht als Canaille be-

Handeln lassen will, hat seinen Mut, sein Selbstgefühl, seinen Stolz und seinen Unabhängigkeitsfönn noch weit nötiger als sein Brot. Die sozialen Prinzipien des Christentums sind dumk-mäuserig und das Proletariat ist revolutionär."

So ist die christliche Arbeiterbewegung ein Schaden für das Proletariat, weil sie seine Kräfte zersplittert und oft genug kämpfenden Arbeitern in den Rücken gefallen ist. Sie kann nicht mannhaft proletarische Interessen vertreten. Denn — so hat es Pius X. unter Hinweis auf die Lehren Leos XIII. in seinem vom 24. September 1912 datierten Rundschreiben über die christlichen Gewerkschaften nachdrücklichst wiederholt —: „Alle, die sich als Einzelpersonen oder in Vereinigungen des christlichen Namens rühmen, dürfen, wofern sie ihrer Pflicht eingedenk sein wollen, keine Feindschaften und Zwistigkeiten unter den Ständen der bürgerlichen Gesellschaft schüren, sondern müssen untereinander Frieden und wechselseitige Liebe befördern.“ Folgerichtig wird, wie ein christlich-sozialer Gewerkschaftssekretär in den Verhandlungen der Wiener „Sozialen Woche“ im September 1911 dargelegt hat, vielfach die „christliche Gewerkschaftsbewegung nur als ein Gegenmittel gegen die Ausbreitung sozialdemokratischer Organisationen angesehen. Es komme vor, daß man die Einführung einer christlichen Arbeiterorganisation ablehne, damit die Ruhe am Ort nicht gestört werde, Sozialdemokraten gebe es keine u. s. w. Wenn aber dann doch die Sozialdemokraten kommen, dann rufe man nach der christlichen Arbeiterorganisation als Retter in der Not“. (Seite 27 des Protokolls.)

Die Harmoniedusel, die sie den Arbeitern gerne aufschwätzen lassen, lehnen die Unternehmer für sich ab. So hat der „Verein deutscher Arbeitgeberverbände“ in einer offiziellen Publikation erklärt: „Arbeitnehmer und Arbeitgeber besitzen, das haben wir schon hundertmal gesagt, nur insofern gemeinsame Interessen, als ihnen beiden an der möglichen Förderung der nationalen Gütererzeugung gelegen sein muß. Im übrigen stehen sie sich als entchiedene Gegner gegenüber und es würde ein außerordentlich geringes Maß von sozialpolitischem Verständnis bedeuten, wenn jemand leugnen wollte, daß dieser Zustand in der Natur der Sache vollauf begründet ist. Arbeitgeber und Arbeitnehmer können sich niemals dauernd

verjöhnen und anfreunden. Sie können nur nach Kriegsbrauch in anständiger Weise miteinander verkehren.“

Der Klassenkampf ist unvermeidlich; aber unvermeidlich ist auch der Sieg des Proletariats in diesem Kampfe und damit das Ende aller Klassenkämpfe, weil es nach dem Siege des Proletariats keine Herrscher und Beherrschten mehr geben kann, die einander bekriegen.

3. Unsere Kampfmittel

Wir haben gesehen, daß das Proletariat nur im Kampfe gegen die herrschenden Klassen die sozialistische Gesellschaftsordnung erreichen kann. Es gilt nun festzustellen, welches Mittel sich die Arbeiterklasse im Kampfe bedienen muß. Die Aufgabe ist gegeben: wir müssen die Macht erobern, dann wird unser Wille zur Tat werden. Die Mittel, die wir dazu anwenden müssen, sind im Parteiprogramm begreiflicherweise nicht aufgezählt. Es gibt unbegrenzte Möglichkeiten im proletarischen Kampfe; unflug wäre es, sich von vornherein zu binden. Darum sagt das österreichische Programm ganz allgemein, daß sich die Sozialdemokratie zur Erreichung ihres Zieles „aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mittel bedienen wird“. Wir verpflichten uns also in unserem Programm nicht dazu, daß wir nur „gesetzliche“ Mittel in Anwendung bringen wollen. Die Gesetze des Staates sind Diktate der Herrschenden; es ist selbstverständlich, daß sich das Proletariat im Kampfe gegen die Herrschenden nicht deren Geboten willig unterwerfen kann. Es wird nicht ohne Not den Boden des Gesetzes verlassen, auf dem sich's leichter kämpfen läßt als im Ausnahmezustand. Es hat sich schon oft ereignet, daß im Klassenkampfe gerade die Mächtigen ihre eigenen Gesetze mit Füßen traten, das Proletariat aber in den Schranken der Gesetze verblieb. Das wird in den Ländern, in denen die Arbeiterschaft die wichtigsten politischen Rechte besitzt, sogar die Regel sein.

Und doch! Wir nennen uns ja eine revolutionäre Partei! Sind wir dazu berechtigt, wenn wir im Parlament und nicht auf der Barrikade, mit gewerkschaftlichen Kampfmitteln und nicht im Straßenkampfe unsere Forderungen durchsetzen? Darauf ist zu sagen: Erstens beschränken wir uns nicht auf die gesetzlichen Mittel; wir wenden die an, die uns die besten erscheinen! Und dann ist revolutionär vor allem unser Ziel. Wir streben

die Eroberung der politischen Macht an, um die sozialistische Gesellschaftsordnung zu verwirklichen.

Das österreichische Parteiprogramm sagt:

„Das Proletariat kommt zum Bewußtsein . . . , daß die Eroberung der politischen Macht das Mittel seines Kampfes für die Befreiung der Arbeiterklasse sein muß.“

Im Erfurter Programm heißt es:

„Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.“

Heute herrschen im Staate die besitzenden Klassen. Sie haben die Regierung in Händen, sie sind die Herren der staatlichen Maschinerie. Die Gesetze, die sie geben, sind von ihren Klasseninteressen diktiert; sie richten den Staat ein, wie sie ihn brauchen. Er dient zur Niederhaltung der wirtschaftlich ausgebeuteten Klassen. Hierzu verwendet er Polizisten und Gendarmen, Richter und Offiziere, Kasernen und Kerker. Er läßt den ganzen Apparat, der zur Sicherung der Herrschenden geschaffen ist, obendrein noch von den Beherrschten bezahlen, indem er ihnen ungeheure Steuerlasten aufbürdet. Darum war es seit jeher das Bestreben der unterdrückten Klassen, die Staatsgewalt zu beeinflussen und in ihre Hände zu bekommen. Dadurch werden sie Herrscher, statt Beherrschte zu bleiben. Dem wirtschaftlichen Aufstieg einer Klasse folgte stets eine politische Umwälzung auf dem Fuße. Das aufstrebende Bürgertum, der Träger der kapitalistischen Entwicklung, sprengte die Fesseln des Feudalstaates und richtete auf seinen Trümmern den modernen kapitalistischen Staat ein. Seine beherrschende Stellung in der Produktion fand ihren politischen Ausdruck darin, daß es in der Revolution die Staatsgewalt an sich riß. Sie ist heute eine Waffe gegen das Proletariat. Die Arbeiterschaft ist heute die einzige noch unterdrückte Klasse. Die Staatsgewalt, die politische Macht zu erobern, muß darum das Ziel ihres Kampfes sein, wenn sie zur sozialistischen Gesellschaftsordnung gelangen will. Weil die Sozialdemokratie dieses Ziel anstrebt, ist sie eine revolutionäre Partei.

Die Sozialdemokratie muß, um ihr Ziel zu erreichen, alle Mittel anwenden, die Aussicht auf Erfolg bieten. Sie muß aber nicht nur kämpfen, um ans letzte Ziel zu kommen, sondern hat auch für die Besserung der Lage der Arbeiterklasse in der kapitalistischen Gesellschaft Sorge zu tragen. Sie muß freilich alles unter dem Gesichtspunkt ihrer großen Aufgabe betrachten und darf deshalb im Kampf um die Gegenwartsforderungen nie das Endziel aus dem Auge verlieren, umgekehrt aber auch im Streben nach Erreichung des Endzieles nicht die gewaltige Arbeit vergessen, die zur wirtschaftlichen und kulturellen Hebung der Arbeiterklasse vonnöten ist. Darum sind die Grundsätze des Programms mit der Liste der Gegenwartsforderungen vereinigt, werden die Gegenwartsforderungen verfolgt, um das Los der Arbeiterschaft zu erleichtern und so dem Ziele näher zu gelangen, das die Erlösung des Proletariat bringt.

Den großen Kampf muß die Arbeiterklasse auf dreifache Weise führen: politisch, gewerkschaftlich und genossenschaftlich. Es genügt nicht, daß sie eine dieser drei Methoden anwendet. Sie muß alle drei zugleich benützen, um vorwärts zu kommen. Der Proletarier muß als Bürger im Klassenstaate, als Ausgebeuteter im Produktionsprozeß und als Konsument in den Kampf treten. Er kann auf keinem Gebiet wirksam kämpfen, wenn er nicht auf allen Gebieten zugleich kämpft. Die Arbeiterbewegung ist in der Tat dreieinig. Wir wissen: die gewerkschaftliche Organisation und ihr Kampf dienen dazu, dem Arbeiter höheren Lohn und kürzere Arbeitszeit, überhaupt eine Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage zu erkämpfen. Der Feind ist hier der Unternehmer als Käufer von Arbeitskräften oder seine Organisation. Die genossenschaftliche Organisation hat die Aufgabe, den Arbeiter als Konsumenten zu schützen, dafür zu sorgen, daß er für seine paar Lohnkronen gute und preiswerte Waren bekomme. Sucht die Gewerkschaft dem Arbeiter auf dem Arbeitsmarkt eine Stellung zu erobern, wo der Proletarier als Verkäufer auftritt, so ist es die Aufgabe der Genossenschaften, ihm eine Stellung auf dem Warenmarkt zu schaffen, wo er als Käufer erscheint. Der politische Kampf dient dazu, die Vorbedingungen zur Führung des gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Kampfes zu schaffen

und der Arbeiterschaft steigenden Einfluß auf die Staatsgewalt zu sichern und schließlich diese selbst zu erobern.

Wiederholt sind Stimmen laut geworden, die meinten, es sei möglich, das sozialistische Ziel zu erreichen, wenn auch nur eines der drei großen Kampfmittel angewendet wird. Prüfen wir!

Man könnte sagen: Es genügt, wenn wir die Genossenschaften haben. Diese werden immer größer und beherrschen schließlich den Markt. In immer höherem Maße gehen sie zur Eigenproduktion über, erzeugen für ihre Mitglieder Lebensmittel, dann auch andere Gebrauchsgegenstände. So können sie nach und nach die ganze Produktion in ihre Hände bekommen, und wenn die gesamte Arbeiterschaft des Landes in der Genossenschaft vereinigt ist, haben die Kapitalisten keine Käufer mehr. Das Land ist in eine einzige große Konsumgenossenschaft mit Eigenproduktion verwandelt; kein Kampf ist nötig, die Befreiung der Arbeiterklasse zu erreichen.

So wär's ja recht schön gedacht, aber es kann nie so kommen. Zunächst: alle Einrichtungen — auch diejenigen, die von den Arbeitern ausgehen — können nur auf der Grundlage aufgebaut werden, die der Staat gewährt. Wenn die Genossenschaften zu einer ernststen Gefahr für die Kapitalisten werden, dann braucht der Staat nur sein Gesetz zu ändern und kann ihren ganzen Bestand dadurch gefährden, ja unmöglich machen. Eine Arbeiterschaft, die sich um die Politik nicht kümmert und dort, wo die Gesetze gemacht werden, ihre Stimme nicht erhebt, wird das nicht verhindern können. Und dann: Vergessen wir doch nicht, daß die Eigenproduktion der Konsumvereine ihre Grenzen hat. Die Genossenschaften vermögen Bäckereien, Seifenfabriken u. s. w. zu errichten, also Gegenstände des Massenkonsums selbst herstellen zu lassen. Aber die Maschinen, mit denen die Fabriken arbeiten, müssen sie bei den Kapitalisten kaufen. Drei Viertel der Gesamtproduktion der genossenschaftlichen Eigenbetriebe Großbritanniens entfiel im Jahre 1910 auf die Nahrungsmittelindustrie, ein Achtel auf die Bekleidungsindustrie. Daß die Genossenschaften eigene Maschinenfabriken anlegen, erscheint uns praktisch undurchführbar. Immerhin ist es denkbar. Aber es gibt Dinge auf dieser Erde, die wir nicht in Besitz nehmen können, ohne sie den Kapitalisten wegzunehmen. Wir können uns auch Maschinenfabriken errichten; aber zum Beispiel die Berg-

werke lassen sich nicht beliebig vermehren wie Fabriken; sie sind aber zur Produktion unentbehrlich. Sie eignen den Herrschenden, die sie niemals aus eigenem Antrieb verschenken werden und denen wir sie auch nicht abkaufen können. Wir müssen sie aber doch in unsere Hände bringen. Die Genossenschaftsbewegung weist uns hierzu keinen Weg.

Wir sehen also: die Konsumgenossenschaften können, wenn sie allein angewendet werden, nie zur Befreiung der Arbeiterklasse führen. Sie sind ein sehr wertvolles Kampfmittel. Aber nur im Verein mit der politischen und gewerkschaftlichen Tätigkeit werden sie dem Proletariat von dauerndem Nutzen sein.

Früher sind auch die Produktivgenossenschaften oft als Mittel zur Befreiung des Proletariats betrachtet worden. Die Erfahrung hat aber gelehrt, daß sie dazu nicht taugen. Sind sie doch denselben kapitalistischen Gesetzen unterworfen wie die Betriebe der Unternehmer. Sie müssen den Konkurrenzkampf führen, die Schwankungen der Konjunktur ertragen und leiden dabei unter dem Mangel an Kapital. Sie können allerdings im gewerkschaftlichen Kampfe manche Vorteile bringen.

*

Anderer wieder sagen: die gewerkschaftliche Bewegung allein ist notwendig. Sie wird uns zum Siege führen. Auch diese Meinung ist unrichtig. Wer das Wesen und die Aufgaben der Gewerkschaften ins Auge faßt, wird dies sofort erkennen. Was wollen denn die Gewerkschaften? Kürzere Arbeitszeit, höheren Lohn! Sie wollen den Anteil, den der Arbeiter an dem von ihm geschaffenen Werte bekommt, möglichst groß machen. Darum streiten sie mit den Kapitalisten. Das ist das Ziel ihres Kampfes. Damit ist schon gesagt, daß die Gewerkschaften in der kapitalistischen Gesellschaft für das Proletariat unentbehrlich sind, daß sie aber nicht dazu geschaffen sind, das Proletariat aus der kapitalistischen Gesellschaftsordnung herauszuführen. Wenn es keine Gewerkschaften gäbe, müßten die großen Massen der Arbeiter in grauenvollem Elend verkommen. Die Zustände, in denen die Arbeiterschaft vor dem Wirken der Gewerkschaftsbewegung leben mußte, zeigen, wohin der Kapitalismus die Arbeiter bringt, wenn sie sich nicht zur Wehr setzen. Den Widerstand gegen die Kapitalisten zu organisieren, die von ihrer Profitgier dazu getrieben werden, das Proletariat in immer tieferes Elend zu stoßen; dem Druck des

Kapitals den Druck der organisierten Arbeiter entgegenzusetzen und den Arbeitern einen möglichst großen Teil des Ertrages ihrer Arbeit zu sichern; dazu sind die Gewerkschaften ein unersehbliches Mittel. Bestünden sie nicht, so wäre die Arbeiterklasse der Verelendung preisgegeben und würde, wie Marx sagt, „zu einer unterschiedslosen Masse rettungslos gebrochener Hungerleider herabgedrückt werden“. Von stolzen Erfolgen wissen die Gewerkschaften zu berichten. So gelang es in Oesterreich bei den Tarifvertragsabschlüssen für das Baugewerbe selbst im Krisenjahre 1913 für 104.158 Arbeiter, darunter nur 55.828 organisierte, eine durchschnittliche jährliche Lohnerhöhung von Kr. 87.40 und eine durchschnittliche jährliche Arbeitszeitverkürzung von 20.08 Stunden für jeden Mann durchzusetzen. Im Deutschen Reiche wurde im Jahre 1912 für alle an Bewegungen beteiligten Personen eine durchschnittliche Arbeitszeitverkürzung von $2\frac{1}{4}$ Stunden und eine Lohnerhöhung von Mk. 1.79 per Woche erzielt.

Aber auch im günstigsten Falle können die Gewerkschaften den Mitgliedern im Kampfe gegen die Kapitalisten nur einen Teil des geschaffenen Wertes erstreiten. Sie können bewirken, daß der Unternehmer, wenn er den Ertrag der Arbeit teilt, den Arbeitern eine verhältnismäßig anständige Portion abgibt. Aber immer nur eine Portion, nur einen Teil! Das Wesen der Stellung des Arbeiters wird dadurch nicht geändert, er war früher ausgebeutet und bleibt nachher ausgebeutet. Kein Unternehmer, und mag er noch so arbeiterfreundlich sein, kann den Arbeitern den ganzen Wert, den sie geschaffen, überlassen. Wo bliebe sonst sein Profit? Er besitzt ja das Unternehmen, um Geld zu verdienen. Würde er den Arbeitern den vollen Ertrag ihrer Arbeit geben, bliebe für ihn nichts übrig. Daraus ist zu ersehen, daß auch, wenn die Arbeiter noch so gut organisiert sind, eine Aufhebung der Ausbeutung durch fortgesetzte Lohnerhöhungen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft unmöglich erscheint.

Selbst wenn der Druck der Organisation noch so stark wird, vermag er den Profit des Unternehmers oft nicht einmal zu schmälern, geschweige denn aufzuheben. Eine Verbesserung der Maschinen kann die Ergiebigkeit der Arbeit derart steigern, daß der Mehrwert des Kapitalisten gerade so groß bleibt wie zuvor oder sogar noch viel größer wird, mag auch der Arbeitslohn steigen und

die Arbeitszeit verkürzt werden. Die Ausbeutung wird erst aufgehört, wenn der Arbeiter mit niemand um den Anteil am Ertrag zu streiten brauchen, sondern der ganze Ertrag der Arbeit den Arbeitenden zufallen wird; wenn aus der Fabrik, in der zuerst der Fabrikant wie ein Despot geherrscht hat und die heute dank dem Wirken der Gewerkschaften mit einer konstitutionellen Monarchie verglichen werden kann — das Gesetz ist hier der Tarifvertrag, das Parlament bilden die Vertrauensmänner der Gewerkschaft — eine demokratische Republik geworden sein wird. Dazu ist aber die Enteignung der Kapitalisten erforderlich, also ein Akt, dessen Durchsetzung nicht Aufgabe der Gewerkschaften sein kann.

Auch hier gilt dasselbe wie von den Genossenschaften: werden die Gewerkschaften den Kapitalisten in hohem Maße gefährlich, dann suchen sie sie zu zertrümmern. Eine Gesetzesänderung, unter Umständen sogar bloß eine neue Auslegung des alten Gesetzes genügt. Das haben die englischen und die amerikanischen Gewerkschaften erfahren, als man sie für den Schaden haftbar erklärte, der durch Streiks oder Boykotts entstand, und zur Bezahlung kolossaler Schadenersatzsummen an die Unternehmer verurteilte, die mit Hilfe der Gerichte die Gewerkschaftskassen auf solche Art mühelos leeren können. Nur der politische Kampf wird solche Attentate durch Erzwingung entsprechender Gesetzesänderungen abwehren können, wie ja der gewerkschaftliche Kampf überall daran gemahnt, daß der politische Kampf teils seine Voraussetzung, teils seine Folge sein muß. Um gewerkschaftliche Kämpfe führen zu können, muß man in Wort und Schrift seine Meinung frei äußern dürfen: das Versammlungsrecht und das Presserecht müssen geregelt sein; man muß die durch die Propaganda Gewonnenen dauernd beisammen halten können: das Vereinsrecht muß geordnet sein; man muß die organisierte Mitgliedschaft in Lohnkämpfen führen können: das Koalitionsrecht tut not. Was die Gewerkschaften den Unternehmern für einen Teil des Proletariats abgetrotzt haben, muß für dessen Gesamttheit zur gesetzlichen Geltung gelangen: der Ausbau der Arbeiterschutzesetzgebung und ihre getreuliche Einhaltung sind notwendig. Dies zu erstreiten ist aber Aufgabe der politischen Organisation; es kann nur auf politischem Wege erkämpft werden. So zeigt der gewerkschaftliche Kampf, für den am leichtesten Streiter geworben werden können,

weil sein Ziel faßbar vor Augen steht, dem Proletariat deutlich, daß er sich auch politisch betätigen muß, wenn er seine Lage in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung verbessern will und wenn er überdies aus dieser „Ordnung“ hinausstrebt.

*

Die Ausbeutung zu beseitigen, die Arbeitsmittel den Kapitalisten zu nehmen und sie in den Besitz der Gesamtheit des arbeitenden Volkes zu bringen: dieses Endziel der Arbeiterklasse kann nur im politischen Kampfe, nur durch Eroberung der politischen Macht erreicht werden. Alles weist die Arbeiter darauf hin. Der Staat ist heute ein Instrument der herrschenden Klasse. Ihr dieses Instrument zu entreißen, muß das Bestreben der Unterdrückten sein. Das Proletariat muß also politischen Einfluß zu gewinnen versuchen. Es braucht ja geeignete Gesetze, damit sich die gewerkschaftliche und genossenschaftliche Bewegung entfalten können, deren Festigung ein Lebensinteresse für die Arbeiter ist. Darum muß es zunächst trachten, dort entsprechend vertreten zu sein, wo diese Gesetze gemacht werden. Dieser Boden ist das Parlament. Mag man es nun lieben oder hassen, man wird darüber nicht hinwegkommen, daß es im heutigen Klassenstaat ein wichtiger politischer Kampfboden ist, auf dem die herrschenden Klassen miteinander streiten und auch gemeinsam gegen das Proletariat vorgehen.

Soll die Arbeiterschaft auf der Straße zuschauen, wie drinnen im Saale über Fragen entschieden wird, die für sie von einschneidender Bedeutung sind? Die herrschenden Klassen hätten kaum etwas dagegen, bemühen sie sich doch überall, das Klassenbewußte Proletariat vom Parlament fernzuhalten. Nur schrittweise gelingt es der Arbeiterklasse, sich das gleiche Stimmrecht zu erobern. Die Arbeiterschaft hat alle Ursache, die Herrschenden bei ihren Beratungen nicht allein zu lassen, sondern sich das Recht der Teilnahme daran zu sichern. Gibt es doch kaum ein Gesetz, das nicht in irgend einer Weise Arbeiterinteressen berührt! Nur ein Narr kann den Arbeitern raten, von der Stätte fernzubleiben, wo die Gesetze gemacht werden und die Steuerlast verteilt wird. Freilich darf man die Bedeutung dieser Stätte auch nicht überschätzen. Die Arbeiterklasse muß sich auch klar darüber sein, daß große positive Erfolge im Parlament nicht leicht erzielt werden können. Denn die Mehrheit entscheidet und die Mehrheit ist antisozialdemokratisch, ist arbeitersfeindlich. Nur unter besonderen Umständen wird sie den Willen der Minder-

heit erfüllen. Vor allem wäre es falsch, wenn die Arbeiterschaft ihre gewählten Vertreter allein ließe. Es ist notwendig, daß sie ihren Worten Nachdruck verleiht. Es ist mitunter erforderlich, daß sie selbst auf die Straße geht, um den Gang der Beratungen zu beeinflussen! Der Wert des Parlaments für das Proletariat wird auch davon abhängen, welche Stellung und Bedeutung das Parlament selbst im Staate hat. Danach wird das Proletariat seine Haltung einrichten müssen. Es darf nie vergessen, daß das Werk seiner Befreiung sein eigenes Werk sein muß, daß das entscheidende Wort in kritischen Zeiten nicht auf der Parlamentstribüne, sondern auf der Straße, nicht von den Abgeordneten, sondern von den Massen selbst gesprochen wird. Der politische Kampf ist nicht bloß ein parlamentarischer Kampf. Das Parlament ist für die Arbeiterschaft auch ein gefährlicher Kampfboden, auf dem die Kämpfer leicht verwirrt werden. In dem Hin und Her des Verhandeln nicht den richtigen Weg zu verlieren, ist mitunter eine große Kunst. Und der richtige Weg ist nicht der, auf dem man nur zu Augenblickserfolgen gelangt, sondern der den doppelten Zweck alles proletarischen Kampfes ins Auge faßt: des Arbeiters Los zu bessern und seine Befreiung herbeizuführen, die Arbeiterklasse im Kampfe gegen den Kapitalismus zu stärken, damit sie ihn überwinden kann.

Darum darf sich auch die Arbeiterschaft auf den Parlamentarismus nicht verlassen. Die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen und Mandate ist ein Gradmesser für die Stärke der Partei. In ihr kommt die Macht der Partei zum Ausdruck; aber die Macht ist auch vorhanden, wenn die Stimmen nicht gezählt werden. Es ist auch nicht anzunehmen, daß wir uns noch werden zählen können, wenn das Ergebnis eine Mehrheit für uns brächte. Die Herrschenden werden den Parlamentarismus nur benutzen wollen, solange er ihnen nützt. Wenn er zum Mittel wird, ihnen die Herrschaft, die sie heute durch ihn ausüben, zu entwenden, werden sie das Parlament zertrümmern, da es keinen Wert mehr für sie haben wird. Darum ist der parlamentarische Kampf nicht der politische Kampf, sondern nur ein — allerdings vorläufig sehr wichtiger — Teil des politischen Kampfes. Das Parlament ist ein Kampffeld, das wir heute betreten müssen, um dem Gegner zu folgen, mit dem wir zu ringen haben; wir werden es verlassen müssen, wenn der Gegner von dort entweicht. Die Entwicklung der

vorgeschrittenen Länder deutet uns an, daß die Eroberung der politischen Macht sich wohl nirgends durch Beschlußfassung einer Parlamentsmehrheit vollziehen wird, die dann zur Enteignung der Kapitalisten schreiten könnte.

Daraus folgt aber nicht, daß die Anstrengungen des Proletariats, sich das gleiche Wahlrecht zu sichern und es zu benutzen, zwecklos sind. Die Zeiten sind vorbei, in denen eine organisierte Minderheit ihren Willen der Mehrheit aufdrängen konnte. Das Proletariat kann die Macht nicht durch eine Ueberrumpelung der Gegner gewinnen, sondern nur durch einen Sieg in langwierigem Kriege. Es muß zur Mehrheit werden. Dazu genügt nicht, daß die Mehrzahl der Staatsbürger zum Proletariat gehört. Die Proletarier müssen sich ihrer Aufgabe und Bedeutung auch bewußt, sie müssen Klassenbewußt, sie müssen Sozialdemokraten werden. Ein Parlament, das aus Wahlen auf Grund eines wirklich gleichen Stimmrechtes hervorgegangen ist, bietet ein Spiegelbild der Gesinnung des Volkes. Sind auch die Arbeiter die Mehrheit der Wähler, so ist die Sozialdemokratie doch eine Minderheit im Parlament, wenn nicht alle Arbeiter Klassenbewußt sind, ihr Recht nicht richtig zu gebrauchen verstehen. *U n d e r S c h w ä c h e d e s P r o l e t a r i a t s* ist nicht das Parlament *s c h u l d*, sondern das *P r o l e t a r i a t s e l b s t*, der Teil davon, der noch nicht zum Klassenbewußtsein erwacht ist. Keine noch so kluge Taktik vermag die wirkliche Macht zu ersetzen. Erfolge, die ihr Dasein nur dem Entgegenkommen an den Feind, der Preisgabe der Grundzüge verdanken, sind nur Scheinerfolge. Sie bringen dem Proletariat im Augenblick eine Verbesserung, sie schwächen aber seine Kampffähigkeit und verringern damit die Möglichkeit künftiger größerer Erfolge. Sie beeinträchtigen die Erziehung der noch indifferenten Massen zum Klassenbewußtsein, die sich in den Winkelzügen parlamentarischer Schacherpolitik nicht zurechtfinden, die nur durch rücksichtslose Vertretung der proletarischen Klasseninteressen, durch unbedingte Gegnerschaft gegenüber den Machtansprüchen des Klassenstaates Freund und Feind unterscheiden lernen und so aus dem Netz der bürgerlichen Parteien gelöst werden können.

Der parlamentarische Kampf muß vor allem darnach gewertet werden, was er zur politischen Aufklärungsarbeit, zur Verstärkung der sozialdemokratischen Armee beiträgt. Das Parlament zur Propaganda für den Sozialismus zu benutzen, der Arbeiterklasse immer

von neuem die Arbeiterfeindlichkeit der Mehrheit zu zeigen und so dem Ziele zuzustreben, selbst die Mehrheit zu gewinnen, ist die Aufgabe der Sozialdemokratie. Wie die Mehrheit dann ihre Macht gebrauchen wird, ob in parlamentarischen Abstimmungen oder außerhalb des Parlaments, ist eine andere Frage. Nicht was die Gegner tun werden, wenn die Sozialdemokratie einmal die Mehrheit des Volkes hinter sich hat, ist jetzt für uns entscheidend. Das Wichtigste ist, alles daranzusetzen, daß wir endlich die Mehrheit werden. Dazu dient uns auch der parlamentarische Kampf.

Die Geschichte lehrt uns, daß keine Klasse freiwillig auf ihre Herrschaft verzichtet. Auch die Kapitalisten werden die Herrlichkeiten dieser Erde nicht aus freien Stücken preisgeben. Gewaltige Kämpfe, deren Umfang und Heftigkeit wir heute nur ahnen können, deren Mittel uns noch unbekannt sind, werden das Proletariat in den Besitz der politischen Macht bringen. Für die großen Kämpfe der Zukunft zu rüsten, ist eine dringende Notwendigkeit. Sind wir gerüstet, dann braucht uns um den Erfolg nicht bange sein.

4. Unsere Aussichten im Kampfe

Mehr als ein Menschenalter währt bereits der Kampf der Sozialdemokratie. Aus kleinen Scharen verlachter und verachteter Gefellen sind Millionenheere geworden, die gehaßt und gefürchtet werden. Es hat niemals in der Geschichte der Menschheit eine Massenbewegung gegeben, die in einem kurzen Zeitraum zu so gewaltiger Bedeutung gelangt wäre wie die Sozialdemokratie. Als das Christentum so alt war wie jetzt die Partei des Proletariats, bildeten seine Anhänger noch so unbedeutende Gemeinden, daß die römischen Schriftsteller jener Tage der christlichen Bewegung in ihren Geschichtswerken nur ein paar Zeilen widmeten. Die Sozialdemokratie dagegen steht nach einem nur wenige Jahrzehnte währenden Kampfe im Mittelpunkt aller Ereignisse, ihre Lehren haben alle Welt zur Stellungnahme gezwungen. Eine große Wissenschaft ist von dem Streit um den wissenschaftlichen Sozialismus, um die Lehren von Karl Marx erfüllt. Manchem mag dennoch unser Weg zu lang erscheinen, mancher mag ungeduldig daran zweifeln, daß wir ans Ziel kommen. Wer die Geschichte unserer Kämpfe von ihren ersten Anfängen bis zur Gegenwart kennt, wird sich der gewaltigen Fortschritte freuen, die wir gemacht haben, und das Aufsteigen der Arbeiterklasse bewundern, die, einer Welt von Feinden

trozend und unermeßliche Schwierigkeiten überwindend, von Sieg zu Sieg schreitet. Was war der Arbeiter, als Karl Marx am Vorabend der Achtundvierziger-Revolution in die Welt hinausrief: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“? Er war ein rechtloses, verachtetes Individuum, maßlos ausgebeutet, ferne von allen Glücksgütern dieser Erde. Sein Dasein war sonnenlos.

Und heute? Er ist ein geachteter Staatsbürger, dessen Stimme politisch nicht weniger gilt als die des Bourgeois; die Ausbeuter haben seine Widerstandskraft kennen gelernt. Er ist heute mehr gehaßt als früher, er wird aber auch mehr gefürchtet und umschmeichelt als je zuvor. Dem Wehrlosen, der dem Drucke des Unternehmers ohne sonderliche Gegenwehr erlag, hat die Gewerkschaftsorganisation eine Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage erstritten. Sie hat den Kapitalisten Lohnerhöhungen im Betrag von vielen Millionen Kronen abgetrotzt, hat die Zeit, die der Proletarier im Frondienst des Kapitals verbringen muß, um viele Stunden gekürzt. Sie schützt ihn in den Tagen der Arbeitslosigkeit vor der ärgsten Not. Einrichtungen mußten geschaffen werden, die den frankten Proletarier nicht elend zugrunde gehen lassen; wer auf dem Schlachtfeld der Arbeit verwundet worden ist, braucht nicht mehr zu verzweifeln. Wir sind daran, auch dem alten und invaliden Arbeiter das Notdürftigste zu verschaffen und den Witwen und Waisen das Dringendste zukommen zu lassen. Und wenn es auch nicht viel ist, was wir in hartem Kampfe erreichen können: einen ungeheuren Fortschritt gegenüber den Zuständen der Vergangenheit bedeutet es doch. Wir erobern uns unseren Anteil an den Kulturschätzen unserer Zeit. Mit dem notwendigsten Rüstzeug muß uns der Staat selbst versehen, in den mit Opfern erkämpften Ruhestunden erweitern wir unsere Kenntnisse, suchen wir Belehrung auf allen Wissensgebieten. Wir haben uns die Freiheit erstritten, die hierzu nötig ist. Als die Arbeiterbewegung begann, gab's keine Pressfreiheit, kein Vereins- und Versammlungsrecht. Wir waren rechtlos. Was die herrschenden Klassen a l l e i n diktierten, war auch f ü r u n s Gesetz. Als im Jahre 1861 einige Wiener Buchdrucker die polizeiliche Erlaubnis einholten, am 11. August zwei Besprechungen wegen einer Lohnerhöhung abhalten zu dürfen, wurde ihnen mitgeteilt, daß solche Versammlungen gemäß der Gewerbeordnung unzulässig seien. Heute anerkennt dieselbe Gewerbeordnung Tarifverträge. Noch im Jahre 1865 hat die Statthalterei in Wien ein

Gesuch um Bewilligung zur Gründung eines Arbeiterbildungsvereines mit der Begründung abgewiesen: „Begen Mangel von in den Statuten ausgesprochener Unterstützung von Seite der Arbeitgeber kann dem Verein eine solide Basis nicht zugetraut werden.“!! Jede Auflehnung wurde im Kerker erstickt. Jahrelange Strafen wurden für „Verbrechen“ verhängt, die heute schlimmstenfalls mit einer Geldbuße geahndet werden.

Wir haben uns heute Bewegungsfreiheit erstritten und haben uns das Recht zur Teilnahme an der Gesetzgebung erkämpft. Unsere Kämpfe haben uns aus dem Sumpfe des Elends und der Nacht der Unwissenheit herausgeführt. Das Proletariat ist heute eine Macht geworden, die nicht mehr zu beugen ist. Vor einem Menschenalter noch dachten die Herrschenden unsere Bewegung zu erdrosseln. Ausnahmsgesetze zerstörten die Organisationen, zersprengten die Reihen der Kämpfer und erstlächten das freie Wort. Es half nicht. Vor einem Vierteljahrhundert hat Kaiser Wilhelm II. die Bekämpfung der Sozialdemokratie in die Hand genommen. Er wollte allein mit ihr fertig werden. Sie ist dabei zur größten Partei des Deutschen Reiches gediehen. In manchen Ländern ist sie so einflußreich geworden, daß man ihr den Eintritt in die Regierung angeboten hat. Während die Partei vor noch nicht langer Zeit um ihr Existenzrecht kämpfen mußte, ringt sie heute schon um die Macht.

Wie man sich zu ihr stellen, wie man sie am wirksamsten bekämpfen, wie man ihr Vorwärtsschreiten verlangsamten soll: diese Frage beschäftigt alle Staatsmänner und Politiker, alle Unternehmer vom lehrlingsausbeutenden Handwerker bis zu den Herren der Kartelle. Unsere Erfolge haben den Gegnern die Bedeutung der Organisation gezeigt: unser Anwachsen, das die Herrschaft der besitzenden Klassen bedroht, läßt sie manche Gegensätze vergessen, die zwischen ihnen bestehen, und schweißt sie zum Kampfe gegen den gemeinsamen Feind zusammen. Der Widerstand, dem wir begegnen, wird von Tag zu Tag größer, die Kämpfe werden schwieriger; die Siege, die sie bringen, bedeuten mehr als die Erfolge vergangener Tage.

Da die Geschichte der Sozialdemokratie eine Reihe von Erfolgen ist, jede Niederlage der Arbeiter durch einen doppelt schönen Sieg wettgemacht wurde, unsere Organisationen von Jahr zu Jahr erstarkten und unser Einfluß eine stete Vermehrung des Arbeiterschutzes erzwang, so entsteht leicht die Meinung, daß wir auf diese

Weise, von Reform zu Reform schreitend, bis an unser Endziel gelangen, daß wir in den „Zukunftsstaat“ förmlich hineinwachsen können. Ist dem nun wirklich so? Oder nehmen wir Anzeichen wahr, daß der Gang der Entwicklung ein anderer wird und unsere Kämpfe eine neue Gestalt gewinnen? Prüfen wir!

Unser Einfluß wächst auf allen Gebieten. Aber auch dort, wo es sich um die friedlichsten Dinge handelt, reizt unser Vordringen den Feind und erregt es heftigen Widerstand. Daß sich die Arbeiter als Konsumenten in den Genossenschaften organisieren, scheint recht harmlos zu sein. Gaben ihnen doch früher auch bürgerliche Sozialpolitiker dazu geraten. Und doch! Wie groß ist der Haß, den unsere Fortschritte auch hier auslösen! Man ruft nach gesetzlichen Maßnahmen gegen die Konsumvereine und es ist leicht möglich, daß man versuchen wird, uns diese Waffe zu entwerfen. Nicht anders verhält es sich mit unseren gewerkschaftlichen Kämpfen. Wir standen bis vor einiger Zeit immer nur einzelnen mehr oder minder starken Unternehmern gegenüber. Unserer Organisation konnten die Ausbeuter keine ähnliche entgegenstellen. Die Kämpfe waren gering an Umfang und darum leichter zu führen. Heute stehen den Gewerkschaften zumeist nicht mehr einzelne Unternehmer, sondern Organisationen der Unternehmer gegenüber.

Die erste Unternehmerorganisation in Deutschland wurde im Jahre 1869 von Buchdruckereibesitzern begründet. Aber erst seit zehn Jahren haben sich die Verbände der Arbeitgeber stark entwickelt. Sie sind in den letzten Jahren rascher gewachsen als die Gewerkschaften. Die amtliche Statistik zählte im Deutschen Reiche im Jahre 1912 132.485 Mitglieder der Unternehmerorganisationen mit 4.378.275 beschäftigten Arbeitern. Davon sind 56.664 Mitglieder mit 2.392.789 Arbeitern der „Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände“ angeschlossen. In der „Hauptstelle industrieller Arbeitgeberorganisationen“ Oesterreichs waren Ende 1912 3846 Firmen mit 772.500 Beschäftigten vereinigt. Die Unternehmerorganisation hat also an Mitgliederzahl die Gewerkschaften bereits überholt. Der gewerkschaftliche Kampf hat dadurch eine wesentliche Verschärfung erfahren. Die Kämpfe wurden umfangreicher, in ihren Folgen bedeutsamer. Früher hat schon der Wille zum Kampf den Unternehmern Angst eingeflößt, die an die Sklavengesinnung der Arbeiter gewohnt waren; heute genügt er nicht mehr. Das

Kriegsführen im wirtschaftlichen Kampfe erfordert nicht nur Mut und Geld, sondern auch große Kenntnisse und außerordentliche Geschicklichkeit. Denn die Unternehmerorganisationen sind wohl gerüstet. Große Kampfmittel stehen ihnen zur Verfügung. Mit der Materialsperrre, mit Kreditentziehung und anderen Erpressungen zwingen sie die störrischen Arbeitgeber in ihre Reihen, zu einheitlichem Vorgehen. Dafür hat der Kampf mit den Bauarbeitern im Jahre 1910 und der Kampf der Maler im Jahre 1913 im Deutschen Reiche viele Belege geliefert. Im letzten Kampfe der österreichischen Buchdrucker hat die Unternehmerorganisation versucht, die Druckereibesitzer, die nicht selbst Hausherren sind, auszumieten, wenn sie sich den Beschlüssen der Unternehmervereinigung nicht fügen wollten. Die Unternehmer richten Schutzverbände ein, die ihren Mitgliedern Streikentschädigung gewähren. Ein solcher besteht zum Beispiel für die Mitglieder des österreichischen Bundes der Industriellen. In Berlin wurde im Dezember 1913 eine Zentrale der deutschen Arbeitgeberverbände für Streikversicherung gegründet, der sofort Verbände und Entschädigungsgesellschaften mit einer Jahresgesamtlohnsumme von 704 Millionen Mark und 675.000 Arbeitern beitraten. Der österreichische Reichsverband der Baugewerbe beschloß im Jahre 1911, eine Baugewerbebank zu gründen, zu deren Geschäften gehört: „Bildung von Unterstützungskonfessionen bei Streiks und Aussperrungen.“

Je fester ihre eigenen Reihen sind, um so eifriger gehen die Unternehmerverbände zum Angriff auf die Arbeiter über. Sie versuchen, das Kampffeld stets zu erweitern, eine möglichst große Zahl von Arbeitern zu gleicher Zeit zum Kampfe zu zwingen, um die Gewerkschaftsklassen zu leeren, die Unterstützungen unmöglich zu machen. Dazu benützen sie auch die Tarifverträge. Sie drängen darauf, daß möglichst viele Verträge bis zum gleichen Tage gelten, viele zur selben Zeit erneuert werden müssen, damit nicht eine Arbeitergruppe der anderen beistehen kann. Einst hieß es: „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will.“ Heute befehlen oft die Unternehmer selbst die plötzliche Einstellung der Betriebe.

Neben den Streiks gewinnen die Aussperrungen immer größere Bedeutung. Das lehrt folgende Statistik auf Seite 169 aus dem Bericht der Generalkommission der Gewerkschaften für das Deutsche Reich.

Die in den Jahren 1900 bis einschließlich 1912 von den reichsdeutschen Unternehmern verhängten 3324 Aussperrungen, die

J a h r	Es fanden statt Arbeitskämpfe insgesamt	Davon waren Ausperrungen		An den Arbeits- kämpfen waren insgesamt be- teiligt Personen	Davon waren an Ausperrungen be- teiligt Personen	
		Zahl	Prozent		Zahl	Prozent
1900	852	46	5.4	115711	14630	12.6
1901	727	35	4.8	48522	8460	17.4
1902	861	56	6.5	55713	6791	12.2
1903	1282	82	6.4	121593	45763	37.6
1904	1625	112	6.9	135957	31402	23.1
1905	2323	253	10.9	507944	144047	28.4
1906	3480	421	12.1	316042	93356	29.5
1907	2792	323	11.5	281030	104738	37.3
1908	2052	257	12.5	126883	60576	47.7
1909	2045	206	10.1	131244	34494	26.3
1910	3194	970	30.4	369011	226898	61.5
1911	2914	207	7.1	325253	113357	34.9
1912	2825	356	12.6	479589	82099	17.1

966.611 Arbeiter betroffen haben, verursachten einen Verlust von 20,681,085 Arbeitstagen und kosteten den Gewerkschaften 45,306,465 Mark! Die letzten Jahre haben Niesenkämpfe gebracht, so die Generalausperrung in Schweden, die aus kleinem Anlaß erwuchs; die ungeheuren Streiks der englischen Transportarbeiter und Bergarbeiter; die deutsche Ausperrung der Bauarbeiter, den Kampf der deutschen Bergarbeiter. Nicht immer geht es dabei um Lohnfragen oder um eine Verkürzung der Arbeitszeit oder nur darum. Es handelt sich vielmehr um Fragen der Macht. Die Bauarbeiterausperrung wurde von den Unternehmern offen als eine Kraftprobe ihres Bundes erklärt. Der Führer der Unternehmer erklärte: „Nicht Ideale zu vertreten gelte es, sondern den Kampf um die Macht; eine große Katastrophe müsse herbeigeführt werden, eher gebe es nicht Ruhe.“ Um die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen, spielen sich die Unternehmerverbände gerne als Schützer der Handwerker auf, obwohl die von ihnen herbeigeführten Kämpfe den Niedergang des Handwerks nur beschleunigen. Sie stellen die Staatsverwaltung in ihren Dienst und beeinflussen die Gerichte. Auf ihren Kongressen erscheinen Minister und andere hohe Staatsbeamte. Sie terrorisieren die Arbeiter bei Wahlen, um Vertreter der Scharfmacher ins Parlament zu bringen.

Ihr Bestreben ist es, die ganze bürgerliche Gesellschaft gegen die Arbeiterklasse zu mobilisieren. Ihre schmutzigen Geldsackinteressen schreien sie als eine nationale Sache aus, um die ganzen besitzenden Klassen in ihren Troß zu bringen. So wird der Gewerkschaftskampf schon wegen seines Umfangs zu einer Angelegenheit der Allgemeinheit. Seine Wirkungen erstrecken sich nicht nur auf die unmittelbar Beteiligten. Bei der Verflechtung der einzelnen Industriezweige werden durch einen Massenkampf in einem Gewerbe viele andere in Mitleidenschaft gezogen. Als in England im Jahre 1912 eine Million Kohlengraber streikte, wurden dadurch so viele Betriebe stillgesetzt, daß auch fast eine Million Arbeiter anderer Berufe feiern mußte. Große Streiks und Aussperrungen haben notwendig große Konsumeinschränkungen zur Folge. Die Nahrungs- und Bekleidungsindustrie, namentlich die kleinen Händler, müssen ihre Wirkungen verspüren. Bewegungen, die hunderttausende Menschen umfassen, zwingen den Staat, Stellung zu nehmen und werden zu einer politischen Angelegenheit. Wie die Unternehmer, so müssen auch die Arbeiter ihre gewerkschaftliche Aktion durch die politische unterstützen. Gewerkschaft und Partei erweisen sich gerade seit der Verschärfung der Kämpfe als notwendige Einheit. Ihr gesellt sich auch die Genossenschaftsbewegung hinzu, die berufen erscheint, in den Massenkämpfen der Zukunft durch planmäßige Nahrungsmittelversorgung der Kämpfenden eine große Rolle zu spielen. Auf gewerkschaftlichem Gebiet ist also von Friedensstimmung nichts zu merken, wohl aber ein Anschwellen der Kämpfe, ein Wachsen der Gegensätze.

So ist es auch auf anderen Gebieten. Unser erzieherischer Einfluß auf die Arbeiterklasse wächst. Unsere Parteipresse gewinnt immer mehr Abnehmer und Leser, unsere Literatur vermehrt sich, unsere Bildungsarbeit vertieft unsere Bewegung. Die Frauenorganisationen wachsen, die Jugendbewegung gewinnt stets weiteren Umfang. Es fehlt auch nicht mehr an Einrichtungen, die den Kindern des Proletariats gelten. Die innere Festigung der Arbeiterbewegung ist eine der erfreulichsten Erscheinungen der letzten Jahre. Aber werden nicht gleichzeitig die Anstrengungen der Herrschenden größer, uns den Erfolg streitig zu machen? Die meisten haben erkannt, daß weder rohe Gewalt noch sozialpolitische Lockmittel geeignet sind, die Arbeiterbewegung unterzukriegen. So versuchen sie wenigstens, die Bewegung zu hemmen, wie es nur geht. Sie wissen, daß die Sozialdemokratie unüberwindlich wird,

wenn nur alle Arbeiter zum Bewußtsein ihrer Lage und ihrer Aufgabe kommen. Darum haben es sich die Herrschenden zur Aufgabe gemacht, das Proletariat durch eine antisozialistische Erziehung zu beeinflussen. So sagte der Generaldirektor des Wittkowitz Eisenwerkes in der Ende März 1912 abgehaltenen Generalversammlung des Verbandes nordmährisch-schlesischer Industrieller:

„Es wäre vollkommen verfehlt, wenn wir, die wir als Vertreter jener Wirtschaftsgruppe zu gelten haben, die an der Erhaltung des Bestehenden das außerordentlichste Interesse hat, uns mit der Tatsache abfinden und glauben würden, daß wir uns dieser Erscheinung willenlos zu unterwerfen haben. Verloren ist nur, wer sich selbst aufgibt. Diese Bewegung werden wir nicht aufhalten, können sie aber doch in ein Tempo bringen, daß sie der bestehenden Ordnung nicht zu großen Schaden bringt.“

Als Herren der Schulen und Kasernen bearbeiten die Herrschenden die Kinder des Proletariats. Sie suchen sich, die Notlage der Arbeiterfamilie ausnützend, schon der Kleinen zu bemächtigen, noch ehe sie zur Schule gehen; sie versuchen, in steigendem Maße auf die schulentlassene Jugend einzuwirken. „Die aus der Bevölkerung heraus zu schaffende Organisation soll sich von jeder politischen Färbung freihalten und nur den Geist wahrer Vaterlandsliebe pflegen.“ So sagt ein sächsischer Erlaß vom 28. Dezember 1910. Als ob das keine Politik wäre! Der österreichische k. k. Inspektor für Jugendfürsorge fordert in seinem Programm, daß die Jugend in Horten ohne Unterschied des Berufes organisiert werde, da „in den jungen Jahren die Klassenunterschiede sich am leichtesten ausgleichen lassen“. Das ist es, worauf es den Herrschenden ankommt. Der Arbeiter soll sich nicht als Arbeiter fühlen. Die Horten und Heime, die sie gründen, sind Stätten, in denen das Kind des Arbeiters seinen Eltern abtrünnig gemacht und zum Verraten seiner Klasse erzogen werden soll. Das Wirtshaus genügt nicht mehr zur Agitation. Sie mißbrauchen Kirchen und Nemter. Seltene „parteilose“ Zeitungen werden massenhaft verbreitet, um die Gedanken der Arbeiter auf dumme Sensationen zu lenken und sie von ernstern Dingen abzuführen. Unser Einfluß auf die Arbeiter ist gewachsen, aber auch die Bemühungen unserer Gegner, das Denken der Proletarier zu beeinflussen, sind größer geworden.

Und in der Politik ist es nicht anders. Wir haben das gleiche Wahlrecht erstritten, haben uns den gebührenden Platz in den gesetzgebenden Körperschaften erobert. Aber gleichzeitig hat sich die Stellung der anderen Parteien zu uns stark verändert. Immer

wieder versuchen sie es, sich trotz aller Gegenfälle, die sie trennen, gegen uns zu verbünden, uns zur aussichtslosen Minderheit zu machen. Sie lehnen alle Anträge ab, die unsere Vertreter stellen. Sie verhindern oder verzögern die Verhandlung der Gesetzeswürfe, deren Vollendung das Proletariat erstrebt. Freilich können sie sich damit nicht begnügen. Das allgemeine gleiche Wahlrecht zwingt sie, um die Stimmen der Arbeiter zu werben. Sie wissen, daß jede Abstimmung, in der ein wichtiger sozialdemokratischer Antrag abgelehnt wird, Tausende mit Unzufriedenheit erfüllt und in unser Lager bringt. Darum müssen sie teilweise durchführen, was wir verlangen, wenn sie auch zunächst unsere Anträge ablehnen.

Die Erfolge der Sozialdemokratie sind nicht danach zu messen, wieviel sozialdemokratische Anträge angenommen worden sind. Es ist vielmehr alles, was heute im Interesse der Arbeiter geschieht, auf die Sozialdemokratie zurückzuführen. Der konservative Sozialpolitiker Konstantin Franz gestand in seinem Werke über Sozialpolitik:

„Es ist eine Tatsache, daß es erst der sozialistischen Agitation bedurfte, bis man überhaupt dazu kam, neben all den Gesetzen, die vorzugsweise die Interessen der besitzenden Klasse betreffen, doch auch nebenbei einige Gesetze speziell für die arbeitenden Klassen zu erlassen. Aus eigenem Antriebe und aus der schöpferischen Initiative der Regierungen ist nichts hervorgegangen, sondern das wenige, was in dieser Hinsicht wirklich geschah, läuft der Sache nach selbst nur auf abgeklärte Gedanken der Sozialisten hinaus. Und sehr erklärlich, da sie eben von allen bestehenden Parteien die einzige Partei sind, die sich ausdrücklich mit den Zuständen und den Bedürfnissen der nur von ihrer Arbeit lebenden Klasse beschäftigt, wie sie auch in diesem Punkte die meiste Sachkenntnis besitzt.“ (Seite 18.)

Bismarck erklärte im deutschen Reichstage am 26. November 1884 unumwunden:

„Wenn es keine Sozialdemokraten gäbe und sich nicht eine Menge Leute vor ihnen fürchteten, würden die mächtigen Fortschritte, die wir in der Sozialreform gemacht haben, überhaupt nicht gemacht worden sein.“

Der christlichsoziale Minister Geßmann gestand am 18. Februar 1910 in einer Wiener Versammlung:

„Alle die sozialen Reformen, die in den letzten Jahrzehnten geschaffen wurden, zeugen von dem Einfluß der Sozialdemokraten. Die Gesetze über Maximalarbeitszeit, Unfallversicherung, Krankenversicherung

zung, Einschränkung, respektive Aufhebung der Frauen- und Kinderarbeit u. s. w. sind Erfolge, die fast ausschließlich dem Einfluß der Sozialdemokraten zuzuschreiben sind.“ (Zitiert aus der christlichsozialen „Reichspost“ vom 20. Februar 1910.)

Aber das macht unsere Stellung nicht minder schwierig. Fragen, die einstmals ohne viel Streit erledigt werden konnten, rufen heute große Erregung hervor. Im Kampfe um den Arbeiterschutz hatte das Proletariat einst manche Freunde. Die Feudalen sahen nicht ungern, wenn die Profitwut der profigen Herren der Industrie durch unbequemen Arbeiterschutz gezügelt wurde. Sie wetterten gegen die kapitalistische Ausbeutung. In der Debatte über die Gewerbeordnung, die am 25. Februar 1885 im österreichischen Herrenhause geführt wurde, sagte der Kommissionsberichterstatter Graf Blome in seinem Schlußwort:

„Darüber wird ja keine Meinungsverschiedenheit bestehen, daß jene Industrien, welche sich nur auf Kosten des geistigen und leiblichen Wohles der Arbeiter konkurrenzfähig behaupten können, nicht allein dem Staate und der Gesellschaft nichts nützen, sondern sogar als g e m e i n s c h ä d l i c h geachtet werden sollten. . . . Angenommen aber, auch die sogenannte Konkurrenzfähigkeit trüge dem Aera Milliarben ein, so wäre der Gewinn zu teuer erlauft, wenn sie den Pauperismus im Gefolge hätte. . . . Wie sehr die Wehrkraft des Landes unter der zunehmenden Verarmung der Arbeiterklassen leidet, darüber dürften im Kriegsministerium nur zu beredete Ziffern zu Gebote stehen. . . . Wie ist Gesittung, Bildung von einer Bevölkerung zu erwarten, die, um dem Hungertode zu entinnen, sich zu sechzehn- bis achtzehnstündiger Arbeit verstehen muß, wo die Familienväter nur unter Zuhilfenahme von Frauen und Kindern bei der Fabrikarbeit ein kümmerliches Dasein fristen, wo das Familienleben darin besteht, daß Vater, Mutter und Kinder in einer und derselben Fabrik oder in verschiedenen Fabriken einen überlangen Tag hindurch um das tägliche Brot, um die unentbehrlichsten Kleidungsstücke fronen, um dann in ungefunten feuchten Spelunken zusammengespercht, wenige Stunden der Nachtruhe zu genießen? . . . Dann tritt an die Stelle der Häuslichkeit die Kneipe, die Schenke. Die Armut nimmt rapid zu, die Gesundheit wird vollends untergraben, Hoffnungslosigkeit reißt ein, mit ihr Unfittlichkeit und sozialer Unfriede. Da ist kein Boden für Religiosität, für Gesittung, für Vaterlandsliebe. . . . Ich glaube, daß es Verpflichtung der Regierung ist, wie überall, so namentlich in öffentlichen Etablissemments — und das sind ja die Fabriken! — den Selbstmord zu verhindern. Und ich frage: Was ist denn eine Ueberarbeit anderes als systematischer Massenselbstmord?“ (Stenographische Protokolle des Herrenhauses, IX. Session, II. Band, Seite 1600 ff.)

Heute sprechen die Feudalgrafen nicht mehr so, wenn es sich um den Arbeiterschutz handelt. Sie haben das Liebeswerben um die Arbeiter aufgegeben. „Den proletarischen Bettelsack schwenkten sie als Fahne in der Hand, um das Volk hinter sich her zu versammeln. So oft es ihnen aber folgte, erblickte es auf ihren Hintern die alten feudalen Wappen und verlief sich mit lautem und unehrerbietigem Gelächter.“ (Marr.)

Die Kleinbürger zeterten gegen den „jüdischen“ Kapitalismus und traten für den Arbeiterschutz ein, zumal sie sein Geltungsgebiet so abgrenzten, daß sie nicht mitzutun brauchten. Ernest Schneider, der Wortführer der Handwerker, sprach in der Enquete des Abgeordnetenhauses über die Arbeitergesetzgebung am 8. Mai 1883:

„Christus hat gesagt: So du zwei Röcke hast, gib den einen dem, der keinen hat. Die Arbeiter lassen uns unsere Röcke, aber wir sollen ihnen jene Röcke lassen, die sie sich selbst verdienen . . .

Ich will, daß den Arbeitern eine menschenwürdige Existenz geschaffen wird und wenn man mich deshalb einen Sozialisten nennt, dann bin ich stolz darauf, ein Sozialist zu sein, denn ich lege mir diesen Titel als Ehrentitel bei und fordere meine Standesgenossen auf, dasselbe zu tun.“ (Stenographisches Protokoll der Enquete, Seite 335.)

Und später wurden derselbe Ernest Schneider und seine Partei, die Christlichsozialen, die erbittertsten Feinde jeglichen Arbeiterschutzes. Die Zeiten ändern sich. Die Feudalgrafen sind Industrielle geworden; die Bauern haben die Wirkung der gewerkschaftlichen Kämpfe zu spüren bekommen und klagen schon über die Landflucht, da die besseren Arbeitsbedingungen in der Stadt ihnen ihre Knechte und Kinder abspenstig machen; die städtischen Handwerker fühlen sich durch die Lohnkämpfe der Arbeiter unmittelbar bedroht. Ihr Haß gegen die Kapitalisten hindert sie nicht, sich mit ihnen zu verbinden, da ihr Haß gegen die Arbeiter noch größer ist. Nicht einmal die bürgerlichen Freiheitsrechte werden heute von den bürgerlichen Parteien gewahrt. Sie verzichten lieber selbst auf etwas, nur damit es nicht auch der Sozialdemokratie zugute kommt, und begünstigen mitunter geradezu den Verfassungsbruch, „Läuft man Gefahr, mit der Freiheit um den Besitz zu kommen, so kehrt man lieber zum Absolutismus zurück“, sagte schon im Jahre 1849 im Verfassungsausschuß des österreichischen Reichstages ein Abgeordneter in der Verhandlung der Grundrechte. So wird jeder Schritt, den wir machen, immer schwieriger. Wir sind weit stärker als je

zuvor, aber auch unsere Gegner haben gelernt und kämpfen mit anderen Mitteln als einst. Die Entwicklung hat nicht eine Milderung, sondern eine Verschärfung der Gegensätze gebracht.

Ist unser Weg am Ende falsch gewesen? Oder sollen wir nicht wenigstens jetzt eine andere Richtung wählen? Erreichen wir mehr, wenn wir allein kämpfen oder wenn wir uns mit anderen Parteien verbünden? In dem großen weitverzweigten Kampf des Proletariats mit seinen wechselnden Situationen sind uns mannigfache Lockungen geboten, von unserem Ziel abzuweichen, wie ja auch die herrschenden Klassen über die Art, wie sie uns bekämpfen sollen, durchaus nicht einig sind. Noch immer glauben die einen, daß brutale Gewalt die Sozialdemokratie zertreten könne. Sie irren dabei genau so wie die anderen, die da meinen, die Arbeiterschaft könne von der Sozialdemokratie abgezogen werden, wenn man ihre Wünsche durch Gewährung ausgiebiger politischer Rechte und sozialer Reformen befriedige. So schwanken die Absichten der Arbeiterfeinde und deshalb traktieren sie die Arbeiter bald mit Zuckerbrot, bald mit der Peitsche.

Die Sozialdemokratie würde nicht klug handeln, wollte sie nicht die Gegensätze ausnützen, die zwischen den Parteien der herrschenden Klassen vorhanden sind. Es kann ihr aber keinen dauernden Erfolg bringen, wenn sie sich mit anderen Parteien verbünden wollte. Unser Endziel ist ja die Eroberung der politischen Macht, die Aufhebung der Klassenherrschaft. Das muß allen zum Bewußtsein gebracht werden, die zur Sozialdemokratie kommen. Das ist aber ein Ziel, dem außer uns keine Partei zustreben kann. Für die anderen — und seien sie noch so radikal — sind soziale Reformen das Endziel ihres Strebens, wir können uns mit ihnen nicht begnügen. Sie heben zwar die Lage des Proletariats, aber sie bringen nicht seine Aufhebung. Wir müssen mit aller Kraft für soziale Reformen eintreten; denn alles, was der Arbeiterschaft nützt, ist uns willkommen. Aber wir wissen, das, was wir am letzten Ende wollen, nicht aus einer Summe sozialer Reformen besteht, die nach und nach erkämpft werden, sondern daß unser letztes Ziel nur erreicht werden kann, wenn wir die politische Macht erobern, wenn das Proletariat zur Herrschaft kommt. Nicht teilzunehmen an der Regierung, nicht mit anderen die Macht zu teilen, ist unsere Absicht. Die ganze Macht in die Hand zu bekommen, um die Arbeitsmittel in das Gemeineigentum des Volkes zu bringen: das

ist unser Begehren. Wollen wir dieses Ziel erreichen, dann dürfen wir uns durch nichts ablenken lassen, dann ist die Erziehung zum Klassenbewußtsein nötig, nicht dessen Trübung.

So unrecht diejenigen haben, die uns anraten, wir sollen uns ohne Rücksicht auf unser sozialistisches Ziel mit allen Leuten verbünden, die soziale Reformen anzustreben vorgeben, so unrecht haben auch die anderen, die da glauben, daß auf soziale Reformen kein Gewicht zu legen ist und wir kurzen Weges auf unser Ziel lossteuern müssen. Sie raten uns, den langen Weg der Kleinarbeit aufzugeben und durch eine große Aktion das Ziel förmlich zu erstürmen. So erklärte im Jahre 1873 ein anarchistischer Kongreß: „Der Generalstreik ist nichts anderes als die soziale Revolution. Denn es genügt, alle Arbeit während nur zehn Tagen einzustellen, damit das gegenwärtige System vollständig zusammenbricht.“

Dies ist heute der leitende Gedanke des *Syndikalismus*. Er verwirft die parlamentarische Betätigung sowie die organisatorische Kleinarbeit und predigt die „direkte Aktion“ des Proletariats. „Man braucht die Geldmittel nicht zu verachten; doch nicht von ihnen hängt in erster Linie der Sieg ab; es sind die Begeisterung, das revolutionäre Verhalten, die Stoßkraft der Streikenden, von denen der Sieg zu erwarten ist“, sagt der französische Syndikalist Pouget. Darum heben die französischen Gewerkschaften kleine Beiträge ein im Vertrauen „auf die tätige Solidarität, auf die Hilfe, die man den kämpfenden Kameraden bringt“. Wenn aber niemand etwas leistet und einer sich auf die Solidarität des anderen verläßt, kann die Hilfe nicht groß sein. Für den großen Eisenbahnerstreik im Jahre 1910 brachten die französischen Syndikalisten rund 15.000 Frs. auf. Nach Schweden sandten sie im Jahre 1909 ungefähr 7000 Kr., obwohl dort ein Generalstreik durchgeführt wurde.

Wie sehr Worte und Taten der Syndikalisten einander widersprechen, zeigt der Verlauf der Achtstundenbewegung in Frankreich. Mit großen Worten wurde die rasche Er kämpfung des Achtstundentages angekündigt: Ab 1. Mai 1906 werde kein Arbeiter länger als acht Stunden arbeiten, wenn auch die Unternehmer protestieren. Fertig! Aber an jenem Maitage wurden die Gewerkschaftsführer verhaftet, Militär rückte aus und die ganze Bewegung brach rasch zusammen. Wie gründlich sie vorbereitet war, erhellt daraus, daß für die Durchführung in 16 Monaten ganze 21.936 Frs. gesammelt worden waren! Die schwache syndikalistische Gewerkschaftsbewegung muß bei Streiks Unterstützung für Frauen und Kinder durch

die bürgerlichen Gemeindeverwaltungen in Anspruch nehmen. Die einsichtigen Köpfe der syndikalistischen Bewegung beginnen schon einzusehen, daß sie auf falschem Wege sind. So schrieb die „Guerre Sociale“ im Sommer 1911:

„In Bezug auf Organisation besteht in der Tat zwischen der französischen und der deutschen Arbeiterklasse der gleiche Unterschied wie zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung Frankreichs, das in die Reihe der Länder der dritten Klasse zurückversunken ist, und Deutschlands, das sich auf dem besten Wege befindet, auf dem Gebiet der Industrie und des Handels das erste Land der Erde zu werden. Was bedeuten unsere vierhunderttausend der Confédération Générale du Travail angeschlossenen Gewerkschafter gegenüber den zweieinhalb Millionen Mitgliedern der deutschen Generalkommission? Was bedeuten denn unsere fast leeren Gewerkschaftskassen gegenüber den millionenreichen deutschen Kassen?

Was sollen unsere elenden Käseblätter gegenüber den gewerkschaftlichen und sozialistischen Zeitungen mit Riesenauflagen in Deutschland bedeuten? Und was sagen wir zu den elenden Löchern, in denen sich die Büros unserer Gewerkschaften befinden, gegenüber den großen und bequemen, fast luxuriösen Volkshäusern, welche die deutschen Arbeiterorganisationen beherbergen?

Es gibt aber etwas noch Bewunderungswürdigeres als diese großen Mitgliederzahlen und Reichtümer: das ist die Disziplin, mit der die ganze große Arbeiterarmee voranmarschiert, und zwar zu jener Zentralisation, zu der man gezwungenermaßen kommen muß, wenn man nicht nur Scharmützel, sondern Kämpfe der Massen liefern will.

Und wenn man sich dabei der Streitereien erinnert, die bei uns die einen gegen die anderen, Sozialisten, Anarchisten, Gewerkschafter, aufbringen und die auch die geringste gemeinsame Arbeit von vornherein unmöglich machen, muß man dann nicht die deutsche Arbeiterklasse bewundern, deren gewerkschaftliche und sozialistische Organisationen, obwohl völlig autonom bleibend, Schulter an Schulter zusammenarbeiten in den Tageskämpfen gegen die feindliche Klasse und gegen ihre Regierung?“

Während der Syndikalismus in den romanischen Ländern langsam an Boden verliert, versuchen Wirrköpfe immer von neuem, seine Ideen nach Deutschland und Oesterreich zu verpflanzen. Sie vergessen dabei, daß der Syndikalismus zu den Kinderkrankheiten unserer Arbeiterbewegung gehört hat. So schrieb, die Notlage der Arbeiter besprechend, am 8. März 1883 die Wiener „Zukunft“: „Was nützt da der Fabriksinspektor? Was nützt da die bestimmte Zeit? (Der Höchstarbeitstag, der damals eingeführt werden sollte. D. B.) Und sollten die Arbeiter eine Organisation besitzen und diese Uebel zu beseitigen imstande sein, so werden sie auch so

mächtig, um die privatkapitalistische Produktionsweise abzuschaffen. Also keine zweifelhafte Erleichterung der Arbeit, sondern ihre gänzliche Befreiung muß unser einziges Programm sein.“ Der Standpunkt ist heute überwunden und es wird nicht gelingen, ihn wieder zur Geltung zu bringen. Die Arbeiterklasse hat aus der Geschichte ihrer Bewegung gelernt, daß sie in friedlichen Zeiten nur schrittweise vorwärts zu kommen vermag und daß große Kämpfe, wie sie in Zukunft zu gewärtigen sind, gründlicher Vorbereitung, starker Organisationen und eindrucklichster Erziehungsarbeit bedürfen. Die Sozialdemokratie schließt den Streik als politisches Kampfmittel nicht aus ihrem Arsenal aus, aber sie ist sich der Zweischneidigkeit dieser Waffe bewußt. Sie preist den Streik aber auch nicht als ein Allheilmittel. Sie hat erkannt, daß das Proletariat mannigfache Methoden im Klassenkampfe anwenden muß.

So erklärte der deutsche Parteitag zu Jena 1905:

„... daß es namentlich im Falle eines Anschlages auf das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht oder das Koalitionsrecht die Pflicht der gesamten Arbeiterklasse ist, jedes geeignet erscheinende Mittel zur Abwehr nachdrücklich anzuwenden.

Als eines der wirksamsten Kampfmittel, um ein solches politisches Verbrechen an der Arbeiterklasse abzuwehren oder um sich ein wichtiges Grundrecht für ihre Befreiung zu erobern, betrachtet gegebenenfalls der Parteitag die umfassendste Anwendung der Massenarbeits-einstellung.

Damit aber die Anwendung dieses Kampfmittels ermöglicht und möglichst wirksam wird, ist die größte Ausdehnung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterklasse und die unausgesetzte Belehrung und Aufklärung der Massen durch die Arbeiterklasse und die mündliche und schriftliche Agitation unumgänglich notwendig.“

Die Sozialdemokratie scheut überhaupt kein Kampfmittel, das zweckmäßig erscheint, sie ist durchaus nicht „geeklich“ um jeden Preis. Wir lassen uns allerdings nicht überflüssigerweise dorthin locken, wo die Klinge schießt und der Säbel haut. Wir wissen aber, daß unser Arsenal noch andere Waffen birgt als die jetzt in Verwendung stehenden und daß wir nichts zu fürchten haben, wenn der Kampf andere Formen annimmt als heute.

„Ich erwarte“ — schrieb einmal der junge Engels — „bloß von dem Fürsten etwas Gutes, dem die Ohrfeigen seines Volkes um den Kopf schwirren und dessen Palastfenster von den Steinwürfen der Revolution zerschmettert werden.“ Keine Klasse gibt

eben ihre Herrschaft freiwillig aus der Hand. Das haben die Feudalen nicht getan, es ist auch von den heute herrschenden Klassen nicht zu erwarten. Das Bürgertum hat sich — es erinnert sich freilich nicht gerne daran — die Macht nur in großen Kämpfen erobert. Auch das Proletariat wird nur zur Herrschaft gelangen, wenn es den Kampf nicht scheut, und mag er noch so groß sein. „Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht.“ (Marx.) Blutige Gewalttaten haben die Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung geschaffen, Gewalttaten kennzeichnen ihren Weg. Welche Opfer hat nicht die russische Revolution gekostet! Tausende wurden hingerichtet, Zehntausende eingekerkert und verbannt. Von einem „Aderlaß“ phantasieren die Scharfmacher immer wieder. Mehr als 1000 Jahre Kerker sind in den Tagen des Sozialistengesetzes über deutsche Arbeiter verhängt worden. Aber seit dem Falle des Ausnahmegesetzes hat sich nichts geändert. Von 1890 bis 1910 sind im Deutschen Reiche über im Dienste der Arbeiterbewegung tätige Personen nicht weniger als 1188 Jahre 5 Monate Gefängnis, 111 Jahre 2 Monate Zuchthaus, 1 Jahr 6 Monate Festung und 555.934 Mark Geldstrafe verhängt worden. Die Teuerungsdemonstration der Wiener Arbeiter am 17. September 1911 kostete drei Tote und Kerkerstrafen in der Dauer von etwa 60 Jahren. Wie viele Tausende sind schon gemahregelt, auf die schwarze Liste gesetzt worden! Die Behandlung der Aufrührer und Heger wechselt wie die Mode. Einst hat man sie ans Kreuz geschlagen oder lebendig verbrannt, heute läßt man sie verhungern, im Elend zugrunde gehen. Wollten wir heute Harmonie und Frieden predigen, so würde man uns auslachen. Nur der Kampf bringt auch uns vorwärts, auch das Ende der kapitalistischen Gesellschaftsordnung wird wohl kein friedliches werden, so wenig wie ihr Anfang friedlich war.

Finstere Wolken stehen am Horizont. Die wirtschaftlichen Kämpfe werden immer größer, aber auch gewichtige politische Fragen tauchen auf.

Das Geschrei des Imperialismus erfüllt die Welt. Die Erde ist dem Kapitalismus zu klein geworden. Die Kapitalisten aller entwickelten Länder treiben ihre Regierungen zu einer Politik, die auf Gewinnung von Kolonialgebiet oder Einflußgebiet gerichtet ist. Die Kapitalisten suchen neue Absatzgebiete für ihre Waren, neue Länder, aus denen sie Rohstoffe holen, in denen sie ihr überschüssiges

Kapital verwerten können. Das führt zu internationalen Konflikten, zu immer größeren Rüstungen, zu stets stärkeren Steuerlasten und ungeheuerlichen Wehrlasten, zu der Gefahr eines Weltkrieges.

Seit dem Ende des Deutsch-Französischen Krieges und der Niederwerfung der Pariser Kommune hat Mitteleuropa keinen Krieg und keine Revolution mehr gesehen. Das jetzt lebende Geschlecht glaubt darum fast nicht mehr, daß derlei noch möglich sei. Man hat vergessen, daß den drei friedlichen Jahrzehnten ein Vierteljahrhundert stürmischer Entwicklung vorangegangen war, welche die große soziale, politische und nationale Umwälzung gebracht hat. Es war die Zeit der Revolution des Jahres 1848 und der Gegenrevolution, der Verfassungskämpfe und des Erwachens des Proletariats. Es war die Zeit mannigfacher Kriege, die das Kräfteverhältnis der Großmächte bestimmt haben. Es war die Zeit, in der neue Staaten entstanden, in welcher der Kapitalismus die letzten Schranken der feudal-zünftlerischen Epoche beseitigte. Dann aber trat Ruhe ein und die „friedliche“ Entwicklung begann, welche die ungeheure Entfaltung der kapitalistischen Kräfte brachte.

Seit zehn Jahren ist es aber in der Welt wieder unruhig geworden. Mannigfache Streitgegenstände gibt es. Deutschland und England stehen in starkem Gegensatz. Sie bemühen sich um Vorderasien, dessen Erschließung ungeheure Gewinne verspricht! Deutschland und Frankreich hadern um Marokkos willen, dessen Erzlagere gute Ausbeute erhoffen lassen. Die ostasiatische Frage ist durch den Russisch-Japanischen Krieg nicht gelöst worden. Rußland, das sich auch Persien untertan zu machen sucht, dringt in Ostasien immer weiter vor, während sich auch die anderen Großmächte in China festzusetzen suchen. Die Balkanfrage, die schon zu vielen Konflikten geführt hat, ist mit dem Schwert vorderhand gelöst. Der Staat Albanien, der neu geschaffen wurde, wird den alten Gegensatz zwischen Oesterreich und Italien verschärfen. Der Haß der slawischen Balkanvölker gegen Oesterreich kann leicht zu einem Kampfe führen, dessen Umfang nicht vorherzubestimmen ist. Noch ist der Weltkrieg vermieden worden, der schon wiederholt auszubrechen drohte. Aber schon die Rüstungen für ihn machen die Zustände in den europäischen Großstaaten unerträglich. Sie erfordern fast die Hälfte aller Staatseinnahmen für Militärzwecke, steigern die Schuldenlast der Staaten, deren Regierungen in immer größere Abhängigkeit vom heutigetägigen Finanzkapital geraten, und erwürgen die Sozialpolitik. In großartiger Einmütigkeit hat sich das internationale Proletariat

mit einem weltpolitischen Programm zu einer Friedenskundgebung erhoben, als im November 1912 Europa am Vorabend eines ungeheuren Blutvergießens stand, der Balkankrieg zum Weltkrieg werden sollte. Der Baseler Internationale Kongreß zeigte, wie groß die Bedeutung des klassenbewußten Proletariats schon geworden ist. Aber gestützt auf die Armeekorps, hat auch die Staatsgewalt überall eine Stärkung erfahren.

Auf der anderen Seite ist freilich die Revolution lebendig geworden. Wie auch früher, kam sie im Gefolge des Krieges. Den Schlachten in Ostasien folgte im Jahre 1905 die revolutionäre Erhebung des Proletariats in Rußland, welche der ganzen Arbeiterbewegung neue Schwungkraft gab, in Oesterreich zur Eroberung des gleichen Wahlrechtes geführt hat. Marx hat recht behalten: Petersburg und drei Jahre später Konstantinopel wurden Stationen der Revolution. Im Westen hat unterdessen das Portugiesenvolk seinen König davongejagt, in England das Unterhaus durch eine Verfassungsänderung die entscheidende Macht an sich gerissen. Die wichtigste Erscheinung aber ist die Gärung im Osten. Asien erwacht und scheint nun in wenigen Jahren oder Jahrzehnten eine religiöse, soziale und politische Umwälzung durchzumachen, zu der die kleinen europäischen Völker mehrere Jahrhunderte gebraucht haben. Indien, in dem der fünfte Teil der ganzen Menschheit durch eine kleine englische Armee beherrscht wird, erhebt sich aus der Erstarrung. In Persien hat es schon heftige Verfassungskämpfe gegeben. Und das Unwahrscheinlichste ward Ereignis: China ist eine Republik geworden. Wenn einmal ein europäischer Despot gezwungen sein wird, vor der Revolution nach Asien zu flüchten, so wird er dort an der chinesischen Mauer die Inschrift finden: Chinesische Republik. Dieses Wort von Marx ist Wahrheit geworden. Von großen Streiks indischer und chinesischer Kulis berichten die Zeitungen. Die „gelbe Gefahr“, mit der das europäische Kapital die weißen Arbeiter zu schrecken gedachte, wandelt sich zu einer Gefahr für das europäische Kapital. Es hat alle Völker der Erde in Unruhe und Bewegung versetzt und so den Weltbrand entzündet, in dem der Kapitalismus sein Ende finden wird.

Ein Zeitalter der Kriege, aber auch ein Zeitalter der Revolutionen ist wieder gekommen. Das Tempo der Entwicklung ist rascher geworden und in wenigen Jahren vollziehen sich Dinge, welche die kühnsten Erwartungen übertreffen.

Tage der Entscheidung nahen heran, in denen die Arbeiterbewegung mit einem Ruck rascher vorwärts kommen kann als in Jahrzehnten friedlicher Entwicklung; in denen sie aber auch um Jahre zurückgeworfen werden kann, wenn sie sich ihrer großen Aufgabe nicht gewachsen zeigt. Noch sind die Herrschenden die Stärkeren. Sie sind Herren nicht nur der Arbeitsmittel in den Fabriken, sie haben auch die Produktionsmittel im Besitz, mit denen der Tod erzeugt wird: Gewehre und Kanonen, Säbel und Bajonette. Und sie sind bereit, diese auch gegen den inneren Feind in Bewegung zu setzen. Ist doch die Armee, wie der österreichische Generalstabschef in seinem Abschiedsbefehl vom 4. Dezember 1911 sagte, dasjenige, an das „schließlich immer appelliert wird, wenn alles andere versagt“. Aber wenn auch die Armee versagt? Besteht nicht auch sie in wachsendem Maße aus Proletariern? „Wenn der Arbeiter in seiner Eigenschaft als Soldat versagt, dann eröffnen sich Perspektiven, die geradezu in das absolute Dunkel hineinführen“, sagte der Generaldirektor der Witkowiher Eisenwerke in einem Vortrag.

„Von den hohen Bergspitzen der Wissenschaft aus sieht man die Morgenröte des neuen Tages früher als unten in dem Gewühl des täglichen Lebens.“ (Lassalle.) Rascher, als wir vermuten, kann sich das Schicksal des Kapitalismus erfüllen und das Proletariat zur Tat gerufen werden. Darum ist es jeden Kämpfers Pflicht, zu sorgen, daß uns der Zukunft großer Tag gerüstet finde.

Auch heute gilt noch, was der junge Marx geschrieben hat:

„Nur bei einer Ordnung der Dinge, wo es keine Klassen und keinen Klassengegensatz gibt, werden die gesellschaftlichen Evolutionen aufhören, politische Revolutionen zu sein. Bis dahin wird am Vorabend jeder allgemeinen Neugestaltung der Gesellschaft das letzte Wort der sozialen Wissenschaft stets lauten:

„Kampf oder Tod. Blutiger Krieg oder das Nichts. So ist die Frage unerbittlich gestellt.“ (George Sand.)

5. Der Zukunftsstaat

Wir werden siegen: Das ist heute schon tote Gewißheit. Die kapitalistische Entwicklung macht die sozialistische Gesellschaftsordnung möglich, schafft für sie die Voraussetzungen; das Proletariat will den Sozialismus, weil nur er uns die Ueberführung der Arbeitsmittel aus den Händen der Kapitalisten in den Besitz der Gesamtheit, die Aufhebung der Lohnknechtschaft bringt,

in der die Arbeiterklasse leidet. Was wir durchführen wollen und können, werden wir auch durchführen, denn die Zahl des Proletariats wächst riesenhaft und es wird jeden Widerstand überwinden. Wir können heute allerdings noch nicht wissen, wie und wann wir siegen werden. Die stete Verschärfung der Gegensätze wird Kämpfe zeitigen, deren Umfang und Art gewaltiger sein werden als die aller Kämpfe, die wir bisher geführt haben. Wir können auch das Tempo der Entwicklung nicht vorausbestimmen. Wir können auch nicht vorherfagen, ob das Proletariat nicht nach einem ersten Sieg noch einmal zurückgeworfen werden wird und neuerlich um die politische Macht kämpfen müssen. Nur eines wissen wir: daß die große Umwälzung sich nicht auf einen Schlag vollziehen, daß sie aber sicher kommen wird.

Wenn wir den Gang der kapitalistischen Entwicklung erforschen und nachweisen, daß sie zum Sozialismus führt; wenn wir die Arbeiterklasse mit dem Bewußtsein ihrer Lage und ihrer Aufgabe erfüllen, ihr den Weg zu ihrer Befreiung und das Ziel zeigen, dem sie zustreben muß: dann ist unsere Aufgabe eigentlich gelöst. Unser Parteiprogramm enthält auch weiter nichts.

Aber unsere Gegner geben sich nicht damit zufrieden. Sie wollen von uns noch mehr wissen. Sie verleumden uns bald wegen unserer Gegentwartsarbeit, bald wegen unseres Endzieles. „Ihr wollt“ — so rufen sie — „die heutige Ordnung durch eine neue ersetzen. Wie sieht die neue Ordnung aus, die ihr anstrebt? Ehe ich mein Wohnhaus niederreiß, muß ich doch den Plan für ein neues in der Tasche haben. Ihr verdammt den heutigen Klassenstaat. Wie wird euer Zukunftsstaat aussehen?“ Und wenn wir darauf antworten, daß wir das nicht wissen, so sagen sie, daß wir Schwindler sind, die den Arbeitern etwas vorgaukeln, ohne sich selbst Gedanken darüber zu machen. Oder sie entwerfen sich selbst ein Bild vom „Zukunftsstaat“, den sie bis ins kleinste Detail ausmalen. Dann beginnen sie zu beweisen, daß seine Einrichtungen unpraktisch oder nicht haltbar sind, und wollen so zeigen, daß der Sozialismus unmöglich ist. Ein solcher Neunmalweiser hat auf diese Art zum Beispiel herausgefunden, daß der Sozialismus unhaltbar sei, weil er die Frage des — Stiefelputzens nicht zur Zufriedenheit aller Menschen zu lösen imstande sein wird.

Es ist eine recht unnütze und überflüssige Arbeit, die sich unsere Gegner da aufhalsen. Wer kann heute vorausfagen, welche Wandlungen in der österreichischen Politik im nächsten Jahrzehnt

erfolgen werden? Und das ist eine recht harmlose und geringfügige Sache gegenüber einer Umwälzung der gesamten Wirtschaftsordnung, bei der zahllose gewichtige Fragen in Betracht kommen. Hat je eine aufsteigende Klasse, hat das Bürgertum den Verlauf der Revolution, die es zur Herrschaft brachte, und die Einrichtungen des kapitalistischen Klassenstaates vorauszusagen vermocht? Nicht im mindesten! Die Sozialdemokratie erkennt heute besser, als es jemals eine Partei erkannte, welchen Weg sie zu gehen hat; die sozialistische Lehre läßt uns die Richtung der Entwicklung erkennen, wenn wir auch ihre Formen und ihr Tempo nicht vorherzubestimmen vermögen. So bewußt, wie die Arbeiterklasse heute ihre geschichtliche Sendung erfüllt, ist noch niemals eine Klasse ihren Weg gegangen. Aber wir können nicht eine genaue Schilderung einer Gesellschaftsordnung geben, von der wir nicht einmal wissen, w a n n sie kommen wird.

Denn die sozialistische Gesellschaftsordnung ist nicht von einem Phantasten ausgedacht, sondern wächst aus der kapitalistischen Ordnung heraus. „Die Arbeiterklasse hat keine fix und fertigen Utopien durch Volksbeschluß einzuführen. Sie weiß, daß, um ihre eigene Befreiung und mit ihr jene höhere Lebensform hervorzarbeiten, der die gegenwärtige Gesellschaft durch ihre eigene ökonomische Entwicklung unwiderstehlich entgegenstrebt, daß sie, die Arbeiterklasse, lange Kämpfe, eine ganze Reihe geschichtlicher Prozesse durchzumachen hat, durch welche die Menschen wie die Umstände gänzlich umgewandelt werden. Sie hat keine Ideale zu verwirklichen; sie hat nur die Elemente der neuen Gesellschaft in Freiheit zu setzen, die sich bereits im Schoße der zusammenbrechenden Bourgeoisgesellschaft entwickelt haben.“ So schrieb M a r x und ein andermal sagte er: „Womit wir es hier zu tun haben, ist eine kommunistische Gesellschaft, n i c h t wie sie sich auf ihrer e i g e n e n Grundlage entwickelt hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgeht, die also in jeder Beziehung ökonomisch, sittlich, geistig noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie hervorkommt.“

Um also ein Bild der sozialistischen Gesellschaftsordnung auch nur in Umrissen zeichnen zu können, müßte man mindestens wissen, welchen Stand die wirtschaftliche Entwicklung in der Zeit erreicht haben wird, in der das Proletariat die politische Macht erobern wird. Wer vermag dies vorauszusagen? Welche Wandlungen wird die Technik uns noch bringen? Der Weise, der den Sozialismus am

Stiefelputzen scheitern ließ, hat schon unrecht. Die „Frage“ ist gelöst. Es gibt schon eine Stiefelputzmaschine, die dem Menschen die unangenehme Arbeit abnimmt. Immer mehr erleichtert die Maschinerie dem Menschen die Arbeit oder vielmehr: sie könnte sie ihm erleichtern, wenn die Wirtschaftsordnung vernünftig eingerichtet wäre. Kürzlich ist eine Maschine erfunden worden, die in einer Stunde bei Bedienung durch eine einzige Person 14.400 Teller wäscht. Sie würde, könnte sie allgemein eingeführt werden, ungeheuer viel Arbeit ersparen. Ueberall setzt sich der technische Fortschritt durch. Im heiligen Land Tirol wird zum Läuten der Glocken der Innsbrucker Stadtpfarkirche seit 1911 eine elektrische Glockenläutmaschine verwendet, die sechs Mann entbehrlich macht. Wer kann sagen, ob nicht weittragende Erfindungen schon in allernächster Zeit das Antlitz der Erde verändern werden? Niemand weiß es, auch die Herrschenden wissen es nicht.

Ist aber deshalb die sozialistische Gesellschaftsordnung nur ein Phantasieprodukt, das Trugbild politischer Gaukler? Nein! Eine Tatsache ist die Lohnknechtschaft, die Ausbeutung der besitzlosen Arbeiter durch die Kapitalisten, die Besitzer der Arbeitsmittel. Eine Tatsache ist es, daß der Kapitalismus die Arbeiter in immer tieferes Elend zu stoßen versucht und daß sich die Arbeiter dagegen wehren müssen, wenn sie nicht in Not und Sklaverei verkommen wollen. Eine Tatsache ist es, daß die Ausbeutung, aus der alle Not und alles Elend der Arbeiterschaft entspringt, nur beseitigt werden kann durch die Enteignung der Kapitalisten, durch den Uebergang der Arbeitsmittel in den Besitz der Arbeitenden. Eine Tatsache ist es, daß die kapitalistische Entwicklung die Erfüllung dieser Forderung möglich macht, indem sie in stets höherem Maße die wirtschaftlichen Voraussetzungen hiefür schafft und das Heer der Proletarier vermehrt, die für die Erfüllung dieser Forderungen kämpfen. Daß wir h i e r kämpfen, unterscheidet uns von allen anderen. Darum ist es gut, unser Endziel immer wieder zu betonen. Dieses Endziel, die sozialistische Ordnung in allen Details zu schildern, ist nicht möglich. Darum sind auch alle „Widerlegungen“ des Sozialismus, die die Unhaltbarkeit des „Zukunftsstaates“ beweisen wollen, blanker Unsinn.

*

Sehen wir uns einige Argumente der Gegner an! Sie sprechen vom „Zukunftsstaat“. Aber wird es denn in der sozialisti-

ichen Gesellschaftsordnung überhaupt einen Staat geben? Die Frage erscheint im ersten Augenblick lächerlich. Das Proletariat will doch die Staatsgewalt in seine Hände bringen und führt deshalb seinen großen Kampf. Aber wenn das Proletariat die Staatsgewalt erobert und zur Erreichung seiner Befreiung aus der Lohnknechtschaft benützt haben wird, indem es die Arbeitsmittel in den Besitz der Gesamtheit bringt, dann ist die Ausbeutung aufgehoben und auch der Staat selbst.

Was ist denn der Staat? Was ist sein Zweck? „Die bisherige, sich in Klassengegensätzen bewegende Gesellschaft hatte den Staat nötig, das heißt eine Organisation der jedesmaligen ausbeutenden Klasse zur Aufrechterhaltung ihrer äußeren Produktionsbedingungen, also namentlich zur gewaltsamen Niederhaltung der ausgebeuteten Klasse in den durch die bestehende Produktionsweise gegebenen Bedingungen der Unterdrückung (Sklaverei, Leibeigenschaft oder Hörigkeit, Lohnarbeit). Der Staat war der offizielle Repräsentant der ganzen Gesellschaft, ihre Zusammenfassung in einer sichtbaren Körperschaft, aber er war dies nur, insofern er der Staat derjenigen Klasse war, welche selbst für ihre Zeit die ganze Gesellschaft vertrat: im Altertum Staat der sklavenhaltenden Staatsbürger, im Mittelalter des Feudaladels, in unserer Zeit der Bourgeoisie. Indem er endlich tatsächlich Repräsentant der ganzen Gesellschaft wird, macht er sich selbst überflüssig. Sobald es keine Gesellschaftsklasse mehr in Unterdrückung zu halten gibt, sobald mit der Klassenherrschaft und dem in der bisherigen Anarchie der Produktion begründeten Kampf ums Einzeldasein auch die daraus entspringenden Kollisionen und Erzeße beseitigt sind, gibt es nichts mehr zu reprimieren (unterdrücken), das eine besondere Repressionsgewalt, einen Staat, nötig machte. Der erste Akt, worin der Staat wirklich als Repräsentant der ganzen Gesellschaft auftritt — die Besitzergreifung der Produktionsmittel im Namen der Gesellschaft — ist zugleich sein letzter selbständiger Akt als Staat. Das Eingreifen einer Staatsgewalt in gesellschaftliche Verhältnisse wird auf einem Gebiet nach dem anderen überflüssig und schläft dann von selbst ein. An die Stelle der Regierung über Personen tritt die Verwaltung von Sachen und die Leitung von Produktionsprozessen. Der Staat wird nicht „abgeschafft“, er stirbt ab.“ (Engels.)

Wenn der Staat abstirbt, bleibt aber eine Reihe von Funktionen bestehen, die er heute ausübt. Er ist nicht nur Herrschafts-

Instrument, sondern auch Verwaltungsapparat. Diese Funktionen werden gerade in der sozialistischen Gesellschaft eine starke Vermehrung erfahren. Die soziale Fürsorge, die heute nur in kümmerlichen Anfängen vorhanden ist, wird in hohem Grad ausgedehnt werden. Und dann wird ja die ganze Produktion zu regeln und zu leiten sein. Der ungeheure Apparat, der hiezu erforderlich ist, wird aber nur der Verwaltung, nicht der Herrschaft dienen, da es keine Herrschaft geben wird, weshalb er also nicht den Charakter des Staates haben wird.

Was wird die erste Aufgabe des siegreichen Proletariats sein müssen? Die Uebernahme der Betriebe in den Besitz des Staates, der — wie wir gesehen haben — wenn diese Aufgabe vollzogen ist, aufhören wird zu sein. In welcher Form sich diese Uebernahme vollziehen wird, das vermögen wir heute nicht zu bestimmen. Vermuten können wir, daß man den Unternehmern die Betriebe nicht zu ihrem Werte abkaufen wird. Täte man dies, so wäre damit nicht viel erreicht. In der Form der Kapitalszinsen hätten die Unternehmer dann dasselbe, was sie früher als Profit bezogen haben. Der Staat wäre nur ihr Kassier. Er muß deshalb ihr Eigentum für verwirkt erklären, eine Konfiskation ihres Vermögens durchführen. Er mag dafür den Unternehmern eine anständige Pension auszahlen — die Summe wird keine Rolle spielen! Man erschrecke nicht ob des „Unrechtes“! Schon Thomas Münzer hat vor vier Jahrhunderten das heilige Eigentum richtig eingeschätzt, als er den Bauern zurief: „Die Herren und Fürsten nahmen erst alles in Besitz, was nicht ihnen gehörte, den Fisch im Wasser und den Vogel in der Luft und was auf der Erde war, und nachher sagten sie: Gott hat befohlen, du sollst nicht stehlen.“ Die Vermögenskonfiskation, die das siegreiche Proletariat durchführen wird, ist nicht die erste in der Geschichte. Wir haben gesehen, daß die kapitalistische Entwicklung durch große Vermögenskonfiskationen eingeleitet wurde. Nur daß die bisherigen den Schwachen genommen haben, um den Starken zu geben, während die sozialistische Ordnung den Enterbten zurückgibt, was ihren Vätern genommen worden, und an die Stelle der Ausbeutung die Gemeinschaft der arbeitenden Menschen setzen wird.

Die siegreiche Arbeiterschaft wird konfiszieren, sie wird aber nichts zerstören. Sie wird nicht „teilen“, wie die Gegner meinen, sondern das Entgegengesetzte tun: sie wird zusammenfassen. Die Fortschritte der Technik sind im Kleinbetrieb nicht anwendbar,

darum würde selbständiger Alleinbesitz von Arbeitsmitteln den Verzicht auf die Mittel der modernen Technik bedeuten, das heißt einen ungeheuren Rückschritt, eine Verarmung der Gesellschaft. Es wird niemand allein Arbeitsmittel besitzen, dagegen werden alle Teilhaber der großen Betriebe sein. Welche Betriebe der Staat zuerst übernehmen und welche er überhaupt raschest zu erlangen suchen wird, das hängt vom Stande der wirtschaftlichen Entwicklung ab. Dieser wird auch für die Lösung der Frage maßgebend sein, welche Industrien in den Besitz kleinerer Verwaltungskörper, der Gemeinden, gelangen werden und welche von Anfang über die Grenzen eines Staates hinaus internationaler Regelung bedürfen. Den kleinen Besitzern, den Handwerkern und den Bauern, wird man ihr Arbeitseigentum nicht nehmen. Aber sie werden zweifellos bald selbst zur Erkenntnis kommen, welche große Vorteile die genossenschaftliche Produktion bietet. Viele Unternehmer werden sicher auf die Fortführung der Produktion selbst verzichten, weil ihre Stellung gegenüber den Arbeitern unhaltbar geworden sein wird.

Heute bilden die Kleinbauern, die mit veralteten Mitteln in mühsamer Arbeit dem Boden kärglichen Ertrag abringen, die „Grundlage des Staates“, wie es die Herrschenden nennen. In der sozialistischen Gesellschaft, in der die Bedürfnisse der Gesamtheit die Einrichtungen der Ordnung bestimmen, wird die Erzeugung von Lebensmitteln nicht armen unwissenden Menschen überlassen bleiben, sondern eine der wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft selbst werden, die alle Errungenschaften der Technik in den Dienst der Landwirtschaft zu stellen und darum ihren Arbeitsertrag um ein Vielfaches zu steigern vermag. Das wird den Kleinbauern, die von den Grundherren bis dahin noch nicht verschluckt, vom Steuerexekutor oder Hypothekargläubiger noch nicht von Haus und Hof verjagt sein werden, bald von selbst einleuchten. Ihr Sonderinteresse wird befriedigt werden, ohne daß das Gesamtinteresse darunter leidet.

Für die Gesellschaft wird es dann die dringendste Frage sein, die gesamte Produktion sorgfältig zu regeln und zu leiten. Sie wird nur die Betriebe weiterführen, die zur Produktion am geeignetsten sind. Sie wird alle veralteten Arbeitsmethoden abschaffen und auf die praktischste Art produzieren lassen. Was in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung das Ergebnis langwieriger Konkurrenzkämpfe ist, wird in der sozialistischen Gesellschaft im Inter-

esse der Gesamtheit auf die rascheste Weise durchgeführt werden. So wird die Produktion in hohem Maße verbilligt werden. Dazu kommt noch, daß alle Kosten, die heute die Unternehmer für ein Heer von Agenten und für Reklamezwecke aufwenden — die Einnahmen der reichsdeutschen Zeitungen aus Inseratengebühren wurden für 1908 auf 412 Millionen Mark geschätzt — wegfallen werden. Dadurch wird aber auch eine große Zahl von Arbeitskräften frei, die nun in der Produktion Verwendung finden werden. Da die Produktion nicht planlos wie heute sein, sondern sich nach dem Bedarf richten wird, so kann eine Regelung erfolgen, die zwecklosen Arbeitsaufwand ersparen wird. Diese Tatsachen lassen uns schon heute erkennen, daß die Arbeitszeit wesentlich verkürzt werden wird. Für das Deutsche Reich wurde in den Neunzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts berechnet, daß bei ausschließlicher Anwendung der damals bereits bekannten besten Arbeitsmethoden und geregelter Produktion die Arbeitszeit auf die Hälfte verringert und der Lohn dabei auf das Dreifache seiner damaligen Höhe hätte gesteigert werden können. Jede technische Verbesserung, jede neue Erfindung hat in der kapitalistischen Ordnung nur Arbeiterentlassungen, also Not und Entbehrung, und stärkeren Druck auf die Arbeiter zur Folge. In der sozialistischen Gesellschaft wird jede Verbesserung der Arbeitsmethode eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine Steigerung des Einkommens für alle bringen. Heute ist der Lohn um so geringer, je größer das Angebot von Arbeitern ist. In der sozialistischen Ordnung wird das Umgekehrte eintreten: Je größer die Zahl der Arbeitenden, desto mehr wird produziert, desto größer wird also das Einkommen jedes einzelnen werden. Dabei müssen wir damit rechnen, daß die Wissenschaft noch ungeahnte Fortschritte machen wird und arbeitsparende Umwälzungen sich vollziehen werden, von denen wir uns heute noch gar keine Vorstellung machen können.

Darum ist es ganz falsch zu behaupten, daß der Sozialismus zwar die Gleichheit, aber nur die Gleichheit des Elends bringen wird. „Es gibt hienieden Brot genug für alle Menschenkinder.“ Schon der Kapitalismus hat den Wohlstand ungeheuer vermehrt und allen Menschen die Befriedigung von Bedürfnissen ermöglicht, die vordem nicht denkbar gewesen wäre. Einst wurde die Gemahlin des französischen Königs Karl VII. beneidet, weil sie — mehr als zwei Leinwandhemden besaß. Als Kaiser Heinrich IV. den Buß-

gang nach Canossa antrat, war das Reisen noch nicht so bequem wie heute. Er mußte den Weg über die Alpen nehmen, durch die jetzt Tunnels gebohrt sind. „Kriechend auf Händen und Füßen“ — so erzählt die Geschichte — „oder die Schultern der Führer umklammernd, bald strauchelnd, bald weite Strecken hinabrollend, kamen die Männer endlich herunter. Die Königin und ihre Dienerinnen wurden auf Rindshäuten hinabgezogen.“ Heute reisen nicht nur Monarchen anders. In der sozialistischen Gesellschaft werden der Fortschritt der Technik und die planmäßige Produktionsweise allen Menschen ein erträgliches Dasein gestatten.

Wieviel jeder bekommen wird, vermag natürlich nicht vorausbestimmt zu werden, wird auch je nach dem Arbeitsertrag zu verschiedenen Zeiten verschieden sein. „In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch die Produktionskräfte gewachsen sind und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen — erst dann kann der enge bürgerliche Rechtskreis ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahnen schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten! Jedem nach seinen Bedürfnissen!“ (Karl Marx.)

Es wird freilich nie der ganze Ertrag der Arbeit verteilt werden können. Man wird ja die Produktion fortwährend steigern, also Mittel zur Erweiterung der Betriebe verwenden müssen. Außerdem werden die großen gesellschaftlichen Einrichtungen für Kinder und Greise, für Kranke und Arbeitsunfähige, ferner die vielen Kulturaufgaben der Gesamtheit, zum Beispiel das Schulwesen, ungeheure Kosten verursachen, die natürlich von dem Ertrag der Arbeit zu decken sein werden.

Aber werden denn alle Arbeitsfähigen auch arbeiten wollen? Heute zwingt sie der Hunger zur Arbeit; wer wird noch arbeiten wollen, wenn er seine Bedürfnisse auch ohne Arbeit befriedigen kann? So fragen heute viele, und zwar in der Regel solche, die selbst — nichts arbeiten! In der sozialistischen Ordnung wird zweifellos die Pflicht zur Arbeit für alle Arbeitsfähigen bestehen. Das scheint nur schrecklich, wenn man an die lange Arbeitszeit, an die elenden Löhne und die schlechten Arbeitsräume von

heute denkt! Alle diese Umstände, die heute die Arbeit reizlos und unangenehm erscheinen lassen, sie den Menschen zur Qual machen, werden in der sozialistischen Ordnung verschwinden. Sie wird sicher auch dafür sorgen, daß die Menschen zur Arbeit erzogen werden. Die Freiheit der Arbeitsbedingungen wird freilich aufhören, es wird sich jeder einordnen müssen. Aber ohne Disziplin ist eine geordnete Produktion undenkbar. Und überdies hat diese Freiheit auch in der kapitalistischen Ordnung mit ihren Kartellen schon längst aufgehört; der Zwang, dem heute der stets von der Hungerpeitsche bedrohte Arbeiter ausgesetzt ist, hat einen beträchtlichen Grad erreicht. Wie viele Menschen sind heute unzufrieden mit ihrem Verufe, wie wenige können ihn ändern! Die ganze Gesellschaft wird heute von wenigen Kapitalisten tyrannisiert. Das sehen mitunter sogar die Staatslenker selbst ein. So sagt der Motivenbericht, den die österreichische Regierung der Gesetzesvorlage betreffend die Aenderung des allgemeinen Berggesetzes im Jänner 1909 beigegeben hat:

„Eine andere vom Standpunkt des Gemeinwohls unerwünschte Entwicklung, welche sich auf dem Gebiete der Bergbauindustrie in immer steigendem Maße vollzogen hat, ist in der übermäßigen Konzentration des Bergwerksbesitzes zu erblicken. Es ist zwar eine anerkannte Tatsache, daß der Bergbau sich schon seiner Natur nach für den Kleinbetrieb wenig eignet und daß speziell der Kohlenbergbau unter den heutigen Verhältnissen nur als Großbetrieb in den Händen kapitalstärkterer Unternehmen richtig gedeihen und seinen sozialen Pflichten verlässlich Genüge leisten kann. Von diesem Gesichtspunkt aus stellt die Konzentration im Bergbau eine Entwicklung dar, welche weder aufgehalten werden kann noch grundsätzlich zu verwerfen ist, allerdings nur so lange, als sie nicht monopolistisch ausartet. Gerade in dieser Hinsicht aber hat die Entwicklung der letzten Jahre zu Bedenken Anlaß gegeben. Die Konzentration des Bergwerksbesitzes in den Händen weniger großkapitalistischer Gruppen ist in einem Maße vorgeschritten, welches unverkennbar auf monopolistische Bestrebungen hindeutet. Das Vorhandensein solcher Bestrebungen — die sich mindestens in demselben Maße auch im Kohlenhandel äußern — bedeutet aber zweifellos eine wirtschaftliche Gefahr für die Gesamtheit der Kohlenverbraucher und damit für das Gemeinwohl überhaupt. Jedenfalls ist es kein gesunder Zustand, wenn die Versorgung eines Landes mit einem der wichtigsten Gegenstände des allgemeinen Bedarfes im wesentlichen von den geschäftlichen Verfügungen und — was sehr nahe liegt — auch von den Verabredungen eines kleinen Kreises von Unternehmen abhängig ist. Die Gefahr einer ungenügenden Versorgung des Marktes bei gleichzeitiger Bedeckung des Konsums durch

eine unmäßige Preispolitik ist unter solchen Umständen mindestens nicht ausgehlossen.“

Wo es der Staat im Interesse der Kapitalisten für zweckmäßig erachtet, dort regelt er heute schon die Produktion. Das geschah im Jahre 1910 auf gesetzlichem Wege für den Kalibergbau des Deutschen Reiches. Auch Höchstpreise für die Kalisalze wurden festgesetzt. Im Herbst 1913 hat die deutsche Regierung in Südwestafrika für jedes Kalenderjahr ein Höchstausmaß der zur Verwertung gelangenden Diamanten für jeden Förderer festgesetzt, also von Staats wegen den Umfang der Produktion bestimmt.

Die sozialistische Gesellschaft wird die wirtschaftliche Existenz aller Menschen sichern und so erst die volle Entfaltung aller Kräfte ermöglichen, allen Menschen das Leben erst *Lebenswert* machen. Während heute die große Mehrzahl der Menschen nur arbeitet, um einer kleinen Minderheit ein genufreiches Dasein zu verschaffen, werden in Zukunft alle Menschen arbeiten müssen, aber auch alle genießen und sich entwickeln können.

Es gab Leute, die an den Sieg des Sozialismus glaubten, denen er aber als der Untergang aller Kultur erschien. Sie nahmen an, die „materialistischen“ Sozialdemokraten hätten nur ein Interesse daran, daß allen Menschen der Magen gefüllt werde. Selbst Heinrich Heine klagt einmal:

„Nur mit Schrecken und Grausen denke ich an die Epoche, wo diese finsternen Bilberstürmer zur Herrschaft gelangen werden. Mit ihren schweißigen Händen werden sie erbarmungslos alle Marmorstatuen der Schönheit zerbrechen, die meinem Herzen so teuer sind; sie werden all jenes phantastische Spielzeug und F litterwerk der Kunst zertrümmern, das der Poet so sehr geliebt; sie werden meine Lorbeerhaine fällen und dort Kartoffeln pflanzen; die Lilien, welche nicht spinneten noch arbeiteten und doch herrlicher gekleidet waren wie König Salomo in all seiner Pracht, sie werden dann ausgerauft aus dem Boden der Gesellschaft, falls sie nicht etwa die Spindel zur Hand nehmen wollen; die Rosen, diese müßigen Bräute der Nachtigallen, wird das gleiche Los ereilen; die Nachtigallen, die unnützen Sängler, werden fortgejagt, und ach! mein »Buch der Lieder« wird dem Gewürzträger dienen, um daraus Düten zu drehen, in die er Kaffee schütten wird oder Schnupftabak für die alten Weiber der Zukunft. Ach! ich sehe dies alles voraus und mich beschleicht unjägliche Trauer, wenn ich an den Untergang denke, mit dem das siegreiche Proletariat meine Verse bedroht, die ins Grab sinken werden mit der ganzen alten romantischen Welt.“

Lebte der Dichter noch, er würde erkennen, wie sehr er sich geirrt, wie gerade die heutige Gesellschaftsordnung Talente verkümmern läßt, indem sie die Lebenszeit der übergroßen Mehrheit in Arbeitszeit für das Kapital verwandelt, die Teilnahme an den Gütern der Kultur zu einem Vorrecht der besitzenden Klassen macht, wie sie geradezu auf der Kulturlosigkeit der Massen begründet ist. Erst die sozialistische Gesellschaftsordnung wird mit der Vergegesellschaftung der Arbeitsmittel auch die Kultur zu einem Gemeingut aller machen. Der Sieg des Sozialismus wird den Hunger des Magens stillen, aber den Hunger nach geistigen Genüssen wecken und mehren, die Pforten zu den Hallen der Kunst und den Stätten der Wissenschaft allen Menschen erschließen. Die soziale Frage muß freilich zuerst gelöst sein. Darin stimmen die „materialistischen“ Sozialdemokraten mit den größten Idealisten, mit des deutschen Volkes hervorragendsten Dichtern, mit Schiller und Goethe, überein. „Der Mensch ist noch sehr wenig, wenn er warm wohnt und sich satt gegessen hat; aber er muß warm wohnen und satt zu essen haben, wenn sich die bessere Natur in ihm regen soll.“ (Schiller.) „Von unten herauf muß die Gesellschaft gebaut sein, auf der materiellen Grundlage der Bedürfnisse. Erst das Nützliche: Essen, Trinken, Bohnen, Schlafen, Kleidung und Heizung; dann das Wahre, die Durchdringung des Nützlichen mit menschlicher, sittlicher Lebensanschauung; und zuletzt als Krone das um seiner selbst willen bezweckte Schöne, die Kuppel auf dem Dome der Gesellschaft.“ (Goethe.)

Im kämpfenden Proletariat regt sich schon heute die „bessere Natur“. Der Arbeiter, der nach getaner Arbeit nicht ruht, sondern zu lernen anfängt, was ihm die kärgliche Schule ver sagt hat, aus allen Quellen des Wissens zu schöpfen versucht, ist heute längst keine Ausnahmerscheinung mehr. Die wahre Volksbildung, wie sie der Philosoph Fichte gemeint hat, dessen Worte die Nationalisten so gerne in den Mund nehmen, „die nicht mehr den hochmütigen Unterschied eines gebildeten Standes von einer in bloßer Erwerbsarbeit aufgehenden Schichte duldet“, die „nicht anders wirklich besteht und sich entfalten kann denn als Bildung des Volkes in allen seinen Teilen“, wird erst durch die sozialistische Gesellschaftsordnung ermöglicht werden.

Für eine sozialistische Gesellschaftsordnung sind die Menschen noch nicht reif! so hören wir öfter. Das ist ein bekanntes Wort. So oft die Völker nach Rechten streben, haben die Herrschenden ge-

sagt: Ihr seid nicht reif dazu! Bis das Volk sich das Recht genommen und so den Beweis seiner Reife erbracht hat... Man kann eine Gesellschaftsklasse nicht wie einen Schuljungen einer Reifepriifung unterziehen. Aber an ihrer Tätigkeit läst sich erkennen, ob sie ihrer Aufgabe gewachsen ist. Dem kämpfenden Proletariat, das aus den Tiefen der Unwissenheit und Verzweiflung emporgestiegen ist, sind schon große Aufgaben zugefallen; es hat sie gelöst und oft genug größere Reife dabei bekundet als die Herrschenden selbst. Sein Aufstieg verkörpert sich in den Vorkämpfern, die aus seinen Reihen hervorgegangen sind, so in dem Drechslergehilfen August B e b e l, von dem der große Geschichtschreiber Mommsen sagte: man könnte mit seinem Kopf ein Duzend Junker ausstatten, daß jeder von ihnen noch eine Leuchte wäre. Die Eigenschaften, die zur Durchführung der sozialistischen Ordnung vor allem notwendig sein werden, besitzt das Proletariat in hohem Grade: Organisationsstalent und Disziplin. Sie sind ihm vom Kapitalismus anezogen worden, sie sind in den großen Kämpfen gediehen, die das Proletariat um die Verwirklichung des Sozialismus zu führen hat. Darum braucht uns vor der Zukunft nicht bange sein.

Mit der sozialistischen Gesellschaft schließt natürlich die Entwicklung der Menschheit nicht ab; mit ihrem Entstehen endet vielmehr erst die Vorgeschichte der Menschheit, die erfüllt ist von jahrtausendelangen Kämpfen um die Sicherung der Existenz der Menschen. Der Sozialismus wird diese Frage lösen, die das Schicksal der Erdenkinder so lange Zeit bestimmt hat, und die Bahn freimachen für den Aufstieg der Menschheit zu lichten Höhen.

Dann wird die Erde aufhören, ein Sammertal zu sein, in dem neben wenigen Glücklichen zahllose Unglückliche haufen und die Freude seltener anzutreffen ist als die Verzweiflung. Das goldene Zeitalter, von dem alle Völker träumen, wird zur Wirklichkeit werden. Das Leben wird nicht mehr als eine Qual erscheinen, für die der Trost im Jenseits winkt. Man wird nicht mehr die Toten beneiden müssen, weil sie „es überstanden“ haben, wie man heute zu sagen pflegt. Arbeitsfreudige und lebensfrohe Menschen werden auf Erden wandeln. Der Himmel bleibt den Engeln und den Engeln.

Das Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs.

(Beschlossen vom Parteitag zu Wien 1901.)

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich erstrebt für das gesamte Volk ohne Unterschied der Nation, der Rasse und des Geschlechtes die Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit, der politischen Unterdrückung und der geistigen Verkümmernng. Die Ursache dieser unwürdigen Zustände liegt nicht in einzelnen politischen Einrichtungen, sondern in der das Wesen des ganzen Gesellschaftszustandes bedingenden und beherrschenden Tatsache, daß die Arbeitsmittel in den Händen einzelner Besitzer monopolisiert sind. Der Besitzer der Arbeitskraft, die Arbeiterklasse, gerät dadurch in die drückendste Abhängigkeit von den Besitzern der Arbeitsmittel mit Einschluß des Bodens, der Großgrundbesitzerklasse und der Kapitalistenklasse, deren politische und ökonomische Herrschaft im heutigen Klassenstaate ihren Ausdruck findet.

Der technische Fortschritt, die wachsende Konzentration der Produktion und des Besitzes, die Vereinigung aller ökonomischen Macht in den Händen der Kapitalisten und Kapitalistengruppen hat die Wirkung, immer größere Kreise früher selbständiger kleiner gewerblicher Unternehmer und Kleinbauern ihrer Produktionsmittel zu enteignen und sie als Lohnarbeiter, Angestellte oder als Schuldknechte direkt oder indirekt in die Abhängigkeit von den Kapitalisten zu bringen. Es wächst die Masse der Proletarier, es steigt aber auch der Grad ihrer Ausbeutung, und dadurch tritt die Lebenshaltung immer breiterer Schichten des arbeitenden Volkes immer mehr in Gegensatz zu der rasch steigenden Produktivkraft seiner eigenen Arbeit und zu dem Anschwellen des von ihm selbst geschaffenen Reichthums. Die der Planlosigkeit der kapitalistischen Produktionsweise entspringenden Krisen mit ihrem Gefolge von Arbeitslosigkeit und Elend beschleunigen und verschärfen diese Entwicklung.

Je mehr aber die Entwicklung des Kapitalismus das Proletariat anschwellen macht, desto mehr wird es gezwungen und befähigt, den Kampf gegen ihn aufzunehmen. Immer mehr macht die Verdrängung der Einzelproduktion auch den Einzelbesitz überflüssig und schädlich, während zugleich für neue Formen genossenschaftlicher Produktion auf Grund

gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln die notwendigen geistigen und materiellen Vorbedingungen geschaffen werden. Zugleich kommt das Proletariat zum Bewußtsein, daß es diese Entwicklung fördern und beschleunigen muß und daß der Uebergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesamtheit des Volkes das Ziel, die Eroberung der politischen Macht das Mittel seines Kampfes für die Befreiung der Arbeiterklasse sein muß. Nur das zum Klassenbewußtsein erwachte und zum Klassenkampf organisierte Proletariat kann der Träger dieser notwendigen Entwicklung sein. Das Proletariat zu organisieren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten, ist das eigentliche Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich, zu dessen Durchsetzung sie sich aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mittel bedienen wird.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich wird in allen politischen und ökonomischen Fragen jederzeit das Klasseninteresse des Proletariats vertreten und aller Verdunkelung und Verhüllung der Klassengegensätze sowie der Ausnützung der Arbeiter zugunsten von bürgerlichen Parteien energisch entgegenwirken.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich ist eine internationale Partei: sie verurteilt die Vorrechte der Nationen ebenso wie die der Geburt und des Geschlechts, des Besitzes und der Abstammung und erklärt, daß der Kampf gegen die Ausbeutung international sein muß wie die Ausbeutung selbst. Sie verurteilt und bekämpft alle Einschränkungen der Freiheit der Meinungsäußerung sowie jede Bevormundung durch Staat und Kirche. Sie erstrebt gesetzlichen Schutz der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen und sie kämpft dafür, dem Proletariat auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens möglichst großen Einfluß zu verschaffen.

Von diesen Grundsätzen ausgehend, fordert die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich zu n ä c h s t :

1. Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht in Staat, Land und Gemeinde für alle Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechtes vom 20. Lebensjahre an; Proportionalwahlsystem; Vornahme der Wahlen an einem gesetzlichen Ruhetag; dreijährige Gesetzgebungsperioden; Diätenbezug für die Gewählten.

2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk mittels des Vorschlags- und Verwerfungsrechtes; Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes in Staat, Land und Gemeinde.

3. Abschaffung aller Gesetze, die das Recht auf freie Meinungsäußerung einschränken; insbesondere Erfüllung voller Preßfreiheit durch

Aufhebung des objektiven Verfahrens und der Einschränkung der Kolportage von Druckschriften; Aufhebung aller Gesetze, die das Vereins- und Versammlungsrecht einschränken.

4. Aufhebung aller Einschränkungen der Freizügigkeit, insbesondere aller Bagabunden- und Schubgesetze.

5. Schaffung und Durchführung eines Gesetzes, das Beamte, die die politischen Rechte von einzelnen oder Vereinen beeinträchtigen, einer strengen Bestrafung zuführt.

6. Sicherung der Unabhängigkeit der Gerichte; Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes; Entschädigung unschuldig Verhafteter und Verurteilter; Wahl der Geschwornen auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechtes; Unterstellung aller Staatsangehörigen unter die ordentlichen Gesetze und Gerichte; Abschaffung der Todesstrafe.

7. Staatliche und kommunale Organisation des Sanitätsdienstes; unentgeltliche Beistellung der ärztlichen Hilfeleistung und der Heilmittel.

8. Erklärung der Religion als Privatsache; Trennung der Kirche vom Staate und Erklärung der kirchlichen und religiösen Gemeinschaften als private Vereinigungen, die ihre Angelegenheiten ganz selbständig ordnen; obligatorische Zivilehe.

9. Obligatorische, unentgeltliche und weltliche Schule, die den Bedürfnissen und der Entwicklung der einzelnen Völker vollkommen entspricht; Unentgeltlichkeit der Lehrmittel und der Verpflegung in den Volksschulen für alle Kinder sowie für jene Schüler höherer Lehranstalten, die zu weiterer Ausbildung befähigt sind.

10. Ersetzung aller indirekten Steuern und Abgaben durch stufenweise steigende Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern.

11. Ersatz des stehenden Heeres durch die Volkswehr; Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit; allgemeine Volksbewaffnung; Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung.

12. Beseitigung aller Gesetze, wodurch die Frau gegenüber dem Manne öffentlichrechtlich oder privatrechtlich in Nachteil gesetzt wird.

13. Befreiung der Wirtschaftsgenossenschaften der Arbeiter von allen ihre Tätigkeit hemmenden Lasten und Schranken.

Als Minimum an Arbeiterschutz fordert die österreichische Sozialdemokratie zunächst:

1. Volle Koalitionsfreiheit, gesetzliche Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation, gesetzliche Gleichstellung der Landarbeiter durch Aufhebung der Diensthordenordnungen.

2. Achtstündigen Maximalarbeitstag ohne Klauseln und ohne Ausnahmen.

3. Verbot der Nachtarbeit mit Ausnahme jener Betriebe, deren technische Natur eine Unterbrechung nicht zuläßt; die Nachtarbeit für Frauen und jugendliche Arbeiter ist jedoch ausnahmslos zu verbieten.

4. Volle Sonntagsruhe in der Dauer von mindestens 36 Stunden.
5. Strenge Durchführung des Verbotes der Erwerbsarbeit von Kindern unter 14 Jahren; ausreichende Schutzgesetze für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter.

6. Ausschluß der Frauenarbeit aus den besonders für den weiblichen Organismus schädlichen Betrieben.

Alle diese Bestimmungen haben für Betriebe jeder Art und Stufenleiter (Großindustrie, Transportgewerbe, Handwerk, Handel, Hausindustrie, Land- und Forstwirtschaft) zu gelten.

Ausbau des Gewerbeinspektorats; Vermehrung der Inspektoren, denen exekutive Befugnisse zu geben sind; Mitwirkung der Arbeiterorganisationen an der Kontrolle der Durchführung des Arbeiterschutzes durch die von ihnen gewählten Inspektoren und Inspektorinnen.

Ueber Unternehmer, die das Arbeiterschutzgesetz übertreten, sind strenge Strafen zu verhängen, die nicht in Geldstrafen umgewandelt werden dürfen.

Die Arbeiterversicherung ist einer durchgreifenden Reform zu unterziehen, durch Einführung einer allgemeinen Alters- und Invalidenversicherung sowie Witwen- und Waisenversorgung zu ergänzen und unter durchgängiger Selbstverwaltung der Versicherten einheitlich zu organisieren.

Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

(Beschlossen auf dem Parteitag zu Erfurt 1891.)

Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indes die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme

der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.

Das Privateigentum an Produktionsmitteln, welches ehemals das Mittel war, dem Produzenten das Eigentum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriieren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produktes der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum, und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß des Proletariates, sondern des ganzen Menschengeschlechtes, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle andern Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der sozialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechtes und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend, bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richtet sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechtes für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportionalwahlssystem; und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueinteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetag. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte, außer im Falle der Entmündigung.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk mittels des Vorschlags- und Verwerfungsrechtes. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.
3. Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichen Wege.
4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.

5. Abschaffung aller Geseze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.
6. Erklärung der Religion als Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen.
7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.
8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strassachen. Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurtheilter. Abschaffung der Todesstrafe.
9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Totenbestattung.
10. Stufenweise steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Selbsteinschätzungspflicht. Erbschaftsteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbgutes und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzesgebung auf folgender Grundlage:
 - a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normalarbeitstages.
 - b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
 - c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.
 - d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
 - e) Verbot des Trucksystems.
- 2, Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein

Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeitskammern.
Durchgreifende gewerbliche Hygiene.

3. Rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnung.
4. Sicherstellung des Koalitionsrechtes.
5. Uebernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

Eine Auswahl empfehlenswerter Schriften zum Studium des Sozialismus.

Aus vorkapitalistischer Zeit:

Engels, Die Mark (Mk. —'60); Kampffmeyer, Geschichte der Gesellschaftsklassen in Deutschland (Mk. 4—); Kautsky, Thomas Morus (Mk. 5—); Marx, Das Kapital, erster Band, 24. Kapitel (Volksausgabe, Mk. 15—); Schmidt, Geschichte des Welthandes (Mk. 250).

Die kapitalistische Produktionsweise:

1. Die Manufakturperiode, 2. Die technischen Umwälzungen: Kampffmeyer, Geschichte der Gesellschaftsklassen in Deutschland (Mk. 4—); Kautsky, Marx' ökonomische Lehren (Mk. 450); Marx, Das Kapital, erster Band, 11. bis 13. Kapitel (Volksausgabe, Mk. 15—); Statistische Daten aus „Statistisches Handbuch für Oesterreich“ (Kr. 440) und „Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich“ (Mk. 2—).

3. Frauen- und Kinderarbeit, 4. Der Arbeitstag, 5. Die industrielle Reservearmee, 6. Die Verelendung der Arbeiterklasse: Marx, Das kommunistische Manifest (Mk. —50); Marx, Lohnarbeit und Kapital (Mk. —40); Marx, Das Kapital, erster Band, 8. Kapitel (Volksausgabe, Mk. 15—); Kautsky, Marx' ökonomische Lehren (Mk. 450); Engels, Die Lage der arbeitenden Klasse in England (Mk. 450).

7. Die Wirkung der kapitalistischen Entwicklung auf den Mittelstand: Bücher, Entstehung der Volkswirtschaft (Mk. 850); Kautsky, Bernstein und das sozialdemokratische Programm (vergriffen); Braun, Die Warenhäuser (Mk. —30); Woldt, Das großindustrielle Beamtentum (Mk. 150); Die Privatangestellten (Kr. —50); Statistische Daten über die Entwicklung im Deutsche Reich, siehe Neuhaus, Die deutsche Volkswirtschaft und ihre Wandlung im letzten Jahrhundert (Mk. 10—).

8. Der Gang der kapitalistischen Entwicklung: Kautsky, Bernstein und das sozialdemokratische Programm (ver-

griffen); Engels, Die Entwicklung des Sozialismus (Mf. —60); Kautsky, Mary' ökonomische Lehren (Mf. 450); Kautsky, Handelspolitik und Sozialdemokratie (Mf. —60); Kautsky, Sozialismus und Kommunalpolitik (Mf. —60).

9. Der Kapitalismus auf der Höhe seiner Entwicklung, 10. Dem Sozialismus entgegen!: Engels, Die Entwicklung des Sozialismus (Mf. —60); Parvus, Der Staat, die Industrie und der Sozialismus (Mf. 450); Silberding, Das Finanzkapital (vergriffen); Liefmann, Kartelle und Trusts (Mf. 450); Woldt, Der industrielle Großbetrieb (Mf. 150); Bauer, Die Leuerung (vergriffen); Karner, Die soziale Funktion der Rechtsinstitute, besonders des Eigentums [Schwierig] (Kr. 280).

Der Sozialismus.

1. Der Sozialismus — Das Ziel der Arbeiterbewegung, 2. Der Klassenkampf, 3. Unsere Kampfmittel: Mary, Das kommunistische Manifest (Mf. —50); Kautsky, Die historische Leistung von Karl Mary (Mf. —60); Danneberg, Karl Mary, Der Mann und sein Werk (Kr. —36); Zetkin, Karl Mary und sein Lebenswerk (Mf. —30); Hausenstein, Die großen Utopisten (Mf. —60); Engels, Die Entwicklung des Sozialismus (Mf. —60); Payer, Mehrarbeit und Mehrwert (Kr. —10); Mary, Lohnarbeit und Kapital (Mf. —40); Lassalle, Arbeiterprogramm (Mf. —50); Legien, Die deutsche Gewerkschaftsbewegung (Mf. —30); Braun, Die Gewerkschaften (Mf. 650); David, Sozialismus und Genossenschaftsbewegung (Mf. —60); Kautsky, Parlamentarismus und Demokratie (Mf. 150); Protokoll der Verhandlungen des Wiener Parteitages 1913 [Debatte über den Bericht der Abgeordneten] (Kr. 120); Pannekoek, Die taktischen Differenzen in der Arbeiterbewegung (vergriffen); Kautsky, Der Weg zur Macht (Mf. 4—); Kautsky, Sozialreform und soziale Revolution (vergriffen); Engels, Grundsätze des Kommunismus (Mf. —50); Mary-Studien, IV. Band, 1. Hälfte. Inhalt: Adler Dr. M., Die sozialistische Idee der Befreiung bei Karl Mary; Kautsky Karl, Kriegsmarxismus; Eckstein Gust., Der Marxismus in der Praxis (Kr. 8—); Adler Dr. M., Wegweiser, Studien zur Geistesgeschichte des Sozialismus (Mf. 450); Adler Mary, Der Sozialismus und die Intellektuellen (Kr. 4—).

4. Unsere Aussichten im Kampf: Kautsky, Die soziale Revolution I/II (vergriffen); Kautsky, Der Weg zur Macht (Mk. 4—); Kautsky, Taktische Strömungen in der deutschen Sozialdemokratie (Mk. —40); Pannekoek, Die taktischen Differenzen in der Arbeiterbewegung (vergriffen); Herzberg, Sozialdemokratie und Anarchismus (vergriffen); Braun, Die Gewerkschaften (Mk. 650); Parvus, Die große Aussperrung und die Zukunft der Arbeiterkämpfe im Reiche (Mk. —75); Louis, Geschichte der Gewerkschaftsbewegung in Frankreich mit Vorwort von Eckstein (Mk. 450); Bernstein, Der politische Massenstreik (vergriffen); Imperialismus oder Sozialismus? (vergriffen); Silberding, Das Finanzkapital, 5. Abschnitt (vergriffen); Bauer, Der Balkankrieg und die deutsche Weltpolitik (vergriffen); Bernstein, Die englische Gefahr und das deutsche Volk (Mk. —50); Kautsky R., Die Diktatur des Proletariats (Kr. 2—).

5. Der Zukunftsstaat: Stern, Der Zukunftsstaat (vergriffen); Bebel, Die Frau und der Sozialismus (Mk. 650); Kautsky, Am Tage nach der sozialen Revolution (vergriffen); Ballod, Der Zukunftsstaat (Mk. 5—); Bauer, Der Weg zum Sozialismus (Kr. 2—); Kautsky, Sozialdemokratische Bemerkungen zur Uebergangswirtschaft (Mk. 3—).

* * *

Eine zusammenfassende Darstellung der Lehren des Sozialismus gibt Kautskys Buch: Das Erfurter Programm in seinem grundsätzlichen Teile (Mk. 450). — Einen knappen, nur von Vorgesrittenen benutzbaren Leitfaden zum Studium der Nationalökonomie gibt Duncfers Buch: Volkswirtschaftliche Grundbegriffe (vergriffen).

Eine gute Uebersicht über die sozialistische Literatur gibt Anna Frey, Was ist Sozialismus? (Kr. —30).

Zum Studium unerlässlich ist die sozialdemokratische Monatschrift „Der Kampf“ (Preis ganzjährig Kr. 12—, einzelne Hefte Kr. 1—).

* * *

Bei den in Deutschland erschienenen Schriften ist der Preis wegen des wechselnden Kronenkurses in Mark angegeben.

Zu allen Preisen wird noch ein Steuerzuschlag von zehn Prozent eingehoben.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort zur ersten Auflage	3
Vorwort zur dritten Auflage	4
Vorwort zur sechsten Auflage	6
Programme und Parteien	7
Aus vor kapitalistischer Zeit	9
Die kapitalistische Produktionsweise:	
1. Die Manufakturperiode	19
2. Die technischen Umwälzungen	23
3. Frauen- und Kinderarbeit	35
4. Der Arbeitstag	41
5. Die industrielle Reservearmee	46
6. Die Verelendung der Arbeiterklasse	58
7. Die Wirkungen der kapitalistischen Entwicklung auf den Mittelstand:	
a) Gewerbe und Handel	67
b) Die Bauern	81
c) Der neue Mittelstand	83
8. Der Gang der kapitalistischen Entwicklung:	
a) Der Konkurrenzkampf	85
b) Die Ueberproduktion	90
c) Die Wirtschaftskrisen	94
9. Der Kapitalismus auf der Höhe seiner Entwicklung:	
a) Die Aktiengesellschaften	98
b) Die Kartelle	100
c) Die Trusts	110
d) Die Banken	114
10. Dem Sozialismus entgegen!	127
Der Sozialismus:	
1. Der Sozialismus — das Ziel der Arbeiterbewegung	133
2. Der Klassenkampf	141
3. Unsere Kampfmittel	154
4. Unsere Ansichten im Kampf	164
5. Der Zukunftsstaat	182
Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutsch-Österreichs	195
Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands	198
Eine Auswahl empfehlenswerter Schriften zum Studium des Sozialismus	203

Empfehlenswerte Schriften

aus dem Verlag der Wiener Volksbuchhandlung
Ignaz Brand & Co., Wien VI/1, Gumpendorferstr. 18

Abler Dr. Friedrich. Ernst
Machs Ueberwindung des me-
chanischen Materialismus. 187
Seiten. Wien 1918. Kr. 9.—

— Die Erneuerung der Inter-
nationale. Gesammelte Aufsätze.
Herausgegeben von Robert
Danneberg. Vorwort von Karl
Kautsky. 232 Seiten. Wien 1918.
Preis Kr. 7.20. Vereinsausgabe
für organisierte Parteigenossen
nur Kr. 2.80. Das Buch erörtert
die großen Parteifragen und
wird überall starkes Interesse
finden.

Abler Dr. Max. Karl Lieb-
knecht und Rosa Luxemburg. Ge-
dentworte. Wien 1919. Kr. 1.—

— Die sozialistische Idee der Be-
freiung bei Karl Marx. 24
Seiten. Wien 1918. Kr. —.60

— Kausalität und Teleologie im
Streite um die Wissenschaft.
(Aus Marx-Studien I.) Wien
1904. 241 Seiten. Kr. 5.25

Bach Maximilian. Geschichte
der Wiener Revolution im
Jahre 1848. Volkstümlich dar-
gestellt. Mit vielen nach Originalen
aus der Revolutionszeit
faksimilierten Bildern, Porträts
und Karten. Wien 1898. 960
Seiten. In Prachtband gebun-
den Kr. 9.—

Bauer Otto. Geschichte Oester-
reichs. Eine Anleitung zum
Studium der österreichischen Ge-
schichte und Politik. II. Auflage.
Wien 1913. Kr. —.60

Braun Adolf. Die Zukunft der
deutschen Sozialdemokratie.
22 Seiten. Wien 1917. Kr. —.40

Danneberg, Dr. Robert. Karl
Marx. Der Mann und sein Werk.
Unter Mitwirkung von K. Kautsky,
M. Adler, D. Bauer, G. Eck-
stein, V. Winarsky und anderen.
Wien 1913. 64 Seiten. Mit
3 Bildern. Kr. —.36

— Die Sozialdemokratie im zwei-
ten Kriegsjahr. Sonderdruck
aus dem Oesterreichischen Ar-
beiterkalender für 1917. 16
Seiten. Kr. —.30

— Die Rekrutenschulen der inter-
nationalen Sozialdemokratie.
Die sozialistische und bürger-
liche Jugendbewegung in den
Jahren 1910 bis 1913. 144
Seiten. Wien 1914. Kr. 1.20

Deutsch Julius. Geschichte der
österreichischen Gewerkschaftsbe-
wegung. Die sozialistischen Ge-
werkschaften von ihren Anfängen
bis zur Gegenwart. Mit einem
Vorwort von Dr. Viktor Adler.
Wien 1908. 252 Seiten. Statt
Kr. 4.80 Kr. 3.20

Grigorovici Tatjana. Die
Wertlehre bei Marx und Baskalle.
Beitrag zur Geschichte eines
wissenschaftlichen Mißverständ-
nisses. Separatabdruck aus
Marx-Studien, Band III. Wien
1910. 96 Seiten. Kr. 2.40

**Hochverratsprozeß, Der Wie-
ner.** Bericht über die Schwur-
gerichtsverhandlung gegen
Andreas Scheu, Heinrich Ober-
winder, Johann Most und Ge-
nossen. Neu herausgegeben von
Heinrich Scheu. Nebst einer
Einleitung: „Zur politischen
und sozialen Geschichte 1848

- bis 1870" von Karl Renner, mit den "Erinnerungen von Heinrich Scheu". Ein Beitrag zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung mit einem geschichtlichen Nachwort: „Oesterreich von 1870 bis 1907 und die Wahlreformkämpfe der Arbeitererschaft" von Karl Renner. In einen Band gebettet. 264 Seiten. Statt Kr. 6'48 Kr. 2'—
- Karner, Dr. J.** Die soziale Funktion der Rechtsinstitute, besonders des Eigentums. (Aus Marx-Studien.) Wien 1904. 128 Seiten. Kr. 2'80
- Liber G.** Deutschland und England. 56 Seiten. Wien 1918. Kr. 2'—
- Luzzatto Elisabeth.** Entwicklung und Wesen des Sozialismus. Sozialistische Bewegungen und Systeme bis zum Jahre 1848. Wien 1910. 441 Seiten. Kr. 2'—
- Maurer Georg Ludwig v.** Einleitung in die Geschichte der Marx, Hof-, Dorf- und Stadtverfassung und der öffentlichen Gewalt. Zweite Auflage. Vermehrt durch ein einleitendes Vorwort von D. Cunow. Wien 1896. XL und 338 Seiten. Kr. 8'—
- Politik und Volkswirtschaft im dritten Kriegsjahre** (August 1916 bis Ende Mai 1917). Der sozialdemokratische Kampf für Frieden und Freiheit, für Arbeiterschutz und Volksernährung. 40 Seiten. Wien 1917. Kr. —60
- Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich.** Abgehalten in Wien vom 16. bis 24. Oktober 1917. Wien 1918. 306 Seiten. Kr. 6'—
- Agitationsausgabe, nur für organisierte Arbeiter Kr. 3'—
14 Protokolle aus den Jahren 1891 bis 1913 liefern wir, solange die Borräte reichen, statt für Kr. 9'60 nur für Kr. 5'—.
Porto Kr. —92
- Renner, Dr. K.** Oesterreichs Erneuerung. Erster Band. 160 Seiten. Inhalt: Reform des politischen Bewußtseins — Oesterreich-Ungarn und seine Völker — Die Verwaltungsreform — Oesterreich-Ungarn und Mitteleuropa.
Kr. 4'50, geb. Kr. 7'—
Zweiter Band. 200 Seiten. Inhalt: Die Wirtschaftsreform — Mitteleuropa und die Krise der Weltwirtschaft — Kronland, Nation und Verwaltungsreform. Kr. 6'—, geb. Kr. 8'50
Dritter Band. 120 Seiten. Inhalt: Wir und unsere Nachbarn — Der Imperialismus im nahen Osten.
Kr. 3'50, geb. Kr. 6'—
- Agitationsausgabe — nur für organisierte Arbeiter — Band I Kr. 2'—, Band II Kr. 2'40, Band III Kr. 2'—.
- Politische Demokratie und nationale Autonomie. 24 Seiten. Wien 1917. Kr. —60
- Die Nation als Rechtsidee und die Internationale. 26 Seiten. Wien 1914. Kr. —50
- Unter der Flagge der Revolution.** Erlebnisse auf dem Meutererschiff „Anjas Potemkin". Geschildert von Kiril, Mitglied des revolutionären Schiffs Komitees. Ins Deutsche übertragen von Dr. Jenny Herzmarx. 298 Seiten. Illustriert. Statt Kr. 4'80 Kr. 3'—
- Weber Heinrich.** Die russische Revolution und das europäische Proletariat. 40 Seiten. Wien 1917 Kr. 1'—

